Fürst Bülow
und Kaiser Wilhelm II.

Fürst Bülow und Kaiser Wilhelm II.

Von

Regierungsrat Rudolf Martin.

B.V.V.

Zweites Tausend.

Bruno Volger, Verlagsbuchhandlung
Leipzig-Gohlis
1909.

Vorwort.

Dieses Buch gilt der historischen Wahrheit. Es soll dem Unrechte entgegentreten und dem Rechte zum Siege verhelfen. Die Macht des Fürsten Bülow erscheint groß, aber sie ist in Wirklichkeit wurmstichig und morsch. Fürst Bülow wird niemals wieder das Vertrauen des Kaisers besitzen. Je mehr das Dunkel der Novemberrevolution aufgeklärt wird, umso klarer wird der Kaiser die Notwendigkeit der schleunigen Entlassung des Fürsten Bülow erkennen. In Deutschland ist ein Reichskanzler unmöglich, der sich an die Spitze der Revolution gestellt hat und der die Rolle eines Hausmeiers zu spielen versucht. Die Novemberrevolution bedeutete eine Verletzung des Geistes der Reichsverfassung. Wer wahrhaft konstitutionell gesinnt ist, der muß sein Bestes tun, um das verletzte Recht wieder herzustellen, das Streben nach einem Hausmeiertum zu vereiteln und den unwahren Tatbestand aufzudecken, auf dem sich das Unrecht der Novemberrevolution aufbaut.

Ich werde in diesem Buche das dunkle Geheimnis der deutschen Novemberrevolution nur soweit aufklären als zur Erreichung dieses meines Zweckes durchaus notwendig ist. Wer war der geheimnisvolle Mann, der alle die verschiedenen Äußerungen des Kaisers zugleich gekannt hat? So fragte bereits in seiner gerechtfertigten Verwunderung über die Unvollständigkeit des Tatbestandes auch nach den Reichstagsdebatten vom 10. und 11. November 1908 im Dezemberheft der Preußischen Jahrbücher Seite 572 Professor Hans Delbrück. Nur durch Aufdeckung dieses bis jetzt sorgfältig gehüteten Geheimnisses kann ich den ungerechtfertigten Angriffen gegen den

Kaiser für alle Zeit ein Ende machen. Der unabhängige englische Schriftsteller, E. Harold Spender ist der Verfasser des persönlichen Interviews des Kaisers, welches niemals stattgefunden hat und am 28. Oktober 1908 im Daily Telegraph erschien.

Am Freitag den 21. August 1908 abends gab der Staatssekretär des Innern von Bethmann-Hollweg dem englischen Schatzkanzler Lloyd George ein Diner im Restaurant Adlon im Zoologischen Garten. Unter den 16 Anwesenden befanden sich der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Stemrich und E. Harold Spender, der als Begleiter des englischen Schatzkanzlers an der sozialpolitischen Studienreise nach Deutschland teilgenommen hatte.

Damals war soeben der offiziöse Artikel „Deutsche Intrigen gegen England während des Burenkrieges“ für die Septembernummer der Deutschen Revue hergestellt worden. Der Artikel wurde am 1. September 1908 von der Kölnischen Zeitung abgedruckt und enthielt die Behauptung, daß der Briefwechsel des Kaisers mit der Königin von England und dem Prinzen von Wales aus der Zeit des Burenkrieges wertvolle Aufschlüsse über die freundliche Haltung der deutschen Politik geben könnte.

Wie kommt es, daß E. Harold Spender die angeblichen Äußerungen des Kaisers während seines Aufenthaltes im November und Dezember 1907 über seinen Brief- und Telegrammwechsel mit der Königin von England aus der Zeit des Burenkrieges nicht schon vor dem Erscheinen des Septemberartikel der Deutschen Revue, sondern erst am 28. Oktober 1908 veröffentlicht hat? Der Besitzer des Schlosses Highcliffe, der frühere Oberst und jetzige General Stuart Wortley bestreitet auf das Entschiedenste, daß er dem Schriftsteller E. Harold Spender oder irgend einer anderen Person Mitteilungen über die Gespräche des Kaisers zum Zwecke der Veröffentlichung

gemacht habe und daß er von dem Kaiser die Genehmigung zur Veröffentlichung der Spenderschen Zusammenstellung kaiserlicher Äußerungen eingeholt habe.

Sicher ist, daß der Kaiser im November und Dezember 1907 von Highcliffe aus über seine Tischunterhaltungen brieflich wiederholt dem Fürsten Bülow Mitteilung gemacht hat, und daß der Fürst Bülow in seinen Antwortbriefen mit dem Inhalt der kaiserlichen Mitteilungen an die englische Umgebung sein Einverständnis erklärte.

Wahr ist, daß der Kaiser in Gegenwart des Grafen Bülow während seines Aufenthaltes in Windsor und später in Sandringham in der Zeit vom 20. bis 28. November 1899 im Gespräch mit Königlichen Verwandten und vor englischen Generalen und Admiralen wiederholt die beste Strategie im Burenkriege erörtert und betont hat, daß England zu einem endgültigen Erfolge mindestens einer Armee von 200000 Mann bedürfe.

Unrichtig ist aber die Geschichte von dem Kriegsplan. Unrichtig ist, daß die englische Regierung durch den Briefwechsel des Kaisers mit der Königin die Kenntnis von dem russischen Interventionsvorschlag erlangt habe.

Richtig ist, daß der Kaiser nach Empfang der Spenderschen Zusammenstellung seiner Äußerungen bestimmten Befehl gab, der Reichskanzler solle persönlich diese Zusammenstellung prüfen und darüber berichten. Wahr ist, daß der Kaiser Bedenken trug, während der Reichstagsverhandlungen am 10. und 11. November 1908 von Berlin abwesend zu sein und den Reichskanzler um seinen Rat befragte, der ihm von der Reise nach Donaueschingen nicht abriet.

Die Äußerungen und Handlungen des Kaisers während des Burenkrieges geschahen in vollem Einvernehmen mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Grafen Bülow und erklären sich aus der Tatsache, daß Deutschland und England seit

Mitte November 1899 in Verhandlungen oder richtiger Pourparlers über den Abschluß einer Entente cordiale sich befanden.

Der Kaiser hat weder während des Burenkrieges, noch in Highcliffe irgend welche Äußerungen oder Handlungen getan, die der Ausfluß eines persönlichen Regiments sind oder einen Eingriff in die amtliche deutsche Politik bedeuten. Nicht der Kaiser, sondern der Kanzler hat den kaiserlichen Briefwechsel während des Burenkrieges in den Vordergrund der Ereignisse geschoben und dadurch den Kaiser exponiert. Das die Intervention mitteilende Telegramm des Kaisers an den Prinzen von Wales wird bereits im Januar 1908 von dem dem Auswärtigen Amte nahestehenden, in Berlin lebenden englischen Journalisten J. L. Bashford im Londoner Strand Magazine erwähnt. Nur durch die Pflichtvergessenheit des Kanzlers ist diese Irrung entstanden, die lediglich in der Veröffentlichung eines gänzlich unwahren Tatbestandes besteht.

Der Kaiser ist weder während des Burenkrieges noch in Highcliffe unvorsichtig gegenüber Engländern gewesen. In Deutschland hat erst der englische Schriftsteller E. Harold Spender die Anregung und das Material zu seinem Artikel gefunden. Ohne die Pflichtvergessenheit des Reichskanzlers, der die Spendersche Zusammenstellung nicht las, aber genehmigte, wäre das persönliche Interview niemals erschienen. Das Spendersche angebliche Interview ist nur eine Fortsetzung und Ausgestaltung des Januarartikels im Strand Magazine sowie des Septemberartikels der Deutschem Revue, also der Politik des Reichskanzlers, den Kaiser und seinen Briefwechsel in den Mittelpunkt der Ereignisse zu schieben. Wer im Interesse des Reiches die Zurückhaltung des Kaisers wünscht und ein Gegner des persönlichen Regiments ist, der muß die Entlassung des Fürsten Bülow fordern.

1. Kapitel.

Bernhard von Bülow in der Weltgeschichte.

Hätte Kaiser Wilhelm II. Ende Oktober 1908 das Entlassungsgesuch des Fürsten Bülow angenommen, so würde Bernhard von Bülow der Weltgeschichte nur als ein Staatsmann von mittleren Fähigkeiten erschienen sein. Der vierte Reichskanzler würde kaum wesentlich den Grafen Caprivi und den Fürsten Hohenlohe in den Augen der Nachwelt überragt haben. Man hätte vielleicht von ihm gerühmt, daß er ein noch besserer Redner als Caprivi gewesen sei. Man würde wahrscheinlich hervorheben, daß er eine weit kraftvollere Figur als sein Vorgänger, der alte Fürst von Hohenlohe, gewesen sei.

Die Weltgeschichte würde aber hervorgehoben haben, daß Bernhard von Bülow in der inneren wie in der äußeren Politik keine glückliche Hand gehabt hat. Die Zerrüttung der Reichsfinanzen, die Schmälerung des Nationalvermögens durch die Gewährung der großen Anleihen an den russischen Staat, der Aufstand in Südwestafrika, das langsame Fortschreiten der deutschen Kriegsmarine und besonders die vollkommne Isolierung Deutschlands durch die Einkreisungspolitik König Eduards würden als die hauptsächlichsten Ergebnisse seiner Kanzlertätigkeit hingestellt worden sein. Das Gesamtbild seiner Tätigkeit wäre also ein recht ungünstiges gewesen. Vielleicht würden die Historiker es für der Mühe wert gehalten haben, hervorzuheben, daß Bernhard von Bülow sich im allgemeinen

ausgezeichnet auf die Behandlung Kaiser Wilhelms II. verstanden hat.

Sicher hätten aber alle Historiker betont, daß niemals ein preußischer Ministerpräsident den Monarchen so geschädigt hat wie Bernhard von Bülow, indem er mit seiner Unterschrift die amtliche Genehmigung der Veröffentlichung des Kaiser-Interviews im Daily Telegraph am 28. Oktober 1908 gab.

Die Welt hatte sich gewöhnt, dem Fürsten Bülow nachzurühmen, daß er durch seine geschickte Behandlung des Kaisers in immer größerem Umfange nachteilige Folgen der impulsiven Art des Monarchen verhindert habe. Dieser Ruhm aber war vollkommen belanglos geworden, seit die Pflichtvergessenheit des Reichskanzlers zur Veröffentlichung des Kaiser-Interviews, also zu einem Hexensabbat von Aufregungen und Mißverständnissen über die ganze Welt weg geführt hatte. Die Pflichtvergessenheit des Kanzlers in einem Falle hatte seine durch viele Jahre bewiesene Geschicklichkeit um den beabsichtigten Erfolg gebracht. So würde der Historiker der Zukunft geurteilt haben. Wenn der Inspektor einer Eisenbahnstation durch sein Verschulden einen Schnellzug mit allen Insassen vernichtet, so wird die Eisenbahnverwaltung und das Publikum diesen Eisenbahninspektor nicht wegen seiner früheren tadellosen Führung als Vorbild hinstellen. Man wird ihm vielleicht eine mildere Strafe geben, aber das Andenken an die Katastrophe löscht die Erinnerung an frühere Verdienste aus.

Wahrscheinlich wird es dem wachsamen Auge des Historikers auch nicht entgehen, daß Bernhard von Bülow die kommenden Ereignisse der auswärtigen Politik regelmäßig verkannt hat. Durch die Memoirenliteratur des Inlandes und Auslandes und durch die unvermeidlichen Enthüllungen der Geschichte

werden die Geschichtsschreiber erfahren, daß dem 4. Reichskanzler von England wie von Frankreich aus glänzende Konjunkturen geboten wurden, die er sich entgehen ließ. Die Geschichtsschreibung der 4. Reichskanzlerschaft konnte nur eine Darstellung verpaßter Gelegenheiten und nicht eine Darstellung errungener Erfolge werden. Vor den Novembertagen des Jahres 1908 waren die Erfolge der Bülow'schen Reichskanzlerschaft kaum aufzufinden. Aber die Mißerfolge lagen in ihrer ganzen Größe klar zu Tage. Die Zerrüttung der Reichsfinanzen war trostlos, und die Isolierung des Deutschen Reiches eine beispiellose.

Vor den Novembertagen des Jahres 1908 bestand aber schon der Block. Wird der Historiker das Zusammenschweißen der Konservativen und Freisinnigen zu einem Block durch die Reichstagsauflösung vom 13. Dezember 1906 nicht dem Fürsten Bülow dauernd zum Verdienst anrechnen?

Bis zum November 1908 hatte der Block noch nichts von Bedeutung geleistet. Es wird sich fragen, ob der Block das Zustandekommen einer Reichsfinanzreform erleichtert. Bei der Beurteilung des Blocks wird auch zu erwägen sein, ob das Vorhandensein des Blocks nicht zu den Ereignissen vom 17. November 1908 geführt hat. Der Block fühlt sich als das Kind des Fürsten Bülow und ist bestrebt gewesen, die Schuld des Fürsten zu verdecken und ihn in seiner Stellung zu halten. Man kann ein eifriger Anhänger des Blocks sein und doch der Ueberzeugung leben, daß der Block durch seine Vorliebe für den Kanzler schwere Schuld auf sich geladen hat. Selbst wenn man dem Kanzler das Verdienst zuspricht, den Block erzeugt zu haben, so wird man sich fragen müssen, ob der Vater sein Kind gut erzogen und nicht etwa zu bedenklichen Taten verleitet hat. Es gibt Untaten, die sind so schlimm, daß alle Welt wünscht, der Täter wäre nie geboren.

Aber auch abgesehen vom Block kann die Reichstagswahl vom 25. Januar 1907 als ein Erfolg des Fürsten Bülow betrachtet werden, denn die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten ist von 81 auf 43 zurückgegangen. Fürst Bülow hatte Ende Dezember 1906 den bekannten Sylvesterbrief an den Vorsitzenden des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie gerichtet und zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie, gegen Polen, Welfen und Zentrum aufgefordert. Der unmittelbar darauf folgende Rückgang der sozialdemokratischen Mandate zeigt, daß Fürst Bülow bei Auflösung des Reichstags am 13. Dezember 1906 vom Glück begünstigt war. Sein Kampf gegen die Opposition der Roten und der Schwarzen hatte einen vollen Erfolg. Wenn auch die Zahl der im Reiche abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen von 3 auf 3¼ Millionen gestiegen war, so hatte das planmäßige Zusammenhalten der Blockparteien doch den großen Erfolg, daß die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsmandate in so bedeutendem Maße zurückging.

Die Politik des Fürsten Bülow, wie sie sich vor dem November 1908 zeigte, hatte also auch einige Lichtpunkte, wie Sterne der Hoffnung in der dunklen Nacht der Mißerfolge. Aber es war noch sehr zweifelhaft, ob der Rückgang der sozialdemokratischen Mandate, der Zusammenbruch der Zentrumsherrschaft und das Zusammenarbeiten der Blockparteien eine Sanierung der Reichsfinanzen, eine Vermehrung der Wehrmacht und eine nationale auswärtige Politik herbeiführen würden. Nachdem die Norddeutsche Allgemeine Zeitung am 1. November 1908 den wirklichen Sachverhalt des persönlichen Interviews im Daily Telegraph der Welt mitgeteilt hatte, war ganz Deutschland starr vor Erstaunen über diesen Kanzler, der ein so wichtiges Schriftstück nicht einmal ansieht und doch durch seine Unterschrift genehmigt. Man begriff

nicht, wie ein solcher Kanzler noch länger im Amte bleiben könnte. Wenn die Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 1. November 1908 nicht gleichzeitig die Nachricht gebracht hätte, daß der Kaiser das Abschiedsgesuch des Kanzlers abgelehnt hatte, so würde der Ruf nach Verabschiedung des Fürsten Bülow noch viel lauter erklungen sein. Niemals war das Ansehen eines preußischen Ministerpräsidenten so tief gesunken als das des Fürsten Bülow am 2., am 3. oder am 4. November.

Aber wir Modernen sind bestimmt, noch vielleicht gewaltigere Romane und Tragödien zu erleben. Der niedergebrochene Bülow richtet sich auf und wird zum Titanen.

Bernhard von Bülow ergreift die Agressive gegen den König von Preußen, gegen den Deutschen Kaiser. Bernhard von Bülow stellt sich an die Spitze der deutschen Novemberfronde, die allgemeiner und stärker war als jemals zuvor eine Fronde in der Geschichte.

Ein deutscher Reichskanzler als Führer der Fronde gegen einen hohenzollerschen Monarchen auf dem preußischen Thron ist ein fesselndes Schauspiel nicht nur für die Mitwelt, sondern auch für die Nachwelt. Die Geschicklichkeit und Energie, mit der Bernhard von Bülow die Sache der Nation gegen den Kaiser vertrat, wird dauernd die Bewunderung der Historiker erregen.

Aber nicht in der Fronde gegen den eigenen Kaiser an sich liegt die Höhe der Geschicklichkeit und Kraftentfaltung des Fürsten Bülow. Das niemals zu überbietende Meisterstück diplomatischer und staatsmännischer Gewandtheit ist die Umwandlung der eigenen Schuld in die Schuld des Kaisers, ist das Aufsteigen aus der erbärmlichsten Niederlage zur Machtstellung des allmächtigen Hausmeiers.

Wenn man die ethischen Momente der Treue, Moral

und Tugend als nicht vorhanden in dieser Welt annimmt, dann ist Fürst Bülow der gewandteste aller Diplomaten. Aber es gibt eben im Völkerleben in dieser Welt gewisse Imponderabilien der Moral und der Pflicht, deren zu krasse Verletzung den sozialen Boden erschüttert, auf dem jeder einzelne Mensch und auch jeder einzelne Staatsmann sich bewegt.

Der 17. November 1908 hat manche Ähnlichkeit mit dem 11. November 1630, mit dem Journée des Dûpes. Auch Richelieu war voller Schuld und die Feinde des genialen Kardinals und Ministerpräsidenten frohlockten bereits über seinen Sturz. König Ludwig XIII. war in den ersten Novembertagen des Jahres 1630 unter dem Einflusse seiner Mutter, der Maria von Medici, wohl auch zur Entlassung des allmächtigen Staatsmannes entschlossen. Maria glaubt am 11. November 1630 bereits, den Allmächtigen gestürzt zu haben. Da ändert die persönliche Unterhaltung zwischen dem Ministerpräsidenten und dem König vollständig das Bild. Und erst von diesem Tage an herrscht Richelieu absolut in Frankreich weit mächtiger denn zuvor.

Zum Pair, Herzog und Gouverneur der Bretagne erhoben, warf Richelieu viele ihm feindlich gesinnte Magnaten in das Gefängnis und ließ sie durch gefügige Gerichtskommissionen zum Tode verurteilen oder des Landes verweisen. Maria und des Königs Bruder, der Herzog von Orleans, flüchteten nach Brüssel.

Jeder Vergleich hinkt. Fürst Bülow siegte am 17. November an der Spitze der Novemberleute und einer künstlich und listig geschaffenen öffentlichen Meinung. Der Sieg Bülows war vorbereitet durch die Intervention der Kaiserin, welche den mächtigen Kanzler in seiner Stellung erhalten wollte. Armand Jean du Plessis war zwar im Jahre 1630 bereits acht Jahre Kardinal, aber doch erst 45 Jahre alt.

Er war wenige Monate vor dem Journée des Dûpes als Generalissimus an der Spitze eines Heeres über die Alpen gezogen, hatte Pienerol erobert und den Frieden im Mantuanischen Erbfolgestreit zu Gunsten des von Frankreich geschützten Herzog von Nevers diktiert.

Der verhältnismäßig frühzeitig zum Fürsten erhobene vierte Reichskanzler war am Tage der Novemberrevolution bereits 59 Jahre alt, und verfügte nicht mehr über die eiserne Gesundheit, ohne die ein dauerndes Hausmeiertum und eine absolute Diktatur sich kaum aufrecht erhalten kann.

Als Fabrikant der öffentlichen Meinung, als Beherrscher des Bundesrats, des Staatsministeriums, des Reichstags und des Landtags hat Fürst Bülow vielleicht gegenwärtig in Deutschland dieselbe absolute, diktatorische Gewalt, wie Kardinal Richelieu zu den Zeiten Ludwigs XIII. Aber der in Klein-Flottbeck geborene mecklenburgische Edelmann reicht trotz seiner halbbürgerlichen Abstammung nicht entfernt an den Edelmann des Poitou heran.

So ist wenigstens heut meine Ansicht. Niemand kann heut wissen, was sich aus dem revolutionären Akt vom 17. November 1908 entwickeln wird. Vielleicht ist es in den Sternen geschrieben, daß Fürst Bülow noch einmal im Deutschen Reiche die große historische Rolle eines Richelieu spielen wird. Noch heut steht Frankreich als vollkommener Einheitsstaat und als vollkommen zentralisierter Staat unter den direkten Nachwirkungen der staatsmännischen Tätigkeit des großen Kardinals. Die von ihm gegründete französische Akademie blüht noch heut, und war seit dem Jahre 1635 ein Mittelpunkt der Wissenschaft.

Aber während die staatsmännische Tätigkeit des französischen Kardinals im Innern wie im Äußern sich von Anfang an nach einem bestimmten großen Ziele richtete, vermag ich

in der innern wie äußern Politik des Fürsten Bülow große Ziele nicht zu erkennen. In der innern Politik erstrebte Richelieu von Anfang an die Konzentration aller politischen Gewalt in der Krone. In der äußern Politik suchte der Edelmann des Poitou sein französisches Vaterland durch Schwächung der spanisch österreichischen Macht zur ersten Macht Europas zu erheben. Aus jeder einzelnen Handlung dieser vollkommen konsequenten Natur, aus seinen grausamen Blutgerichten wie aus seinen staatsmännischen Gesetzen, aus seinen klugen Schriften und aus seiner lesenswerten Korrespondenz leuchtet das eine Ziel der Größe des Vaterlandes hervor.

Aber wo sah man bisher ein Ziel in Bernhard von Bülows Tun und Treiben? Bisher. Seit dem 17. November 1908 hat dieser Mann der Welt ein gewaltiges Rätsel aufgegeben. Wenn Bernhard von Bülow diesen Triumph vorbereiten wollte, so wird all sein Tun und Unterlassen mit einem Male verständlich. Wenn die Unterwerfung des Hohenzollernschen Monarchen unter seine Diktatur nur eine Etappe eines großen weiten Planes ist, so wird seine innere wie seine äußere Politik mehr und mehr verständlich.

Wenn Bernhard von Bülow im Jahre 1900 sein Amt als Kanzler mit der Absicht antrat, sich selbst eine nicht zu entwurzelnde Stellung in der Nation und in den gesetzgebenden Körperschaften zu schaffen, so durfte er nicht mit Energie nach einer Reform der Reichsfinanzen streben. Der Leitstern der inneren Politik mußte das Prinzip sein, keinen Bundesstaat und keine Partei und keinen einflußreichen Teil der Bevölkerung zu verletzen. Er mußte dafür Sorge tragen, daß das Volk mehr und mehr sich selbst regiert.

Wer die öffentliche Meinung beherrschen will, der muß mit der öffentlichen Meinung gehen. Man darf sich nicht dem Revolutionswagen entgegenwerfen, sondern man muß ihn

besteigen. — Das war der Grundsatz von Talleyrand. Der gleiche Grundsatz scheint heut in Geltung zu sein.

Es gibt wohl keinen Staatsmann in der neueren Geschichte, dem Fürst Bülow mehr ähnelt als dem Fürsten von Benevent, Charles Maurice Prinz von Talleyrand-Perigord. Nur ein wesentlicher Unterschied besteht zwischen den beiden Leitern der auswärtigen Politik ihres Heimatstaates. Talleyrand war als Minister der auswärtigen Angelegenheiten ein nicht zu überbietendes Genie. Napoleon schätzte die Geschicklichkeit des ehemaligen Bischofs von Autun, der für ihn in der Zeit von 1799 bis 1808 die auswärtigen Angelegenheiten leitete und die Friedensunterhandlungen von Luneville, Amiens, Presbourg, Posen, und Tilsit führte, sowie im Jahre 1802 das Konkordat mit dem Papste vereinbarte, sehr hoch ein. Die ganze Welt aber war im Januar 1815 darüber einig, daß der auswärtige Minister Ludwig des Achtzehnten auf dem Kongreß in Wien durch seine diplomatische Kunst die Situation beherrschte. Als Erfinder des Prinzips der Legitimität stand Talleyrand damals im Mittelpunkte aller Verhandlungen. Als Techniker der auswärtigen Politik wird Talleyrand wohl nur von dem Genie des Fürsten Bismarck überragt. Die auswärtige Politik dieser beiden Meister war ebenso reich an Erfolgen wie die des Fürsten Bülow an Mißerfolgen.

Die Ähnlichkeit zwischen dem Fürsten Bülow und dem Fürsten von Benevent besteht in der Veränderlichkeit. Sie sind die beiden hervorragendsten Schüler des Italieners Machiavelli. Die augenblickliche Nützlichkeit ist das Prinzip ihres Handelns.

Mit den Junkern ist Fürst Bülow konservativ und an der Spitze der Novemberleute wirkt er revolutionär. Als der Prinz von Talleyrand im Jahre 1788 mit der bischöflichen

Weihe den Krumstab empfing, da ahnte er es wohl noch nicht, daß das Gebot der Nützlichkeit ihn schon vom folgenden Jahr ab an die Spitze der revolutionären Bewegung stellen würde. Der Bischof von Autin mußte mit der Revolution gehen, wenn er nicht unter die Räder des Revolutionswagens kommen wollte. Er war unbestreitbar ein Machiavelli in dem edelsten Sinne des Wortes. Er tat in jedem Augenblicke das, was er im Interesse seines Vaterlandes für das Nützlichste hielt. Er fragte nicht nach der Moral, aber die Größe seines Vaterlandes war sein einziger Leitstern.

Als Mitglied der Nationalversammlung des Jahres 1789 forderte er feste Besoldung der Geistlichkeit, Abschaffung der Zehnten, Verkauf der geistlichen Güter, sowie Einführung gleichen Maßes und Gewichts in ganz Frankreich, und entwarf einen freisinnigen Unterrichtsplan. Beim Bundesfest am 14. Juli 1790 leistete er als einer der ersten Bischöfe den Eid auf die Konstitution. Seine öffentlichen und politischen Handlungen entsprachen dem Interesse Frankreichs.

Talleyrand war weit davon entfernt, seine eigene Stellung und sogar sein Leben höher einzusetzen als das Wohl des Staates. Daher wurde er 1792 des Royalismus verdächtig und mußte nach Nordamerika fliehen, wo er nicht ohne Erfolg Handelsgeschäfte betrieb. Zum zweiten Male verlor er seine Machtstellung, als er im Jahre 1808 in seiner Stellung als auswärtiger Minister dem Kaiser Napoleon abriet, die Politik der unausgesetzten Eroberungskriege fortzusetzen. Bei diesen Ratschlägen hatte er ebenso das Interesse Frankreichs wie des Kaisers, dem er zu großen Dank verpflichtet war, im Auge.

Professor Schmoller rühmt dem Fürsten Bülow nach, er wisse die preußischen Junker gerade dann zu gewinnen, wenn er etwas gegen ihren Willen tun wolle. „Wenn er das verfehlte Börsengesetz reformieren will, so sagt er ihnen, er lasse

sich auf seinen Leichenstein als agrarischer Reichskanzler bezeichnen."

Und in der Tat, Fürst Bülow ist ein vollendeter Meister in der Kunst, Menschen für sich zu gewinnen. Mit den Demokraten ist er Demokrat, und mit den Ultramontanen spricht er von Rom und vom heiligen Vater.

Vor der Auflösung des Reichstags war Fürst Bülow vielleicht bei allen Parteien der beliebteste Mann des öffentlichen Lebens. Am 18. Oktober 1906 schrieb ein Zentrumspolitiker in der ultramontanen Kölnischen Volkszeitung: „In der inneren Politik zeigt sich Bülows Kunst, sich das Vertrauen verschiedener Parteien zu erwerben, die sich untereinander bekämpfen. Ich habe den Kanzler loben hören von Konservativen, von Nationalliberalen, von Zentrumsleuten und von Freisinnigen; selbst Sozialdemokraten bezeichnen ihn als relativ erträglich, und ich weiß mich keines anderen preußischen Ministers zu erinnern, der in gleicher Weise bei sämtlichen politischen Parteien in gutem Geruch gestanden hat."

Fürst Bülow ist aber nicht nur der liebenswürdige und weltgewandte Staatsmann, der mit jeder Partei umzugehen weiß, sondern er kann auch handeln. Wie schnell und rücksichtslos er zufassen kann, das hat Finanzminister Miquel erfahren müssen und dessen erinnert sich Graf Posadowsky in Naumburg wohl an jedem Tage. Am 13. Dezember 1906 erfuhren es die Sozialdemokraten und Ultramontanen zu ihrem Schaden und am 17. November 1908 hat sich wohl Kaiser Wilhelm II. mit der ganzen Welt von der unerschrockenen Entschlossenheit seines Kanzlers und Premierministers überzeugt.

In allen diesen Fällen war aber die Stellung des Fürsten Bülow als Kanzler und Ministerpräsident bedroht. Es war ein Zugreifen im letzten Augenblick und nicht ein Handeln von

weiter Voraussicht. Talleyrand verlor seine Stellung im Kampf gegen die Ausschreitungen der Revolution wie des Cäsarismus'. Dem Fürsten Bülow ist es garnicht eingefallen, seine Stellung einzusetzen, um die Wehrkraft der Nation, in Sonderheit die Flotte zu verstärken, um die Zerrüttung der Finanzen aufzuhalten und um eine nationale auswärtige Politik zu führen. Er duldet es, daß die ihm ergebene Presse die Schuld des Kanzlers verschweigt, um den Kaiser angreifen zu können.

Die Wandlungen, welche Talleyrand in seinem öffentlichen wie in seinem privaten Leben durchgemacht hat, sind nicht leicht zu überbieten. Wenn er als Botschafter Ludwig Philipps von Frankreich zu London im Jahre 1834 durch seine Witze und seine geistreiche Unterhaltung bei den Hofdiners exzellierte, mag ihm vielleicht plötzlich die Erinnerung aufgestiegen sein an die Tage, wo er einst die Messe zelebrierte oder die Beichte entgegennahm. Obgleich er das Gelöbnis des Zölibats abgelegt hatte, hatte er es fertig gebracht, nicht nur ziviliter, sondern auch kirchlich mit dem Segen des Papstes zu heiraten.

Wie heut Fürst Bülow, so fand sich Talleyrand in jeder Situation zurecht. Wie Fürst Bülow, so handelte Talleyrand in jedem Augenblick nach dem Gebote der Nützlichkeit. Aber Talleyrand tat in jedem Augenblicke dasjenige, was für sein Vaterland das Nützlichste war. Wir finden nirgendwo einen Anhalt, daß er jemals seinen eigenen Nutzen über das Interesse seines Vaterlandes gestellt hätte.

Talleyrand hatte dem König Ludwig Philipp aus dem Hause Orleans ebenso treu gedient, wie Ludwig dem XVIII., Napoleon I. und Ludwig XVI. Er hat der revolutionären Hochflut sich im Jahre 1792 entgegengestemmt und unter König Karl X. in der Zeit von 1824 bis 1830 in der

Pairskammer auf den Bänken der Opposition gesessen. Sein Leben gehörte dem Fortschritt seines französischen Vaterlandes. Seine staatsmännische Tätigkeit ist eine aufbauende, aber nicht eine zerstörende. Aus der gesamten wechselvollen Tätigkeit dieses französischen Machiavelli ist nicht eine Handlung oder Unterlassung bekannt, die dem Wohle Frankreichs zuwiderging.

In seinem unübertrefflichen Essay: „Der deutsche Machiavelli" (Süddeutsche Monatshefte, Juni 1908) schildert der Reichstagsabgeordnete Friedrich Naumann den Reichskanzler Fürsten Bülow so wie er ihm damals vor der Daily Telegraph Affaire und der Novemberrevolution erschien. In der Rede Bülows über das Preußische Wahlrecht erkennt Naumann die sittlich indifferente Klugheitslehre Machiavellis wieder.

„Sie hat — schreibt Naumann — den Schein der theoretischen Begründung, verwendet politische Maximen, ist dialektisch und historisch, aber alles dient nur dem Zwecke der augenblicklichen Nützlichkeit. Kein Mensch glaubt an den theoretischen Ernst der Bülow'schen Begründung, Geschichte, Naturrecht, Moral und Logik sind nichts als Hilfsmittel für den Mann, der im Reiche den Block erhalten will und in Preußen nichts wesentlich ändern. Es geht keinerlei politische Weltanschauung von ihm aus, kein Pathos für etwas, was an sich recht ist, kein Wille zur grundsätzlichen Erneuerung. Er ist kein Junker im echten Sinne des Wortes, kein Liberaler, er ist kein Staatsphilosoph, was er aber ist, läßt sich wohl am besten so bezeichnen: er ist ein Techniker der politischen Methode, ein Virtuos, der in Rom gelernt hat."

„Darin liegt", so schrieb Naumann im Juni 1908, „die Gefahr". Seitdem hat das Deutsche Reich schwer unter dem Techniker der politischen Methode gelitten.

Von Machiavelli hat Bülow, wie Naumann ausführt, die Grundbegriffe Macht, Nützlichkeit und Glück übernommen. **Bülows Glück aber ist des Reiches Unglück. Bülows Macht ist des Reiches Ohnmacht.** Was dem Fürsten Bülow nützlich erscheint, ist des Reiches Schaden. Oder kann es ein Glück sein für eine Monarchie, wenn man von dem Monarchen und obersten Heerführer inmitten seiner Regierungstätigkeit Erklärungen über die Selbstbeschränkung öffentlich fordert und erhält und so das Ansehen des Monarchen herabmindert? Ist die Macht des Deutschen Reiches nicht wesentlich gemindert worden, indem die Reichsschuld von Jahr zu Jahr vermehrt wurde und 900 Millionen Mark deutschen Goldes in den Jahren 1902 und 1905 in die Kriegskasse des uns feindlichen Russischen Staats eingezahlt wurden?

Die großzügige auf bewunderungswerter Voraussicht beruhende konsequente Nützlichkeitpolitik eines Talleyrand machte das besiegte, von den Armeen der Verbündeten überflutete Frankreich zum Herren der politischen Situation, zum Diktator auf dem Wiener Kongreß. Die kleinzügige, jeder Voraussicht entbehrende inkonsequente Nützlichkeitspolitik des Fürsten Bülow trieb das mächtige Deutsche Reich Schritt vor Schritt in die Einkesselung König Eduards hinein.

Wo liegt die Ursache in dem so verschiedenartigen Erfolge dieser beiden Schüler des berühmten Staatssekretärs von Florenz? Der Franzose war ein echter Machiavelli, der Deutsche aber ist ein unechter Machiavelli. Fürst Bernhard von Bülow hat seinen italienischen Lehrmeister nicht verstanden oder nicht verstehen können.

Talleyrand wie Machiavelli waren erfüllt von dem Streben nach der Vermehrung der Macht ihres Vaterlandes. Warum schrieb der seiner Würde entsetzte florentinische Staatssekretär auf seiner Besitzung zu San Casciano sein berühmtes

Werk „Il Principe“. Ranke, Macaulay und Herder haben übereinstimmend das Motiv in der Absicht gefunden, den italienischen Fürsten Anleitung zur Gewinnung und Erhaltung politischer Macht zu geben, damit auf der Grundlage dieser Macht die Wiedergeburt des von Fremdherrschaft und Bürgerkriegen befreiten Italiens erfolgen könne.

So groß immer die Kluft scheinen mag zwischen Machiavelli und dem Verfasser des „Antimachiavelle“ Friedrich dem Großen, sie ist überbrückt durch das unverwüstliche Band des gemeinsamen Ziels. In seinem Testament hat der große Preußenkönig wörtlich als sein Ziel bezeichnet: „Die Stärkung des Staates und das Wachstum seiner Macht.“ Kürzer kann auch das Lebensideal des großen Florentiners nicht zusammengefaßt werden. Mit Recht sagt Friedrich Naumann, daß das positive Ideal dem florentinischen Staatsmann eine Größe gibt, die alle Einzeltechnik überdauert. Und nun fährt Naumann fort: „Was wir aber am gegenwärtigen Reichskanzler vermissen, ist die Sicherheit, daß er überhaupt Ideale hat, die den Tag überdauern.“

Als Otto von Bismarck im September 1862 die Leitung der auswärtigen Politik Preußens und den Vorsitz im preußischen Staatsministerium übernahm, wußte er, was seine Lebensaufgabe war. Sein Ideal war mit ihm groß geworden. Bismarck war entschlossen, die deutsche Frage mit der Schärfe des Schwertes zu lösen.

Es war nur natürlich, daß sich seine tatkräftige Gestalt damals den Zeitgenossen in noch unklarem verschwommenen Lichte zeigte. Seine Feinde hatten falsche Gerüchte über ihn ausgesprengt. Aber zwischen dem Unrichtigen, was man über ihn erzählte, wußte man in der breiten Öffentlichkeit doch schon das Wichtigste, nämlich seine Tatkraft und die Großartigkeit seiner Ziele.

An dem Tage, wo Bismarcks Ernennung zum Staatsminister mit dem interimistischen Vorsitz im Staatsministerium amtlich bekannt gemacht wurde, am 25. September 1862 schrieb die Kölnische Zeitung: Bismarck besitze zwar, was unter den östlichen Junkern selten sei, Geist, Bildung, Liebenswürdigkeit, aber er sei gegen alle freiheitlichen Regungen. Seit Petersburg schreibe man ihm zu, daß er die deutsche Frage mit Hilfe Rußlands und Frankreichs lösen wolle, wenn nötig, mit Gebietsabtretungen. Seine Richtung sei klar: Rücksichtslosigkeit und Neigung zu großartigen Plänen. Er werde ohne Budget regieren, und ein Krieg wohl bald die Notwendigkeit der Reorganisation beweisen. Aber das Land sei einmütig gegen Bismarck[1]).

Wer diese Schilderung objektiven Sinnes las, der mußte sich sagen, daß dieser Staatsmann mit seiner Rücksichtslosigkeit und Neigung zu großartigen Plänen durch das Mittel des Krieges wahrscheinlich die deutsche Frage lösen werde.

Otto von Bismarck wollte bei seinem Amtsantritt die Hegemonie Preußens in Deutschland. Das Deutsche Reich schwebte ihm wohl in allen wesentlichen Zügen seiner heutigen Gestalt vor Augen. Wie Friedrich der Große, so wollte auch Otto von Bismarck: Die Stärkung des Staates und das Wachstum seiner Macht.

Als der Botschafter Bernhard von Bülow im November 1897 im Deutschen Klub in Rom seine Abschiedsrede hielt, sagte er, der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe übernehme er die schwierige und aufreibende Stelle in Berlin. Wir können ihm gern glauben, daß diese Versicherung mehr ist als eine oratorische Wendung und wirklich seinen Gefühlen entsprochen hat. Bernhard von Bülow kannte sich genau

[1]) Dr. Kurt Promnitz: „Bismarcks Eintritt in das Ministerium" (Berlin, Verlag von Emil Ebering) Seite 227.

genug, um zu wissen, daß er den Reichskanzlerposten besser ausfüllen könne als Caprivi und Hohenlohe und als wohl sämtliche Mitglieder der deutschen Diplomatie. Ihm konnte darüber kein Zweifel sein, daß er an oratorischer Begabung kaum von irgend einem Mitgliede des Reichstags oder Landtags überragt werden würde. Er war sich auch seiner Klugheit und Gewandtheit voll und ganz bewußt. Seine Geschicklichkeit, Menschen zu behandeln und zu gewinnen, war ihm aus der Erfahrung bekannt.

Bernhard von Bülow war aber nicht beseelt von dem Ziele des großen Friedrichs und Otto von Bismarcks, die Macht seines Vaterlandes zu vermehren. Es unterliegt keinem Zweifel, daß im Jahre 1897 die überwiegende Mehrzahl der deutschen Nation in dieser Auffassung mit dem neuen Staatssekretär des Auswärtigen vollkommen einig war. Auch im Jahre 1862 war in Preußen die Zahl derjenigen Personen sehr gering, welche auf Grund einer starken Armee zu einem einigen Deutschland unter Preußens Führung gelangen wollte.

Man kann Bernhard von Bülow keinen Vorwurf daraus machen, daß er keine positiven Ideale besitzt. Friedrich der Große wollte allerdings durch sein politisches Testament jeden König von Preußen verpflichten, die Stärkung des Staates und das Wachstum seiner Macht im Auge zu haben. Wir alle wissen, daß Kaiser Wilhelm II. von diesem Ideale beseelt ist. Aber wir können seinem Reichskanzler keinen Vorwurf daraus machen, daß er diese Ideale nicht teilt. Eine andere Frage ist, ob Bernhard von Bülow recht daran getan hat, das Amt eines Staatssekretär des Auswärtigen und später des Reichskanzlers zu übernehmen, wenn er fühlte, daß er nicht im Einklang mit der wichtigsten Bestimmung des politischen Testamentes Friedrich des Großen stand.

Seit Otto von Bismarck Ministerpräsident war, wurden

seine Ziele von Woche zu Woche deutlicher. Die Durchführung des Konfliktes mit dem Abgeordnetenhaus wegen der Armeeverstärkung ließ keinen Zweifel an dem Herannahen einer kriegerischen Lösung der deutschen Frage. Nach dem dänischen Kriege war es nicht schwierig, den deutschen Krieg des Jahres 1866 vorauszuahnen. Und bei Begründung des Norddeutschen Bundes zweifelte wohl kein Einsichtiger an dem Willen und der Fähigkeit des Bundeskanzlers, das Deutsche Reich zu begründen.

Als schließlich das Deutsche Reich begründet war, da kam sich wohl selbst Fürst Bismarck mitunter überflüssig vor. Es war im Jahre 1874, als Fürst Bismarck im vertraulichen Gespräche sich folgendermaßen äußerte:

„Ich langweile mich; die großen Dinge sind getan. Das Deutsche Reich ist aufgerichtet. Warum soll ich mir also nicht Ruhe gönnen? Wenn es gelte, dem Deutschen Reiche eine mächtige, unerschütterliche, finanzielle Grundlage zu geben, welche demselben eine dominierende Stellung verleiht und es in organische Verbindung bringt mit allen öffentlichen Interessen in Staat, Provinz, Kreis und Gemeinde, dann würde ich dabei sein, dann würde ich mir noch einmal etwas zumuten. Das wäre eine große und würdige Aufgabe, die mich reizen könnte, den letzten Hauch meiner sinkenden Kraft heranzusetzen. Allein die Aufgabe ist schwierig. Ich bin nicht eigentlich Techniker auf diesem Gebiete; und meine jetzigen Ratgeber, so tüchtig sie auch sein mögen für die laufenden Geschäfte, haben keine schöpferischen Ideen. Sie bewegen sich in ausgefahrenen Gleisen. Ich bin darauf angewiesen, mir selbst die Reformgedanken zu schaffen und mir die Werkzeuge zu ihrer Ausführung zu nehmen, wo ich sie finde.“ [1])

---

[1]) Dr. Ritter von Poschinger, Fürst Bismarck als Volkswirt I, Berlin 1889. S. 88. Karl Braun „Von Friedrich dem Großen bis zum Fürsten Bismarck“, Berlin 1882.

Fürst Bismarck hat sich in den folgenden 16 Jahren noch manche bedeutende Aufgabe gesteckt und gelöst. Vom Jahre 1875 an reifte in ihm der Gedanke, alle deutschen Eisenbahnen ausschließlich Bayerns für das Reich zu erwerben. Durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Preußen während der Jahre 1880 bis 1885 hat er die preußischen Finanzen in eine glänzende Lage gebracht. Durch den Zolltarif des Jahres 1879 hat er die Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten mit reichen Einnahmen versehen. Nicht nur die überwiegende Mehrheit der deutschen Nation, sondern der Gebildeten in der ganzen Welt ist der Auffassung, daß Fürst Bismarck durch den Schutzzolltarif des Jahres 1879 und durch die Arbeiterversicherungsgesetzgebung den wirtschaftlichen und sozialen Körper der deutschen Nation ganz außerordentlich gestärkt hat.

Bei der Tätigkeit des vierten Reichskanzlers können wir aber weder in der inneren noch in der äußeren Politik ein klares Ziel erkennen. Niemand wird behaupten wollen, daß Fürst Bülow von Beginn seiner Kanzlerschaft im Oktober 1900 an nach einer gründlichen Reform der Reichsfinanzen mit Energie gestrebt habe. Unter ihm ist vielmehr die vollkommene Zerrüttung der Reichsfinanzen erst eingetreten. Bei der Reform des Zolltarifs und der Handelsverträge in den Jahren 1902 bis 1904 war nicht der Reichskanzler, sondern der Wille der Reichstagsmehrheit das treibende und ausschlaggebende Element. Die Fortschritte auf dem Gebiete der Sozialpolitik gingen gleichfalls nicht von dem Reichskanzler, sondern von dem Reichstage aus. Die ganze Welt ist darüber einig, daß das Deutsche Reich in der auswärtigen Politik trotz des Wachstums seiner Bevölkerung, seines Reichstums und daher seiner Macht die führende Stellung mehr und mehr verloren hat. Ohne große Ziele kann man eben weder auf dem Gebiete der äußeren noch der inneren Politik etwas Großes leisten.

Auch der geschickteste Techniker der politischen Methode kann ohne positive Ziele keine fruchtbringende Wirksamkeit entfalten. Die Geschicklichkeit des Fürsten Bülow kann aber gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Fürst Herbert Bismarck, der den Fürsten Bülow keineswegs besonders gewogen war, hat einmal zu Professor Schmoller von Bülow gesagt: „Er ist so klug, daß er das Unmögliche möglich machen kann“[1]). Als politischer Techniker dürfte Fürst Bülow dem ersten Reichskanzler kaum nachstehen. Aber die Stärke des Fürsten Bismarck lag auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und die Stärke des Fürsten Bülow liegt auf dem Gebiete der inneren Politik. Damit ist nicht gesagt, daß Fürst Bülow auf dem Gebiete der inneren Politik zu denselben Leistungen befähigt sei wie Fürst Bismarck. Denn was nützt die vollkommenste politische Technik demjenigen, dem das positive Ziel fehlt. Ohne sich um die Gunst der Parteien und der Presse sehr zu bemühen, erreichte auch im Innern die gewaltsame Natur des Fürsten Bismarck in kurzer Zeit unglaubliches, indem er 1879 plötzlich zum Schutzzoll überging und 1881 die Ära der Arbeiterversicherung inaugurierte, und 1880 die Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen begann.

Vollkommen richtig hat Friedrich Naumann den Unterschied zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Fürsten Bülow geschildert. Naumann schreibt: „Auch Bismarck war ein politischer Techniker allerersten Grades. Auch er kannte die Worte Macht, Nützlichkeit und Glück, und auch er ist manchen verschlungenen Pfad gegangen und war in der Ausübung seines hohen Handwerks nicht immer nur ein Abbild germanischer Bravheit. Der Unterschied aber ist doch für jeden

---

[1]) Professor Gustav Schmoller in der Neuen Freien Presse 1908; vergl. auch Germanicus „Fürst Bülow und seine Zeit“, Berlin 1909. S. 89.

sachkundigen Beobachter ohne weiteres klar. In Bismarck diente die Technik seinem starken Lebensideale. Er war ein voller, inhaltlich reicher Mensch, ein Mensch des Wollens, ehe er politischer Techniker wurde. Das bricht bei ihm überall heraus. Von jedem Zwischenwege findet er sich zurück auf seine Lebenslinie. Das deutsche Volk hat ihm vertraut trotz seiner Technik und hatte ein Recht dazu. Beim Fürsten Bülow aber fehlt dieser Hintergrund. Er kann sehr viel, aber was will er eigentlich?"

In der Handhabung der technischen Mittel findet sich eine große Ähnlichkeit zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Fürsten Bülow. Als Konservativer und Altpreuße hat Bismarck das Programm des Liberalismus in der nationalen Frage durchgeführt. Die preußischen Konservativen waren solange Partikularisten und Gegner der deutschen Einheit, bis einer aus ihrem eigenen Lager es unternahm, die deutsche Frage zu lösen und die nationale Fahne zu entfalten. Was Bismarck in dem Jahrzehnte von 1866 bis 1875 den Liberalen zugestand, das demokratische allgemeine Wahlrecht, die Freizügigkeit, die Verwaltungs-Gerichtsbarkeit, die Kreisordnung, die Zivilehe, war den Konservativen ein Verrat an fundamentalen Prinzipien.

Als Konservativer und Agrarier hat Fürst Bülow das Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908 geschaffen und eine Änderung des Wahlrechts in Preußen vorbereitet. Weil Fürst Bülow prinziplos ist, erhofft Friedrich Naumann von ihm noch weitere Fortschritte in liberalem und demokratischem Sinne.

Wenn Fürst Bülow nicht konservativ wäre, hätte er die Konservativen und Agrarier nicht in den Ring der Novemberleute einschließen können, wäre der große revolutionäre Akt des 17. November 1908 eine Unmöglichkeit gewesen. Als

Konservativer hat er dem Könige die einzige Stütze genommen, auf die er als preußischer Monarch nach alter Tradition in der schwersten Stunde seines Lebens zu zählen berechtigt war.

An der Spitze der Novemberleute überragt Fürst Bülow als politischer Techniker bei weitem den Fürsten Bismarck. Gesetzt den Fall, daß Fürst Bismarck sich gegen den Hohenzollernschen Monarchen hätte auflehnen wollen. Ihm hätte das ungeheure Maß von technischen Fähigkeiten, welches zur modernsten aller Revolutionen, zur journalistischen und parlamentarischen erforderlich ist, gefehlt..

Auch einem Moltke, vielleicht sogar einem Julius Cäsar hätte das Zeug gefehlt, um unerkannt in einer kleinen Stadt den Hauptmann von Cöpenick zu spielen. Fürst Bismarck hätte nicht die Art besessen, die erforderlich ist, um die Pressevertreter und Parlamentarier fast aller Parteien zu einem gemeinsamen Handeln für den Kanzler und gegen den Kaiser zu gewinnen. Fürst Bismarck hätte es aber auch nicht über sich gewinnen können, die eigene Schuld zu verdecken und die Schuld des Kaisers zu betonen und zu vergrößern. Die Technik des Fürsten Bismarck fand ihre unübersteigbare Grenze in der monarchischen Treue. Die Fahrt nach Potsdam am 17. November 1908 konnte nur unternommen werden von einem Reichskanzler, der nichts ist als politischer Techniker.

Fürst Bismarck ist eine undenkbare Figur im Eisenbahnkoupée zwischen Berlin und Potsdam, über die Mittel brütend, von dem Monarchen eine die Monarchie herabsetzende, zur Veröffentlichung bestimmte Erklärung einzuholen. Als wirklicher Staatsmann und wirklicher Monarchist würde er diesen Schritt niemals unternommen haben. Fürst Bismarck wußte, wie leicht es ist, in erregten Zeiten die öffentliche Meinung zu bestimmen und zu gestalten. Er würde sich noch in dem Eisenbahnkoupée

gefragt haben, ob er auf Grund von einigen Reichstagsreden und Zeitungsartikeln dem Monarchen die Volksstimmung richtig zu schildern vermag, und ob er sittlich recht daran tut, auf Grund einer solchen augenblicklichen angeblichen Stimmung den Monarchen zu schwerwiegenden öffentlichen Erklärungen zu veranlassen.

Unter Fürst Bismarck wäre weder die Reichstagsverhandlung vom 9. und 10. November, noch der Pressefeldzug der offiziösen Zeitungen gegen den Kaiser, noch die Kanzlerfahrt nach Potsdam denkbar gewesen. Allerdings wäre auch die Schuld des Kanzlers an der Veröffentlichung des Interview zu den Zeiten des Fürsten Bismarck undenkbar gewesen. Wäre aber dennoch eine solche Affäre und eine solche Debatte im Reichstag entstanden, so würde Fürst Bismarck sich eine Ehre daraus gemacht haben, den Kugelfang für seinen Monarchen abzugeben. Obgleich er in der Behandlung der Parlamentarier und der Pressevertreter nicht annähernd die Geschicklichkeit des Fürsten Bülow besaß, würde Fürst Bismarck seinen geringeren Einfluß dennoch wirksam dazu verwandt haben, die ganze Affäre sofort im Keime zu ersticken, bevor der Sturm in der Presse und im Parlamente begann.

So groß die Macht des Fürsten Bismarck und die noch größere Macht des Kardinals Richelieu war, beide Staatsmänner haben stets die königliche Autorität hochgehalten. Richelieu hat den monarchischen Gedanken in Frankreich, der seit Franz II. seine Autorität eingebüßt hatte, wieder hergestellt und Bismarck hat immer dafür gesorgt, daß die persönliche Autorität des Kaisers gehütet und gehoben wurde. Mit Recht schreibt Professor Hans Delbrück [1]) von Bismarck: „Oft genug war er außer sich, wenn der Monarch nicht für

[1]) Hans Delbrück „Erinnerungen" (Berlin 1905) Seite 476.

seine Vorschläge zu gewinnen war oder nicht nach seinem Sinne handelte, aber nach außen drang nichts davon durch."

Auch durch den 11. November 1630, den Journée des Dûpes, hat Richelieu in keiner Weise das Ansehen des Königs oder der Monarchie herabgesetzt. Nach jenem Tage nannte der Bruder des Königs, der Herzog von Orleans, den Kardinal in einem öffentlichen Manifeste den Major domus unserer Zeit, und mußte infolgedessen mit der Königin-Mutter nach Brüssel fliehen. Richelieu war in der Tat der Major domus, denn er verfügte auch über die Armee. Richelieu hatte die unbeschränkte Macht in Frankreich in der Hand, aber er hat niemals etwas getan, was das Ansehen der Monarchie zu mindern geeignet war. Auch das Testament Richelieus atmet die tiefste Ehrfurcht vor dem Träger der Krone. Durchweg wird alles Verdienstliche, was in Wahrheit Richelieu getan hatte, dem Könige zugeschrieben. Einen erheblichen Teil seines Vermögens, darunter das noch heut vorhandene Palais Royal, welches unter Richelieu Palais Kardinal hieß, vermachte er dem Könige. Allen seinen Fideikommiserben verbietet Richelieu auf das Strengste, jemals von dem Gehorsam abzuweichen, den sie dem Könige und dessen Nachfolgern schuldig sind, welchen Grund der Unzufriedenheit sie auch haben können.[1])

Bei der Machtfülle eines solchen Major domus, der sich auf die Armee glaubt verlassen zu können, muß die äußere Autorität des Königs mit vermehrter Sorgfalt gewahrt werden. Hätte Richelieu anders gehandelt, so gab es für ihn nur die eine Möglichkeit, den König abzusetzen.

Ludwig XIII. war eine kränkliche und ängstliche, unbeholfene Natur. Er war nicht fähig, weder ein Heer zu

---

[1]) Wilhelm Roscher „Politik" 3. Aufl. (Stuttgart 1908) S. 244.

führen, noch die Politik zu leiten. In bescheidenen Verhältnissen lebte er seinen Liebhabereien und hörte seine tägliche Messe. An einzelnen wenigen Konflikten zwischen dem König und dem Major domus hat es wohl nicht gefehlt. Als der König dem Kardinal einstmals im Unmut seine Leibwache nehmen wollte, drohte der Minister mit seinem Abgange und sie wird ihm sofort wieder gestattet. So schwach und ungeeignet Ludwig XIII. war, so hat doch Richelieu niemals daran gedacht, ihn abzusetzen. Vielmehr hat Richelieu in seinen eigenen Memoiren geäußert, das Verbrechen der beleidigten Majestät selbst nur in Gedanken zu begehen, verdiene Strafe.[1])

Wie wird sich die Gestalt des Fürsten Bülow in der Weltgeschichte ausnehmen? Mit dem 17. November 1908 ist Fürst Bülow herausgetreten aus dem Schwarm der Ministerpräsidenten der Großmächte, deren Namen in der Weltgeschichte keine Beachtung findet.

Bernhard von Bülow ist eine große historische Figur. Nur kleinliche Feindschaft oder Mangel an historischem Verständnis kann die Bedeutung des Fürsten Bülow in Abrede stellen. Seine eignen Freunde und seine intimsten Parteigänger, die Novemberleute, ahnen wohl heute noch nicht die gewaltige Wirkung, welche von dieser Persönlichkeit ausgeht.

Die gesamte staatsmännische Tätigkeit des Fürsten Bülow vom November 1897 bis zum Jahre 1908 ist von völlig untergeordneter Bedeutung gegenüber der Organisation und Durchführung der Novemberrevolution. Hier steht er unerreichbar da als formvollendeter Techniker der politischen Methode. Die Zeit wird kommen, wo man in allen Ländern dieser Erde den Fürsten Bülow schon in den Schulen unter

[1]) Hans Delbrück „Erinnerungen" (Berlin 1905) Seite 475.

den größten und bedeutungsvollsten Staatsmännern aufzählen wird.

Fürst Bülow ist mehr als ein genialer politischer Techniker. Er ist ein Erfinder. Er ist der Erfinder der Revolution durch die öffentliche Meinung. Diese Erfindung ist wert in allen Staaten patentiert zu werden. Sie wird noch in hunderten von Jahren nach ihn benannt und als „Bülowrevolution“ bezeichnet werden, wo immer sie auftritt, wo immer sie angewandt wird.

Sie ist die einzige garantiert unblutige Revolution. Sie ist eine schmerzlose Revolution, da sie keinen körperlichen Schmerz verursacht. Sie wirkt ebenso schnell als sicher. Sie ist das Ideal einer Revolution.

Das Aufkommen der Bülowrevolution bezeichnet einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Politik. Die ganze Menschheit wird in dem Wunsche einig sein, daß diese Art der Revolution im Falle künftigen Bedarfs alle anderen Arten von Revolution ersetzen möge.

Vielleicht hat Fürst Bülow von der türkischen Revolution im Sommer 1908 gelernt. Aber die glorreiche, unblutige formvollendete türkische Revolution erscheint noch roh und barbarisch im Vergleich zu der Eleganz der Bülowrevolution.

Bei Beurteilung der historischen Persönlichkeit des Fürsten Bülow wird die Weltgeschichte in hundert Jahren wenig oder gar kein Verständnis dafür haben, daß die Bülowrevolution auch eine Revolution des Unrechts war, und daß sie auf das tiefste das moralische Gefühl der Deutschen verletzen mußte. Die Weltgeschichte kennt keine Sentimentalitäten. Sie ist auch nicht verpflichtet, die Interessen des Deutschen Reiches im Jahre 1908 wahrzunehmen. Sie wird den Fürsten Bülow danach beurteilen, wie seine Erfindung sich in der weiteren Praxis bewährte.

Selbst wenn die deutsche Novemberrevolution dem Deutschen Reiche erwiesenermaßen zum Nachteil gereichen würde, würde die Weltgeschichte wahrscheinlich dem Fürsten Bülow für seine Erfindung Dank wissen. Die Bedeutung des Fürsten Bülow ist seit dem 17. November mehr eine internationale als nationale.

Die internationale Anerkennung des Fürsten Bülow als erstklassiges staatsmännisches Genie steht außer jedem Zweifel. Für uns Deutsche mußte natürlich bei Beurteilung des Fürsten Bülow die Wirkung der Novemberrevolution auf die Wohlfahrt des Deutschen Reiches der leitende Gesichtspunkt sein. Nach meiner Auffassung bedeutet die Novemberrevolution eine schwere Schädigung der Macht des Deutschen Reiches in einem besonders kritischen Augenblicke.

Es braucht nicht erst bewiesen zu werden, daß das ungeschmälerte Ansehen des deutschen Kaisers und obersten Kriegsherrn für die Nation von ungeheurem Werte ist. Es ist zu besorgen, daß die Ereignisse des 17. November die Initiative des Kaisers gelähmt haben. Für unser öffentliches Leben ist aber die Initiative des Kaisers von der größten Bedeutung. Auch der tatkräftigste und rührigste Reichskanzler kann im Deutschen Reiche und Preußen ohne die Initiative des Kaisers nur in beschränktem Umfange tätig sein. Selbst dem mächtigen Fürsten Bismarck war das große und überaus wichtige Gebiet des Kriegswesens vollkommen entzogen. Kaiser Wilhelm I hat Bismarck nicht einmal um Rat gefragt, als es sich um die Ernennung eines Nachfolgers des Kriegsministers von Roon handelte. Auf die Gestaltung der Kriegsrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft hat der Reichskanzler direkt nur sehr wenig Einfluß. Er kann eigentlich nur dadurch in militärischen und maritimen Dingen größeren Einfluß gewinnen, daß ihn der Kaiser in seine Pläne und Absichten einweiht.

Aus zwei Gründen braucht Deutschland gegenwärtig einen tatkräftigen und lebensmutigen Kaiser mehr als je zuvor. In ganz Europa spricht man von der Gefahr eines Weltkrieges, der sich aus der orientalischen oder marokkanischen Frage entwickeln kann. An der Schwelle des Zeitalters der Motorluftschiffahrt kann nur die Initiative des Kaisers uns einen wesentlichen Vorsprung vor den andern Nationen verschaffen. Der Weltkrieg und die Motorluftschiffahrt erfordern einen Kaiser von weiter Voraussicht und großer Unternehmungslust.

Durch die Abneigung des Königs Friedrich Wilhelm III. und seiner Ratgeber im Militärwesen und Verkehrswesen gegen jede Neuerung sind die ersten Eisenbahnen in Preußen zehn Jahre später eröffnet worden, als es möglich gewesen wäre Hätte Preußen sofort im Jahre 1829 mit Energie den Eisenbahnbau aufgenommen, so würde der Reichtum, der Verkehr und die Bevölkerung Preußens um vieles schneller zugenommen haben und durch die politische Vorwärtsstellung Preußens schneller und leichter gekommen sein. Der Reichsetat für das Jahr 1909 enthält keine Forderung von Erheblichkeit für Motorluftschiffahrt. Es besteht also nicht die Absicht an amtlicher Stelle, die Motorluftschiffahrt so zu fördern, wie es den dringenden Bedürfnissen der Kriegsrüstung des Reiches entspringt. Gerade in den Tagen, als in Donaueschingen und Friedrichshafen der Kaiser das Zeppelinsche Luftschiff besichtigte, begann in der Presse und im Reichstage der Feldzug gegen den Monarchen, der zu den Ereignissen des 17. November führte. Seitdem hat sich der Kaiser in so auffälliger Weise von der Öffentlichkeit zurückgezogen, daß die ernste Gefahr besteht, er werde auch das Interesse für die Motorluftschiffahrt einbüßen. Es hat aber noch niemals in dieser Welt eine technische Neuerung von solcher Bedeutung gegeben. Seit der Einführung des Schießpulvers hat das

Kriegswesen keine Veränderung erfahren, die auch nur entfernt mit dem Aufkommen der Motorluftschiffahrt auf eine Stufe gestellt werden könnte. Durch Begründung der Motorluftschiff-Studiengesellschaft im Jahre 1906 hat Kaiser Wilhelm II. fördernd in die Entwickelung der Motorluftschiffahrt eingegriffen. Es ist richtig, daß Kaiser Wilhelm II. sein ursprüngliches Interesse für das Zeppelinsche Luftschiff im Jahre 1901 unter dem Einfluß ungünstiger amtlicher Berichte längere Zeit nicht betätigt hat. Aber durch die Begründung der Motorluftschiff-Studiengesellschaft hat der Kaiser auch dem Zeppelinschen Unternehmen eine erhebliche finanzielle Unterstützung schon im Jahre 1907 zugeführt.

Man kann sich nicht leicht einen Monarchen denken, der mehr als Kaiser Wilhelm II. geeignet ist, einer großen technischen Neuerung auf dem Gebiete des Kriegswesens und des Verkehrswesens zum Siege zu verhelfen. Niemals hat ein Monarch ein größeres Interesse für die Seeschiffahrt gezeigt und niemals gründlichere Kenntnisse und mehr Initiative auf diesem Gebiete an den Tag gelegt. Schon aus diesem Grunde erscheint Kaiser Wilhelm II., der der Luftschiffahrt von jeher reges Interesse entgegengebracht hat, als der wirksamste Vorkämpfer des neuen Zeitalters der Motorluftschiffahrt.

Wenn Deutschland heute mit Frankreich, England und Rußland in Krieg gerät, so würde es auch im Falle eines siegreichen Einmarsches der deutschen Armeen in Paris und Moskau durch die Länge und das wechselnde Glück des Krieges sowie durch die maritime Überlegenheit Groß Britanniens schwere Zeiten voll von bangen Sorgen durchzumachen haben. Niemand kann voraussagen, welchen Umfang die Arbeitslosigkeit und die Teuerung, vielleicht gar Hungersnot infolge der Sperrung des Seeverkehrs durch die englische Kriegsflotte erreichen würde. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Nation

schwere Entbehrungen und Drangsale durchzumachen haben. In einem Lande, wo 3¼ Millionen sozialdemokratischer Stimmen bei den letzten Reichstagswahlen abgegeben sind und die Zahl der sozialdemokratischen Wähler in beständiger Zunahme begriffen ist, muß von allen Anhängern der Ordnungsparteien die sorgfältige Aufrechterhaltung des Ansehens der Monarchie im Auge gehalten werden. Auf einen sozialistisch vorbereiteten Boden können sehr leicht Arbeitslosigkeit, Hungersnot und einige verlorene Schlachten zu einer Revolution im Innern führen, wenn nicht die Masse der Bevölkerung unerschütterliches Vertrauen und unerschütterliche Anhänglichkeit zu der Person des Monarchen besitzt.

Die ganze Welt ist darüber einig, daß die Ereignisse vom 17. November das Ansehen des Kaisers bei der Bevölkerung gemindert haben. Fürst Bülow hat durch den revolutionären Akt vom 17. November die Macht des Deutschen Reiches gemindert und seine Widerstandsfähigkeit im Falle der Not geschmälert.

Es mag sein, daß der Ausbruch eines Weltkrieges vermieden wird, und daß der Vorgang der Bülow-Revolution im Deutschen Reich noch manchmal zur Anwendung kommt und zeitgemäße Bedürfnisse befriedigen hilft. Vielleicht wird die Bülowrevolution neu aufgelegt, um dereinst die Einzelstaaten zum Verzicht auf wesentliche Stücke ihrer Souveränität zu zwingen und den Einheitsstaat mehr oder weniger herbeizuführen.

Aber auch wenn die Bülow'sche Erfindung einer Revolution der öffentlichen Meinung der deutschen Nation auf Generationen hinaus eine blutige Revolution nach altem Stile ersparen sollte, so ist immer noch nicht gesagt, daß die Macht des Deutschen Reiches durch dieses System der imponierenden Zeitungsartikel und Parlamentsreden gefördert wird. Mir will scheinen, als

wenn die Bülow'sche Erfindung sich weniger für Deutschland, wo sie zum ersten Male angewandt wurde, als für andere Staaten eigne. Dergleichen Revolutionen durch Zeitungsartikel und Parlamentsreden sowie andere Maskeraden, welche das Fehlen der Revolutionsarmee und allgemeinen Volkserhebung maskieren, passen vielleicht nach Italien oder Belgien oder Spanien, nicht aber in ein Reich, dessen Bevölkerungsvermehrung eine kraftvolle Weltpolitik heischt.

Durch die Erfindung der Bülowrevolution hat Deutschland schwerlich etwas gewonnen, aber sicher in der kritischen Zeit unendlich viel verloren. Die Kulturentwicklung der ganzen Welt aber verdankt sicher Bernhard von Bülow eine der wichtigsten und heilsamsten Erfindungen.

Warum setzte sich am 5. Oktober 1789 der Zug der Fischweiber nach Versailles in Bewegung? Weil Gerüchte gingen, daß die großen Parlamentsdebatten in den letzten Wochen den beabsichtigten Eindruck auf den Monarchen nicht gemacht hätten und weil man meinte, daß der Monarch zurückfallen könne in seine früheren Gepflogenheiten. Man verlangte Garantien vom Könige. Er sollte sein Einverständnis mit den Reden der Parlamentsführer erklären.

Wenn damals der Vorgang der deutschen Novemberrevolution den Parisern vor Augen geschwebt hätte, so würde an Stelle des Pöbelzuges von zehntausend Köpfen der Ministerpräsident von Paris nach Versailles gefahren sein und den König um die unbedingte Annahme der Verfassungsartikel und der Erklärung der Menschenrechte ersucht haben.

Kaum hatte Fürst Bülow am 17. November nach anderthalbstündiger Unterhaltung mit dem Monarchen gegen $^{3}/_{4}$ 2 Uhr nachmittags das Neue Palais verlassen, so trug Wolffs Telegraphenbureau die Nachricht in alle Welt, daß der Kaiser die Darlegungen und Erklärungen des Reichskanzlers mit

großem Ernste entgegengenommen und seinerseits die Stetigkeit der Reichspolitik unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zugesichert habe.

Dieser Vorgang sollte für alle Revolutionen vorbildlich sein. Er ist die schönste Darstellung einer Revolution im Zeitalter des Parlamentarismus, der Presse und der öffentlichen Meinung.

Man wird sich hoffentlich für immer erinnern, welchen unwürdigen Charakter die ungezügelte französische Revolution von ihrem Beginn an aufwies, und wie schon der Zug der Fischweiber den Anbruch der Schreckensherrschaft bedeutete. In welcher Weise nahm man am 5. Oktober Ludwig XVI. die gewünschten Erklärungen ab? Durch gerichtliche Zeugenaussage ist nach Taine's Darstellung der Sachverhalt in den folgenden Tagen festgelegt worden. Der Zeuge sah mehrere wie Fischhändlerinnen gekleidete Weiber aus den Gemächern des Königs in Versailles herauskommen. Die hübscheste von ihnen schwang ein Papier in der Hand und rief: „Ha, verdammt! Wir haben den Kerl zum sanktionieren gezwungen!"

Nachdem die Fischweiber am Nachmittag dem König eine Erklärung abgezwungen hatten, bedeutete es nur die Fortsetzung des begonnenen Werkes der Revolution, als sie in der nun folgenden Nacht gegen 5 Uhr morgens das Versailler Schloß stürmten, um die königliche Familie zu ermorden. Da das Königspaar sich in dem Schlafzimmer verbarrikadiert hatte, schnitten sie den Gardisten der Leibwache die Köpfe ab. Der König und die Königin behielten diesmal noch ihren Kopf, aber sie mußten am Morgen mit nach Paris, denn wer A sagt, muß auch B sagen.

Dies war das Kennzeichen der Revolution alten Stiles, daß sie keine Disziplin und keine Grenzen kannte. Sie strebten

unwillkürlich nach dem Ziele der Erschöpfung aller im gegenseitigen Gemetzel.

Die Größe Bülows liegt in der absoluten Beherrschung der deutschen Novemberrevolution. In dem Augenblick, wo der Kaiser ihm am 17. November sein uneingeschränktes Vertrauen ausgesprochen hat, ist die Revolution zu Ende.

Wir können die Geschichte aller Länder und aller Zeiten durchforschen und werden vergeblich nach einem solchen Meister der Revolution suchen. Wie gering ist der revolutionäre, das heißt der umgestaltende Erfolg der bluttriefenden Revolutionsgestalten eines Robespierre, eines Marat oder Danton gegen den glatten und schnellen Erfolg eines Bülow! Robespierre hat die französische Revolution weder angefangen noch beendet. Er ist wie Danton und Marat nur eine besonders blutige, sonst aber beiläufige Erscheinung innerhalb der Revolution.

Die türkische Revolution im Sommer 1908, die in der ganzen Welt ein so reiches Maß von Anerkennung gefunden hat, ist durchgeführt von einer Vielheit von Personen, dem jungtürkischen Komitee. Nirgendwo findet sich in ihr eine überragende Figur, die den Plan entwirft, den Anfang und das Ende bestimmt. Die jungtürkische Revolution ist nicht das Werk eines Mannes, so vollkommen immer sie sich gestaltete.

Selbst in Oliver Cromwell erschöpft sich die englische Revolution ganz und gar nicht. An dem Ausbruch der Revolution und des Bürgerkrieges ist Cromwell nur in ganz untergeordnetem Maß beteiligt. Erst allmählich im Laufe der ersten fünf Jahre der Revolution kommt Cromwell durch seine militärische Tüchtigkeit als zweiter General der Revolutionsarmee an die Spitze der revolutionären Bewegung. Stets hat Cromwell mit schweren Widerständen zu kämpfen gehabt. Auch nachdem er endlich im neunten Jahre der Revolution

die Hinrichtung des Königs erreicht hatte, mußte er nach allen Richtungen hin mit ungeheurer Grausamkeit seine Stellung als Diktator erkämpfen und behaupten.

Nirgendwo weder in Wien noch in Berlin findet die Revolutionsbewegung der Jahre 1848 und 1849 eine alles überragende Führergestalt. Man hat die Zeit vom Frühjahr 1848 bis Frühjahr 1849 oft das tolle Jahr genannt. Und in der Tat es ging in diesem Jahr etwas sehr bunt in den deutschen Landen zu. Es gab wohl nirgendwo einen Führer der Revolutionsbewegung, der gewußt hätte, was er eigentlich wollte.

Der Kern der Erklärung, welche Friedrich Wilhelm IV. an der Spitze seiner Prinzen und Minister auf dem Schloßhofe am 21. März 1848 gegen 11 Uhr vormittags gegenüber der Menge abgab, bestand in folgenden Worten: „Deutschlands Einheit und Freiheit will ich schützen, sie muß geschirmt werden durch deutsche Treue auf den Grundlagen einer aufrichtigen konstitutionellen deutschen Verfassung!"

An diese Worte muß man unwillkürlich denken, wenn man im Reichsanzeiger vom 17. November die Erklärung Kaiser Wilhelms II. gegenüber dem Reichskanzler liest. Der Kaiser erklärte, er erblicke seine vornehmste kaiserliche Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reichs unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern.

Beide Erklärungen sind von dem Volke mit großer Befriedigung aufgenommen worden. Als Friedrich Wilhelm IV. der bei dieser Gelegenheit die Uniform des ersten Garderegiments und ein breites Band mit den deutschen Farben um den Arm trug, geendet hatte, ertönte lauter Jubel auf dem Schloßhofe. Als die Wolff'schen Depeschen am Nachmittag des 17. November im ganzen Deutschen Reiche die Erklärung des Kaisers bekannt machten, war allerorten die urteillose Menge sichtlich befriedigt. Nur wenige einsichtige Männer

erkannten sofort den schweren Schaden für Kaiser und Reich.

Unter wie verschiedenen Umständen aber ist die Königliche Garantie eines konstitutionellen Regimentes vom 21. März 1848 und vom 17. November 1908 zustande gekommen!

Am 18. März 1848 hatte vor dem Schlosse der Barrikadenkampf begonnen und 183 Tote waren das Opfer des Aufstandes. Arbeiter und Studenten hatten am 19. März auf Bahren die Leichen der auf den Barrikaden Gefallenen in den Schloßhof getragen. Am Arme die weinende Königin führend, war der König bleichen Antlitzes auf der Galerie erschienen. Auf den lauten Ruf der Menge „Hut ab", hatte er sein Haupt entblößt, um die Toten zu grüßen.

Unmittelbar bevor sich der König mit der Revolution verbrüderte, hatte am 21. März 10 Uhr vormittags die sonderbarste Versammlung stattgefunden, die man je in Berlin gesehen hatte. Der liberale Minister Graf Schwerin war um zehn Uhr vormittags in der Aula der Universität erschienen. Die meisten dort versammelten Studenten waren bis an die Zähne bewaffnet. Auch der Rektor und Prorektor, die den Minister begleiteten, trugen Waffen. Graf Schwerin teilte in einer Ansprache den Studenten mit, daß der König demnächst, geschmückt mit den deutschen Farben, in den Straßen erscheinen werde und darauf rechne, daß sich die akademische Jugend um ihn scharen werde. Der Minister schloß mit dem Hoch „Es lebe unser wahrhaft deutscher König!" Und weiter mit einem Hoch auf die Verantwortlichkeit der Minister.

Nachdem König Friedrich Wilhelm IV. am 21. März um 11 Uhr auf dem Schloßhofe mündlich die oben erwähnte Garantieerklärung abgegeben hatte, setzte sich die Menge mit dem König in Bewegung. Einige Minister bildeten zu Pferde den Vortrab. Dann folgte ein Bürgerschütze zu Fuß mit

einer großen schwarzrotgoldenen Fahne, dann der König zu Pferde, begleitet von 2 berittenen Bürgern. Der Tierarzt Urban, berühmt als Barrikadenkämpfer und Volksredner und ausgezeichnet durch einen langen schwarzen Bart, ging unbedeckten Hauptes neben dem Könige, in der Hand eine gemalte Kaiserkrone tragend, später bestieg er aber ein Pferd und ritt am Schluß neben dem Könige und dem General von Neumann in das Schloß ein. Der Zug bewegte sich durch die Behrenstraße, dann durch die Linden zurück über den Schloßplatz zum Alexanderplatz und zurück am Kölnischen Rathause vorbei. Wiederholt hielt während dieses Umzuges der König Ansprachen. Am Rathause sprach er zu den Stadtverordneten und Bürgerwehrmännern: „Ich schwöre es Euch, ich will nur das Gute."

Was war die Folge dieser Demütigung des Königs? Der Spott setzte ein. Die Witzblätter bemächtigten sich des Vorganges. Man lerne aus der Geschichte.

Die Garantieerklärung des 17. November 1908 kam leichter zustande. Nicht eine Barrikade war in den Straßen Berlins gebaut und nicht ein Bürger gefallen. Aber dennoch gab es einen Toten, dessen Tod vielleicht von bestimmendem Einfluß auf die Nachgiebigkeit Kaiser Wilhelm II. gewesen ist. Der Chef des Militärkabinetts und Generaladjudant des Kaisers General der Infanterie, Graf von Hülsen-Häseler war am kaiserlichen Hoflager zu Donaueschingen am Abend des 14. November plötzlich einem Schlaganfall erlegen. Am 15. Nov. vormittags fand im Schlosse zu Donaueschingen ein Trauergottesdienst in Gegenwart des Kaisers statt. Am 16. November verließ der Kaiser 2 Uhr 25 Minuten nachmittags mittels Sonderzugs Donaueschingen und traf mit der Kaiserin in Oos zusammen. Die Ankunft des Kaiserpaares in Wildpark erfolgte am 17. November um 8 Uhr 5 Minuten früh.

Im Jahre 1848 hat die königliche Zusicherung eines

konstitutionellen Regiments die Revolution noch nicht beendet. Im Jahre 1908 bedeutete die königliche Zusicherung eines konstitutionellen Regimentes das Ende der revolutionären Bewegung. Die kaiserliche Erklärung am 17. November hatte die Revolution im Keime erstickt. Denn sie beseitigte die Ursache der Revolution.

Die amtliche Erklärung im Reichsanzeiger schloß nämlich mit folgenden Worten: „Demgemäß billigte Seine Majestät der Kaiser die Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage und versicherte dem Fürsten Bülow seines fortdauernden Vertrauens."

Sobald die Stellung des Fürsten Bülow gesichert schien, war die Revolution zu Ende.

Alle früheren Revolutionen dienten dem Ausbau der Volksrechte, der Einführung oder Veränderung der Verfassung oder anderen vitalen Interessen der Nation oder mächtiger Teile derselben. Die neueste Revolution diente lediglich der Erhaltung des Fürsten Bülow in seiner Stellung.

Fürst Bülow bleibt im Amte als König der Revolutionäre.

2. Kapitel.

Vor der deutschen Novemberrevolution.

Die deutsche Novemberrevolution unterscheidet sich von allen bisherigen Revolutionen der Weltgeschichte dadurch, daß niemand sie voraus geahnt hat. Kaum habe ich diesen Satz ausgesprochen, so beschleicht mich ein unbestimmtes Gefühl, daß vielleicht der Tag kommen dürfte, wo aus dieser Behauptung mir in eklatanter Weise die mangelnde Sachkenntnis nachgewiesen wird. Soviel aber kann ich auf das Bestimmteste versichern, daß mir selbst jede Voraussicht der kommenden Ereignisse fehlte, als ich am Abend des 26. Oktober auf vier Wochen nach Paris und London reiste. Hätte ich auch nur die geringste Ahnung davon gehabt, daß während dieser kurzen Zeit sich in meinem Vaterlande die bedeutendste Umwälzung seit der Begründung des Reiches vollziehen würde, so würde nichts mich zum Verlassen des heimatlichen Bodens bestimmt haben.

Sicher ist jedenfalls, daß noch niemals zuvor der Anlaß der Revolution so wenig Personen im Voraus bekannt war, wie diesmal. Unter dem Anlaß der Revolution verstehe ich hier die Ereignisse, aus denen sich die Revolution unmittelbar entwickelt hat. In erster Linie also die Veröffentlichung des Kaiser-Interviews im Daily Telegraph am 28. Oktober. Daneben das Vorhandensein des Interviews des Amerikaners Mr. Hale.

Die türkische Revolution vom Sommer 1908 kam auch plötzlicher als irgend eine der vorhergehenden Revolutionen.

Aber Hunderte von Jungtürken waren seit langer Zeit sogar mit den Details der beabsichtigten revolutionären Erhebung wohl vertraut. Die englische Revolution, die französische Revolution und die Revolution des Jahres 1848 haben sich ganz allmählich organisch entwickelt und jeder Einsichtige konnte Jahre oder doch wenigstens Monate vor dem eigentlichen Ausbruch die Situation erkannt haben.

Seinem großen Werke über die französische Revolution „Die Entstehung des modernen Frankreichs“ schickt H. Taine einen Band voraus unter dem Titel „Das vorrevolutionäre Frankreich“. In diesem Bande zeigt Taine wie der Staat des alten Regimes im Laufe von Generationen sich allmählich auflöste und den Ausbruch der Revolution zur inneren Notwendigkeit machte.

In der Nacht vom 14. zum 15. Juli 1789 ließ der Herzog von Larochefoucauld-Liancourt Ludwig den Sechzehnten wecken, um ihm die Erstürmung der Bastille zu hinterbringen. „Es ist also eine Revolte ausgebrochen?“ fragte der König. „Sire,“ antwortete der Herzog, „es ist eine Revolution.“

Das Ereignis war aber, wie Taine mit Recht betont, noch viel ernster. Wäre nur eine Revolution ausgebrochen gewesen, so hätte ein tüchtiger General sie niederschlagen können. Aber die vollendete Auflösung des Staates und der Gesellschaft war zur Wirklichkeit geworden. Das Gebäude des Staates und der Gesellschaft war eingestürzt und zu dem Aufbau waren nicht nur viele Jahre, sondern auch ein Genie erforderlich.

Staat und Gesellschaft sind bei uns keineswegs in Auflösung begriffen. Alles befindet sich in gesunder Fortbildung. Die soziale und wirtschaftliche Entwickelung des Deutschen Reiches ist eine sehr erfreuliche. Niemals stand das Deutsche

Reich militärisch stärker da als an der Schwelle der deutschen Novemberrevolution.

Auch politisch ist die deutsche Nation auf dem Wege des Fortschritts. Sie wird von Jahr zu Jahr reifer zur Selbstregulierung. Der freiheitliche, demokratische Sinn nimmt zu. Die Vermehrung des Wohlstandes, der Bildung, der Verkehrsmittel, der Telephone ist gegen ein absolutistisches Regiment gerichtet, und erweckt in der Nation das Verständnis für die Politik.

Auch in Rußland, in der Türkei und in Persien hat der wirtschaftliche und technische Fortschritt die Verfassung und den Parlamentarismus herbeigeführt. Die freiheitlichen Einrichtungen der verschiedenen Nationen beeinflussen sich gegenseitig. In jedem einzelnen Lande wird hierdurch der Rückschritt erschwert und der Fortschritt erleichtert. Die Zunahme des internationalen Verkehrs macht überall ein gewisses Mindestmaß an Verfassungsleben, Parlamentarismus und freiheitlichen Einrichtungen erforderlich. Immer mehr bildet sich international eine feste Meinung über das in einem jeden Lande notwendige Maß an politischen Freiheiten. Die internationale Kritik wird zu einer Macht. In Rußland, in der Türkei und in Persien müssen die Herrscher mit der Macht der internationalen öffentlichen Meinung rechnen. Die türkische Revolution hat sich unter dem Beifall und unter dem Schutze der internationalen öffentlichen Meinung vollzogen. Aber kaum war die bürgerliche Freiheit in der Türkei geboren, so übte sie schon wieder eine mächtige Rückwirkung auf die öffentliche Meinung in der ganzen Welt aus. Jetzt wachsen auch die Ansprüche der großen europäischen Nationen. Den größten Einfluß aber hat die geniale unblutige Revolution der Jungtürken als technischer Vorgang der Inszenierung einer

Revolution auf die Gemüter der Monarchen und ihrer Untertanen hervorgebracht.

Daß die Welt mehr und mehr demokratisch wird, dürfte die gemeinsame Ueberzeugung aller Gebildeten in der Gegenwart sein. Die Demokratisierung hat aber in den letzten Jahren schnellere Fortschritte gemacht als es noch vor 10 Jahren für möglich gehalten wurde. In fast allen Ländern geht aber neben der Zunahme des demokratischen Geistes eine Zunahme der Kriegsrüstung parallel, durch welche die Demokratisierung in nicht unerheblichem Maße aufgehalten wird. Andererseits fühlen sich die Landtruppen wie die Seetruppen immer mehr als Teile des Volkes. Das Offizierkorps hat in der Türkei dem Volke die Verfassung und die bürgerliche Freiheit erobert.

Deutschland wird demokratischer. Was heißt das? Die sogenannten demokratischen Parteien, nämlich die Freisinnige Volkspartei und die Süddeutsche Volkspartei nehmen nicht zu an Zahl der Wähler und Reichstagsmandate. Sie müssen auch nicht zunehmen. Denn der Freihandel gehört nicht zur Demokratie. In den letzten hundert Jahren ist England immer mehr demokratisch geworden. Die Einführung des Stimmrechts für das weibliche Geschlecht dürfte in England nicht mehr lange auf sich warten lassen, und doch steht ebenso der Uebergang vom Freihandel zum Schutzzollsystem auf der Tagesordnung der englischen Politik. Vielleicht wird England innerhalb von wenigen Jahren eine demokratische Umgestaltung des Oberhauses, die Einführung des Frauenstimmrechts und den Uebergang zum Schutzzollsystem rasch hintereinander erleben. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben ohne Zweifel weit mehr ein demokratisches Gepräge als Deutschland mit seinen 22 Monarchien. Und doch sind die Schutzzölle in Amerika wesentlich höher als in Deutschland.

Die Abneigung gegen die Vermehrung der Wehrmacht des Staates ist auch nicht notwendig ein demokratischer Zug. Es hat in der Weltgeschichte Demokratien gegeben, die militärisch Tüchtiges geleistet haben. Die französische Revolution hat siegreich in verschiedenen Feldzügen zahlreiche Monarchien niedergeworfen. In unserer demokratischen Zeit erhöhen die großen wie die kleinen Staaten ihre Kriegsrüstung bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit. In Frankreich ist schon längst der letzte waffenfähige Mann zur Wehrpflicht herangezogen, und in Deutschland dürfte dies auch bald der Fall sein.

Die Ausdehnung der Sozialdemokratie im Deutschen Reiche oder in Frankreich ist nur ein Teil der demokratischen Gesinnung. Das Vorhandensein und Fortschreiten der Sozialdemokratie trägt vielleicht nicht unerheblich zu der zunehmenden Demokratisierung der deutschen Nation bei. Ihre Presse wird vielfach auch in den gebildeten und besitzenden Kreisen gelesen und bleibt nicht unbeachtet. Je mehr sich die sozialdemokratischen Führer im Reichstage gemäßigt haben, um so einflußreicher ist der Inhalt ihrer Rede geworden und umso mehr tragen sie bei zur Bildung der öffentlichen Meinung.

Aber die Zahl der bei der Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen ist von 1903 bis 1907 nur wenig gestiegen im Vergleich zu der Gesamtzahl aller übrigen abgegebenen Stimmen. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen stieg von 3 auf $3^1/_4$ Million, während die Zahl aller abgegebenen Stimmen von $9^1/_2$ auf $11^1/_4$ Million zunahm. Die Sozialdemokratie nahm also um $^1/_4$ Million, die Gesamtheit ihrer Gegner aber um $1^1/_2$ Millionen zu.

Wenn die Demokratisierung der deutschen Nation nur auf der Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen beruhte, so würde sie nur sehr langsame Fortschritte machen.

Aber die konservative Partei wird ebenso wie die nationalliberale demokratischer. Die Zunahme der demokratischen Elemente in der Zentrumspartei ist eine oft besprochene Tatsache.

Die neue Generation der Konservativen in Stadt und Land sieht anders aus als die alten Generationen. Die jungen Landräte und Regierungsräte sind meist mehr Kinder der modernen Zeit, als sie sich es selbst zusprechen. Es wäre aber sehr falsch, wenn man in dem Heranwachsen einer neuen Generation von Konservativen, Nationalliberalen und Ultramontanen nur die alleinige Ursache der Umwandlung erblicken wollte. Die Sechzigjährigen und Siebzigjährigen verändern sich in unserer schnellebigen Zeit fast alltäglich. Was sie gestern niemals geduldet haben würden, fördern sie heut mit allen Kräften. Als der Sultan Abdul Hamid unter dem gewaltsamen Drucke der Jungtürken in einer Minute aus einem Saulus ein Paulus wurde, war diese Bekehrung zum modernen Menschen seinen Zeitgenossen in Deutschland durchaus nicht vollkommen unverständlich. Jeder einzelne Geheime Kommerzienrat, General oder Unterstaatssekretär hat unter dem Drucke seiner Familie oder Umgebung oder unter dem Einflusse seiner Lektüre in den letzten Jahren manche Wandlung durchgemacht, die ihm heut noch in Erinnerung ist.

Es ist bekannt, daß die gesetzgebenden Faktoren des Reiches schon wesentlich demokratischer sind, als die gesetzgebenden Faktoren in Preußen. In jedem preußischen Staatsminister wohnen heutzutage zwei Seelen. Stimmt das preußische Staatsministerium über ein Reichsgesetz ab, so hat kaum jemand ein Bedenken in der Richtung, daß es zu demokratisch oder zu sozialistisch sein könnte. Aber wenn in der nächsten Minute über eine preußische Angelegenheit debattiert wird, so besinnen sich die Mitglieder des Staatsministeriums

wieder auf die alten Grundsätze der konservativen Partei Preußens. In der Praxis gestaltet sich heutzutage eine solche Beratung des preußischen Staatsminsteriums sehr einfach. Was das Reich an Gesetzentwürfen ausgearbeitet hat, wird fast regelmäßig einfach angenommen. Hat der Entwurf eines Reichsamts die Sanktion des Fürsten Bülow erhalten, so pflegt er auch glatt das preußische Staatsministerium zu passieren, denn Fürst Bülow ist heut im preußischen Staatsministerium mächtiger, als es Fürst Bismarck jemals war. Die Entfernung Miquels und Posadowskys hat den preußischen Staatsministern gezeigt, daß Fürst Bülow auch mit den Stärksten unter ihnen schnell fertig wird. Die Entlassung Möllers und Studts erinnert sie daran, daß Fürst Bülow mitunter auch unter den weniger bedeutenden eine Musterung vornimmt.

Es ist den preußischen Staatsministern bekannt, daß Fürst Bülow selbst mitunter zu sagen pflegt, Deutschland gehe einem demokratischen Zeitalter entgegen. Daher lieben es die Minister nicht, den Anschein zu erwecken, als seien sie Gegner einer demokratischen Entwickelung.

Vor mehr als zehn Jahren lasen die Geheimräte in den Ministerien, Reichsämtern und maßgebenden Behörden die Post, die Berliner N. N., die Nationalzeitung, die Kreuzzeitung. Heut lesen sie die Tägliche Rundschau, das Berliner Tageblatt, die B. Z. am Mittag, die Welt am Montag.

Die Beschäftigung mit dem Arbeiterschutz und der Arbeiterversicherung, sowie dem Polizeiwesen bringt es mit sich, daß im ganzen Deutschen Reich die gründlichsten Leser des „Vorwärts“ und der Provinzialorgane der sozialdemokratischen Partei in den Behörden zu finden sind. Ohne Zweifel verfügt die sozialdemokratische Presse über einen gewissen festen Absatz bei fast allen Behörden. Durch das Vorlegen von

Zeitungsausschnitten aus der sozialdemokratischen Presse, durch die amtlichen und nichtamtlichen Bureaus für Zeitungsausschnitte wird die Lektüre der sozialdemokratischen Literatur unter den höheren Beamten noch bedeutend vermehrt. Auch derjenige höhere Beamte, welcher die größte Abneigung gegen sozialdemokratische Presse oder Literatur hat, kann sich dem Einfluß eines objektiven Tatbestandes oder eines zutreffenden Urteils nicht entziehen.

Der Berliner Lokal-Anzeiger und andere unpolitische Blätter, welche sich ganz dem Hofdienst und Regierungsdienst widmen, haben seit Jahren in steigendem Maße eine Reaktion dahin hervorgerufen, daß ihre Leser das dringende Bedürfnis haben, irgend eine Kritik öffentlicher Zustände zu genießen. Wer nur den Berliner Lokal-Anzeiger ließt, befindet sich in der Lage eines Menschen, dem das Salz oder der Zucker vorenthalten wird.

Weit mehr noch als unter den preußischen Regierungsbeamten ist der demokratische und soziale Sinn unter den Regierungsbeamten der übrigen Einzelstaaten eingedrungen. Der Bundesrat ist schon heut stark demokratisch und sozial angehaucht. Diejenigen Bundesratsmitglieder, welche die eigentliche Arbeit verrichten, sind die stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat. Das sind nicht große Herren von altem Adel mit bedeutendem Vermögen. Es sind vielmehr mit wenigen Ausnahmen bürgerliche Männer aus der Beamtenkarriere der einzelnen Staaten, mit bürgerlichen Frauen und einem Verwandtenkreise mittelbürgerlicher Art, mitunter auch kleinbürgerlicher Art.

Wer die deutsche Novemberrevolution in ihren Wirkungen übersehen will, der muß sich aussprechen, daß wir erst auf der Schwelle der Demokratisierung des politischen Lebens stehen. Die neue, demokratische Generation von Beamten und

Parlamentariern ist noch nicht im Besitze der Macht. Aber sie ist unmittelbar im Begriffe, in die maßgebenden Stellen einzurücken. Sie sind fast nie älter als 45 Jahr. Unter denen, die heut Anfang der vierziger Jahre stehen, findet man aber selten einen, der nicht mehr oder weniger stark demokratisch und sozial gesinnt ist.

Die größte Veränderung wird sich innerhalb der konservativen und freikonservativen Partei in den nächsten fünf bis zehn Jahren vollziehen. Hier sind die Gegensätze zwischen der neuen Generation und der alten die größten. In manchen deutschen Einzelstaaten sind die Söhne der besten Adelsfamilien, welche die Ministerstellen und den Hofdienst ausfüllen, in ungewöhnlichem Maße demokratisch und sozial gesinnt, während sie gleichwohl der konservativen Partei angehören. Der Aufenthalt in England und in Amerika durch Monate oder Jahre hat auch in diesen Kreisen eine Vorliebe für englische oder gar amerikanische Freiheit erzeugt. Regelmäßig sind die Begabtesten unter den Angehörigen der alten Adelsfamilien, sofern sie der neuen Generation angehören, am meisten sozial und demokratisch gesinnt. Den Begabtesten fällt aber mit Sicherheit der maßgebende Einfluß in ihrem Bundesstaate oder im Reiche zu, wenn sie durch Besitz oder Familie ohnehin zu führenden Stellen berufen sind. Dies bedeutet nicht einen Rückgang der konservativen Partei. Im Gegenteil! Je mehr die konservative Partei demokratisch und sozial wird, um so mehr wird sie sich ausbreiten und die Zahl ihrer Mitglieder erhöhen. In England hat die konservative Partei durch ihre Demokratisierung in den letzten hundert Jahren ihre Rolle sicher nicht verschlechtert.

Hat die Ausdehnung des Wahlrechts im Jahre 1867 und im Jahre 1885 die konservative Partei im englischen Parlament zurückgedrängt? Seit der Parlamentsreform von 1867

sind die Konservativen längere Zeit hindurch in der Mehrheit und daher im Ministerium gewesen als die Liberalen. Und selten sind die englischen Konservativen mächtiger im Parlament und im Lande gewesen, als während des größeren Teils der beiden Jahrzehnte, die auf die weitere Ausdehnung des Wahlrechts im Jahre 1885 folgten[1].

Es wurde allgemein erwartet, daß die englische Parlamentsreform vom Jahre 1867 eine große Veränderung hervorbringen würde, nicht nur in den Grundsätzen des öffentlichen Lebens, sondern auch in seinem Personal. Keine der beiden Folgen ist eingetreten.

Im allgemeinen blieb der englische Arbeiter auch nach der Parlamentsreform des Jahres 1877 der Tradition treu, die durch die ganze englische Geschichte hindurch geherrscht hat: daß die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten am besten denen anzuvertrauen sei, die sich der Vorzüge der Geburt, der feinen Bildung und des Reichtums erfreuen[2].

Erst ganz neuerdings ist die Zahl der Arbeiter unter den Parlamentsmitgliedern etwas gestiegen. Aber die Masse der mehr oder weniger aristokratischen Parlamentsmitglieder beider Parteien ist in ihrem Denken und Empfinden mehr sozial und demokratisch geworden.

In England wie in Deutschland sitzen die althergebrachten Parteien fest im Sattel, da sie aufs engste mit dem Besitz und der Bildung verknüpft sind. Mit der Ausgestaltung und Verfeinerung der Bedürfnisse wächst der Wert eines hohen Einkommens und großen Vermögens. Die Miete wird teuerer, aber der Arbeitslohn steigt. Immer größere Mengen von

---

[1]) Sidney Low, „Die Regierung Englands". Tübingen 1908. S. 167.

[2]) Sidney Low a. a. O. S. 167.

Menschen sind mit der Bildung eines Vermögens oder mit der Erhöhung ihres Einkommens beschäftigt.

So mächtig immer die Ursachen sein mögen, welche in Deutschland zur Bildung einer sozialdemokratischen Partei geführt haben, so schwer sind die Gegengewichte. Das Großkapital gewinnt einen immer größeren Einfluß auf die Bildung der öffentlichen Meinung. Zur Begründung einer durchschlagenden Zeitung gehört ein Kapital von etwa 5 Millionen Mark. Wer aber ein Vermögen von 20 Millionen Mark in einem Zeitungsunternehmen hat, wird einen entsprechend größeren Einfluß ausüben. Die Zahl der gut bezahlten Stellen in der Industrie, dem Handel, dem Verkehr, dem Staatsdienst oder Kommunaldienst nimmt zu. Die Abhängigkeit der Stelleninhaber nimmt aber auch zu.

Karl Marx war ein Theoretiker, dessen Bücher schwer verständlich und unklar sind. Die Wissenschaft hat ihm nicht recht gegeben und die tatsächliche Entwickelung hat seine Lehre dementiert. Die Möglichkeit zu verdienen und das Streben zu genießen hält die Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten ab, sich in die theoretischen Ausführungen eines Karl Marx oder seiner Schüler zu vertiefen.

In England hat die sozialdemokratische Partei es nur zu winzigen Ansätzen gebracht und in Deutschland hat man neuerdings die Erfahrung gemacht, daß ihre Überwindung weit leichter ist, wie man durch lange Jahre annahm. In beiden Ländern hat sich aber die Demokratisierung innerhalb der althergebrachteu Parteien vollzogen. Die liberalen wie die konservativen Massen werden gleichzeitig mehr demokratisch und mehr nationalistisch. In Preußen war zu Anfang der 60 er Jahre fast das ganze Abgeordnetenhaus darüber einig, daß das Heer nicht vermehrt werden sollte. Obgleich der Etat für das Heer und die Marine längst mehr als eine

Milliarde Mark beträgt, ist mit Ausnahme der kleinen Sozialdemokratie von 43 Mann der gesamte Reichstag für jede wichtigere Verstärkung der Kriegsrüstung zu haben, wenn sie mit Geschick und Nachdruck gefordert wird.

Vielgelesene und populäre Tageszeitungen, welche eine Massenwirkung ausüben sollen, müssen heutzutage nationalistisch gehalten sein. In England sind die größten Zeitungen dieser Art Daily Mail und Daily Expreß konservativ. Daily Mail hat rund eine Million Auflage in ihren drei Ausgaben in London, Paris und Manchester zusammengenommen und ist die verbreitetste Zeitung in englischer Sprache. Der Besitzer des Daily Expreß hat auf Grund des durch ihn erworbenen Vermögens den Standard, das führende Organ der Konservativen, aufgekauft. Daily Mail und Daily Expreß würden ihren Besitzern, den Herren Harmsworth und Pierson, schwerlich ein so großes Vermögen eingebracht haben, wenn sie nicht konservativ wären. Die englischen Massen sind eben demokratisch, nationalistisch und konservativ. Sie sind zugleich imperialistisch, neigen zum Schutzzoll und dürften in nicht zu ferner Zeit den Freihandel über Bord geworfen haben.

Die raschen Fortschritte der Täglichen Rundschau, der Rheinisch-Westfälischen Zeitung und der Leipziger Neuesten Nachrichten in den letzten Jahren zeigen, daß wir in Deutschland die gleiche Entwickelung durchmachen. Der Rückgang der sozialdemokratischen Mandate bei der letzten Reichstagswahl vom Januar 1907 und der Sieg der nationalistischen imperialistischen Politik, der in dem Reichstagsblock nach der Wahl seinen Ausdruck fand, ist nur ein weiterer Beweis in dieser Richtung. Wer in Berlin nach Art der Daily Mail eine Zeitung mit Massenverbreitung und einer Auflage von einer halben bis zu einer ganzen Million begründen will, muß das Blatt in nationalistischem und demokratischem Sinne

leiten. Das Blatt darf nicht freihändlerisch sein und muß eine rücksichtslose und mutige Kritik sowohl den Ministern als allen öffentlichen Einrichtungen angedeihen lassen.

Vielleicht wird ein künftiger Historiker die deutsche Novemberrevolution für eine Parlamentsrevolution ansehen. Einem Historiker, der die Geschichte des deutschen Reichstags schreibt, könnte ein solcher Irrtum leicht passieren. Die deutsche Novemberrevolution verdient mit viel größerem Recht die Bezeichnung einer Revolution der Presse als des Reichstags. Gewiß hat der Reichstag nach Kräften und mit Erfolg dazu beigetragen, um den Boden für die verhängnisvolle Fahrt des Kanzlers nach Potsdam am 17. November zu ebnen. Aber auch wenn der Reichstag zu jener Zeit gar nicht versammelt gewesen wäre, hätte der Kanzler am 17. November den Sieg über den Kaiser davontragen können. Die Hauptsache war die Vorbereitung der Revolution durch die Presse.

In Deutschland wie anderwärts hat sich die Nation daran gewöhnt, daß der Reichstag der Presse nachhinkt. Die öffentliche Meinung wird in erster Linie durch die Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und Broschüren gebildet. Die öffentliche Meinung tritt fast ebenso wirksam in die Erscheinung, wenn die Parlamente nicht versammelt sind. Alle Welt hat sich daran gewöhnt, die Tatsachen und Ansichten unmittelbar aus der Zeitung zu gewinnen.

Seit dem Abgang des Fürsten Bismarck im Jahre 1890 hat die Bedeutung der Presse in Deutschland von Jahr zu Jahr zugenommen. Je geringer die Bedeutung der Nachfolger des Fürsten Bismarck war, um so mehr wuchs der Einfluß der Presse. Fürst Bülow hat von Beginn seiner Tätigkeit als Staatssekretär des Auswärtigen Amts der gestiegenen Bedeutung der Presse Rechnung getragen. Es mag sein, das anfangs mehr das Bedürfnis, von der Presse gefeiert

zu werden, für ihn maßgebend war. Empirisch lernte er aber durch den Gebrauch seiner Preßverbindungen von Jahr zu Jahr mehr die ungeheuere Macht der Presse kennen. Von Tag zu Tag erkannte Bernhard von Bülow mehr, einen wie starken Eindruck die Presse auf das Gemüt des Kaisers zu machen pflegt.

In dem Maße, als Bernhard von Bülow selbst erkannte, daß seine dienstliche Tätigkeit das Deutsche Reich in immer größere Gefahren hineinzieht, empfand er das Bedürfnis, von der Presse eine gute oder wenigstens befriedigende Zensur zu bekommen. Inmitten der von Jahr zu Jahr zunehmenden Zerrüttung der Reichsfinanzen und immer weiter fortschreitenden Einkreisung Deutschlands durch die Politik König Eduards täuschte sich Bernhard von Bülow über den Ernst der Situation hinweg durch die Lektüre der ihn fast täglich lobenden großen und kleinen Blätter fast aller Parteien. Wie man einem Schwerkranken Morphiumeinspritzungen gibt, so legte man dem Fürsten Bülow Zeitungsartikel über Zeitungsartikel vor, die ihn feierten. Man legte sie auch dem Kaiser vor, der immer mehr erkannte, welche mächtige und gesicherte Stellung Bernhard von Bülow sich in der deutschen Nation geschaffen hatte. Schon vor der deutschen Novemberrevolution waren die mächtigsten Faktoren im Reiche Fürst Bülow und die Presse.

Der Reichskanzler ist eine Macht und die Presse ist auch eine Macht. Sobald der Reichskanzler und die Presse einig sind, ist im Deutschen Reiche nicht leicht eine Macht zu finden, welche gegen diese Koalition ankämpfen kann. Das empfindliche Genie des Fürsten Bülow erkannte von Beginn seiner Kanzlerschaft an die Bedeutung des Zusammenwirkens mit der Presse. Wenn der deutsche Reichskanzler eine enge Verbindung mit der Presse erstrebt, so kommt mehr dabei heraus, als wenn der englische Premierminister sich um die Gunst der englischen Presse bemüht.

Ein liberaler Premierminister in England wird stets die ganze konservative Presse gegen sich haben, und einem konservativen Premierminister in England wird es nicht gelingen, die liberale Presse für sich zu gewinnen. Für den deutschen Reichskanzler ist es keineswegs unmöglich, die gesamte deutsche Presse mit alleiniger Ausnahme der sozialdemokratischen sich gefügig zu machen. Und auch die sozialdemokratische Presse nimmt auf einen bei ihr beliebten Reichskanzler überaus zarte Rücksichten. Bebel und Singer denken gar nicht daran, dem Fürsten Bülow ernstliche Schwierigkeiten zu machen. Die sozialdemokratische Presse schreibt gegen den vierten Reichskanzler, weil es nun einmal bei ihr üblich ist, gegen den Reichskanzler Stellung zu nehmen.

In dem von Germanicus (Fritz, Stephan Neumann) verfaßten, offiziösen Buch „Fürst Bülow und seine Zeit" wird mit Befriedigung ein Artikel der Kölnischen Volkszeitung vom 18. Oktober 1906, also aus der Zeit vor der Reichstagsauflösung, abgedruckt, in dem zum Ruhme des Fürsten Bülow hervorgehoben wird, daß Sozialdemokraten ihn als relativ erträglich bezeichnen. In England hat die Oppositionspartei stets das Bestreben, das am Ruder befindliche Ministerium zu stürzen, um selbst wieder in den Besitz der Macht zu gelangen. Jeder sozialdemokratische Redakteur in Deutschland weiß aber, daß der Kaiser den Reichskanzlerposten nicht einem Sozialdemokraten anbietet. Die deutsche Sozialdemokratie hat also gar keine Veranlassung, gegen einen Reichskanzler Sturm zu laufen, dessen Tätigkeit die Reichsfinanzen zerrüttet, der das vom Fürsten Bismarck geschaffene militärische Prestige des Deutschen Reiches beseitigt und die Macht der Hohenzollernschen Dynastie untergräbt. Die Sozialdemokratie Deutschlands hat dem Fürsten Bülow heut die Wahlniederlage vom Januar 1907 vollkommen verziehen, nachdem Fürst Bülow die Hohenzollern öffentlich gedemütigt

und die Revolution in Deutschland zum Regierungsprinzip gemacht hat. An die erste Revolution wird sich die zweite und dritte von selbst anschließen. Heut weist die Kölnische Zeitung an der Spitze des Blattes darauf hin, daß am 17. November das Offizierkorps mit dem Reichskanzler und den Novemberleuten einig war. Es wird die Zeit kommen, wo Bebel und Singer oder ihre Nachfolger sich bei ihrem Vorgehen gegen das Deutsche Kaisertum darauf berufen werden, daß das Unteroffizierkorps oder die Mannschaften der deutschen Armee ihre sozialrevolutionäre Auffassung teilen.

Die Macht des deutschen Reichskanzlers über die Presse und über die Bildung der öffentlichen Meinung wird wesentlich dadurch verstärkt, daß er nahezu, wenn auch nicht vollkommen, ein Monopol für die Verbreitung von Nachrichten besitzt. Auch der gerechteste Richter kann doch nur auf Grund des Tatbestandes urteilen, der ihm vorliegt. Die deutsche Nation erfährt regelmäßig nur diejenigen Tatsachen, welche dem Reichskanzler genehm sind. Der Reichskanzler selbst formt den Tatbestand über alle Ereignisse im Inlande oder im Auslande.

Die beiden Hauptorgane zur Bildung und Verbreitung von Tatbeständen, welche dem Reichskanzler absolut zur Verfügung stehen, sind das Wolff'sche Telegraphenbureau und das für die Presse bestimmte Dezernat in der politischen I. Abteilung des Auswärtigen Amtes. Die englischen Zeitungen haben im Allgemeinen weit mehr eigene Korrespondenten und Telegramme als die deutschen. Die Telegramme des Reuter'schen Bureaus oder der Central News spielen in England bei weitem nicht die Rolle als das Wolff'sche Telegraphenbureau in Deutschland. Und doch sind das Reuter'sche Bureau und Central News nicht annähernd in der Weise von dem Premierminister abhängig wie das Wolff'sche Telegraphenbureau,

welches vertragsmäßig der Leitung des Reichskanzlers unterworfen ist. Die großen englischen Blätter haben es weder notwendig, ihre Informationen auf der Foreign Office einzuholen, noch den Telegrammen des Reuter'schen Bureaus Beachtung zu schenken. Sie haben meist selbst die besten und schnellsten Nachrichten. Wenn sie über ihre Nachrichten das Urteil eines erfahrenen Diplomaten oder Staatsmannes hören wollen, so brauchen sie sich nicht an das Auswärtige Amt oder irgend ein anderes Ministerium zu wenden, sondern sie finden unter den Führern der parlamentarischen Opposition ebensowohl gewiegte Diplomaten als ehemalige Minister für alle Ressorts.

In der Zeit von der Begründung des Deutschen Reiches bis zum 17. November 1908 war der Deutsche Kaiser in der Wahl seines Reichskanzlers vollkommen frei. Der Kaiser konnte den Reichskanzler zu jeder Minute entlassen und einen neuen einsetzen. Staatsrechtlich ist dies auch heut noch der Fall. Inwieweit aber das Hausmeiertum ein Gewohnheitsrecht schafft, wird die fernere Entwickelung der Geschichte offenbaren.

Der König von England kann den Premierminister keineswegs plötzlich entlassen. Der Premierminister würde dem König vielleicht erwidern: „Ew. Majestät haben wohl nach dem formellen Staatsrecht die Berechtigung, mich zu entlassen, nach dem Gewohnheitsrecht, welches Geltung erlangt hat, sind Sie aber dazu nicht in der Lage. Ich werde also bleiben und fürchte nur, daß diese Verletzung des Gewohnheitsrechts Ew. Majestät den Thron kostet."

Der englische Premierminister weiß aber genau, daß erfahrungsgemäß in fünf bis zehn Jahren die Herrschaft seiner Partei und daher seine eigene Ministerherrlichkeit zu Ende geht.

Ein deutscher Reichskanzler, der in der Gunst des Kaisers fest steht, sieht außer dem Tode kein Ende seiner Macht.

In einem Staatswesen, wo der Staatssozialismus so weit forgeschritten ist, wie im Deutschen Reiche, muß die Macht des ersten Ministers eine ganz außerordentliche sein. In einem Lande der allgemeinen Wehrpflicht und der Staatseisenbahnen ist fast jedermann von dem Staate abhängig. Fürst Bismarck hat seine deutschen Zeitgenossen an ihre Abhängigkeit durch Sporenklirren und manches heftige Wort erinnert. Fürst Bülow lebt der Erkenntnis, daß ein liebenswürdiges Wort und ein freundlicher Händedruck eine viel rationellere Ausnützung der ungeheueren Macht des Reichskanzlers ermöglicht als die ärgsten Drohungen.

Die gewinnende Liebenswürdigkeit des fast allmächtigen Reichskanzlers schmeichelt nicht nur der eigenen Eitelkeit, sondern sie erweckt in dem Klügsten sofort Hoffnungen auf realen Gewinn. Wer im Deutschen Reich steht wohl so hoch und mächtig da, daß ihm der Reichskanzler nicht außerordenlich von Nutzen sein könnte? Die allerreichsten Grundbesitzer, Arbeitgeber oder Kaufleute haben wegen ihres großen Besitzes vielleicht am häufigsten Veranlassung, eine Vergünstigung vom Staate zu erbitten oder zu erwarten. Unterhält ein reicher Industrieller gute Beziehungen zum Reichskanzler, so hat er es garnicht nötig, sie jemals zu erwähnen. Der kleinste Beamte im Polizeidienst, Postdienst oder Eisenbahndienst in der entlegensten Ecke des Deutschen Reiches weiß, daß der Reichskanzler mit diesem Herrn freundschaftlich verkehrt. Es braucht ihn kein Vorgesetzter zu instruieren und doch verhält er sich demgemäß.

Nach der Verfassung ist der Reichskanzler der Vorgesetzte der mächtigen Staatssetretäre, aber nicht der preußischen Staatsminister. In Wirklichkeit ist der preußische Staats

minister ebenso wie der Staatssekretär von dem Reichskanzler abhängig. Seit Beginn seiner Kanzlerschaft hatte Fürst Bülow immer mehr im Reiche wie in Preußen das Heft in die Hand bekommen. Schon vor der Novemberrevolution war er mächtiger als selbst der Fürst Bismarck.

Die preußischen Staatsminister, welche nur sehr selten bei Kaiser Wilhelm II. zum Vortrag kamen, wußten schon vor der Novemberrevolution, daß Fürst Bülow die Macht hatte, sehr schnell ihrem ministeriellen Dasein ein Ende zu machen. Schon äußerlich ist die Stellung des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten im Laufe der Jahre immer mehr zu einer hervorgehobenen geworden. Ein preußischer Finanzminister wird nicht auf die Idee kommen, mit einem Leibjäger spazieren zu fahren. Die meisten preußischen Minister haben weder Equipage noch Automobil. Fürst Bülow aber hat auf seiner Equipage seinen Leibjäger sitzen. Zu seiner Linken hat sein persönlicher Adjutant Hauptmann von Schwartzkoppen Platz genommen. Der Leibjäger stammt von dem Fürsten Hohenlohe und der Adjutant von dem General von Caprivi. Kaiser Wilhelm I. hat den Fürsten Bismarck zum General der Kavallerie befördert, obgleich er als Einjährig-Freiwilliger im Garde-Jäger-Bataillon, also bei der Infanterie gedient hatte. Aber Kaiser Wilhelm I. würde sehr verwundert gewesen sein, wenn Fürst Bismarck den Wunsch nach einem Adjutanten ausgesprochen hätte. Die Glanzliebe und Freigebigkeit Kaiser Wilhelms II. hat die Stellung des vierten Reichskanzlers schnell zu einer glänzenden gemacht.

Nach dem siegreichen dänischen Kriege und nach dem Gasteiner Vertrag, der Preußen die Verwaltung von Schleswig sicherte, wurde Bismarck am 15. September 1860 zum Grafen erhoben. Bernhard von Bülow wurde nach dem Abschluß des Vertrages mit Spanien über die Abtretung der Marianen

und Karolinen am 22. Juni 1899 in den Grafenstand versetzt. Nachdem Graf Bismarck seinen Monarchen zum Kaiser gemacht und das Deutsche Reich begründet hatte, wurde er am 21. März 1871 in den erblichen Fürstenstand erhoben. Als das französische Ministerium Rouvier den Minister des Auswärtigen Delcassé zum Austritt aus dem Ministerium veranlaßt hatte, erhob Kaiser Wilhelm II. in der irrtümlichen Auffassung, daß Graf Bülow den Minister Delcassé gestürzt habe, den Reichskanzler in den Fürstenstand.

Mit bewundernswertem Geschick suchte sich Fürst Bülow in seiner glänzenden Stellung Einfluß nach allen Richtungen zu gewinnen. Von dem ersten Tage seiner Kanzlerschaft an fühlten die Staatssekretäre, daß sie wieder einen Vorgesetzten hatten. Mit Entschiedenheit und Liebenswürdigkeit begann Fürst Bülow seine Kanzlerschaft, um sie in der gleichen Weise fortzusetzen.

In Freundschaft mit den Kollegen im Ministerium Preußens und der Einzelstaaten kommt auch der mächtigste Reichskanzler viel weiter als in Feindschaft. Das Gleiche gilt von der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu möglichst allen hervorragenden Männern des öffentlichen Lebens, den Parteiführern, Chefredakteuren und Spitzen der haute finance.

Wir können dem Fürst Bülow gern glauben, wenn er am 13. Dezember 1906 unmittelbar vor der Auflösung des Reichstags in der entscheidenden Sitzung die bestimmte Erklärung abgab, daß er niemals das Wort gesprochen habe: „Nur keine innere Krise!" Er wird aber nicht bestreiten, daß die Devise seines Handelns als Kanzler stets gelautet hat: „Nur keine unnötige Reibung." Nur ein ganz verblendeter Beobachter der politischen Entwickelung seit der Begründung des Reiches wird bestreiten, daß Fürst Bülow in dieser Richtung dem Fürsten Bismarck weit überlegen ist.

Fürst Bülow wäre zum Oberbürgermeister von Berlin wie geschaffen, Fürst Bismarck aber ganz und gar nicht. Ich denke dabei an einen normalen, in der ganzen Stadt beliebten Oberbürgermeister, aber keineswegs an einen idealen, allen Parteien und Störungen überlegenen, weitsichtigen, bedeutenden Oberbürgermeister. Mit dem städtischen Vermögen würde er verfahren wie mit dem deutschen Nationalvermögen, als er es unserm russischen Feinde lieh. Die Steuern würde er nicht vermehren, aber er würde jedes Jahr das Defizit durch eine Anleihe decken. Eine solche städtische Politik würde vielleicht auch acht bis neun Jahre möglich sein.

Im Deutschen Reiche hat es der leitende Staatsmann viel leichter, sich beliebt zu machen und Einfluß nach allen Richtungen hin zu gewinnen, als in irgend einem anderen Reiche. In Deutschland ist nicht nur der Staatsbetrieb am weitesten ausgedehnt, sondern auch das Bestreben, einen Titel oder einen Orden oder sonst irgend eine Gunst von einem der zweiundzwanzig Monarchen zu erhalten. Wenn ein Geschäftsmann bei den staatlichen Behörden gut akkreditiert ist, kann er auch Hoflieferant bei einem der hundert oder mehr deutschen Prinzen werden. In keinem Lande der Welt gibt es so viele Orden und ehrende Abzeichen wie in Deutschland, wo zweiundzwanzig Monarchen das unbestrittene Recht haben, neue Orden zu begründen, selbst wenn kein neuer Bedarf auftaucht. Welcher Geschäftsmann möchte nicht sehr gern Geheimer Kommerzienrat werden? Ein solcher Titel ist in Deutschland unter Umständen ein Vermögen wert. Denn er bedeutet nichts anderes, als daß der Staat auf das sorgfältigste das Einkommen, Vermögen und die gesellschaftliche Stellung, sowie die geschäftliche Bedeutung eines solchen Industriellen oder Bankiers oder Verlagsbuchhändlers geprüft

und in Ordnung gefunden hat. Ein solcher Titel kann beispielsweise in schwierigen Geschäftszeiten von großer Bedeutung sein.

In England oder Nordamerika braucht ein reicher Privatmann auf die staatlichen Behörden keine besondere Rücksicht zu nehmen. In Deutschland ist auch ein reicher Privatmann von der Auffassung der staatlichen Behörden abhängig, wenn er nicht Junggeselle und mindestens 39 Jahre alt ist. Wer Reserveoffizier ist oder werden will, kann in politischer Hinsicht nicht als unabhängig bezeichnet werden. Erst kürzlich hat einer der hervorragendsten nationalliberalen Abgeordneten diese Erfahrung gemacht. Selbst ein reicher Mann muß in Deutschland unendlich viel Rücksichten auf den Staat nehmen, wenn er verheiratet ist. 22 große fürstliche Höfe und viele kleine prinzliche Hofhaltungen entscheiden in letzter Linie über die gesellschaftliche Stellung. Mehr als hundert Staatsminister samt ihren Familien sind von Einfluß für die gesellschaftliche Bewertung. In dem entlegensten Bezirk ist ein preußischer Landrat, ein Kavallerieoberst oder ein Bezirkskommandeur noch eine maßgebende Persönlichkeit.

Auch ein reicher Mann, der gesunde Söhne hat, wird immer daran denken, daß sie Reserveoffiziere werden müssen und daß der Staat seinen Betrieb im Verkehr und in der Industrie immer weiter ausdehnt. Im Gegensatz zu den staatlichen Behörden oder gar zu dem Reichskanzler werden die Söhne überall auf Schwierigkeiten stoßen. Im Kampfe mit dem Reichskanzler wird der Vater der tüchtigsten Söhne die Erfahrung machen, daß sie sich nicht zum Offizier oder Regierungsreferendar eignen. Ein reicher Mann, der mehrere Töchter hat, ist in Deutschland vielleicht noch vorsichtiger gegenüber den staatlichen Behörden, denn die Töchter werden es noch weniger verstehen, daß ihr Vater durch seine politische

Haltung sie um den gesellschaftlichen Verkehr bringt, auf den sie sonst Anspruch machen können. Selbst wenn der Vater ein weithin angesehener Parteiführer der Regierungsparteien ist, wird er nur zu leicht geneigt sein, dem allmächtigen Kanzler Entgegenkommen zu zeigen, der direkt oder indirekt seinen bürgerlichen Töchtern den Zutritt zum Hofe vermittelt hat.

Man hört oft über die deutsche Titelsucht und Ordensucht im Inlande wie im Auslande spotten. Man bezeichnet das Streben nach Titeln und Orden als Höhepunkt der Oberflächlichkeit. In Wirklichkeit ist gerade ein solches Urteil des Sarkasmus überaus oberflächlich. Angesichts der wirklichen Sachlage in Deutschland sind alle diese Äußerlichkeiten von sehr realem Werte. Diejenigen, welche nach solchen Dingen streben, wissen meist ganz genau, was sie wert sind.

Es ist in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr üblich geworden, einen kleinen Teil des Vermögens für gewisse gute Zwecke zu opfern, um mit einem Titel oder Orden versehen zu werden. Manche Kirche und manches gemeinnützige Werk ist aus solchen Beiträgen entstanden. Man hat aber fast nie gehört, daß der dekorierte oder in den Adelsstand erhobene oder zum Geheimen Kommerzienrat beförderte später Reue über die geopferten 20000 Mark empfunden hat.

Es kann kaum eine Persönlichkeit geben, die als Reichskanzler es besser verstehen würde, den gewaltigen Einfluß des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten auszunutzen, als Fürst Bülow. Fürst Bismarck wurde als Begründer des Reiches verehrt, aber er war mehr gefürchtet als beliebt. Als er entlassen wurde, atmeten diejenigen Kreise erleichtert auf, die ihm zunächst standen. Es würde aber eine direkte Geschichtsfälschung sein, wenn man behaupten wollte, daß Fürst Bülow nicht beliebt sei. Für Personen,

welche ihm nützlich sein könnten, hat er sich nicht selten in ungewöhnlicher Weise verwandt. Er gehört zu den wenigen Machthabern, mit denen alle Welt zufrieden ist. Er ist bis jetzt, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Konflikten in der innern, wie äußern Politik mit wunderbarer Geschicklichkeit aus dem Wege gegangen. Darüber ist alle Welt erfreut. Bis zum Jahre 1908 hat sich kaum irgend jemand darüber Sorge gemacht, daß die Reichsschuld immer mehr anschwillt und die Einkreisung durch König Eduard eine immer vollkommenere wird. Es wäre ebenso vollkommen übertrieben, zu behaupten, daß das Publikum mit dem Reichskanzler unzufrieden sei, weil er im Jahre 1902 und 1905 mehr als eine halbe Milliarde Mark deutschen Nationalvermögens dem russischen Staate geliehen habe. Den meisten unserer Bankdirektoren, Großindustriellen oder Parlamentariern ist die Füllung der russischen Kriegskasse mit deutschem Golde ebenso gleichgültig wie irgend einer Botenfrau. Im Gegenteil, hätte Fürst Bülow im Jahre 1902 und 1905 das nationale Interesse vertreten und die Zulassung russischer Anleihen verweigert, so würde er sich persönlich bei der deutschen haute finance nur unbeliebt gemacht haben.

Die Machtstellung, welche sich Bernhard von Bülow bis zu den Tagen der Novemberrevolution zusammengezimmert hatte, war eine ganz ungewöhnliche. Aber der vierte Reichskanzler war in diese Stellung organisch hineingewachsen. Von Haus aus war er für diese Macht wie geschaffen.

Bernhard von Bülow ist am 3. Mai 1849 in dem Holsteinischen Dorfe Klein Flottbeck als ältester Sohn des späteren deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen Bernhard Ernst von Bülow und seiner Gemahlin Louise Viktorine geb. Rücker geboren. Bernhard von Bülow war niemals ein preußischer Junker im engeren Sinne des Wortes. Er hatte

immer einen Stich in das Hamburgische. In der freien Hansastadt hat man ihn auch stets fast als einen Dazugehörigen betrachtet. Als Referendar wandte er sich im Jahre 1874 der diplomatischen Laufbahn zu.

Er begann als Attaché bei der deutschen Botschaft in Rom, wurde dann dritter Botschaftssekretär in St. Petersburg und darauf zweiter in Wien. Während des russisch-türkischen Krieges 1877/78 war er Geschäftsträger in Athen und wurde von hier aus zum Sekretariat des Berliner Kongresses in die Reichshauptstadt gerufen.

Bernhard von Bülow trat hier dem Fürsten Bismarck und seinen Leuten näher. Er konnte hinter die Koulissen der Diplomatie des großen Staatsmannes sehen.

Als junger Diplomat von seltenen Fähigkeiten und ungewöhnlichem Ehrgeiz war Bernhard von Bülow ein erfolgreicher Schüler der Bismarck'schen Diplomatie. Er wird um so mehr geneigt gewesen sein, die Bismarck'sche Diplomatie zu bewundern und sie bis in alle Einzelheiten ihrer feinen Schachzüge zu studieren, als sein eigener Vater der Staatssekretär des Auswärtigen Bernhard Ernst von Bülow nach dem großen Kriege die rechte Hand des Fürsten Bismarck war. Aber die Auswärtige Politik des Fürsten Bismarck nach Begründung des Reiches entbehrt des genialen Schwunges des vorangegangenen kriegerischen Zeitalters. Nicht darin liegt die Schwäche der Bismarck'schen Diplomatie, daß sie den Frieden für das Deutsche Reich aufrecht erhielt, sondern darin, daß sie nicht im Frieden die dauernde Überlegenheit des Deutschen Reiches sicherte. Wir sind heut noch unmittelbar die Leidtragenden der Bismarck'schen Diplomatie der siebziger Jahre. Die Rolle des ehrlichen Maklers, welche Fürst Bismarck auf dem Höhepunkte des russisch-türkischen Krieges übernahm, lag nicht im Interesse des Deutschen Reiches

Statt zwischen den Großmächten zu vermitteln, hätte Fürst Bismarck sein Bestes dazu tun sollen, um den Krieg, der zwischen dem russischen und englischen Weltreiche wiederholt im Frühjahr und Sommer 1878 auszubrechen drohte, zu entfesseln. Wer immer Neigung hatte, sich daran zu beteiligen, konnte es auf seine Gefahr tun. Deutschland aber mußte in behaglicher Ruhe dem Weltkriege zuschauen, um nach Erschöpfung Rußlands und Englands und der sonstigen Beteiligten seine Macht zu erweitern. Da Fürst Bismarck aber nach keiner Richtung hin das Deutsche Reich ausdehnen und noch weniger im Orient irgend eine Erwerbung machen wollte, ist eine friedliche vermittelnde Maklerpolitik verständlich.

Fürst Bülow ist ein aufmerksamer und gelehriger Schüler der Bismarckschen Diplomatie, aber nicht der zielbewußten, großzügigen, kühnen des Kriegszeitalters, sondern der ziellosen, selbstgenügsamen, friedlichen Diplomatie des Berliner Kongresses. Wie überlegen fühlt sich noch heut Fürst Bülow seinen Kritikern, welche ihm vorwerfen, er treibe nicht die Politik des Fürsten Bismarck. Diese Politik kennt er ganz genau, von seinem Vater her wie durch eigne Anschauung und Erfahrung. Fürst Bülow übersieht nur, daß eine große Nation in jedem besonders kritischen Zeitalter ihrer Entwicklung einen besonderen Bismarck verlangt. Die neuen Aufgaben, welche an die deutsche Nation herangetreten sind, überragen an Größe und Wichtigkeit sogar die Aufgabe Preußens im Jahre 1862. Die sicherste Grundlage einer gedeihlichen Entwickelung in der Zukunft wird aber durch einen beschleunigten Ausbau der Kriegsrüstung und durch die Ordnung der Reichsfinanzen geliefert. Fürst Bülow hat die Bedeutung einer starken Kriegsflotte auf dem Wasser und in der Luft nicht erfaßt, und die Zerrüttung der Reichsfinanzen in erster Linie verschuldet.

Wer den Fürsten Bülow gerecht beurteilen will, der muß seine Stellung zum Fürsten Bismarck verstehen lernen. Wer den Fürsten Bülow verstehen will, der muß sich darüber klar werden, daß Fürst Bülow den ersten Reichskanzler nicht versteht oder mißversteht.

Fürst Bülow hat kaum den vom staatsmännischen Ruhme gesättigten Fürsten Bismarck nach Begründung des Reiches verstanden, geschweige denn den Bismarck, der seine Lebensaufgabe, die Begründung des Reiches, zu erfüllen hatte Nicht nur die großen Linien der innern und äußern Politik. beweisen das Mißverständnis. Mitunter springt es uns im Detail in frappierender Weise in die Augen. So ist Fürst Bülow im Irrtum, wenn er denkt, daß der erste Reichskanzler im Januar 1905 eine halbe Milliarde Mark russischer Anleihen an der Berliner Börse zugelassen haben würde. Fürst Bülow hat die Akten der alten Zeit aus dem Jahre 1887 fleißig gelesen und er glaubt, aus einer Aktenbemerkung von der Hand des Fürsten Bismarck entnehmen zu können, daß Fürst Bismarck die Zulassung russischer Anleihen als eine Frage der reinen Opportunität betrachte. Wir werden weiter unten sehen, daß Fürst Bülow richtig gelesen, aber den Sinn der Bemerkung des Fürsten Bismarck nicht verstanden hatte.

Fürst Bülow kennt in vollem Maße den großen Umfang seiner persönlichen Gewandtheit. Die großen Erfolge, welche er durch seine Liebenswürdigkeit und Gewandtheit in der Behandlung der Presse und der Parteien zu verzeichnen hat, haben ihn über das Maß seiner wirklichen Fähigkeiten getäuscht. Er glaubt augenscheinlich, ein zweiter Bismarck zu sein, aber er ist es nicht.

Fürst Bülow wird mir darin wahrscheinlich nicht recht geben. Und in der Tat, seine Stellung als Hausmeier ist heut nach der Novemberrevolution weit mächtiger als es diejenige

des Fürsten Bismarck jemals war. Aber das Ziel eines Staatsmannes sollte nicht die eigene Macht, sondern die Wohlfahrt des Staates sein. Auch der mächtigste Staatsmann, auch ein absoluter Tyrann kann den Staat ruinieren. Sehr häufig hat in der Geschichte die durch Anwendung bedenklicher Mittel erzielte Macht eines Staatsmannes unmittelbar zu einer schweren Schädigung des Staates geführt. Revolutionen haben Gegenrevolutionen zur Folge. Unrecht Gut gedeiht nicht.

Ich schreibe dieses Buch nicht als eine Anklage, sondern mehr als eine Verteidigung des Fürsten Bülow. Es ist mir wohl bekannt, daß kluge hochgestellte, erfahrene Juristen weit schärfer über die Vorgänge vom November 1908 urteilen. Ich kann mich aber der schärfsten Beurteilung seines Handelns nicht ohne weiteres anschließen. Bernhard von Bülow muß aus sich selbst heraus verstanden werden. Er ist ein ununverbesserlicher Optimist.

Fürst Bülow hätte weder die Zerrüttung der Reichsfinanzen noch die außerpolitische Einkreisung des Reiches bemerkt, wenn nicht alle Welt laut und vernehmlich sie heut konstatierte. Nur der Himmel kann wissen, wie lang Fürst Bülow sein System der gewohnheitsmäßigen Aufnahme von jährlichen Anleihen in Höhe von einer Viertel Milliarde Mark durchschnittlich fortgesetzt hätte, wenn nicht das Steigen des Defizits auf eine halbe Milliarde Mark allmählich der ganzen Nation die Augen geöffnet hätte. Als er im Oktober 1900 Reichskanzler wurde, hätte er sofort die Sanierung der zerfahrenen Reichsfinanzen in die Hand nehmen müssen. Jahr für Jahr verging, ohne daß er auch nur mit einem Worte die Zunahme der Reichsschuld und die Zerrüttung der Reichsfinanzen erwähnte. An den Beratungen über die sogenannte kleine Stengel'sche Finanzreform im Jahre 1904 hat er überhaupt nicht teilgenommen. Erst am 6. Dezember 1905 vor der großen

Stengel'schen Finanzreform ergreift der Reichskanzler zum ersten Male persönlich das Wort. Wer die Rede ließt, merkt sofort, daß Fürst Bülow sich zum ersten Male mit Finanzen beschäftigt und daß ihm diese Arbeit sehr wenig angenehm ist.

Die Rede des Fürsten Bülow wurde von dem Hause gut aufgenommen und man war allgemein in vergnügter Stimmung. Als der Reichskanzler erklärte: „Insbesondere hat jede neue Steuer etwas unbeschreiblich Ungemütliches", war Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses.

„Die verbündeten Regierungen" — erklärte Fürst Bülow zum Schluß — „haben diese Vorlage auch nicht eingebracht, wie ein leichtsinniger Student, der bei seinem Vater um die Erhöhung seines Wechsels einkommt."

Es versteht sich von selbst, daß abermals Heiterkeit auf allen Bänken des Hauses zu verzeichnen war. Dabei hat Fürst Bülow die Gelegenheit in geschickter Weise benutzt, um Komplimente nach verschiedenen Richtungen hin auszuteilen. Als eine Anklage gegen die bisherige Wirtschaft hat wohl niemand die Rede aufgefaßt. In keinem Worte leuchtet der eiserne Ernst zur sofortigen und unbedingten Reform der Reichsfinanzen hervor. Eine solche Haltung wäre auch kaum verständlich gewesen bei einem Reichskanzler, der volle fünf Jahre die Wirtschaft des Schuldenmachens ohne ein Wort der Klage betrieben hatte.

Wer die Rede des Fürsten Bülow vom 17. März 1905 zur Verteidigung der russischen Anleihe liest, muß auf die Idee kommen, daß die deutsche Nation gar nichts besseres tun kann, als jährlich eine halbe oder ganze Milliarde in die russische Kriegskasse einzuzahlen. Wahrscheinlich hat Fürst Bülow an jenem Tage selbst das befriedigende Gefühl gehabt, daß er aus dem reichen Born seiner nationalökonomischen Kenntnisse den sozialdemokratischen Abgeordneten Bernstein und

Haase eine gehörige Abfuhr hatte zuteil werden lassen. Der Abgeordnete Bernstein hatte die Zulassung der russischen Anleihe im Januar 1905 beanstandet.

Der Reichskanzler begann seine Rede mit folgenden Worten: „Der Herr Vorredner (Bernstein) scheint die Vorliebe für Freizügigkeit, der vorhin ein anderer Redner seiner Partei (Haase) Ausdruck gegeben hat, nicht auf das wirtschaftliche Gebiet auszudehnen. In so patriarchalischen Verhältnissen leben wir aber doch nicht mehr, daß ein derartiger Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit und in die Bewegung der Börsen möglich wäre, wie ihn der Herr Vorredner zu wünschen scheint. Richtig ist, daß eine russische Anleihe in Berlin vor einiger Zeit aufgenommen worden ist, daß deutsche Banken in Verbindung mit holländischen und russischen Banken diese Anleihe finanziert haben. Richtig ist auch, daß deutsche Kapitalisten es vorteilhaft gefunden haben, ihr Geld in russischen Werten anzulegen. Das war aber eine reine Privatsache. Für die Regierung stand die Frage so, ob sie dieser russischen Anleihe entgegenarbeiten, ob sie eine solche russische Anleihe in Deutschland verhindern sollte — dazu lag bei den guten politischen Beziehungen, in denen wir zu Rußland stehen, keine Veranlassung vor".

Der russische Staat hat seitdem noch mehr als vier Milliarden Frank Anleihe aufgenommen. Wieviel Gelegenheit wäre dabei für Deutschland gewesen, die guten politischen Beziehungen zu Rußland durch starke Beteiligung an diesen Anleihen zu pflegen. Aber Fürst Bülow hat wohl seit dem März 1905 doch einsehen müssen, daß seine damaligen Ausführungen keineswegs der Höhepunkt der Staatsweisheit sind und daß auch seine Einschätzung der russischen Freundschaft auf einem schweren Irrtume beruht. Wenn nicht die öffentliche Meinung sich gegen die russischen Anleihen erklärt hätte, und

wenn nicht die Feindschaft Rußlands heut für jedermann im Volke klar wäre, so würde Fürst Bülow wahrscheinlich noch jetzt den deutschen Geldmarkt dem russischen Staate zur Verfügung stellen. Als Optimist vertraute er damals dem manchesterlichen Rate des Wirklichen Legationsrat Karl Helfferich.

Wieviel Jahre hindurch sind die offiziösen Zeitungen in offiziösen Artikeln bestrebt gewesen, das törichte Gerede zu widerlegen, als sei Deutschland durch die Politik des König Eduard eingekreist. In meiner Unerfahrenheit habe auch ich seit dem Jahre 1905 in manchem Buch und in mancher Abhandlung gegen die Einzahlung deutscher Gelder in die russische Staatskasse geeifert, da Rußland sich dem Bündnisse gegen uns anschließen werde. Wie oft habe ich die Angriffe der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes erdulden müssen und mit welcher staatsmännischen und diplomatischen Überlegenheit bin ich auf die Torheit meiner Schreiberei hingewiesen worden.

In seiner sehr ausführlichen Beantwortung einer Interpellation des Reichstagsabgeordneten Bassermann sagte Fürst Bülow am 14. November 1906: „Wir haben uns mehr als einmal in Situationen befunden, wo die Gefahr einer allgemeinen Gruppierung gegen uns näher lag, als heute". Auf die Verteidigung dieser These hat Fürst Bülow damals wie auch sonst manche Mühe und manche Zeit verwandt. Der Reichstagsabgeordnete Bassermann hatte am 14. November 1906 in seiner Interpellation auf die Besorgnisse hingewiesen, welche in vielen Kreisen des deutschen Volkes wegen der internationalen Lage bestand. Nicht nur aus dieser Interpellation sondern aus zahlreichen Zeitungsartikeln war dem Fürsten Bülow die Befürchtung bekannt, daß Deutschland eingekreist würde. Er beschwichtigt sie, indem er hinweist auf die guten Beziehungen

Deutschlands zu allen Weltmächten. Angesichts unserer vortrefflichen Beziehungen ist ihm die englisch-französische Entente cordiale ebenso sympathisch wie die französisch-russische Allianz.

Wörtlich erklärt Fürst Bülow von der französisch-englischen Entente cordiale:

„Die Entente cordiale ohne gute Beziehungen der Weltmächte zu Deutschland wäre eine Gefahr für den europäischen Frieden. Eine Politik, die darauf ausginge, Deutschland einzukreisen, einen Kreis von Mächten um Deutschland zu bilden, um es zu isolieren und lahm zu legen, wäre eine für den europäischen Frieden bedenkliche Politik. Eine solche Ringbildung ist nicht möglich ohne Ausübung eines gewissen Druckes. Druck erzeugt Gegendruck. Aus Druck und Gegendruck können schließlich Explosionen hervorgehen".

Das war das Schärfste, was Fürst Bülow in jener Rede gesagt hat. Das war das Schärfste, was er wohl überhaupt gegen die Einkreisung unternommen hat. Ich glaube, man muß zur Ehre des Fürsten Bülow annehmen, daß er damals eine Einkreisung, wie sie heut besteht und ganz offenkundig ist, für unmöglich gehalten hat. Sonst hätte er doch wohl im Januar 1905 nicht noch eine halbe Milliarde Mark deutschen Geldes in die russische Kriegskasse hinüberleiten können. Sonst hätte er den Ausbau der deutschen Flotte über das Flottengesetz hinaus mit aller Macht gefördert. Sonst hätte er die Reichsfinanzen schon in den Jahren 1905 und 1906 mit aller Macht saniert. Sonst hätte er spätestens vom Oktober 1906 ab die Motorluftschiffahrt mit aller Kraft gefördert, nachdem Graf Zeppelin im Oktober 1906 durch mehrere tadellose Fahrten mit dem noch heut vorhandenen, von dem Reiche erworbenen Aluminiumluftschiff Nr. 1 (damals Nr. 3) die Brauchbarkeit seines Systems erwiesen hatte.

Wer die Reichstagsreden Bülows seit dem Jahre 1897

durchsieht, freut sich besonders über den Optimismus, mit dem Bülow die Festigkeit des Dreibundes hervorhebt.

Am 12. Dezember 1898 sagte der Staatssekretär von Bülow: „Der Dreibund ruht auf sicherer Basis, er ist das Ergebnis des geschichtlichen Werdeganges dreier großer Staatswesen, die seit dem Beginne der europäischen Staatenbildung immer in lebhaften Beziehungen zu einander gestanden haben und stets in irgend einer Art und Weise verbunden waren, jetzt aber die glückliche Form gefunden haben, bei voller inner Autonomie und absoluter Selbständigkeit nach außen fest zusammen zu stehen. Der Dreibund ruht auf klaren und einfachen Interessen; jeder seiner Teilnehmer hat ein gleiches Interesse an seinem Fortbestehen, jeder würde durch das Aufhören des Dreibundes in gleichem Maße verlieren".

Fürst Bülow betrachtete damals den Dreibund augenscheinlich noch als eine ewige Einrichtung wie das Deutsche Reich, die das Ergebnis einer jahrhundertelangen historischen Entwickelung ist.

Im Januar 1902 erschien dem Reichskanzler die Erneuerung des Dreibundes wahrscheinlich schon zweifelhaft. Denn er sagte in seiner Reichstagsrede vom 8. Januar 1902: „Wenn somit für uns der Dreibund nicht mehr eine absolute Notwendigkeit ist, so bleibt er doch im höchsten Grade wertvoll als verstärkte Garantie für den Frieden und den status quo, auch abgesehen davon, daß er ein sehr nützliches Bindemittel ist für die Staaten, die durch ihre geographische Lage und ihre historischen Traditionen darauf angewiesen sind, gute Nachbarschaft zu halten".

Der Gang der Ereignisse hatte den Optimismus des Reichskanzlers gemindert. Bald darauf wurde der Dreibund erneuert. Auf der Konferenz von Algeciras hat aber Fürst Bülow die Erfahrung gemacht, daß auf die italienische Freund-

schaft kein unbedingter Verlaß ist. Obgleich wohl kein fremder Staat dem Fürsten Bülow so genau bekannt war wie Italien, wo er bis zum Jahre 1897 Botschafter war, so hat sich Italien gegen sein Erwarten unter seiner Kanzlerschaft mehr und mehr vom Dreibunde entfernt, um sich der anti-deutschen Koalition anzuschließen.

3. Kapitel.

Kaiser Wilhelm II. und Bismarck.

Wer die deutsche Novemberrevolution verstehen will, der muß den Kaiser studieren. Aber auch das gründlichste Studium des Kaisers, soweit er der Öffentlichkeit bekannt ist, verleiht uns nicht das Verständnis für das Verhalten des Kaisers vom 28. Oktober bis zum 17. November. Und ebenso: Wer die staatsmännische Tätigkeit des Fürsten Bülow gerecht beurteilen will, der muß seine Aufgabe neben dem Kaiser zu verstehen suchen.

Durch die deutsche Novemberrevolution ist das Bild Kaiser Wilhelms II. in der Geschichte ein anderes geworden. Durch das tolle Jahr, wie man die Zeit vom Frühjahr 1848 bis zum Frühjahr 1849 nennt, ist das Bild Friedrich Wilhelms IV. ein anderes geworden.

Eine bestechende Ähnlichkeit liegt in den Ereignissen und in der Person der Monarchen. Und doch geben wir das Vertrauen nicht auf, daß alle Gleichheit turmhoch überragt werden wird durch die Ungleichheit.

Die Hoffnung aller Nationalisten und Patrioten, die eine Ausdehnung der Macht des Deutschen Reiches wünschen, fußt in banger Sorge auf den Momenten der Unähnlichkeit zwischen dem Großonkel und seinem dritten Nachfolger auf dem Throne der Hohenzollern. Prüfen wir mit Ernst und Sorgfalt den Charakter und das Leben der beiden Hohenzollernfürsten. Aber wie immer das Ergebnis unseres Vergleiches ausfallen

möge, hüten wir uns vor der niederschmetternden Wirkung der Ähnlichkeit, wo immer wir sie finden, und stehen wir unerschütterlich aufrecht in dem stolzen Bewußtsein, daß das Deutsche Reich mit seinen 63 Millionen Einwohnern, mit seiner riesenhaften Armee und ansehnlichen Flotte, mit seiner hohen, materiellen und geistigen Kultur, mit seiner fortschrittlichen sozialen und wirtschaftlichen Entwickelung unter den Großmächten Europa ganz von selbst seinen Platz in der vordersten Reihe behaupten wird.

Als im Jahre 1840 im hohen Alter Friedrich Wilhelm III., ein Monarch des alten Jahrhunderts, starb, hätte der junge lebhafte geistvolle moderne Thronerbe die Pflicht gehabt, die große Aufgabe der neuen Zeit zu erfassen und zu lösen. Der politische Fortschritt zum konstitutionellen und modernen Staat vollzog sich aber nicht durch ihn, sondern über seinen Widerstand hinweg. Als nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. die preußische Krone noch innerhalb desselben Jahres auf seinen jugendlichen lebhaften, impulsiven Enkel überging, hätte sich dieser ein klares Bild machen müssen von der Strömung der Zeit und von der Aufgabe, die er in ihr zu lösen hat.

Der neue hohenzollern'sche Monarch hatte unstreitig im Jahre 1888 eine viel weniger schwierige Aufgabe als einst Friedrich Wilhelm IV. Im Jahre 1840 erwarteten Preußens beste Männer von dem Monarchen die Verfassung und das Kaiserreich. Kaiser Wilhelm II. übernahm das Reich in vortrefflicher Verfassung. Sowohl nach innen wie nach außen erschien das Reich den besten Deutschen als vollkommen. Des Reiches bewährter Schöpfer und Kanzler, der noch an der Spitze der Geschäfte stand, hatte durch 1½ Jahr Gelegenheit, den jungen Kaiser mit den Richtlinien seiner inneren und äußeren Politik vertraut zu machen. Hat Fürst Bismarck große und weitgehende Ziele für die zukünftige Entwickelung

des Deutschen Reiches und der Deutschen Nation gehabt, so muß Kaiser Wilhem II. mit ihnen vertraut sein.

Hat Fürst Bismarck dem jungen Kaiser eine große Aufgabe für die auswärtige und innere Politik des Reiches anvertraut? Noch ist die Veröffentlichung der Gedanken und Erinnerungen des Fürsten Bismarck nicht beendet. Der dritte Band steht noch aus. Und vielleicht wird die Geschichte auch noch manches wichtige Schriftstück oder bedeutsame Wort des großen Kanzlers kennen lernen, welches bisher verborgen geblieben ist. Würde Kaiser Wilhelm II. dem Beispiele Friedrich des Großen folgen und seine Memoiren oder sein politisches Testament hinterlassen, so könnten wir vielleicht daraus erfahren, ob Fürst Bismarck jemals ihm ein Ziel der deutschen Politik genannt hat.

So merkwürdig es ist, daß der greise Gründer des Reiches dem jungen Kaiser kein Ziel gewiesen haben sollte, so glaube ich dennoch, daß dem so ist. Aber was ist der Grund dieser merkwürdigen Tatsache. Die Entzweiung zwischen dem jungen Kaiser und dem Fürsten im Februar und März 1890 kann nicht als ausreichende Begründung betrachtet werden. Fürst Bismarck mußte bereits in den ersten 1½ Jahren der Regierung des jungen Kaisers wegen seines hohen Alters mit seinem plötzlichen Tode rechnen. Bis zum Januar 1890 herrschten aber zwischen Wilhelm II. und Bismarck die freundschaftlichsten Beziehungen. Auch schon in den 99 Tagen als Kronprinz von März bis Juni 1888 hatte angesichts der Krankheit Kaiser Friedrichs sein Nachfolger ein Anrecht auf das Vertrauen und den Rat des alten Kanzlers. Als Prinz Wilhelm im Jahre 1884 dem Fürsten Bismarck eine eigenhändige Zeichnung der deutschen Panzerflotte „Klar zum Gefecht" schenkte, unterschrieb er die Zeichnung mit den Worten: „Seiner Durchlaucht dem Fürsten Reichskanzler zum Zeichen

wärmster Verehrung und treuester Freundschaft zum Weihnachts-fest verehrt."

Diesem Kronprinzen, diesem jungen Kaiser, der so aufmerksam und wißbegierig dem Rate des weisen Mentor lauschte, hätte der Fürst Reichskanzler als Quintessenz seiner Belehrung den Rat geben sollen: „Regieren Sie nach innen sozial und demokratisch, nach außen imperialistisch."

Fürst Bismarck hätte dem jugendlichen Erben der deutschen Kaiserkrone an der Hand der politischen und kulturellen Entwickelung nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen zivilisierten Welt zeigen sollen, wie unaufhaltsam der Sozialismus und die Demokratie fortschreitet zum Wohle der Menschheit. Er mußte ihm darlegen, daß die Monarchie um so fester begründet ist, je mehr sie dieser Entwickelung Rechnung trägt.

In den ersten 1½ Jahren der Regierung Kaiser Wilhelms II. ergab sich manche Veranlassung zu einem Ratschlage oder gar einer ernsten Vorstellung des Reichskanzlers an den Kaiser. Aber man hat nie davon gehört, daß Fürst Bismarck diese Gelegenheiten zu einer Einwirkung benutzt hat. Am 27. Oktober 1888 sagte der Kaiser im Königlichen Schlosse zu einer Abordnung des Magistrats und der Stadtverordneten von Berlin, welche ihm die Schenkungsurkunde des Begas-Schloßbrunnens überreichten:

„Ich kann aber nicht umhin, auch einer recht schmerzlichen Erinnerung aus meiner Reise Ausdruck zu geben. Während ich meine Gesundheit und alle Kräfte eingesetzt habe, um durch Anknüpfen von Freundschaftsbanden den Frieden und die Wohlfahrt des Vaterlandes und damit auch der eignen Hauptstadt zu sichern, haben die Tagesblätter meiner Haupt- und Residenzstadt die Angelegenheiten meiner Familie in einer Art und Weise an die Öffentlichkeit gezogen und

besprochen, wie sich ein Privatmann das nie würde haben gefallen lassen. Ich bin dadurch nicht nur schmerzlich berührt, sondern auch mein Unwille ist dadurch erregt worden. Vor allem bitte ich mir aus, daß das fortdauernde Zitieren meines Herrn Vaters gegen meine Person endlich unterbleibt. Es verletzt mich als Sohn aufs Tiefste und ist unpassend im höchsten Grade".

Als erfahrener Staatsmann hätte Fürst Bismarck den jungen Kaiser darauf aufmerksam machen müssen, daß eine solche Ansprache den Magistrat und die Stadtverordneten und daher auch die Bevölkerung von Berlin sehr wenig angenehm berühren muß, daß aber der Monarch in der Gegenwart alles vermeiden soll, was geeignet ist, den Unwillen der Bevölkerung zu erregen. Er mußte den Kaiser darauf hinweisen, daß man in Deutschland unwillkürlich aus solchem Anlaß Vergleiche mit England, mit den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, mit Frankreich anstelle und daß die große deutsche Nation auf die Dauer empfindlich werden würde, wenn der Engländer, der Amerikaner oder der Franzose aus dem Vollgenuß seiner Freiheiten heraus seinen Spott auf die Unterwürfigkeit der Deutschen ergießen würde.

Fürst Bismarck hätte am 28. Oktober 1888 rund heraus dem jungen Kaiser erklären sollen: „Majestät ich fürchte, daß in spätestens 20 Jahren der Unwille der Nation sich gegen Eure Majestät wenden wird, sobald sich Leute finden, die ihn erregen, schüren und dirigieren."

Als am 14. Mai 1889 Kaiser Wilhelm II. zu der Abordnung der streikenden Bergarbeiter Westfalens die Worte sprach: „Für mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind", hätte Fürst Bismarck den Monarchen größere Zurückhaltung anempfehlen sollen. Die Dynastie muß bestrebt sein, möglichst weite Kreise der Sozial-

demokratie zu positiver Mitarbeit und dadurch zur Umkehr in das große Lager der Ordnungsparteien zu gewinnen. Sie muß sich sorgfältig davor hüten, Öl in das Feuer zu gießen und die Gegensätze zu verschärfen. Sie ist umsomehr dazu verpflichtet, als die Unzufriedenheit der arbeitenden Klassen doch in sehr weitem Umfange als eine Schuld der besitzenden und regierenden Klassen zu betrachten ist.

In der Zeit vom 26. Februar bis 1. März 1890 fanden die Sitzungen des Staatsrates statt, welche der Vorbereitung der Arbeiterschutzfragen und deren Lösung durch die Gesetzgebung galten. Am 5. März 1890 sprach der Kaiser bei dem Festmahle des Brandenburgischen Provinziallandtages von seiner Fürsorge für die unteren Klassen und fuhr fort: „Diejenigen, welche mir dabei behilflich sein wollen, sind Mir von Herzen willkommen, wer sie auch seien; diejenigen, welche sich Mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerschmettere Ich".

Während der Sitzungen des Staatsrates, welche im Reichsamte des Innern, Wilhelmstraße 74 stattfanden, war Fürst Bismarck durch die verschiedenen Teile des Hauses gegangen und hatte die Räume aufgesucht, in denen er einst als preußischer Ministerpräsident vor dem Einzug in das heutige Reichskanzlerpalais gewohnt hatte, um diese Räume noch einmal wiederzusehen. Er begann in jenen Tagen zu ahnen, daß es zum Bruch zwischen ihm und dem Kaiser kommen werde. In verstärktem Maße trat diese Befürchtung in ihm wohl erst am 6. März auf, als er von der Rede des Kaisers vor den Brandenburgern hörte.

Nach seiner Entlassung am 27. März 1890 sagte Bismarck zu dem Fürsten Hohenlohe, der bei der Begrüßung geäußert hatte, daß das Ereignis ihm sehr unerwartet gekommen sei: „Mir auch", denn vor drei Wochen hätte er noch nicht gedacht, daß es so endigen würde

Am 8. März hatte Fürst Bismarck Vortrag beim Kaiser, am 10. März eine längere Unterredung und am 15. März die letzte amtliche Unterredung mit dem Kaiser. Der dritte Band der Gedanken und Erinnerungen des Fürsten Bismarck dürfte dereinst darüber Aufklärung bringen, ob und inwieweit in diesen drei Unterredungen Fürst Bismarck dem Kaiser Vorstellungen über die Rede vor den Brandenburgern gemacht hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Fürst Bismarck sich durch diese Rede des Kaisers persönlich betroffen fühlte, denn die Arbeiterschutz-Gesetzgebung war eine der wesentlichsten Meinungsverschiedenheiten, welche zu dem Bruch zwischen ihm und dem Kaiser führte. Er selbst nannte gegenüber dem Fürsten Hohenlohe am 27. März 1890 das Arbeiterschutzgesetz an erster Stelle bei Aufzählung der Streitpunkte.

Selbst wenn Fürst Bismarck sich nicht betroffen gefühlt hätte und noch nicht an einen Bruch mit dem Kaiser geglaubt hätte, würde er höchstwahrscheinlich am 8. März Gelegenheit genommen haben, den Kaiser im Interesse der Dynastie und des Reiches in bestimmter Form zu bitten, künftig vor der Oeffentlichkeit das Wort „zerschmettern" gegen Andersdenkende und selbst politische Gegner nicht mehr zu gebrauchen. Er würde den Kaiser zum mindesten mit Ernst und Nachdruck auf die Wahrheit des alten deutschen Wortes hingewiesen haben „Allzu scharf macht schartig".

Vielleicht würde Fürst Bismarck dieses Kaiserwort nicht beanstandet haben, wenn es gegen die Sozialdemokratie gerichtet gewesen wäre.

Es ist auch anzunehmen, daß Fürst Bismarck ein Gefühl der Befriedigung empfand, als der Kaiser am 14. Mai 1889 das Wort von dem Reichs- und Vaterlandsfeind auf die Sozialdemokraten ohne Ausnahme anwandte.

Fürst Bismarck konnte dem Kaiser in der Behandlung

der Sozialdemokratie nicht als ein guter Rat dienen. Denn die Ansichten des Fürsten Bismarck über die Behandlung der Sozialdemokratie waren nicht nur irrtümliche, sondern sogar staatsgefährliche. Sowohl aus dem Munde des Kaisers wie aus dem Munde des Fürsten Bismarck steht übereinstimmend fest, wie Fürst Bismarck im Dezember 1889 und in den folgenden Monaten über die Sozialdemokratie dachte.

Am Ende des Jahres 1889 wurde seitens der Verbündeten Regierungen vom Reichstag die Verwandlung des Sozialistengesetzes aus einem Gesetz auf Zeit in ein solches mit unbegrenzter Dauer verlangt. Die Verlängerung des Sozialistengesetzes wurde am 25. Januar 1890 mit 169 gegen 98 Stimmen verworfen. Da der Reichstag am Ende seiner gesetzlichen Lebensdauer angelangt war, so wurde er aufgelöst und die Neuwahlen auf den 20. Februar ausgeschrieben.

Über diese Situation hat der Kaiser nach Bismarcks Entlassung am 24. April 1890 bei der Fahrt auf die Auerhahnbalze bei Hagenau im Elsaß dem Fürsten Hohenlohe folgendes erzählt: Der Kanzler wollte das Sozialistengesetz mit der Ausweisungsbefugnis dem neuen Reichstag wieder vorlegen, diesen, wenn er es nicht annehme, auflösen und dann, wenn es zu Aufständen käme, energisch einschreiten. Der Kaiser widersetzte sich dem, weil er sagte, wenn sein Großvater nach einer langen ruhmreichen Regierung genötigt worden wäre, gegen Aufständische vorzugehen, so würde ihm das niemand übel genommen haben. Anders sei dies bei ihm, der noch nichts geleistet habe. Ihm werde man vorwerfen, daß er seine Regierung damit anfange, seine Untertanen totzuschießen. Er sei bereit, einzuschreiten, aber er wolle dies mit gutem Gewissen tun, nachdem er versucht habe, die begründeten Beschwerden der Arbeiter zu befriedigen, wenigstens alles getan habe, um deren begründete Forderungen zu erfüllen. Der

Kaiser verlangte also in einer Ministerkonferenz die Vorlage von Erlassen, welche das enthalten sollten, was die Erlasse später gebracht haben. Bismarck wollte davon nichts wissen.

Die Darstellung, welche Bismarck am 30. Oktober 1892 in Varzin dem Professor Otto Kämmel aus Leipzig gab, stimmt in allen wesentlichen Punkten mit der Darstellung des Kaisers überein. In Sonderheit ist Bismarck und der Kaiser darüber einig, daß ihre Verstimmung schon im Dezember 1889 begann und mit der Arbeiterfrage und dem Sozialistengesetz zusammenhing. Bei einer Unterredung über die Sozialdemokratie hat der Kaiser dem Fürsten Bismarck erklärt, er wolle nicht einmal „Kartätschenprinz" heißen, wie sein Großvater, und nicht gleich am Anfang seiner Regierung „bis an die Knöchel im Blute waten". Bismarck erwiderte dem Kaiser damals: „Ew. Majestät werden noch viel tiefer hinein müssen, wenn Sie jetzt zurückweichen." Von dieser Unterredung ab — so erklärte Bismarck gegenüber Kämmel — hielt der Kaiser ihn künstlich fern.

In den letzten Monaten seiner Kanzlerschaft trug sich Fürst Bismarck mehr als je zuvor mit der Idee einer Abänderung des Allgemeinen Wahlrechts. Professor Hans Delbrück hat in den Preußischen Jahrbüchern im Jahre 1906 diese Tatsache nach den Mitteilungen zweier Personen bereits dargelegt. Professor Otto Kämmel hat ihm in dem Grenzboten am 3. Januar 1907 beigestimmt. Professor Dr. Gottlob Egelhaaf hat im Jahre 1908 in seiner „Geschichte der neuesten Zeit. Vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart." (Stuttgart, Karl Krabbe, Verlag) Seite 222 „auf Grund zuverlässiger Kenntnis" auseinandergesetzt, daß Bismarck am 25. Februar 1890 dem Kaiser in seinem Vortrag über den Ausfall der Reichstagswahlen und die Militärvorlage dargelegt habe, daß nach zwei erfolglosen Reichstagsauflösungen

zur Erzielung der Heeresverstärkung die Bundesfürsten nach Berlin berufen und mit ihrem Einvernehmen die Reichsverfassung im Punkt des Wahlrechts und wo es sonst vielleicht noch nötig sei, abgeändert werden müsse. Jetzt sei so etwas noch möglich; er persönlich habe noch die Kraft und den erforderlichen Kredit dazu; später werde es unmöglich sein.

Auch nach der Auffassung Kämmels wäre Bismarck tatsächlich soweit gegangen, die Sozialisten zu ächten und zu entrechten. Bismarck sagte wörtlich zu Professor Kämmel: „Als Deichhauptmann mußte ich nach dem Satze verfahren: Wer nicht will mitdeichen, muß weichen. In Rom war aquae et igni interdictus, wer sich außerhalb der Rechtsordnung stellte, im Mittelalter nannte man das ächten. Man müßte die Sozialdemokratie ähnlich behandeln, ihr die politischen Rechte, das Wahlrecht nehmen. Soweit würde ich gegangen sein. Die sozialdemokratische Frage ist eine militärische. Man behandelt jetzt die Sozialdemokratie außerordentlich leichtsinnig."

Wäre Fürst Bismarck am Ruder geblieben, so würde vielleicht die Heeresvorlage nicht durchgegangen sein und ein furchtbarer Kampf um die Annahme des Sozialistengesetzes mit dem neuen Reichstag sich entsponnen haben. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung und die positive Sozialreform wären zum Stocken gekommen. Nach der Auffassung von Germanicus „Fürst Bülow und seine Zeit" Seite 39 hat der junge Kaiser durch die Entlassung des Fürsten Staat und Reich vor dem blutigsten Experiment gerettet, das die neuere Geschichte gesehen hätte.

Wir wissen alle, wie oft und wie verhältnismäßig leicht in den letzten 19 Jahren Verstärkungen und Verbesserungen des Heeres und der Marine bei dem Reichstage durchgesetzt worden sind. Bei geeigneter rücksichtsvoller und doch energischer Behandlung ist für eine notwendige Verstärkung der Wehr

macht des Deutschen Reiches mit Ausnahme der Sozialdemokratie fast der ganze Reichstag in der Gegenwart zu haben. Für die wichtigste Verstärkung der Wehrmacht, für die Motorluftschiffahrt, ist heute aber sogar die Sozialdemokratie zu haben.

Seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes hat das gesamte öffentliche Leben eine wesentliche Verbesserung erfahren. Ein furchtbares Maß von Verbitterung ist geschwunden. Deutschland hat seitdem auf dem Wege zum sozialen Frieden ein gutes Stück zurückgelegt. Das Deutsche Volk hat sich mehr und mehr zu politischem Denken und Handeln erzogen. Die unter dem Sozialistengesetz durch die Polizei und die Ausweisungen bedrohte und beunruhigte bürgerliche Freiheit steht im großen und ganzen, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, unangetastet da. Der Rückgang der sozialdemokratischen Mandate fast auf die Hälfte bei der letzten Reichstagswahl im Januar 1907 bildet für alle Zeiten einen Beweis, daß ein Appell an den nationalen Gedanken in weitem Umfange die Sozialdemokratie zurückdrängt. Wenn das Wahlrecht in den Einzelstaaten rechtzeitig den Wünschen der breiten Massen angepaßt wird, und wenn die soziale und wirtschaftliche Gesetzgebung rechtzeitig den Bedürfnissen und Wünschen der breiten Massen Rechnung trägt, so wird auch in Zukunft bei fortgesetztem Steigen des Nationalvermögens und Nationaleinkommens die Entwickelung Deutschlands eine sehr erfreuliche sein.

Indem Kaiser Wilhelm II. sich gegen das Sozialistengesetz und für die Arbeiterschutz-Gesetzgebung entschied, und indem er sich von dem Fürsten Bismarck trennte, entging das Reich schweren blutigen inneren Wirren. Selbst wenn Fürst Bismarcks Annahme des Eintritts von Aufständen sich nicht verwirklicht hätte, mußte das Sozialistengesetz mit seiner Aus-

weisungsbefugnis als dauerndes Gesetz eine Art von Absolutismus der Krone bei uns einführen. Die politische Polizei würde sich in der unangenehmen Form, wie unter dem Sozialistengesetz auf Zeit, und wahrscheinlich in noch unangenehmerer Weise bemerkbar gemacht haben. Niemand wäre sicher gewesen, daß er nicht sozialistischer Umtriebe verdächtigt und ausgewiesen worden wäre. Wir hätten mehr und mehr die Zustände bekommen wie in Rußland vor der Revolution. Selbst im heutigen Rußland denkt wohl niemand daran, den Sozialdemokraten das Wahlrecht zu entziehen und sie politisch zu entrechten. Die Kehrseite der politischen Entrechtung und Unterdrückung von 3 Millionen Reichstagswählern müßte ein grausamer, willkürlicher und blutiger Absolutismus sein, müßte das persönliche Regiment an Stelle des verfassungsmäßigen und gesetzmäßigen sein.

Nach einem solchen blutigen Absolutismus hatte aber der zweiunddreißigjährige Kaiser kein Verlangen. In den ersten Monaten 1890 entschied sich Kaiser Wilhelm II. gegen das persönliche Regiment, und machte die Bahn frei für die verfassungsmäßige freiheitliche Fortentwickelung der Nation. Kaiser Wilhelm II. lehnte den sicheren Weg zur Erlangung des persönlichen Regimentes rundweg ab, obgleich dieser Weg ihm von dem bewährtesten Ratgeber der preußischen Krone so angelegentlich empfohlen wurde, daß seine Ablehnung zum Bruch mit diesem Ratgeber, dem einzig verantwortlichen im Reiche, führen mußte. Seit Ende 1889 sind bald 20 Jahre vergangen und Kaiser Wilhelm hat nicht tiefer als bis an die Knöchel im Blute seiner Untertanen waten müssen, wie Fürst Bismarck ihm prophezeite. Die Ratschläge des Fürsten Bismarck auf dem Gebiete der inneren Politik wurden von dem wirklichen Verlauf der Dinge als so unglückliche erwiesen, daß Kaiser Wilhelm II. aus der Erfahrung heraus lernte,

sich unabhängig von den Ratschlägen seiner Minister zu machen.

Waren auf dem Gebiete der Auswärtigen Politik die Ratschläge des Fürsten Bismarck solche, daß der junge Kaiser klare weite Ziele vor Augen hatte und auch im einzelnen wußte, auf welchem Wege er sich diesen Zielen am besten nähern konnte? Es ist nicht anzunehmen, daß Fürst Bismarck den Blick des Kaisers auf die künftige Erwerbung Marokkos oder des türkischen Reiches ganz oder teilweise lenkte. Wahrscheinlich hat Fürst Bismarck dem Kaiser weite Ziele solcher Art überhaupt nicht angegeben. Sicher ist, daß die wichtigste aktuelle Maßnahme des Kanzlers auf großen Widerstand bei dem Kaiser stieß und wesentlich zu dem Bruch zwischen beiden beigetragen hat.

Fürst Bismarck hatte noch unter Kaiser Wilhelm I. den Rückversicherungsvertrag mit Rußland geschlossen, laut dessen sich Deutschland und Rußland, falls eines von beiden von irgendwoher angegriffen werde, wohlwollende Neutralität zusicherte. Dieser Vertrag wurde bald nach der Berliner persönlichen Unterredung zwischen Bismarck und Alexander III. vom 18. November 1887 abgeschlossen und galt zunächst auf 3 Jahre. Diesen Rückversicherungsvertrag wünschte Bismarck im Jahre 1890 zu erneuern.

Der Rückversicherungsvertrag mit Rußland stand mit dem Wortlaut des deutsch-österreichischen Bündnisses vom 7. Oktober 1879 nicht in Widerspruch, aber er war schwer mit dem Geiste dieses Bündnisses zu vereinbaren. Das deutsch-österreichische Bündnis bestimmte Folgendes: 1. Bei einem Angriff Rußlands auf eine der beiden vertragschließenden Mächte stehen sich beide mit ganzer Kraft bei. 2. Beim Angriff einer anderen Macht beobachten sie eine für den Verbündeten wohlwollende Neutralität. 3. Hilft Rußland aber dem betreffenden

Angreifer durch drohende militärische Maßnahmen an seiner Grenze oder gar durch Mitwirkung, so stehen sich beide Verbündete mit ganzer Kraft bei.

Der Wert dieses Bündnisses, welches eine große historische Bedeutung erlangt hat, ist wesentlich durch die enge Begrenzung mittels des Wortes Angriff und durch die Schwierigkeit der Auslegung dieses Wortes gemindert. Eine weitere wesentliche Minderung des Wertes für Österreich bedeutete der Rückversicherungsvertrag Deutschlands mit Rußland.

Schon die historische Entstehung des Rückversicherungsvertrages zeigt, daß er mit den Interessen Österreichs unvereinbar war. Im Jahre 1884 war in Skierniewicze wohlwollende Neutralität aller drei Kaisermächte im Falle eines Angriffs durch eine vierte Macht verabredet. Im Jahre 1887 ging dieses Dreikaiserverhältnis wegen des österreichisch-russischen Gegensatzes in Bulgarien auseinander. Nachdem Bismarck am 18. November 1887 den Zaren Alexander III. davon überzeugt hatte, daß Fürst Ferdinand von Bulgarien keineswegs von Deutschland zur Annahme der bulgarischen Fürstenwürde aufgemuntert worden sei, schloß Deutschland mit Rußland den Rückversicherungsvertrag.

Wäre Rußland in Bulgarien oder gar in Konstantinopel oder etwa in Belgrad aus irgend einem Anlaß einmarschiert, so war dies kein Angriff auf Österreich-Ungarn. Wollte Österreich-Ungarn seine vitalen Interessen dadurch schützen, daß es den Bulgaren, Türken oder Serben zu Hilfe kam, so war dies ein Angriff auf Rußland, und Deutschland war durch den Rückversicherungsvertrag verpflichtet, wohlwollende Neutralität gegenüber Rußland zu bewahren.

Man kann darüber streiten, was Deutschland in einem solchen Falle zu tun hat, man kann sogar der Ansicht sein, daß es vielleicht ganz richtig ist, sich zunächst nicht einzumischen,

aber in jedem Falle ist es meines Erachtens verkehrt, sich durch den Rückversicherungsvertrag zugunsten Rußlands die Hände zu binden.

Nach Bismarcks eigener Absicht sollte das deutsch-österreichische Bündnis die Deutschen in Deutschland und in Österreich sich näher bringen. Nach Bismarcks eigenen Worten sollte es eigentlich nur den Zustand herstellen, der vor 1866 lange Jahrhunderte bestanden hatte und damals nur wegen des Widerstandes unterbrochen worden war, den Österreich gegen den engeren Zusammenschluß der deutschen Staaten unter Preußens Führung geleistet hatte[1]).

Der Rückversicherungsvertrag Deutschlands mit Rußland konnte in Wien aber jeden Tag bekannt werden. Der russisch-japanische Krieg und die russische Revolution haben durch hunderte von Beispielen in eklatanter Weise dargetan, wie groß die Bestechlichkeit selbst der höchsten Beamten in Rußland ist. Wie leicht konnte die österreichische Regierung aus einer solchen russischen Quelle Mitteilung von diesem Rückversicherungsvertrage erhalten. Dann aber war der moralische Wert des deutsch-österreichischen Bündnisses sofort in erheblichem Maße gemindert. Als schließlich durch Fürst Bismarck selbst nach seinem Abgang der Rückversicherungsvertrag den Österreichern bekannt wurde, hat er dort einen Sturm der Entrüstung erregt.

Bevor Rußland den Bau der transsibirischen Eisenbahn beschloß, war die Gefahr eines Vordringens der Russen nach Konstantinopel in den letzten Jahren der Regierung Alexanders III. nicht unbedeutend. Diese Gefahr und in Verbindung mit ihr die Verlängerung des Rückversicherungsvertrages spielte bei der Entlassung des Fürsten Bismarck eine nicht unbedeutende Rolle.

---

[1]) Dr. Gottlob Egelhaaf „Geschichte der Neuesten Zeit“. (Stuttgart 1908) Seite 144.

Als Fürst Hohenlohe am 15. Dezember 1889 von einem Besuch in Friedrichsruh, wo er sich besonders über Rußland mit Bismarck ausgesprochen hatte, nach Berlin zurückgekehrt war, schrieb er in sein Tagebuch: „Bismarck hat dem Kaiser von Österreich geraten, sich ruhig zu verhalten, auch wenn, was wahrscheinlich sei, Rußland sich am Eingang der Dardanellen festsetze und befestige. Dann würden England und vielleicht auch Frankreich ihre Interessen für verletzt und bedroht ansehen, und dann habe Österreich natürliche Verbündete“.

Zehn Tage nach der Entlassung des Fürsten Bismarck schrieb Fürst Hohenlohe auf Grund der Darstellung des Generals Heuduck in sein Tagebuch unter dem 31. März 1890, daß der Kaiser den kommandierenden Generälen mitgeteilt habe, warum Fürst Bismarck weggegangen sei, „dann sagte der Kaiser — heißt es bei Hohenlohe — den Generälen, Rußland wolle Bulgarien militärisch besetzen und dabei die Neutralität Deutschlands haben. Der Kaiser sagte, er habe dem Kaiser von Österreich versprochen, ein treuer Bundesgenosse zu sein, und werde dies halten. Die Besetzung Bulgariens durch die Russen sei der Krieg mit Österreich, und er könne Österreich nicht im Stich lassen. Es scheint mehr und mehr, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kaiser und Bismarck über die russischen Pläne zum Bruche geführt hat. Bismarck wollte Österreich im Stich lassen. Der Kaiser will mit Österreich gehen, selbst auf die Gefahr hin, mit Rußland und Frankreich in einen Krieg verwickelt zu werden. Daraus erkläre ich mir die Äußerungen Bismarcks, der sagte, der Kaiser treibe Politik in der Weise Friedrich Wilhelms IV. Das ist der schwarze Punkt in der Zukunft.“

Es ist richtig, daß Friedrich Wilhelm IV. sich ebenso wenig wie sein Vater von der Freundschaft mit Österreich befreien konnte, aber damals lagen die Verhältnisse wesentlich

anders als im Jahre 1889 oder 1890. Durch die Begründung des Deutschen Reiches war Berlin der Sitz der deutschen Vormacht geworden und eine schädliche Abhängigkeit von Österreich-Ungarn war ganz ausgeschlossen. Das Deutschtum muß aber mehr und mehr das Ziel ins Auge fassen, das Slaventum zurückzudrängen.

Auch Bismarcks rechte Hand im Betriebe des Auswärtigen Amtes, Exzellenz von Holstein, billigte nicht diese Politik Bismarcks. Am 15. Dezember 1893 schrieb Hohenlohe in sein Tagebuch: „Bezüglich des letzten Planes Bismarcks, Österreich im Stich zu lassen," sagt Holstein: „Dann würden wir uns dermaßen verächtlich gemacht haben, daß wir isoliert und von Rußland abhängig geworden wären".

In Bismarcks Gedanken und Erinnerungen finden wir die Bestätigung, daß der erste Reichskanzler tatsächlich über Rußland und Österreich so gedacht hat, wie es der Kaiser den kommandierenden Generälen schilderte.

„Ich glaube auch nicht, — schreibt Fürst Bismarck im 2. Bande der Gedanken und Erinnerungen Seite 261 — daß Rußland, wenn es fertig ist, ohne weiteres Österreich angreifen würde, und bin auch heut der Meinung, daß die Truppenaufstellung im russischen Westen auf keine direkt agressive Tendenz gegen Deutschland berechnet ist, sondern nur auf die Verteidigung, im Falle, daß Rußlands Vorgehen gegen die Türkei die westlichen Mächte zur Repression bestimmen sollte. Wenn Rußland sich für ausreichend gerüstet halten wird, wozu eine angemessene Stärke der Flotte im Schwarzen Meere gehört, so wird, denke ich mir, das Petersburger Kabinett ähnlich wie in dem Vertrage von Hunkiar-Iskelessi 1833 verfahren, dem Sultan anbieten, ihm seine Stellung in Konstantinopel und den ihm verbliebenen Provinzen zu garantieren, wenn er Rußland den Schlüssel zum russischen Hause, das

heißt zum Schwarzen Meere, in der Gestalt eines russischen Verschlusses des Bosporus gewährt. Daß die Pforte auf ein russisches Protektorat in dieser Form eingehe, liegt nicht nur in der Möglichkeit, sondern, wenn die Sache geschickt betrieben wird, auch in der Wahrscheinlichkeit."

Würde aber der Sultan sich den Bestrebungen Rußlands widersetzen, so würde Rußland nach Bismarcks Ansicht den Krieg eröffnen.

„Der erste Schritt der russischen Diplomatie — schreibt Bismarck II. S. 263 — nach diesen seit lange vorbereiteten Operationen würde vielleicht eine vorsichtige Sondierung in Berlin sein, bezüglich der Frage, ob Österreich oder England, wenn sie sich dem russischen Vorgehen kriegerisch widersetzen, auf die Unterstützung Deutschlands rechnen könnten. Diese Frage würde meiner Überzeugung nach unbedingt zu verneinen sein. . . Ich glaube, daß es für Deutschland nützlich sein würde, wenn die Russen auf dem einen oder andern Wege, physisch oder diplomatisch, sich in Konstantinopel festgesetzt und dasselbe zu verteidigen hätten. Wir würden dann nicht mehr in der Lage sein, von England und gelegentlich auch von Österreich als Hetzhund gegen russische Bosporusgelüste ausgebeutet zu werden, sondern abwarten können, ob Österreich angegriffen wird und damit unser casus belli eintrifft."

Fürst Bismarck hat etwa im Jahre 1894 die Korrekturbogen seines zweiten Bandes der „Gedanken und Erinnerungen" gelesen. Die von ihm hier als Testament an die deutsche Nation niedergelegte Politik entspricht genau den Aufzeichnungen des Fürsten Hohenlohe vom Dezember 1889 und März 1890.

Das Beste an der künftigen Politik des Fürsten Bismarck ist, daß sie nie eintreten wird, weil sie nicht den realen Tatsachen entspricht.

Was soll aus der Zukunft der deutschen Nation werden, wenn die Russen sich in Konstantinopel festsetzen und die Franzosen in Marokko? Fürst Bismarck hat die Ausbreitung der französischen Kolonialmacht ebenso begünstigt wie das Vordringen Rußlands im nahen Osten.

„Unsere Interessen sind mehr als die der anderen Mächte, — schreibt Fürst Bismarck II. S. 270 — mit dem Gravitieren der russischen Macht nach Süden verträglich; man kann sogar sagen, daß sie dadurch gefördert werden".

Es wäre hochinteressant zu wissen, wie sich Fürst Bismarck die künftige Entwickelung der deutschen Nation mit ihrer ungeheuren Bevölkerungsvermehrung und ihrem steigenden Arbeitsfleiß, Reichtum und Handel denkt. Wo sollen die Länder liegen, die für uns bestimmt sind, wenn wir den Orient den Russen und Nordafrika den Franzosen und Engländern überlassen? Von seinem Standpunkt aus hatte der Fürst Bismarck seine Politik für die Zukunft vollkommen folgerichtig durchgearbeitet. Aber sein Standpunkt war ein falscher und kein realistischer. Für den Fürsten Bismarck war die überragende Macht des russischen Zarismus und Absolutismus ein Axiom. Soweit er seine Blicke vorauswirft auf ferne Zeiten, die heut noch nicht da sind und wohl auch niemals kommen werden, nirgendwo findet sich in seiner Darstellung der Zukunft ein Hinweis auf die Möglichkeit eines Zusammenstoßes zwischen Japan und Rußland oder einer revolutionären Umwälzung in Rußland. Fürst Bismarck unterschätzte den Wert der deutschen Schulbildung, Wissenschaft, Technik und bürgerlichen Freiheit im Kampfe gegen Rußland und das Slaventum. Er überschätzte die militärische Tüchtigkeit Rußlands sowohl auf dem Lande als auf dem Wasser. Er übersah die Schwere des Bleigewichts, welches auf Rußlands Entwickelung lastet, in Gestalt der griechisch-katholischen

Religion, der Bildungsfeindlichkeit, der Rückständigkeit der Landwirtschaft, der geringeren Beanlagung der slavischen Rasse, des Gegensatzes zwischen der modernen Technik in Industrie und Verkehr und der Rückständigkeit der russischen Landbevölkerung, die zum großen Teil nicht Lesen und Schreiben kann. Fürst Bismarck übersah, daß in dem Zeitalter der Elektrizität, des Automobilismus, der drahtlosen Telephonie und schließlich der Motorluftschiffahrt die Überlegenheit Deutschlands und auch in geringerem Maße Österreichs über Rußland auf Generationen hinaus steigen müsse. Wenn ihm diese Zusammenhänge zum Bewußtsein gekommen wären, so würde er mehr bestrebt gewesen sein, den politischen, sozialen und technischen Fortschritt im Deutschen Reiche zu fördern.

Mit dem russischen Protektorat über die Türkei würden sich die Franzosen wahrscheinlich am ehesten abfinden, wenn ihnen Marokko als Gegenleistung überlassen würde. Auch England hätte sich vielleicht vor der türkischen Revolution aus Abneigung gegen Deutschland gegen eine feste Verbindung von Ägypten über Arabien, Babylonien und Südpersien bis Indien bereit finden lassen, ein russisches Protektorat anzuerkennen. Aber die öffentliche Meinung in Deutschland würde heut ein russisches Protektorat über das türkische Reich niemals zulassen. Seit der türkischen Revolution vom Juni 1908 wächst auch die Widerstandsfähigkeit der Türkei von Monat zu Monat. Je länger, um so mehr wird die Türkei gegenüber Rußland ein beachtenswerter Gegner. Selbst für die Türkei würde es die durch die transsibirische Eisenbahn und den Automobilismus neuaufgetauchte Möglichkeit geben, ein wirksames Bündnis mit Japan gegen Rußland zu schließen.

Sowohl für Deutschland als für Österreich-Ungarn ist durch den russisch-japanischen Krieg und in Sonderheit durch

die Festsetzung der Japaner in Korea und Port Arthur und an der mandschurischen Bahn jeder Zeit die Möglichkeit gegeben, ein Bündnis mit Japan gegen Rußland zu schließen und das russische Reich von 2 Seiten anzugreifen. Überdies wird die Größe der Gegensätze im russischen Reiche noch auf mehr als eine Generation hinaus die Möglichkeit gewähren, das Feuer der Revolution wieder auflodern zu lassen. Die griechisch-katholische Kirche mit ihrer Bildungsfeindlichkeit und die russische Bureaukratie mit ihrer Korruption muß dauernd im Gegensatz stehen zu den Bedürfnissen einer freiheitlichen, politischen und technischen Entwickelung. Die russischen Universitäten werden immer ein Herd der Unzufriedenheiten bleiben. Der Gegensatz von Stadt und Land ist nirgendwo größer wie in Rußland. Die elende wirtschaftliche Lage der russischen Bauernbevölkerung, die in der Hauptsache des Lesens und Schreibens unkundig ist, wird andauernd in scharfem Gegensatz zu den technischen Fortschritten der Industrie und des Verkehrs bleiben. Die industriellen und technischen Angestellten klagen über Mangel an politischer Freiheit und die Bauern klagen über Mangel an Land und Brot. Das Machtbedürfnis des Zarismus und des Slaventums hört nicht auf, die Kriegsrüstung zu vermehren und die Staatsschulden zu erhöhen. Im Januar 1909 hat die neue russische $4^1/_2$% Anleihe in Frankreich, England und Holland von 1,4 Milliarden Franks aufs neue bewiesen, wie sehr der russische Staatskredit gesunken ist. $3^1/_2$ Jahr nach Beendigung des Krieges konnte diese Anleihe nur einen Übernahmekurs von $85^1/_2$ und ein Emissionskurs von $89^1/_2$% erzielen. Statt 1400 Millionen Franks hat Rußland dadurch nur 1200 Millionen Franks erhalten, wovon 800 Millionen Franks auf den Eintausch der 5% Schatzscheine des Jahres 1904 gegen die Anleihe des Januars 1909 verwandt werden mußten. Die russische

Staatsschuld hat sich also um 600 Millionen Franks nominell erhöht, während Rußland nur 400 Millionen Franks bar eingenommen hat. Um diese Operation auszuführen, hat Rußland sofort einen Verlust von 200 Millionen Franks oder einen Dritteil der tatsächlich geliehenen Summe auf sich nehmen müssen.

Mit solchen faulen inneren Zuständen kann Rußland nicht das Protektorat über das türkische Reich erwerben. Fürst Bismarck bewunderte die Beharrlichkeit des russischen Volkes und fand, daß in ihr die Stärke des russischen Wesens gegenüber dem übrigen Europa beruhe. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Schildwache, die noch im Jahre 1859 in dem Sommergarten zwischen dem Paulspalais und der Newa das Schneeglöckchen der Kaiserin Katharina bewachte, und an die Schildwachen, die im Jahre 1877 im Schipka-Palast erfroren, weil sie nicht abgelöst wurden[1].

Das russische Beharrungsvermögen ist aber gerade die Ursache der landwirtschaftlichen Rückständigkeit, der Bildungsfeindlichkeit, der Niederlage im russisch-japanischen Kriege, der ungeheuren Staatsschulden, der Korruption der Bureaukratie, kurz der inneren und äußeren Schwäche gegenüber einer Großmacht, die schnell mit der Veränderung der Technik vorwärts schreitet.

Fürst Bismarck faßt im ersten Bande seiner Gedanken und Erinnerungen Seite 224 sein politisches Glaubensbekenntnis in Bezug auf unsere auswärtige Politik in folgende Worte zusammen: „Mit Frankreich werden nie Frieden haben, mit Rußland nie die Notwendigkeit des Krieges, wenn nicht liberale Dummheiten oder dynastische Mißgriffe die Situation fälschen."

[1]) Otto Fürst von Bismarck „Gedanken und Erinnerungen" Bd. I. Seite 227.

Für einen dynastischen Mißgriff hielt Fürst Bismarck ohne Zweifel die Absicht des Kaisers, den russischen Rückversicherungsvertrag nicht zu verlängern. Heut wird wohl niemand im Deutschen Reiche bedauern, daß dieser Rückversicherungsvertrag ein Ende erreicht hat. Höchstens die wenigen Personen, welche gern Teile des deutschen Nationalvermögens der russischen Kriegskasse zuführen möchten, werden mit Bedauern an das Aufgeben dieses Vertrages denken. Sicher würde das durch den japanischen Krieg und die Revolution geschwächte Rußland gern mit uns wieder einen solchen geheimen Vertrag schließen, um als Gegenleistung jährlich einige hundert Millionen Goldes in Deutschland gegen schlechte russische Papiere borgen zu können.

Je enger und fester wir mit Österreich verbunden sind, umsomehr können wir einem Kriege mit Frankreich und Rußland in größter Ruhe und in Erwartung eines glänzenden gewinnbringenden Sieges entgegensehen.

Einen Angriff Frankreichs haben wir nicht zu besorgen. Wenn wir gegen Frankreich kriegerisch vorgehen müßten, um die Tunificierung Marokkos zu verhüten, so würde uns der Rückversicherungsvertrag aus dem Jahre 1887 doch nichts helfen, da er nur wohlwollende Neutralität zusicherte, falls Deutschland von irgendwoher angegriffen werden würde.

Die übertriebene Hochschätzung, welche Fürst Bismarck der russischen Macht angedeihen ließ, springt nirgendwo klarer in die Augen als in seiner Wertschätzung der neuen Schwarze-Meerflotte Rußlands. Es hat wohl niemals eine Großmacht eine ebenso erbärmliche Flotte besessen wie diese, deren Hauptschiff der „Potemkin" in der revolutionären Bewegung des Jahres 1905 ins Ausland desertierte.

Da Fürst Bismarck die russische Macht vollständig überschätzte und die vereinigte Macht Deutschlands und Österreich-

Ungarns gegenüber Rußland unterschätzte, so kam er zu folgendem Grundsatz (Gedanken und Erinnerungen II. S. 264): „Die Beteiligung Österreichs an der türkischen Erbschaft wird doch nur im Einverständnisse mit Rußland geregelt werden, und der österreichische Anteil um so größer ausfallen, je mehr man in Wien zu warten und die russische Politik zu ermutigen weiß, eine weit hervorgeschobene Stellung einzunehmen. England gegenüber mag die Position des heutigen Rußland als verbessert gelten, wenn es Konstantinopel beherrscht, Österreich und Deutschland gegenüber ist sie weniger gefährlich so lange es in Konstantinopel steht."

Ich erlaube mir der Ansicht zu sein, daß diese Auffassung des Fürsten Bismarck Satz für Satz vollkommen irrig ist, und daß die Befolgung einer solchen Politik für Deutschland und die deutsche Nation geradezu verhängnisvoll sein würde. Die Beteiligung Österreichs an der türkischen Herrschaft läßt sich am besten auf Kosten Rußlands und gegen Rußland durchsetzen und von der Beteiligung Deutschlands an der türkischen Erbschaft gilt das gleiche. Je mehr Deutschland und Österreich-Ungarn zusammengehen und fest gegen Rußland zusammenhalten, umso schneller wird die türkische Erbschaft an Deutschland und Österreich gemeinsam fallen. Mit Fürst Bismarck stimme ich darin vollkommen überein, daß die Herrschaft des Sultans ihr Ende finden wird. Aber Fürst Bismarck sah in dem russischen Zaren den Erben des türkischen Reiches, während ich der Ueberzeugung bin, daß das türkische Reich in der Hauptsache an Österreich und Deutschland fallen muß und zu einem Teil vielleicht an Italien und England fallen wird, während Rußland von dieser Erbschaft auszuschließen ist. Seitdem das türkische Reich eine Verfassung und ein Parlament hat, tritt an Österreich und Deutschland die Notwendigkeit heran, die Liquidation der türkischen Erb-

schaft zu beschleunigen, bevor die gegenwärtigen Inhaber der Erbmasse so erstarken, daß sie der Aufteilung einen bedeutenden Widerstand entgegensetzen könnten. Zum Glück wird die Kriegführung zu Lande, zu Wasser und in der Luft eine immermehr komplizierte und maschinelle, so daß die Ueberlegenheit der großen industriellen und technisch hochstehenden Nationen über die halb barbarischen Völker des Osten und Südostens von Europa beständig steigt.

Bei dem Bruche zwischen Kaiser Wilhelm II. und Bismarck spielte das Verhältnis Deutschlands zu Rußland neben der Arbeiterfrage ohne Zweifel die Hauptrolle. Als durch beide Fragen das Verhältnis schon getrübt war, erinnerte Bismarck an die Kabinettsorder vom 8. September 1852, in welcher Friedrich Wilhelm IV. bestimmt hatte, daß die einzelnen Minister nicht ohne Vorwissen des Ministerpräsidenten Immediatberichte beim König einreichen und allerhöchste Anordnungen hervorrufen dürften. Am 4. März 1890 verlangte der Kaiser, daß Bismarck den Entwurf einer neuen Order vorlege, nach der die von 1852 außer Kraft gesetzt werden sollte. Am 17. März 1890 brachte General von Hahnke dem Fürsten Bismarck den Befehl, die neue Kabinettsorder sofort zu entwerfen oder seinen Abschied einzureichen. Fürst Bismarck hat schließlich am 19. März sein Abschiedsgesuch geschrieben, aber die alte Kabinettsorder vom Jahre 1852 besteht noch heute zu recht, und Fürst Bülow achtet noch peinlicher als Fürst Bismarck auf ihre Befolgungen durch seine Kollegen im preußischen Staatsministerium.

Auf dem Gebiet der Kabinettsorder lag also die Ursache des Bruches ebensowenig wie in Windhorsts Besuch bei Bismarck am 12. März 1890. Sowohl die Kabinettsorder vom 8. September 1852 als der Verkehr Bismarcks mit den Parteiführern, über den der Kaiser am 15. März dem

kanzler Vorhalt gemacht hatte, spielten in dem Abschiedsgesuche Bismarcks eine Rolle. Wie die Kabinettsorder von 1852 bestehen geblieben ist, so hat jeder spätere Reichskanzler mit jedem Abgeordneten, auf dessen Unterhaltung er Wert legte, verhandelt, ohne den Kaiser in Kenntnis zu setzen. Der einzige tiefere politische Gegensatz, den das Abschiedsgesuch Bismarcks erwähnt, ist das Verhältnis Deutschlands zu Rußland.

Wäre Fürst Bismarck am Ruder geblieben und hätte Deutschland den Rückversicherungsvertrag mit Rußland 1890 erneuert, so wäre wahrscheinlich die ganze Weltgeschichte anders gelaufen. Es besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, daß Rußland im Jahre 1890 den Versuch gemacht haben würde, sich durch einen Handstreich oder durch einen formell erklärten Krieg Konstantinopels zu bemächtigen. Warum hat Fürst Bismarck dem Kaiser von Österreich im Herbst 1889 geraten, sich ruhig zu verhalten, auch wenn, was wahrscheinlich sei, Rußland sich am Eingang der Dardanellen festsetze und befestige?[1]) Es scheint, daß Fürst Bismarck eine Ablenkung der Russen auf Konstantinopel zu sehr gern gesehen hätte. Sein Wunsch, die Russen zu beschäftigen, lag an sich im Interesse einer friedlichen, kräftigen Weiterentwickelung des Deutschen Reiches. Er sah noch nicht voraus, daß in den nächsten 15 Jahren die ostasiatische Politik die zweckdienlichste Ablenkung der russischen Kraft sein würde.

Erst am 16. März 1891 hat Kaiser Alexander III. von Rußland das Reskript über den Beginn der Bauarbeiten an der Sibirischen Bahn unterzeichnet. Seitdem hat Rußland den Schwerpunkt seiner Expansionspolitik nach Ostasien verlegt. Diesem Ereignis verdankt Europa in erster Linie die lange Zeit des Friedens und der ungestörten wirtschaftlichen Entwickelung.

[1]) Fürst Chlodwig zu Hohenlohe, Denkwürdigkeiten Bd. II, S. 461

In den ersten Monaten des Jahres 1890 aber rechnete man in Petersburg noch auf die Verlängerung des Rückversicherungsvertrages und auf das Verbleiben des Fürsten Bismarck in seinem Amte.

Ende Februar und Anfang März 1890 hat ohne Zweifel Rußland große Truppenanhäufungen an der Grenze gegen Österreich vorgenommen. Es erscheint ganz ausgeschlossen, daß die Berichte des deutschen Konsuls Raffauf in Kiew über diese Truppenanhäufungen unrichtig oder übertrieben waren. Rußland war weit entfernt, Österreich anzugreifen, aber es wollte in Bulgarien oder in Konstantinopel einrücken.

Bismarck unterließ es, diese Berichte des Konsuls Raffauf dem Kaiser mitzuteilen, und gab nur die militärischen Bestandteile an den Generalstab weiter. Der Generalstab hat augenscheinlich diesen Berichten einen großen Wert beigelegt und sie zur Vorlage oder zum Vortrage bei dem Kaiser gebracht.

Daraufhin richtete der Kaiser nach der Darstellung des Professor Dr. Gottlob Egelhaaf „Geschichte der neuesten Zeit" S. 221 folgendes Handschreiben an Bismarck: „Die Berichte lassen auf das Klarste erkennen, daß die Russen in vollem strategischen Aufmarsch sind, um zum Kriege zu schreiten. Ich muß sehr bedauern, daß ich so wenig von den Kiewer Berichten erhalten habe. Sie hätten mich schon längst auf diese furchtbar drohende Gefahr aufmerksam machen können.! Es ist die höchste Zeit, die Österreicher zu warnen und Gegenmaßregeln zu treffen. Unter solchen Umständen ist natürlich an eine Reise nach Krasnoje meinerseits nicht zu denken. Die Berichte sind vorzüglich. Wilhelm."

In Bemerkungen zu diesem Handschreiben erklärte Bismarck, daß er jene Überzeugung nicht teile; er glaube vielmehr nach wie vor an die friedlichen Absichten Alexanders III. und er sehe die Kiewer Berichte für veraltet, die Nachrichten

von russischen Truppenanhäufungen für nicht richtig oder doch übertrieben an; er wolle nicht Maßnahmen treffen, die einen Kriegsbrand erst recht entzünden mußten.

In seinem Abschiedsgesuch erwähnt Fürst Bismarck, „es sei ihm unmöglich, unter Verzicht auf seine Stellung als Ministerpräsident sich auf den Altenteil des Reichskanzlerpostens zurückzuziehen, durch die jüngsten Entscheidungen Eurer Majestät über die Richtung unserer auswärtigen Politik, wie sie in dem allerhöchsten Handschreiben zusammengefaßt sind, mit dem Eure Majestät gestern die Berichte des Konsuls in Kiew begleiteten".

Die russischen Truppenzusammenziehungen an der österreichischen Grenze hatten also dem Faß den Boden ausgeschlagen. Es wird sehr interessant sein, wenn man aus den Akten des russischen Kriegsministeriums und russischen Auswärtigen Amtes einmal erfahren wird, welche Absichten Rußland damals verfolgt hat und wieviel Truppen und welche Truppen damals an der österreichischen Grenze zusammengezogen waren.

Nach der Darstellung des Großherzogs von Baden gegenüber Hohenlohe am 25. März 1890, also kurz nach Bismarcks Sturz, hatte der Kaiser den Verdacht, daß Bismarck die Politik nach seinen, dem Kaiser unbekannten Plänen leiten und es dahin führen wolle, Österreich und die Tripelalliance aufzugeben und sich mit Rußland zu verständigen, während der Kaiser dies nicht wollte und an der Alliance festhielt. Nach der Darstellung des Botschafters Graf Münster hatte man zu jener Zeit auch in Wien großes Mißtrauen gegen Herbert Bismarck [1]).

Wenn Kaiser Wilhelm II. ungefähr am 23. März 1890

[1]) Fürst Chlodwig zu Hohenlohe Denkwürdigkeiten II. Seite 465.

(der Feier des Krönungs- und Ordensfestes) den kommandierenden Generälen sagte, Rußland wolle Bulgarien militärisch besetzen und dabei die Neutralität Deutschlands haben, so hat er dafür ohne Zweifel autentische diplomatische Unterlagen gehabt. Wahrscheinlich war dieser Antrag Rußlands einige Wochen vor den Rassauf'schen Berichten in Berlin eingetroffen. Damals schon dürfte der Kaiser dem Fürsten Bismarck keinen Zweifel gelassen haben, daß er diese Politik nicht mitmacht und den Rückversicherungsvertrag nicht zu erneuern beabsichtigt. Wie sehr das beiderseitige Verhältnis zwischen Kaiser und Kanzler durch diese Frage getrübt war, geht auch daraus hervor, daß der Kaiser am 24. April 1890 auf der Fahrt zur Auerhahnbalze dem Fürsten Chlodwig von Hohenlohe erzählte, Bismarck sei seinen eignen Weg gegangen und habe ihm vieles vorenthalten, was er tat. Bismarck habe sogar nach St. Petersburg sagen lassen, daß der Kaiser eine antirussische Politik befolgen wolle. „Doch, setzte der Kaiser hinzu, ich habe dafür keine Beweise."

Noch am 27. Januar 1894 hat Miquel dem Fürsten Hohenlohe erzählt, der Hauptärger Bismarcks bei seinem Rücktritt sei der gewesen, daß der neue Kurs dem mit Rußland verabredeten Vertrage keine weitere Folge gegeben habe. Der Vertrag, so sagte Miquel, habe das Abkommen getroffen, daß Deutschland Rußland im Orient freie Hand lasse, wogegen sich Rußland verpflichte, bei einem Kriege mit Frankreich neutral zu bleiben, selbst wenn Österreich sich im Orient beteilige[1]).

Dies soll wohl heißen, selbst wenn Österreich im Orient gegen Rußland kriegerisch vorgehe, also um Rußland vom Vormarsch auf Bulgarien oder Konstantinopel abzuhalten.

Nach alledem kann es keinem Zweifel unterliegen, daß

---

[1]) Denkwürdigkeiten Band II. Seite 510.

Bismarck kurz vor seinem Abgang den Russen direkt oder indirekt Bulgarien zugesagt hatte, und daß er darüber hinaus entschlossen war, sie nicht am Einmarsch in Konstantinopel zu verhindern, und weiter, daß er die Österreicher im Kampfe gegen Rußland nicht unterstützt hätte.

Fürst Bismarck hielt Ende 1889 die Zeit für gekommen, wo er den größten Fehler seines Lebens, nämlich das Geschäft des ehrlichen Maklers auf dem Berliner Kongreß, wieder gut machen konnte. Wenn seine mächtige Hand im Jahre 1878 nicht eingegriffen hätte, so wäre es schon damals zwischen England und Rußland zum Kriege über die türkische Erbschaft gekommen. Wahrscheinlich hätte Österreich-Ungarn und die Türkei mit England gegen Rußland gekämpft. Auch Bismarcks geheimster Mitarbeiter, Exzellenz von Holstein, hat am 15. Dezember 1893 gegenüber Hohenlohe den Berliner Kongreß, sowie die Verhinderung des Zusammenstoßes Englands und Rußlands in Afghanistan unter den Fehlern der Bismarck'schen Politik hervorgehoben. Aber während im Frühjahr 1878 die Wellen des Völkerkrieges bereits im Rollen waren, und England nach dem Rücktritt des kriegsscheuen Lord Derby vom Auswärtigen Amt am 27. März 1878 zum Kriege entschlossen war, bestand im Jahre 1890 die Möglichkeit, daß sich Rußland verhältnismäßig schnell in Sofia und in Konstantinopel festsetzte.

Das kriegerische Vordringen der Russen nach Sofia und Konstantinopel würde aber von ganz anderer Wirkung gewesen sein, als später das Vordringen der Russen nach Port Arthur und Korea. Für das ostasiatische Abenteuer bestand im russischen Volke gar keine Sympathie. Nur sehr enge Kreise versprachen sich davon einen finanziellen Gewinn.

Die Wiederaufrichtung des griechisch-katholischen Kreuzes auf der Sophienmoschee in Konstantinopel durch Rußland

gehört aber fast zur Religion der orthodoxen russischen Kirche. Das Vordringen Rußlands nach Sofia und Konstantinopel würde getragen werden von einer ungeheuren Begeisterung des gesamten Slaventums. Der Russe würde in diesem Kriege nur die Vollstreckung des Testamentes Peter des Großen erblicken und sich mit Stolz erinnern, daß bereits Kaiserin Katherina II. ihren zweiten Enkel den Namen Constantin gab, um ihn für die Herrschaft in der türkischen Hauptstadt vorzubereiten.

Ein derartiger Erfolg des Zarentums würde Rußland sowohl nach innen wie außen gewaltig gestärkt haben. Die russische Revolution würde noch längere Zeit ausgeblieben sein. Das Protektorat über die Türkei würde auch wirtschaftlich und finanziell für Rußland von großem Werte gewesen sein. Durch Erschließung der Bodenschätze des weiten türkischen Reiches würde sich Rußland eng mit der westeuropäischen Haute finance verknüpft haben. Der heut so gesunkene russische Staatskredit würde trotz großer Ausgaben im Orient vorzüglich sein. Die Staatsanleihen würden heut auf pari oder etwas darüber stehen.

Natürlich würde sich die Lage Rußlands sehr ungünstig gestaltet haben, wenn es mit der Türkei, mit Österreich, mit England und vielleicht gar noch mit Frankreich durch das Streben nach diesem Protektorat in Krieg geraten wäre.

4. Kapitel.

Kaiser Wilhelm II. und Fürst Bülow.

Mit der Genehmigung des Abschiedsgesuches des Fürsten Bismarck übernahm Kaiser Wilhelm II. selbst die Leitung der innern und auswärtigen Politik des Deutschen Reiches. Aus den Unterhaltungen des Kaisers mit dem Fürsten Hohenlohe und anderen Vertrauten sowie aus seinen zahlreichen Reden geht klar hervor, daß er das Bewußtsein hatte, im Innern und Äußern den richtigen Kurs zu steuern. Er hatte das sichere Gefühl, daß er gegenüber der Sozialdemokratie und gegenüber Rußland den richtigen Weg gewählt hatte, und daß die von ihm verlassene Politik des Fürsten Bismarck eine unheilvolle gewesen wäre.

Als Gegner des Sozialistengesetzes mit seinen Ausweisungsbefugnissen und als Gegner der russischen Macht bis Konstantinopel diente der Kaiser mit seiner Politik dem Frieden und der Freiheit. Die ewige Dauer des Sozialistengesetzes bedrohte nicht nur die bürgerliche Freiheit, sondern auch den inneren Frieden. Die Ausdehnung der Macht des griechisch-katholischen Zarismus über den Orient bedrohte nicht nur die bürgerliche Freiheit Deutschlands und Westeuropas, sondern den Frieden der Welt. Kaiser Wilhelm II. hatte allen Grund, mit sich zufrieden zu sein.

Aber doch lag schwere Schuld auf Kaiser Wilhelm II., die sich bitter und unumstößlich sicher an ihm und seinem Hause

rächen mußte. Er hatte auf das tötlichste sich an dem Genius der deutschen Nation versündigt. Er hatte den Begründer des Deutschen Reiches, das größte Erzeugnis der germanischen Rasse, in einer Weise behandelt wie kein Vorgesetzter den Untergebenen, kein Herr den Diener behandeln darf. Dem Manne, dem er und sein Haus allein die Kaiserkrone verdankten, hatte er am 18. März 1890 durch den Chef des Militärkabinetts, General von Hahnke, den bestimmten kaiserlichen Befehl übersandt, daß er ungesäumt um seine Entlassung einkommen solle.

Der Kaiser hatte das Recht und vielleicht die Pflicht, sich von dem Fürsten Bismarck und seiner Politik zu trennen. Aber diese Trennung durfte sich nur unter der sorgfältigsten Schonung der Gefühle des Fürsten Bismarck und der deutschen Nation vollziehen. Die Trennung mußte eine freundschaftliche sein.

Der Kaiser hatte die Macht, in allen wichtigen, ihn interessierenden Fragen der innern und äußeren Politik seinen Willen durchzusetzen. Genehmigte er nicht die Einbringung des Sozialistengesetzes vor dem neuen Reichstage und die Verlängerung des russischen Rückversicherungsvertrages, so war der Fürst Bismarck machtlos und wäre ganz von allein gegangen.

Das Handschreiben des Kaisers an den Fürsten Bismarck vom 20. März 1890, welches das Entlassungsgesuch genehmigt, stellt den Tatbestand anders dar, als er sich in Wirklichkeit vollzogen hat. Der Kaiser schrieb: „Die von Ihnen für Ihren Entschluß angeführten Gründe überzeugen mich, daß weitere Versuche, Sie zur Rücknahme Ihres Antrages zu bestimmen, keine Aussicht auf Erfolg haben.“

Und doch wußte an demselben Tage jeder des Lesens Kundige im Deutschen Reiche und wahrscheinlich viele des

Lesens unkundige Kinder, daß der Kaiser den Kanzler im Zorn und gegen den Wunsch des Kanzlers entlassen habe. Kaiser Wilhelm II. unterschätzte das politische Denken und Empfinden der deutschen Nation und konnte leider von diesem Fehler sich bis zum 17. November 1908 nicht freimachen. Bis zu der Aussöhnung des Fürsten Bismarck am 26. Januar 1894 hat leider der Kaiser noch manchmal den Fürsten Bismarck und dadurch die deutsche Nation selbst auf das Schwerste gekränkt.

Am 9. Juni 1892 erließ der Reichskanzler von Caprivi den berüchtigten „Uriasbrief“ an den Kaiserlichen Botschafter in Wien, Prinzen Heinrich Reuß, worin er diesen und die Mitglieder der Botschaft ersuchte, alle etwaigen Annäherungsversuche des Fürsten Bismarck bei Gelegenheit seiner Wiener Reise zur Hochzeit des Grafen Herbert Bismarck mit Gräfin Margarete Hoyos nur mit den konventionellen Formen zu erwidern und einer Einladung zur Hochzeit auszuweichen. Diese Ächtung Bismarcks, die dem Kaiser Franz Josef Anlaß gab, Bismarck eine Audienz nicht zu gewähren, hatte bloß die Wirkung, daß Bismarcks Volkstümlichkeit in unerreichte Dimensionen stieg. Bei der Rückreise von Wien wurden dem Begründer des Reiches durch das über seine Kränkung auf das Tiefste empörte deutsche Volk überall beispiellose stürmische Huldigungen dargebracht. Mehr noch als zuvor wurde der Fürst in Friedrichsruh, in Kissingen und wo immer er sich in den folgenden Jahren zeigte, das lebendige Ziel wahrer Massenwallfahrten. Wohin immer der geächtete Fürst kam, da galt das Wort: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!“

Damals erweiterte sich die Kluft zwischen der deutschen Nation und dem Kaiser in einer bedenkenerregenden Weise. Es gehörte kein großer Scharfsinn dazu, um schon damals

vorauszusehen, daß unter Umständen und bei geeigneter Gelegenheit sich eine Einheit der ganzen Nation gegen Maßnahmen des Kaisers schaffen ließ. Indem Caprivi diesen Uriasbrief gegen Bismarck zuließ, bewies er, daß er ein schlechter und gefährlicher Ratgeber seines Monarchen war. Es war schwer, irgend etwas auszusinnen, was dem Monarchen die Sympathien der Nation leichter rauben konnte, als dieser Schritt.

Der Aussöhnung zwischen dem Kaiser und Bismarck standen manche Hindernisse entgegen. Es war manches Wort herüber und hinüber getragen worden. Die letzte amtliche Unterredung des Kaisers mit dem Fürsten Bismarck am 15. März 1890, 5 Tage vor der Entlassung, war eine sehr heftige gewesen. Als der Großherzog von Baden unmittelbar nach der Bewilligung des Bismarck'schen Abschiedsgesuches dem Fürsten Bismarck einen Besuch machte, kam es zwischen beiden zu einer erregten Szene, in der Bismarck so grob wurde, daß der Großherzog die von ihm gebrauchten Worte selbst dem ihm nahestehenden Fürsten Hohenlohe nicht wiederholen wollte.

Bereits vom Dezember 1893 ab ist aber der Kaiser bestrebt gewesen, sich wieder mit dem Fürsten Bismarck auszusöhnen. Als dieser damals an einer Lungenentzündung schwer erkrankte, bot er ihm telegraphisch eines seiner Schlösser zur Erholung an. Am 22. Januar 1894 sandte der Kaiser dem Fürsten durch seinen Generaladjutanten Grafen Moltke als symbolischen Gruß eine Flasche Steinberger Kabinet. Bismarck antwortete in einem verbindlichen Schreiben, er werde nach Berlin kommen, um dem Kaiser persönlich zu danken. Der Kaiser lud ihn ein am 26. Januar 1894 zu seinem Geburtstag zu kommen und empfing ihn mit königlichen Ehren wie einen Monarchen. In dem Leben Kaiser Wilhelms II. ist die wichtigste Periode die Zeit von der Ver-

abschiedung des Fürsten Bismarck bis zum 17. November 1908 als die Epoche seines eigenen Regiments. Bis zum 18. März 1890 lag die Leitung der inneren und auswärtigen Politik in der Hauptsache in den vertrauenswerten Händen des eisernen Kanzlers, und mit dem 17. November 1908 beginnt die Zeit der vollständigen Herrschaft Bernhard von Bülows auf dem gesamten Gebiete der inneren und auswärtigen Politik. Wenn die 18 Jahre des sogenannten „persönlichen Regiments" soviel Mißstimmung und Kritik auch in den Kreisen der besten Patrioten hervorgerufen haben und schließlich in der Bülowrevolution ihr Ende fanden, so muß den drei Kanzlern des persönlichen Regiments, Caprivi, Hohenlohe und Bülow, ohne Zweifel eine Schuld gleicher Art und Beschaffenheit beizumessen sein.

Der große Sturm der Unzufriedenheit, welcher nach der Veröffentlichung des kaiserlichen Interviews in der Zeit vom 28. Oktober bis 17. November 1908 durch das Reich brauste, mag in großem Umfange künstlich geschürt und durch frevelhaftes Tun und Unterlassen seine Richtung auf die Person des Monarchen genommen haben, der Nährboden für diese Ausbrüche des Volkszornes ist aber im Laufe von 18 Jahren vorbereitet worden. Bei dem unentwickelten Verfassungsleben des jungen deutschen Reiches und bei der alles überragenden Machtstellung des Reichskanzlers, der der allein verantwortliche Minister für das Reich ist, muß die Hauptschuld in der Person des zweiten, dritten und vierten Reichskanzlers gefunden werden. In der Person der Kanzler muß aber auch die Hauptschuld gefunden werden der gegenwärtigen Zerrüttung der Reichsfinanzen und der Ergebnislosigkeit unserer auswärtigen Politik.

Durch Bismarck und die Bismarckianer ist seit dem Jahre 1890 in der ganzen Nation und auch im Auslande die Ansicht

verbreitet, daß Kaiser Wilhelm II. nur aalglatte Höflinge als Reichskanzler duldet. Die ganze Nation hat das Empfinden, daß Caprivi, Hohenlohe und Bülow des aufrechten Mutes ermangelten, um dem Monarchen entgegenzutreten. Die Leute sagen auf dem entlegensten Dorfe im Deutschen Reiche, daß dieser junge, feurige, selbstbewußte Kaiser mit dem Glauben an sein Gottesgnadentum keinerlei Widerspruch duldet. Die großen Fideikommißbesitzer und Grafen in Ostpreußen sind in dieser Auffassung vollständig einig mit jedem sozialdemokratischen Fabrikarbeiter einer sächsischen Industriestadt oder irgend einem Geheimen Kommerzienrat und Handelskammerpäsidenten in der Rheinprovinz.

Unglücklich war die Hand Kaiser Wilhelms II. in der Wahl seiner Reichskanzler ohne jeden Zweifel. Die Geschichte Deutschlands seit dem Abgange des Fürsten Bismarck ist nicht die Geschichte von Reichskanzlern, die stolz ihren Abschied forderten, um das Interesse des Deutschen Reiches gegenüber dem Kaiser wahrzunehmen. Sie ist allerdings auch nicht die Geschichte selbstbewußter Reichstage, die aufgelöst wurden, weil eine überwältigende Majorität dem Kaiser mit entschiedenster Sprache sagte, was die Nation wünscht und was sie nicht wünscht. Sie ist vielmehr die Geschichte kleiner und furchtsamer Leute, geschmeidiger Höflinge und Parteiführer, zielloser Politiker und strebsamer Ordensjäger.

Kaiser Wilhelm II. war gegen seine Kanzler, Minister, Höflinge, Beamten, Parlamentarier der denkbar freigebigste Fürst mit Titeln und Standeserhöhungen, mit Orden und Ehren aller Art, mit Aufmerksamkeiten und Geschenken. Immer mächtiger schwoll der alljährliche Ordenssegen an. Immer mehr vermehrte sich die Zahl der Gelegenheiten, wo Gnadenbeweise für wirkliche oder vermeintliche Verdienste in reicher Fülle ausgestreut wurden. Grundsteinlegungen, Schiffstaufen,

Denkmalsenthüllungen, Einweihungen von Kirchen und Instituten aller Art, Eröffnungen von Ausstellungen, kurz der Anfang und das Ende von ungezählten Festlichkeiten hielten den Kaiser, den Hof, die Minister, die Parlamentarier, die Industriellen und das immer anschwellende Heer der Dekorationslustigen aus Industrie und Handel, Landwirtschaft und Verkehr, Kunst und Wissenschaft, aus dem Offizierstande wie dem Rentierstand in Bewegung. Niemals hat ein Monarch, so weit die Geschichtskunde reicht, so viel festliche Reden gehalten, wie Kaiser Wilhelm II. Niemals hat ein Monarch so wenig die Wirkung öffentlich gesprochener Worte abgewogen.

Zu den öffentlichen Reden kamen die privaten Unterhaltungen des Monarchen in ungezwungener Weise mit einem sich immer erweiternden Kreise inländischer wie ausländischer Persönlichkeiten. Auch die Schreiben des Kaisers und seines Kabinetts, insonderheit aber die Telegramme mehrten sich, und wurden in weitem Umfange bekanntgegeben.

Frühzeitig begann die Geschichte der Irrungen. Alle Welt hatte den Wunsch, daß der Kaiser sich zurückhalten möchte, aber niemand fühlte sich berufen, es ihm im Ernste vorzustellen.

Wie König Friedrich Wilhelm IV. in seinen jüngeren Jahren als Kronprinz und junger Monarch, so hatte der jugendliche Großneffe das Bedürfnis, seine Fähigkeiten gesellschaftlich anzuwenden. Daher paßt auf ihn wörtlich manches Urteil, welches Heinrich von Treitschke über Friedrich Wilhelm IV. niederschrieb.

Beispielsweise sagt Treitschke von diesem: „Kein Gebiet des Wissens war ihm fremd, alle Höhen und Tiefen des Lebens berührte er mit beredten Worten, immer geistvoll, immer eigentümlich. Wenn er in öffentlicher Versammlung sprach, dann bezauberte er alles, ein geborener Redner, durch den

Wohllaut seiner hellen Stimme, durch den Schwung seiner Gedanken und den Adel einer formvollendeten Sprache. Vor Fremden zeigte er ein starkes persönliches Selbstgefühl, ein lebendiges Bewußtsein seiner königlichen Würde; weiche Naturen fühlten sich ganz bewältigt von der kühnen Sicherheit seines Auftretens. Wenn er aber einer gleichgestimmten Seele sein Herz erschloß, dann rauschten ihm die Bekenntnisse von den Lippen, ein mächtiger Strom der Liebe, der Frömmigkeit, der Begeisterung."

Bis hierher finden wir eine gewaltige Ähnlichkeit Kaiser Wilhelms II. mit Friedrich Wilhelm IV. Und auch darüber hinaus wird der Leser der Treitschkeschen Biographie „Friedrich Wilhelm IV." (Bilder aus der Deutschen Geschichte. I. Band, Seite 251) die Sorge nicht los, daß die Charakteristik des unglücklichen verstorbenen Königs in zu weitem Umfange auf den Großneffen zutreffe. Während der Strom von tausend Festen und hunderten von Reisen und Empfängen an dem Leben des jungen Kaisers dahinrauschte, waren einzelne eifrige und spitze Federn der Bismarckschen Fronde und Freundschaft an der Arbeit, um die Nation stutzig zu machen. Die Autorität des Alten vom Sachsenwalde stand hinter ihnen. Für die Kritik gab es Stoff in Hülle und Fülle und jeder Tag lieferte neuen. Das viele Reisen und die ungezählten Feste, denen der Kaiser beiwohnte, erschienen wohl jedermann von Anfang an als des Guten zuviel. Die weitgehenden Worte, die der junge Monarch sprach, erregten von Anfang an Verwunderung. Aber erst in dem Maße, als die Worte des Kaisers im Inlande und Auslande stärkeren Widerspruch erregten, wurden weitere Kreise besorgt und beunruhigt. Man dachte mehr und mehr an die Art Friedrich Wilhelms IV., von dem Treitschke sagt:

„Und doch mangelte diesem glänzenden Geiste, der so

viele bedeutende Männer dämonisch anzog, das ursprüngliche, schöpferische Vermögen und damit das Geheimnis aller Menschengröße, die innere Einheit. In der reichen Fülle seiner Gaben war keine von wahrhaft genialer Mächtigkeit, keine, welche die anderen alle beherrscht und dem ganzen Leben eine gerade Bahn gewiesen hätte. Was ihm fehlte, war die Sammlung des Geistes, die dem Reichbegabten am schwersten erreichbar, doch auch für ihn die Vorbedingung alles großen Schaffens bleibt. Wie ein Schmetterling flog sein Geist von Blume zu Blume über die weiten Auen des idealen Genusses. Nie war er glücklicher, als wenn ihn ein göttlicher Sommernachtstraum umfing, wenn er von Hellas träumte oder von der ewigen Stadt oder von der Einheit der allgemeinen evangelischen Kirche; dann malte er sich die Bilder seiner Sehnsucht in glühenden Farben aus, bis er Traum und Wirklichkeit kaum noch unterscheiden konnte. Einem so vielseitigen, so unstet in die Weite schweifenden Geiste lag die Gefahr des Dilettantismus sehr nahe."

In starkem Maße betonte der junge Kaiser ebenso wie die Kaiserin das Moment der Religion. Mit Eifer förderte der Kaiser und die Kaiserin den Bau von Kirchen und den Besuch des Gottesdienstes. In ungezählten Reden und Schreiben ließ der Kaiser seinen religiösen Glauben hervortreten. Er selbst begann mit dem Abhalten des Gottesdienstes auf seinen Kriegsschiffen und setzte diese geistliche Tätigkeit fort, obgleich er auch hier bald auf die Kritik und die Abneigung der Nation gegen eine geistliche Tätigkeit des Monarchen stieß. Selbst die kirchlich gesinnten Kreise kamen zu keiner rechten Freude über die ausgesprochene Religiosität des Kaisers und erinnerten sich nur zu oft der Frömmigkeit seines Großonkels.

Von Friedrich Wilhelm IV. schreibt Treitschke: „Die

stärkste Kraft seiner Seele war das religiöse Gefühl. Wohlvertraut mit der Dogmatik und der Kirchengeschichte, beugte er sich in Demut vor der christlichen Offenbarung. Ohne den persönlichen Verkehr mit seinem Herrn und Heiland schien ihm das Leben des Lebens nicht wert, wenn ihn die heilige Andacht durchschauerte, dann war es zuweilen, als ob der Geist seines Lieblingsbuches, des Psalters, aus ihm redete, und ein Klang von Davids Harfe tönte durch seine begeisterten Worte. Er hoffte auf die Zeit, da der christliche Glaube die weite Erde bezwingen und überall die eine Kirche herrschen würde, evangelisch, ohne sichtbares Oberhaupt, aber frei und weit genug, um verschiedene Bekenntnisse zu ertragen."

Die Zahl der Kirchenbesucher unter den Gebildeten nimmt unstreitig ab. Die Zahl derer, welche an die Gottheit Christi und an die Religion glauben, ist unbestreitbar im Abnehmen. Jeder einzelne kann mit Leichtigkeit diese Beobachtung machen. Die Religiösen und kirchlich Gesinnten selbst, welche Wert darauf legen, als solche bezeichnet zu werden, glauben im allgemeinen nicht mehr dasselbe, was ihre Väter und Großväter glaubten. Das starre Dogma des Glaubens wankt. Mit alten Lehren, die für unumstößlich galten, verbindet man in den Kirchen selbst heut' neue Begriffe.

In einer solchen Zeit der Umwälzung der religiösen Begriffe und kirchlichen Glaubenssätze will die breite Masse der Gebildeten vollkommene Freiheit der Bewegung und empfindet jede Belehrung oder auch nur Anregung zum Kirchenbauen oder Kirchenbesuchen oder Festhalten am Glauben oder zum Beten und Singen ganz überaus peinlich.

Am 20. November 1890 sagte der Kaiser bei der Vereidigung der neueingestellten Rekruten in Berlin:

„Niemand kann ein guter Soldat sein, wenn er nicht zugleich ein guter Christ ist, — die Rekruten, die mir soeben,

als ihrem irdischen Herrn, den Eid der Treue geleistet, müssen vor allen Dingen auch ihrem himmlischen Herrn und Heiland die Treue bewahren."

Ich besinne mich genau auf den Eindruck dieser Worte und weiß, daß der Kaiser sie unmöglich gesprochen haben könnte, wenn er wüßte, wie solche Worte von der Bevölkerung der verschiedensten Berufsarten und des verschiedensten Alters aufgenommen werden. Würde schon damals der Reichskanzler den Kaiser auf das Unzweckmäßige und Unzeitgemäße solcher Äußerungen hingewiesen haben, so würden zahlreiche spätere Reden und Äußerungen des Kaisers in ähnlicher Richtung vermieden worden sein. Mit welcher Bravour haben ungläubige Japaner rechtgläubige Russen wenige Jahre später über den Haufen gerannt.

Der Kaiser hätte sich alle diese Zeit daran erinnern sollen, daß man mit Recht das religiöse Bekenntnis des Großen Friedrich in die von ihm allerdings nicht wörtlich gesprochenen Worte zusammenfaßt: „In meinem Staate kann jeder nach seiner Fasson selig werden." In modernes Deutsch übersetzt schrieb Friedrich II. an einen Bericht des Staatsministers von Brand und Konsistorialpräsidenten von Reichenbach vom 22. Juni 1740: „Die Religionen müssen alle tolerieret werden und muß der Fiskal nur das Auge darauf haben, daß keine der anderen Abbruch tue, denn hier muß jeder nach seiner Fasson selig werden."

Kaiser Wilhelm II. hätte sich sagen sollen, daß 1½ Jahrhunderte später diese Weltauffassung zum Gemeingut der breiten Massen geworden ist und immer mehr wird.

Und müssen wir nicht wieder an Friedrich Wilhelm IV. denken, wenn wir den Kaiser als vielseitigen Künstler und Förderer der Kunst beobachten. Wie schrieb doch Heinrich von Treitschke über den Großoheim?

„Unzertrennlich war diese Kraft des religiösen Gefühls, schreibt Treitschke, mit der reichen künstlerischen Begabung Friedrich Wilhelms verbunden. Manche hielten ihn schlechtweg für eine Künstlernatur. Aber wie hätte die höfische Erziehung ihm bieten können, was dem Künstler die Luft des Lebens ist: Natur und Freiheit! Er hatte des Schönen überviel, und mit seligem Entzücken gesehen; doch den goldenen Boden des Handwerks, dem die gesunde Kunst entsprießt, kannte er nicht, und die rechte Künstlerwonne, das fröhliche Wandern mit dem Ränzel auf dem Rücken, blieb dem Königssohne versagt. So zeigten sich doch bald in seinen künstlerischen Versuchen die Spuren eines überbildeten Sinnes; seine Baupläne und Zeichnungen waren allesamt eigentümlich, manche überaus geschmackvoll, aber auch manche schrullenhaft, überladen mit geistreichen Motiven, die keinen Gesamteindruck aufkommen ließen. Auch sein ästhetisches Urteil blieb nicht frei von dieser Neigung zum Absonderlichen. Er bezeigte jedem Talente, das neu auftauchte, freudige Teilnahme und ging auf Schinkels Pläne mit einem Verständnis ein, daß den Meister in Erstaunen setzte; er betrieb mit enthusiastischem Eifer den Wiederaufbau der Marienburg und das sollte ihm ein Fest sein, wenn er dereinst seinen Niebuhr nach Griechenland senden könnte, um die Wunderwerke der hellenischen Kunst, die dort noch im Boden schlummerten, ausgraben zu lassen. Seine Lieblinge unter den Kunstwerken aller Zeiten blieben gleichwohl die Basiliken von Ravenna, jene ernsten Bauten, die an der Grenze zweier Weltalter aufgerichtet, dem schlichten Sinne wohl ehrwürdig und geschichtlich lehrreich, doch nimmermehr einfach schön erscheinen können. Dort fühlte er sich glücklich, in der einsamen Apollonariskirche, wo die Heiligenbilder altchristlicher Kunst steif und feierlich von dem Goldgrunde der Wände niederschauen; in dieser Dämmerwelt sah er Heiden-

tum und Christentum, Morgenland und Abendland, Goten, Byzantiner und Römer vor seinen ahnenden Blicken phantastisch durcheinanderspielen."

Kaiser Wilhelm II. zeichnet, malt, modelliert. Er greift selbsttätig ein in den Beruf des Architekten und Schiffskonstrukteurs. Nach seinen Befehlen und Plänen werden Ausgrabungen in Deutschland wie in Vorderasien veranstaltet. In der Wiederherstellung alter Schlösser mag Kaiser Wilhelm II. die größte Erfahrung besitzen. Wie sein Großoheim, so interessierte er sich leidenschaftlich für den Ausbau der Marienburg.

Von Beginn seiner Regierung an berichteten die Zeitungen, wenn nicht täglich, so doch mehrmals in der Woche über seine Kunstbestrebungen, seine Besuche in den Ateliers der Bildhauer und Maler oder über die Sitzungen, die er selbst den Künstlern für die Bilder oder Büsten seiner eigenen Person gewährt. Ohne Zweifel war der Kaiser von Anfang an von dem Bestreben erfüllt, die Kunst zu fördern und idealen Zielen zu dienen. Aber was ist der Erfolg? In immer steigendem Maße bemächtigt sich der ganzen Nation und der ausländischen Zuschauer ein Gefühl des Übermaßes und der Übersättigung. Die Autorität des Kaisers als Leiter der inneren und äußeren Politik des Deutschen Reiches und als oberster Kriegsherr konnte durch die ungeheure Vielseitigkeit seiner künstlerischen Neigungen nicht gewinnen. Sobald die ersten Fehlschläge in der Politik eintraten, schob man sie auf die Vielseitigkeit des Kaisers. Die Bismarckianer verfehlten nicht auf Äußerungen des Altreichskanzlers hinzuweisen, daß der Kaiser nicht sein eigener Kanzler und Generalstabschef sein könne inmitten seiner reichen, künstlerischen Betätigung.

Jede Art von Kunst dürfte direkt oder indirekt durch Kaiser Wilhelm II. im Deutschen Reiche eine Förderung er-

fahren haben, soweit nicht gerade diese oder jene Richtung von ihm direkt bekämpft wurde. Sehr groß ist die Zahl der Künstler, deren Einkommen durch ihn eine wesentliche Erhöhung erfahren hat. Und doch hat der Kaiser vielleicht nirgendwo mehr Kritik und Undank geerntet als in Künstlerkreisen. Denn die Kunst läßt sich nicht meistern und regieren. Der oft und nachdrücklich ausgesprochene Tadel des Kaisers gegen diese oder jene Richtung wirkte bald mehr verstimmend als die gesamte kaiserliche Förderung erfreut hatte. Für den modernen Monarchen empfiehlt sich eben in den Fragen der Kunst und Wissenschaft dieselbe Zurückhaltung wie in den Fragen der Religion.

Die Kunst ist frei und die Religion ist Privatsache. Auf jeden Künstler und auf jeden Deutschen wirkten aber die ästhetischen oder religiösen Urteile des jungen Kaisers gerade in den ersten Jahren seiner Regierung umsoweniger angenehm, als in jener Zeit die Kaiserworte bekannt wurden Sic volo, sic jubeo, so will ich es, so befehle ich es (17. Dezember 1890) und suprema lex regis voluntas, des Königs Wille ist das höchste Gesetz (v. 8. September 1891).

Die Bedeutung dieser kaiserlichen Worte ist niemals aufgeklärt worden, aber ihre Wirkung ist eine überaus verhängnisvolle gewesen. Es kann dahingestellt bleiben, aus welchem Grunde der Kaiser sein lebensgroßes Bildnis, welches er am 17. Dezember 1890 dem Kultusminister vom Goßler widmete, mit der eigenhändigen Unterschrift versah: Sic volo, sic jubeo. Vielleicht hatte der sicher sehr gehorsame Kultusminister den schüchteren Versuch gewagt, seine eigene Ansicht in der Schulfrage gegenüber dem Kaiser zu verteidigen. Am 4. Dezember 1890 hatte der Kaiser persönlich an den Beratungen der Konferenz für die Schulfrage teilgenommen und in seiner Ansprache folgendes gesagt: „Wir müssen unsere heranwachsende Jugend

den jetzigen Anforderungen, der Weltstellung unseres Vaterlandes und auch unseres Lebens entsprechend heranbilden. Wir müssen als Grundlage für das Gymnasium das deutsche nehmen, wir sollen nationale junge Deutsche erziehen, nicht junge Griechen und Römer. Ich werde kein Gymnasium mehr genehmigen, daß nicht absolut seine Existenzberechtigung und Notwendigkeit nachweisen kann."

Bei dem Schluß der Schulfragenkonferenz am 17. Dezember hielt der Kaiser abermals eine Ansprache und ließ sodann dem Kultusminister sein Bild überreichen.

Der Kaiser mochte vorausahnen, daß seinen überaus nützlichen Reformbestrebungen ein fast unüberwindlicher Widerstand von den Pädagogen im ganzen Lande entgegengesetzt werden würde. Das Ideal des Kaisers, dem jeder moderne Mensch unbedingt zustimmt, ist in den letzten 19 Jahren trotz des sic volo, sic jubeo nur um einige, allerdings dankenswerte Schritte vorwärtsgekommen.

Mit Recht schrieb im Dezemberheft der Preußischen Jahrbücher 1908 Professor Hans Delbrück in einem Artikel „Die Krisis des persönlichen Regiments", um der Tätigkeit Kaiser Wilhelms II. gerecht zu werden:

„Es ist keineswegs richtig, daß die öffentliche Meinung die persönlichen Eingriffe immer nur als Störungen oder Mißgriffe empfunden habe. Sie hat ihnen auch oft genug zugejubelt, z. B. bei der Schulreform, wo die Gegner der klassischen Bildung, die ja sehr zahlreich sind, wahre Hymnen anstimmten, weil der Aberglaube der verzopften Bürokraten und Schulmeister, die bisher das Regiment geführt, nunmehr durchbrochen und bald aus der Welt geschafft sein werde. Noch kürzlich las ich eine wehmütige Klage, daß die Berufspädagogen es schließlich doch verstanden hätten, den persönlichen Be-

strebungen des Herrschers auf ihrem Gebiete die Spitze abzubrechen und das alte System im wesentlichen zu behaupten."

Neun Zehntel aller Gebildeten mit Abiturientenzeugnis vom Gymnasium sind heute von der Reformbedürftigkeit unserer Gymnasien im Sinne des Kaisers überzeugt. Auf der Schulkonferenz des Jahres 1890 verfocht der Kaiser die Sache des modernen Fortschrittes.

Aber es ist das tragische Unglück Kaiser Wilhelms II., daß er seine verhängnisvollsten und schwersten Fehler in dem erbittersten Kampfe für den Fortschritt, für die bürgerliche Freiheit, für die Machtstellung des Deutschen Reiches begeht. Wie der Kaiser bei der Entlassung Bismarcks die gesamte deutsche Nation auf das Ärgste verletzte, so war das Wort sic volo, sic jubeo für ihn geradezu ein Verhängnis. Der Zusammenhang der Ereignisse, indem es gefallen war, war bald vergessen. Gerade die jüngere aufgeklärte Generation des Fortschritts auf allen Gebieten, die mit der Stellungnahme des Kaisers auf der Schulkonferenz am meisten einverstanden war, nahm ihm das sic volo, sic jubeo am meisten übel. Ein jeder fühlte sich verletzt, als er ja selbst in seinen bürgerlichen Freiheiten und Rechten beeinträchtigt war. Am peinlichsten wurden diejenigen Kreise des politischen oder künstlerischen Lebens berührt, gegen deren Richtung der Kaiser in jenen Jahren manches Wort der Mißbilligung fallen ließ.

Als Wilhelm II. am 8. September 1891 auf dem festlich geschmückten Rathause in München den Ehrentrunk aus Frankenwein entgegennahm, sagte er:

„Ich bin meinen hohen Verbündeten sehr dankbar, daß sie Mich in Meinen Friedensbestrebungen unterstützen. München wird alle Zeit zu Kaiser und Reich halten."

Dann schrieb er in das goldene Buch der Stadt München die Worte: „Suprema lex regis voluntas."

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Kaiser Wilhelm II., der in den deutschen Einzelstaaten den partikularistischen und dynastischen Gefühlen regelmäßig in weitgehendem Maße Rechnung trägt, in diesem Augenblicke den Willen des Königs von Bayern als das höchste Gesetz für Bayern hinstellen wollte. Eine andere Deutung ist kaum möglich, denn sonst hätte er nicht gerade das goldene Buch der Stadt München für die Niederschrift dieses Spruches gewählt. Es ist dies umso wahrscheinlicher, als der Kaiser während seines mehrtägigen Aufenthaltes in München zu den Manövern in jenen Tagen auf das sorgfältigste bestrebt war, die Bayern für sich zu gewinnen. Umsomehr muß bedauert werden, daß der Reichskanzler von Caprivi, der bei dem Empfang auf dem Münchener Rathause zugegen war, es unterlassen hat, der heftigen und unerfreulichen Erörterung dieses neuen Kaiserwortes durch eine Erklärung in offiziösen Blättern die Spitze abzubrechen. Aber auch wenn der rex in diesem Falle der König von Bayern war, hätte sich der Kaiser aussprechen sollen, daß dieses Wort nun und nimmer in unsere moderne Zeit gehört. Heute kann es kein anderes oberstes Gesetz geben, als den Willen der deutschen Nation.

Konnte Graf Caprivi diesen Eintrag in das goldene Buch in München, da er durch ihn überrascht war, nicht mehr verhindern, so hatte er die Pflicht, dem Kaiser darüber sofort Vortrag zu halten, wie absolut unverträglich ein solches Wort mit den Interessen des Reiches und seiner Dynastie sei, und in welcher Weise das Wort schon damals von der Presse des In- und Auslandes aufgenommen wurde. Als einzig verantwortlicher Minister für das Reich mußte Caprivi dem Kaiser erklären, daß die Wiederholung von ähnlichen Worten wie sic volo, sic jubeo, oder suprema lex regis voluntas ihn veranlassen werde, sofort seinen Abschied zu

nehmen und daß er ernstlich Bedenken trage, daß der Kaiser in diesem Falle irgend einen ehrenhaften, selbstbewußten, aufrechten und vornehmen Mann als Ersatz finde.

Indem der vielgerühmte „schlichte General" es unterließ, diesen schwersten Fehlern des Kaisers entgegenzutreten, bestärkte er den jungen Monarchen in seinem selbstbewußten Auftreten und lud dadurch ungeheure Schuld auf sich. Hatte er einige historische und politische Bildung, so mußte er wissen, daß unvorsichtige Äußerungen dieser Art sich in der voraussichtlich langen Regierung Wilhelms II. schwer rächen mußten. Sein Mangel an sittlichem Mut ist geradezu eine Vorbedingung der Ära Hohenlohe und Bülow mit all ihrer Schädlichkeit und schließlich der Novemberrevolution.

Hätte Caprivi damals den Kaiser zur größten Zurückhaltung ermahnt, so würde eine lange Reihe von Worten und Handlungen unterblieben sein, die im ganzen Deutschen Reich und weit darüber hinaus so unliebsames Aufsehen erregten.

Denn schon am 23. November 1891 sagte der Kaiser zu den Rekruten der Garderegimenter bei der Vereidigung im Langenstall zu Potsdam: „Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, daß Ich Euch befehle, Eure eigenen Verwandten, Bruder, ja Eltern niederzuschießen — was ja Gott verhüten möge — aber auch dann müßt ihr Meine Befehle ohne Murren befolgen."

Diese Äußerung hat in der ganzen Welt niemand gebilligt, aber jedermann in hohem Grade bedauert. Ich glaube nicht, daß sie jemals ein Monarch in irgend einem Lande wiederholen wird. Worte dieser Art haben nur eine zerstörende, aber nicht eine erhaltende und aufbauende Wirkung für ein Staatswesen.

Wenn der Reichskanzler von Caprivi als General nicht

die Einsicht und den Mut besaß zu intervenieren, so war es Pflicht des preußischen Staatsministeriums und ebenso des Bundesrats, dem Kaiser die ernstesten Vorstellungen zu machen. Aber der Reichskanzler und das Staatsministerium und der Bundesrat taten garnichts. Durch dieses Unterlassen bereiteten sie den Boden für die deutsche Novemberrevolution vor.

Aber wählt die deutsche Nation nicht in heißem Bemühen 397 treffliche Vertreter, die als Mitglieder des Reichstags die Interessen des Deutschen Reiches wahrnehmen sollen? In ihrer Mehrheit zogen die Reichsboten dieselbe bewährte Taktik vor, durch die sie die Reichsfinanzen in den Zustand der Zerrüttung versetzt haben. Sie taten nämlich garnichts und ließen die Dinge gehen, damit Schuld sich auf Schuld häufe. Auf dieser erprobten Bahn kommt es allmählich zur Revolution und zum Staatsbankrott. Die Zurückhaltung des Reichstags war nur solange gerechtfertigt und verständlich, als die Reichstagsmitglieder hoffen konnten, daß der Reichskanzler, das Staatsministerium und der Bundesrat ihre Pflicht erfüllen würden.

Die sogenannte gutgesinnte oder staatserhaltende Presse hat von Anfang an ihren Mangel an guter Gesinnung und staatserhaltender Tendenz dadurch bekundet, daß sie die Fehler des Kaisers nach Möglichkeit beschönigte und dadurch zu ihrer Wiederholung wesentlich beitrug. Wenn die Presse von Anfang an ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hätte, würde sich der Kaiser später sowohl den Inländern als Ausländern gegenüber eine größere Zurückhaltung auferlegt haben und würde es niemals zu dem revolutionären Akte der öffentlich und feierlich eingeforderten Garantieerklärung in der Novemberrevolution gekommen sein.

Die Reden des Kaisers waren Wasser auf die Mühle

der Unzufriedenen, sowohl im Lager der Sozialdemokratie als unter den Bismarckianern. Daher wurde am Anfang der neunziger Jahre mehr genörgelt und kritisiert als es billig ist. Aber die Stimmung konnte sich auch nicht bessern, indem der Kaiser am 24. Februar 1892 in seiner Rede bei dem Festmahl des Brandenburgischen Provinziallandtages den mißvergnügten Nörglern die Frage vorlegte, ob sie nicht lieber den deutschen Staub von ihren Pantoffeln schütteln wollten. Und als der Kaiser in derselben Rede erklärte: „Nein, Brandenburger, zu Großem sind wir noch bestimmt, und herrlichen Tagen führe Ich Euch noch entgegen," da sagte wohl mancher: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube."

Indessen ist nicht zu verkennen, daß der Kaiser mit dieser vielbemerkten Rede einen bestimmten Zweck verfolgte, welcher der Berechtigung nicht entbehrte. Ihm kam es vor allem darauf an, hervorheben, daß die politische und wirtschaftliche Entwickelung des Deutschen Reiches auch ohne den russischen Rückversicherungsvertrag eine gedeihliche sei. Im Gegensatz zu der Kritik der Bismarckianer schloß er jene Rede durch die Worte:

„Mit Schlagwörtern allein ist es nicht getan, und den ewigen mißvergnüglichen Anspielungen über den neuen Kurs und seine Männer erwidere Ich ruhig und bestimmt: „Mein Kurs ist der richtige und er wird weiter gesteuert".

Es scheint, daß dem Kaiser selbst die Verheißung der herrlichen Tage nachträglich etwas reichlich erschien, denn er benutzt ein Jahr später das Festmahl des Brandenburgischen Provinziallandtages am 1. März 1893, um Folgendes zu erklären:

„Mein höchster Lohn ist, Tag und Nacht für Mein Volk und sein Wohl zu arbeiten. Ich verhehle Mir nicht,

daß es Mir niemals gelingen kann, alle Glieder Meines Volkes gleichmäßig glücklich und zufrieden zu machen. Ich hoffe, daß es Mir gelinge, einen Zustand zu schaffen, mit dem alle zufrieden sein können, die zufrieden sein wollen".

Die Geschichte des persönlichen Regimentes und daher auch der Novemberrevolution bleibt unverständlich, solang man sich nicht bemüht, einzudringen in die Wirkungen des Gottesgnadentums auf Kaiser Wilhelm II. und die Nation. Der Kaiser des persönlichen Regimentes fühlte sich nicht nur als Träger des Gottesgnadentums, sondern er glaubte auch als Verkünder des Gottesgnadentums wirken zu sollen.

Schon der Glaube an das Gottesgnadentum kann einem Monarchen überaus gefährlich werden. Die öffentliche Verkündung des Gottesgnadentums in der modernen Zeit muß als unzeitgemäß beanstandet werden. Darüber kann dem Kaiser heut gar kein Zweifel sein, daß die laute und öffentliche Verkündung seines Gottesgnadentums nicht diejenige Wirkung gehabt hat, die er sich gedacht hat. Sein Verhältnis als Träger der Kaiserwürde zu der Nation hat an Vertrauen und Festigkeit durch die wiederholte Betonung des Gottesgnadentums in keiner Weise gewonnen. Selbst die sehr engen Kreise innerhalb der Nation, die tatsächlich noch von dem Gottesgnadentume wie von einem Glaubenssatze der Religion überzeugt sind, haben sich durch dieses Band in den schweren Novemberwochen des Jahres 1908 nicht veranlaßt gesehen, nachdrücklich und vernehmlich für den in seinen verfassungsmäßigen, rechtmäßig ererbten Rechten und Freiheiten bedrohten Monarchen einzutreten.

Schon die Erinnerung an König Friedrich Wilhelm IV. hätte den jungen Kaiser veranlassen sollen, sich nicht in die Idee des Gottesgnadentums zu vertiefen und niemals öffentlich ein Verkünder dieser Lehre zu werden. Die Weltgeschichte

ist die ernsteste, aufrichtigste Lehrerin der Nation wie der Monarchen. Nicht umsonst hat die deutsche Nation aufrechte und furchtlose Geschichtsschreiber wie Heinrich von Treitschke hervorgebracht.

Wie erklärt Heinrich von Treitschke den rätselhaften Charakter des Königs Friedrich Wilhelm IV.? „Er glaubte — schreibt Treitschke — an eine geheimnisvolle Erleuchtung, die den Königen vor allen anderen Sterblichen durch Gottes Gnade beschieden sei. Alle die friedlichen Segnungen, welche sein Volk unter der christlichständischen Monarchie zu erwarten hatte, sollten allein ausgehen von der Weisheit der Krone; denn wie ein Patriarch des alten Testaments verstand er seine Würde, recht eigentlich als eine väterliche von Gott selbst zur Erziehung der Völker eingesetzte Gewalt erschien ihm das Königtum. Auf die Person des Monarchen bezog er alles, was im Staate geschah. Und wenn nur die Zeit und ihr königlicher Erwecker einander irgend verstanden hätten! Er aber hatte sich in einem seltsam verschlungenen Entwickelungsgange so eigentümliche Ideale gebildet, daß er zuweilen in den Worten niemals in der Sache mit der Durchschnittsmeinung der Zeitgenossen übereinstimmen konnte, er redete eine andere Sprache als sein Volk. Selbst General Gerlach, der getreue Freund und Diener, sagte zuweilen: „Die Wege des Herrn sind wunderbar," und der nicht minder ergebene Bunsen schrieb neben die Klage des Königs: „Niemand versteht mich, niemand begreift mich" die verzweifelte Randbemerkung: „Wenn man ihn verstände, wie könnte man ihn begreifen!" Der von dem Berufe der Könige von Gottes Gnaden so überschwänglich hoch dachte, mußte noch

---

Anm. Heinrich von Treitschke „Bilder aus der deutschen Geschichte". I. Leipzig 1908. S. 267. S. 273, S. 278, S. 279.

erleben, daß sein Regiment den Glauben an das Königstum in einem alten monarchischen Volke tief, zum Glück nicht für immer, erschütterte."

Die Formel dei gratia — von Gottes Gnaden — fand sich in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung zuerst bei der Geistlichkeit. Von ihr übernahm sie Pipin der Kleine, so übertrug sie sich auf die Fränkischen Könige, Deutschen Kaiser und alle christlichen Herrscher. Napoleon III. nannte sich „Von Gottes Gnaden und durch den Willen der Nation."

Wer das religiöse Bedürfnis dazu hat, der kann die ganze Welt, jede einzelne Einrichtung, sein Wohnhaus oder seine eigene Person mit dem Prädikat „Von Gottes Gnaden" versehen. Eine Monarchie ist das Ergebnis eines zeitlich kurzen Prozesses, während jeder einzelne Mensch das Ergebnis eines unendlich langen Prozesses unberechenbarer Jahrtausende ist.

Das Prädikat „Von Gottes Gnaden" gehört zu dem langen Titel unserer Monarchen und es ist kein Grund vorhanden, eine Aenderung altehrwürdiger, historisch entstandener Titulaturen zu wünschen.

Als junger Monarch, solang Fürst Bismarck Reichskanzler war, hat Kaiser Wilhelm niemals in den vielen Reden und Ansprachen über mehr als anderthalb Jahren sein Gottesgnadentum betont. Erst als es zum Bruch mit dem Fürsten Bismarck kam, bezog er sich in seiner Rede auf dem Festmahle des Brandenburgischen Provinziallandtages im Kaiserhof zu Berlin am 5. März 1890 auf seine besonderen ihm von Gott verliehenen Rechte, aber noch in einer Weise, die nicht die Kritik herausforderte.

„Ich sehe in dem Mir überkommenen Volke und Lande ein von Gott Mir anvertrautes Pfund, welches zu mehren Meine Aufgabe ist. Ich gedenke nach Kräften mit diesem Pfunde so zu wirtschaften, daß ich noch manches andere hoffe dazu legen zu können."

Die Rede schloß mit den bekannten Worten: „Diejenigen, welche sich Mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerschmettere Ich."

Schon im nächsten Monat, am 21. April sagte der Kaiser in Bremen nach der Grundsteinlegung zu einem Denkmale für Kaiser Wilhelm I. bei einem Festmahle im Rathaussaale: „Es ist in Unserem Hause Tradition, daß Wir Uns als von Gott eingesetzt betrachten, um die Völker, über die zu herrschen Uns beschieden ist, zu deren Wohlfahrt und zur Förderung ihrer materiellen und geistigen Interessen zu regieren und zu leiten. Ich werde dafür sorgen, daß der Handel und die großartige Tätigkeit dieser Stadt sich weiter entwickeln und blühen möge."

Es war wieder bei dem Festmahl des Brandenburgischen Provinziallandtages am 20. Februar 1891, daß der Kaiser folgendermaßen sprach:

„Ich glaube nicht, daß die Brandenburgischen Männer zaudern werden, Mir zu folgen auf den Bahnen, die ich beschreite: Sie wissen, daß Ich Meine ganze Stellung und Meine ganze Aufgabe als eine Mir vom Himmel gesetzte auffasse und daß Ich im Auftrage eines Höheren, dem ich später einmal Rechenschaft abzulegen habe, berufen bin. Kein Abend und kein Morgen vergeht ohne ein Gebet für Mein Volk und ein Gedenken an Meine Mark Brandenburg."

Diese Worte enthalten nichts, was der Tradition und der Lehre der christlichen Religion evanglischen Bekenntnisses widerspricht. Aber sie sind — um die Worte Treitschkes zu gebrauchen, — eigentümlich. Zum mindesten hätte der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident Veranlassung nehmen sollen, dem Kaiser und Könige vorzustellen, daß ein Bedürfnis zu solchen Aeußerungen in den politischen Verhältnissen nicht zu finden ist, und daß daher das Unterbleiben solcher Aeuße-

rungen im Interesse der Dynastie und des Staates liegen dürfte.

Längere Zeit hindurch hat der Kaiser das Gottesgnadentum nicht mehr öffentlich erwähnt, bis zu seiner Rede am 24. Februar 1894 vor dem Brandenburgischen Provinziallandtag und am 6. September 1894 auf dem Festmahl für die Vertreter der Provinz Ostpreußen.

Am 31. August 1897 hat sodann Kaiser Wilhelm II. nach der Einweihung des Kaiser Wilhelm Denkmals zu Coblenz bei dem Festmahl zu Ehren der Rheinprovinz seinen Großvater als ein ausgewähltes Rüstzeug des Herrn bezeichnet, als welches er sich betrachtete. „Uns allen," fuhr der Kaiser fort, „und vor allen uns Fürsten hat er ein Kleinod wieder emporgehoben und zu hellem Strahlen verholfen, welches wir hoch und heilig halten müssen: Das ist das Königtum von Gottes Gnaden, das Königtum mit seinen schweren Pflichten, seinen niemals endenden, stets andauernden Mühen und Arbeiten, mit seiner furchtbaren Verantwortung vor dem Schöpfer allein, von der kein Mensch, kein Minister, kein Abgeordnetenhaus, kein Volk den Fürsten entbinden kann. Dieser Verantwortung bewußt und sich als Rüstzeug des Herrn betrachtend, hat in tiefster Demut dieser große Kaiser seinen Weg gewandelt."

Solange das Gottesgnadentum sich bei einem Monarchen nur in einem gesteigerten Gefühl der Verantwortung und in einer Vermehrung an innerer Demut zeigt, wird sich in dem Glauben an den göttlichen Beruf sicher nichts einwenden lassen. Aber zu beanstanden ist die Betonung des Festhaltens des Königtums von Gottesgnaden seitens der Monarchen gegenüber der Zeitgenossen. Selbst in Republiken wie Frankreich oder Amerika nimmt niemand Anstoß, daß ein Graf sich als Graf, ein Prinz sich als Prinz bezeichnet. Ueberall

aber berührt es wenig angenehm, sobald der Graf selbst zu betonen pflegt, daß er ein Graf ist. Keine große moderne Nation wünscht oder richtiger verträgt es, daß der Monarch hervorzuheben pflegt, daß er Monarch von Gottes Gnaden ist.

Am 6. Dezember 1898, als der Kaiser von seiner Orientfahrt zurückkehrte, hat er zum ersten Mal in der Thronrede bei Eröffnung des Reichstages die ihm „Von Gottes Gnaden verliehene Gewalt" erwähnt, indem er versprach, sie weiter einzusetzen für die ewigen Grundwahrheiten des Christentums.

In das „Goldene Buch des Deutschen Volkes an der Jahrhundertwende", herausgegeben von der Leipziger Illustrierten Zeitung, schrieb der Kaiser am 19. November 1899:

„Von Gottes Gnaden ist der König, daher ist er auch nur dem Herrn allein verantwortlich. Er darf seinen Weg und sein Wirken nur unter diesem Gesichtspunkt wählen.

Diese furchtbar schwere Verantwortung, die der König für sein Volk trägt, gibt ihm auch ein Anrecht auf treue Mitwirkung seiner Untertanen. Daher muß ein jeder Mann im Volk von der Ueberzeugung durchdrungen sein, daß er für seine Person mitverantwortlich ist für des Vaterlandes Wohlfahrt. Wilhelm, I. R."

Was Kaiser Wilhelm hier schrieb, war geeignet, den Widerspruch nicht nur der juristisch und politisch geschulten, sondern der ganzen Nation herauszufordern.

Es ist richtig, daß der König staatsrechtlich und strafrechtlich nicht verantwortlich ist. Dieser Zustand ist das Ergebnis der historischen Entwickelung, genau wie der Zusatz im Titel „Von Gottes Gnaden." Je mehr der König Gelegenheit nimmt, seine Unverantwortlichkeit und sein Gottesgnadentum zu betonen, umso schneller kommt er in die Lage, von der Nation verantwortlich gemacht zu werden.

Seit dem 28. Oktober 1908 haben die Zeitungen und die Reichstagsredner den deutschen Kaiser in einem Umfange zur Verantwortung gezogen, der den Rahmen der Gerechtigkeit überschritten hat. Denn sie machten ihn, den Kaiser, allein verantwortlich und verdeckten und beschönigten gegen ihr besseres Wissen und Gewissen die Schuld des einzig verantwortlichen Ministers, des Kanzlers.

Bereits im Jahre 1906, also mehrere Jahre vor der Novemberrevolution, ist in dem bedeutungsvollen Buche „Unser Kaiser und sein Volk, deutsche Sorgen" von einem Schwarzseher in prophetischer Weise gezeigt worden, wie der Glaube an das Gottesgnadentum den Kaiser jeder Kritik unzugänglich macht und von Tag zu Tag mehr mit der Nation entfremdet.

Friedrich Wilhelm IV. und Kaiser Wilhelm II. sind diejenigen Hohenzollern'schen Fürsten, die am meisten das Gottesgnadentum betont haben. Durch Gottes Gnade, und nur durch Gottes Gnade fühlten beide sich eingesetzt in ihren hohen Herrscherberuf und in ihre Herrscherrechte, von denen beide entschlossen waren, nie auch nur ein Titelchen preiszugeben, da eben diese Rechte von Gott kamen. Friedrich Wilhelm IV. ist nach achtjähriger Regierung gezwungen worden, durch Gewährung der Konstitution einen großen Teil seiner vermeintlichen göttlichen unveräußerlichen Rechte dem Volke abzutreten. Unter dem Orkan der Novemberrevolution hat die Nation die staatsrechtliche und parlamentarische Unverantwortlichkeit des Monarchen in bedenklichem Umfange eingeschränkt und von ihm durch den Kanzler öffentlich eine Garantieerklärung eingeholt, die nicht mehr als eine freiwillige bezeichnet werden kann. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß

eine künftige Bülowrevolution den Kaiser auf den Verzicht der Worte „von Gottesgnaden" in seinem Titel zwingt.

Mit dem Gottesgnadentum verband sich allen fühlbar, das Prinzip: „Suprema lex regis voluntas." Da der König ein von Gott ganz besonders begnadetes Wesen ist, so soll sein Wille auch das oberste Gesetz sein. Die entschiedene Art, mit der der junge Kaiser im ganzen Reiche auf allen Gebieten des menschlichen Lebens seinem Willen Geltung zu verschaffen suchte, stand in einem wachsenden Gegensatz zu der demokratischen und sozialen Tendenz unseres Zeitalters, und wirkte daher verstimmend.

Der normale Staatsbürger ist zuweilen an einem Tage durch dieselbe Zeitungsnummer auf zwei oder dreifach verschiedene Weise durch diese Art des Kaisers in seinen Empfindungen verletzt worden. Die überwiegende Mehrheit der Nation und auch der Gebildeten der Nation will nicht, daß der Kaiser Gottesdienste abhält oder gar predigt, teilt nicht seinen Kunstgeschmack, liebt nicht den Sang an Aegir, wünscht, daß der Kaiser weniger reist, weniger Feste feiert, weniger seiner Ahnen gedenkt, weniger seine kaiserliche Stellung betont und weniger redet. Es wird wenig Kunstdenkmäler geben, die soviel Kritik und so wenig Beifall erfahren haben, wie die Siegesallee im Tiergarten. Vielleicht würde sie den Berlinern ebenso mißfallen, wenn sie vollkommen anders gestaltet wäre. Der Geschmack der Berliner lehnt sich auf gegen eine vom Monarchen festgesetzte Kunst. Vielleicht würden sie die Siegesallee mit ihren vielen Markgrafen, Kurfürsten und Königen freundlicher beurteilen, wenn sie ihnen nicht von einem Monarchen geschenkt worden wäre, dessen Grundsatz ist: „Sic volo, sic jubeo."

Aus dem Königtum von Gottesgnaden, aus dem sic volo, sic jubeo, aus dem suprema lex regis voluntas hat sich

ein schwerer Fehler entwickelt, der nur sehr schwer wieder zu beseitigen ist, nämlich die Erhebung Kaiser Wilhelm I. zum Kaiser Wilhelm dem Großen. In den ersten 8 Jahren seiner Regierung spricht der junge Kaiser von seinem Großvater als Kaiser Wilhelm I. Seit dem Jahre 1897 wird der Großvater als Kaiser Wilhelm der Große bezeichnet. Noch vor der Enthüllung des Nationaldenkmals, die am 22. März 1897 erfolgte, nannte der Kaiser auf dem Festmahle des Provinziallandtages der Provinz Brandenburg zum ersten Male seinen Großvater Kaiser Wilhelm den Großen. Seitdem spricht nicht nur der Kaiser, sondern jede amtliche Inschrift von dem ersten Kaiser als Kaiser Wilhelm den Großen und doch dürfte sich wohl überhaupt niemand in der Nation finden, der diese Bezeichnung billigt und zu vertreten unternimmt. Man kann die Verdienste des ersten Kaisers in ganz ungewöhnlichem Maße schätzen, und doch wird man ihm nicht dieses Prädikat zugestehen wollen. Auf ungezählten Denkmälern und in ungezählten Schulen ruft jeden Tag aufs Neue Kaiser Wilhelm der Große die Kritik nicht nur der breiten Masse, sondern auch derjenigen hervor, die ihn durch gründliche Studien am besten kennen.

Zu einer Zeit, als der erste Kaiser von seinem Enkel noch als Wilhelm I. bezeichnet wurde, am 20. Februar 1896 sprach der Enkel bereits von „dieser uns geradezu heilig gewordenen Persönlichkeit.“ Am 26. Februar 1897 forderte er dazu auf, daß man sich um das Andenken Kaiser Wilhelms des Großen schare, wie die Spanier einst um den alten Cid. Seitdem spricht der Kaiser von seinem Großvater nur als Kaiser Wilhelm dem Großen, und nicht selten so enthusiastisch, wie es durch die historische Forschung nicht gerechtfertigt ist.

Selbst wenn es sicher war, daß die Geschichtsschreibung dereinst dem ersten deutschen Kaiser das Prädikat der Große

beilegen würde, hätte der Enkel als Kaiser und König es unterlassen sollen, in die freie Willensentschließung der deutschen Nation und ihrer führenden Geister einzugreifen. Auf unserer Kulturhöhe behält sich eine große Nation selbst das Recht vor, dem Monarchen Prädikate beizulegen. Und niemand ist dazu mehr berufen als die Professoren der Historie an den Universitäten der gelehrtesten aller Nationen.

Hat denn niemals einer der Reichskanzler Caprivi, Hohenlohe oder Bülow den Versuch gemacht, dem Kaiser entgegenzutreten? Wahrscheinlich würde auch Caprivi und Hohenlohe heut behaupten, daß sie bei dieser oder jener Gelegenheit ihr Möglichstes getan haben, um dem Kaiser größere Zurückhaltung anzuempfehlen. Von unterrichteter Seite ist mir wiederholt erzählt worden, daß das Urteil über Hohenlohe in dem Maße günstiger für ihn werden wird, als die noch nicht veröffentlichten Teile seiner Denkwürdigkeiten der Öffentlichkeit übergeben werden. Ich halte es für nicht unwahrscheinlich, daß wir noch von diesem oder jenem Versuche Hohenlohes hören, den Kaiser zu größerer Zurückhaltung zu veranlassen.

Aber soviel ist sicher, daß weder Hohenlohe noch Caprivi jemals ihre Stellung und Person im Interesse des Reiches und der Dynastie einzusetzen entschlossen waren. Sie haben garnicht einmal daran gedacht, dem Kaiser ihr Abschiedsgesuch in Aussicht zu stellen, für den Fall, daß er sich nicht größerer Zurückhaltung befleißige.

Es ist möglich, daß Fürst Bülow bereits vor der Veröffentlichung des kaiserlichen Interviews im Daily Telegraph gelegentlich im Laufe der letzten Jahre den Kaiser in einer Form um Zurückhaltung gebeten hat, die vielleicht auf einen anderen Monarchen Wirkung ausgeübt hätte. In ernster, bestimmter, der Gesamtlage angemessener, jeden Zweifel

ausschließender Weise hat aber auch Fürst Bülow bis zum 28. Oktober 1908 niemals dem Kaiser Vorhaltung gemacht.

Wer bei Kaiser Wilhelm II. das Amt des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten übernimmt, der hat die Pflicht, von vornherein seinen Abschied ins Auge zu fassen für den Fall, daß der Kaiser sich nicht diejenige Zurückerhaltung auferlegt, welche das Interesse des Deutschen Reiches und der deutschen Nation erheischt. Aber unglückseligerweise hat der Kaiser niemals einen Mann zum Reichskanzler ernannt, der ein ganzer Mann ist und zugleich als Politiker und Redner die Fähigkeiten zu diesem Amt besitzt.

Warum in aller Welt haben denn die von Kaiser Wilhelm II. eingesetzten drei Kanzler ihre Stellung nicht aufgegeben? Jeder Morgen mußte ihnen aufs neue zurufen: „Landgraf werde hart!“ Und immer wieder ließen sie den ganzen Tag verstreichen, ohne ernst mit dem Kaiser zu reden und ihren Posten ihm zur Verfügung zu stellen.

Soweit die Geschichte der letzten 19 Jahre bekannt ist, bringt sie immer neue Mengen von Beweisen, wie im Gegenteil die Caprivi, Hohenlohe, Bülow vom frühen Morgen bis zum späten Abend nur immer bestrebt waren, sich in der Stelle zu erhalten. Der Abgang von Caprivi und von Hohenlohe kann doch kaum als ein freiwilliger bezeichnet werden. Caprivi wurde ebenso gegen seinen Willen entlassen wie Bismarck. Kurz vor seinem achtzigsten Geburtstag schrieb Fürst Hohenlohe noch am 4. Januar 1899 an Baron Völderndorff: „Vorläufig bleibe ich bis zu meinem achtzigsten Geburtstag. Dann kann ich jeden Augenblick ohne Konflikt mit Sr. Majestät abgehen, und daran liegt mir viel. Ruhebedürfnis habe ich eigentlich nicht.“

Am 31. März 1899 feierte der Fürst seinen achtzigsten Geburtstag in Baden. Der Entschluß abzugehen verlor sich aber wieder bei ihm. Erst als sich ihm aus mehreren Umständen in den ersten Wochen des Oktober 1900 die Überzeugung aufdrängte, daß ein Wechsel in der Person des Reichskanzlers dem Kaiser nicht unangenehm sein würde, entschloß sich Hohenlohe am 16. Oktober 1900, sein Entlassungsgesuch in Homburg durch den Gesandten von Tschirschky dem Kaiser zu überreichen. Hohenlohe schreibt selbst am Abend jenes Tages in sein Journal, daß er in der der Einreichung des Entlassungsgesuches unmittelbar folgenden Unterredung mit dem Kaiser erkannt habe, daß dieser das Entlassungsgesuch schon erwartet hatte, daß es also die höchste Zeit war, damit loszugehen.

So schwer dem achtzigjährigen Greise das Reden im Reichstage wurde, noch schwerer wurde es ihm, seine Sellung aufzugeben. Aus seinen Memoiren geht selbst hervor, daß das impulsive Wesen des Kaisers ihn nicht zur Einreichung seines Abschiedsgesuches veranlaßt haben würde.

Am 7. November 1897 schrieb er an Baron Völderndorff: „Daß der Kaiser durch sein impulsives Wesen beunruhigt, ist nicht zu leugnen. Etwas mehr Phlegma wäre ihm zu wünschen.“

Gleichwohl deutet Hohenlohe nirgendwo an, daß er beim Kaiser auf ein größeres Maß von Zurückhaltung gedrungen habe.

Seitdem im Frühjahr 1892 Graf Botho von Eulenburg Preußischer Ministerpräsident geworden war, scheint Caprivi seine ganze Sorge darauf gerichtet zu haben, sich selbst künstlich in dem Posten des Reichskanzlers zu erhalten. Als Graf Philipp Eulenburg Ende Juli 1893 mit dem Kaiser in England war, glaubte Philipp Eulenburg, daß es bei der Rückkehr zum Bruch

zwischen Kaiser und Caprivi kommen werde. Die Militärpartei mit Hahnke an der Spitze arbeitete gegen ihn. Als der Kaiser sich im Januar 1894 mit Bismarck wieder aussöhnte und ihn einlud, als sein Gast zu seinem Geburtstag nach Berlin zu ihm zu kommen, gestand Caprivi dem Fürsten Hohenlohe ein, daß er von der Absicht des Kaisers nicht informiert sei. „Er erträgt das — schreibt Hohenlohe am 25. Januar 1894 in seinem Journal — mit Resignation. Ich möchte unter solchen Umständen nicht Reichskanzler sein.“

Gleichwohl blieb Caprivi noch bis zum 27. Oktober 1894 im Amt. Der Kaiser hatte eben, wie Philipp Eulenburg am 13. September 1893 dem Fürsten Hohenlohe erzählte, noch keinen Nachfolger in Aussicht genommen, da er einfach niemand wußte. Es war schließlich noch ein ebenso geschickter wie rücksichtsloser Vorstoß Philipp Eulenburgs bei dem Jagdbesuch des Kaisers in Liebenberg notwendig, um Caprivi aus seiner so hartnäckig behaupteten Stellung zu entfernen.

Caprivi wie Fürst Bülow sind kinderlos. Es ist schwer zu verstehen, aus welchen inneren Motiven beide sich in einer Stellung zu behaupten suchen, die ihnen doch keine innere Befriedigung mehr gewähren kann.

Nachdem am 10. März 1894 der russische Handelsvertrag mit 200 Stimmen gegen 146 angenommen worden war, und nachdem der Kaiser sich mit dem Fürsten Bismarck ausgesöhnt hatte mußte sich Caprivi in seiner Stellung recht überflüssig vorkommen und unbehaglich fühlen. Weder in der inneren noch in der äußeren Politik gab es für ihn eine Aufgabe, die noch zu lösen war. Er hatte keine Ziele mehr, aber er blieb.

Die Machtfülle und die Annehmlichkeit des Reichskanzlerpostens ist, wie die Geschichte lehrt, eine so große, daß kein Inhaber des Postens ihn wieder aufgeben möchte. Es ist

beklagenswert, daß die Nation dem Reichskanzler a. D. nicht eine noch angenehmere Situation in Aussicht stellen kann.

Ein jeder der Reichskanzler hat sich bisher in dem Reichskanzlerpalais so fest eingenistet, als nur irgend möglich. Aber Fürst Bülow hat sich förmlich verbarrikadiert. Seine Barrikaden sind gebaut aus dem Blätterwalde der deutschen Presse. Sein Barrikadenbaumeister heißt Hammann. Und die erste Barrikadenschlacht, durch die er seine Stellung und sein Palais siegreich behauptet hat, fand um die Mittagszeit am 17. November 1908 statt.

Wenn Caprivi und Hohenlohe sich im Interesse ihrer Stellung scheuten, dem Kaiser entgegenzutreten, so konnte Bernhard von Bülow hieraus doch nicht ein Gewohnheitsrecht ableiten, welches ihm seine Stellung und seine Ruhe garantiert. Im Gegenteil! Je mehr Caprivi und Hohenlohe ihre Pflicht vernachlässigt hatten, um so mehr mußte das Pflichtgefühl des einzigen verantwortlichen Ministers in ihm das brennende Verlangen erwecken, zum Schutze der ruhigen Entwickelung des Deutschen Reiches dem Kaiser entgegen zu treten.

Dem alten Hohenlohe fiel es schon im Jahre 1894 auf, daß sich der Kaiser gern mit Bülow unterhält. Am 18. August 1894 schildert er ein Diner beim Kaiser im Neuen Palais und seine Unterhaltung mit dem Kaiser nach Tisch. „Dann ging er (der Kaiser) zu Bernhard Bülow, mit dem er sich sehr lange über Italien unterhielt."

Drei Jahre später wurde Bülow zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt. Diese Ernennung verdankte er der Gunst seines mächtigen Protektors Fürst Philipp von Eulenburg, während er seine Ernennung als Botschafter in Rom Ende 1893 den permanenten unsichtbaren Leiter der deutschen Diplomatie Geheimrat von Holstein zu verdanken hatte.

Am 15. Dezember 1893 schrieb Hohenlohe in sein Journal nach einer Unterredung mit Holstein in Berlin: „Es handelt sich nun darum, nach Rom einen geschickten Botschafter zu ernennen, als welchen Holstein Bernhard Bülow in Aussicht genommen hat, was ich für sehr vernünftig halte."

Die für Bernhard von Bülow so bedeutungsvolle Bekanntschaft mit dem Grafen Philipp von Eulenburg, der nur 2 Jahr älter war, ist sehr alten Datums. Zuerst dürften sie sich als Botschaftssekretäre an der deutschen Botschaft in Paris im Jahre 1879 näher kennen gelernt haben, wo sie 3 Jahre zusammen tätig waren, bis Philipp Eulenburg 1881 nach München kam.

Graf Philipp Eulenburg, der schon Anfang April 1892 nach Hohenlohes Darstellung von München aus entscheidend in die hohe Politik eingriff, indem er einen Bericht gegen das Schulgesetz an den Kaiser sandte, war schon im Januar 1893 nahe daran, als Nachfolger des Freiherrn von Marschall Staatssekretär des Auswärtigen zu werden. Am 13. Januar 1893 schrieb Fürst Hohenlohe in Karlsruhe in sein Journal, nachdem er mit dem dortweilenden Kaiser sowie dem Grafen Philipp Eulenburg zusammengetroffen war und sich vom Kaiser abends im Theater verabschiedet hatte:

„Um 11 Uhr kam noch Eulenburg, um mir seine Angelegenheit mitzuteilen. Er sagte, Holstein und Kiderlen hätten die Meinung, daß er (Eulenburg) Staatssekretär werden solle, wenn Bötticher wegginge oder eine andere Stelle erhielte, wo dann Marschall das Reichsamt des Innern übernehmen würde, das ihm angenehmer sei als das Auswärtige Amt. Nun glaubt Eulenburg zu dieser Stelle nicht geeignet zu sein, da er zu wenig Ehrgeiz und zu wenig Freude an den Exigenzen habe, die das Auswärtige Amt mit sich bringe. Er fürchtet ferner,

daß sein Verhältnis zum Kaiser durch den steten persönlichen Verkehr und die Vorträge gestört werden könne und doch sei grade dieses freundschaftliche Verhältnis sehr wichtig und dem Kaiser nützlich, da er sich bewußt sei, vom Kaiser nie etwas zu verlangen und ihm nur ehrliche Ratschläge zu geben. Durch diese vermittelnde Stellung werde er größeren Nutzen schaffen als durch seine Tätigkeit als Leiter des Auswärtigen Amts. Zu dem sei er zu jung. Die Ernennung des Badenser Marschalls habe schon viel Unzufriedenheit in Beamtenkreisen erregt. Es müsse jetzt, wenn ein neuer Staatssekretär gewählt würde, ein älterer angesehener Diplomat, etwa ein Botschafter, dazu gemacht werden. Wo aber dieser Botschafter zu finden sei, wußte er auch nicht. Er bat mich, mit Holstein in unauffälliger Weise die Nachfolgerschaft von Marschall zu besprechen und Holstein von dem Gedanken, ihn vorzuschlagen, abzubringen. Ich sagte, ich würde es versuchen, glaubte aber nicht, daß sich Holstein davon abbringen lassen werde."

Da Eulenburg sich selbst für diesen Posten zu jung hielt, ist es nicht zu verwundern, daß er an Bülow nicht dachte. Bei dem Mangel an Rednern unter unseren Botschaftern hätte man aber den damals 44 jährigen deutschen Gesandten in Bukarest sehr wohl zum Leiter des Auswärtigen Amtes machen können. Unter einem weitsichtigen und energischen Reichskanzler, der seine Auswärtige Politik selbst macht, würde Bernhard von Bülow ebenso wie sein Vater sich als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes große Verdienste erworben haben. Nicht die Berufung Bülows zum Staatssekretär des Auswärtigen war verhängnisvoll für das Reich.

Seit Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre war es aber Bülow gelungen, soweit das Vertrauen und die Freundschaft Eulenburgs zu erwerben, daß der Liebenberger mit Bülows Berufung als Botschafter ein=

verstanden war. Bei Gelegenheit eines Aufenthaltes in Berlin kam damals Bülow wiederholt mit Eulenburg zusammen. Sie pflegten Abends in das seitdem eingegangene Restaurant „Aimé“ zu gehen, und die politische Lage zu besprechen.

Als der Kaiser auf den Rat Eulenburgs im Juni 1897 Bülow von Rom nach Kiel berief und ihn vorläufig mit der Vertretung des beurlaubten Staatssekretärs von Marschall betraute, hatte nicht nur Eulenburg, sondern auch der Kaiser Bülow nicht nur zum Staatssekretär des Auswärtigen, sondern später auch zum Posten des Reichskanzlers in Aussicht genommen. Dem Unterhaltungstalent und der Geschicklichkeit Bülows gelang es bald, einen ungewöhnlichen Einfluß auf den Kaiser zu gewinnen. Vielleicht aber würde er niemals Reichskanzler geworden sein, wenn er schon als Staatssekretär des Auswärtigen Amts ohne Rücksicht auf seine Zukunft dem Kaiser zu einer größeren Zurückhaltung geraten hätte, wozu die auswärtigen Beziehungen des Reiches mannigfachen Anlaß boten. Die Gerechtigkeit erfordert anzuerkennen, daß Bülow sowohl gegenüber Holstein als gegenüber Eulenburg als Staatssekretär des Auswärigen Amtes eine schwierige Stellung hatte und auf beide in sorgfältigster Weise Rücksicht nehmen mußte, wenn er nicht plötzlich wieder aus seiner Stellung verschwinden wollte. In einer solchen Situation wird es verständlich, daß der Staatssekretär des Auswärtigen es dem Reichskanzler überließ, den Kaiser zu beraten.

Bülow hatte als moderner Mensch den richtigen Instinkt für die Bedeutung der Presse mit in das Amt eingebracht. Hier fand er als den Leiter des Presse-Dezernates den Geh. Legationsrat Hammann vor. Die beiden lernten schnell, miteinander zu arbeiten. Der eine lernte vom andern. Während der gemeinsamen langjährigen Arbeit erkannte jeder von beiden

mit steigender Überraschung von Jahr zu Jahr mehr, was man mit der Presse ausrichten kann.

Hammann war Journalist von Beruf und früher als Berliner Vertreter des Hamburger Correspondenten tätig. Auch als ständiger Mitarbeiter der Schlesischen Zeitung, Münchener Allgemeinen Zeitung, des Pester Lloyd und anderer Blätter hatte er in seinem Schriftstellerberufe sich eine große Erfahrung gesammelt. Im Jahre 1852 in Blankenhain i. Weim. geboren, hatte er im Jahre 1875 das Referendarexamen gemacht und in der Zeit von 1877 bis 1893 als Schriftsteller gelebt. Bereits seit dem Jahre 1894 war er vortragender Rat im Auswärtigen Amt.

Ich halte die Wirksamkeit dieses Mannes nicht nur wegen der Haltung der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes nach der Veröffentlichung des Kaiserlichen Interviews am 28. Okt. 1908 für verhängnisvoll, und wünsche den Tag herbei, wo der jetzige Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Hammann sich von den dienstlichen Geschäften zurückzieht.

Die Wirksamkeit eines solchen Dirigenten der öffentlichen Meinung besteht ebensooft im Unterlassen wie im Tun. In dem einen Falle läßt er die sich aus einem vielleicht zufälligen Anlaß ergebenden Angriffe der Presse gegen einen Minister oder sonst irgend eine Person oder einen fremden Staat ruhig zu. In dem andern Fall gibt er eine Losung aus, die eine Verteidigung für den Angegriffenen bedeutet. Der Verkehr der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes mit den verschiedenen Vertretern der inländischen und ausländischen Zeitungen ist selbstverständlich nicht ein gleichmäßiger. Am intimsten ist Herr Hammann mit den Chefredakteuren und Correspondenten einiger der größten Zeitungen befreundet. Wer diese Beziehungen nicht kennt, kann die Äußerungen der verschiedenen Zeitungen nicht richtig bewerten und kann

sich von der Gestaltung der öffentlichen Meinung im Deutschen Reich kein richtiges Bild machen.

Ich habe seit dem Oktober 1897 mannigfaltige Gelegenheit gehabt, das Anwachsen des Einflusses der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes aus nächster Nähe zu beobachten. Solang Graf Bülow noch Staatssekretär war, und der Einfluß des Grafen Posadowsky im Reiche den Bülowschen überragte, war die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes noch von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung. Als aber Bülow im Jahre 1900 Reichskanzler wurde und die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in immer mehr zielbewußter Weise unternahm, erlangte dieses kleine Dezernat des Auswärtigen Amtes eine Bedeutung, welche die Errichtung eines eigenen Reichsamtes oder preußischen Ministeriums gerechtfertigt hätte.

Selbst dem mächtigen, fast allmächtigen Leiter unserer auswärtigen Politik, dem wirklichen Geheimrat von Holstein wuchs dieses Kind der modernen Zeit im Laufe der Jahre über den Kopf. Die zunehmende Bedeutung der Presse und die Möglichkeit ihrer fast vollkommenen Beeinflussung durch ein geschickt geleitetes Preßdezernat des Auswärtigen Amtes hat noch vor 10 Jahren, geschweige denn vor 20 Jahren niemand für möglich gehalten.

In der Weihnachtswoche 1905 reichte der wirkliche Geheime Rat von Holstein seinen Abschied ein, da sich seine Beziehungen zum Geheimrat Hammann immer schwieriger gestalteten, wie er in einem Brief an Maximilian Harden in der „Zukunft" vom 18. August 1906 schrieb

„In Preßkreisen — schreibt in jenem Briefe Holstein — soll die Ansicht bestehen, daß die Angriffe, welche seit Jahr und Tag immer crescendo sich gegen mich richteten.

in der Hauptsache auf einen gemeinsamen Ausgangspunkt zurückzuführen sein. Mir fehlen die Anhaltspunkte, um mir darüber eine positive Ansicht zu bilden".

Es ist vollkommen klar, was Holstein hiermit sagen will. Aber selbst wenn er dieser Stelle nicht ein positives Tun nachweisen konnte, so war er jedenfalls davon überzeugt, daß jene Stelle durch Unterlassen gegen sein Interesse handelte. Holstein glaubte nicht, daß Fürst Bülow der Inspirator der von jener Zentralstelle gegen ihn ausgehenden Angriffe sei. Harden war anderer Ansicht und schrieb in seiner Antwort an Holstein: „Ich bin fest überzeugt, daß der Kanzler Sie sacht hinausgedrängt hat." Im April 1906 schied Holstein aus dem Dienste.

Erst durch das Ausscheiden Holsteins und durch die Lockerung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Eulenburg und dem Kaiser seit Ende 1906 bekam der Kanzler in der äußeren wie inneren Politik freie Hand: Es ist nicht zu bestreiten, daß es bis dahin halsbrecherisch für den Kanzler gewesen wäre, dem Kaiser in nachdrücklicher Weise größere Zurückhaltung anzuempfehlen. Denn Philipp Eulenburg nährte auf das sorgfältigste in dem Kaiser den Glauben an sein Gottesgnadentum und bestärkte ihn in seinen Neigungen zu einem persönlichen Regiment.

Warum aber scheute sich Fürst Bülow, seine Stellung im Interesse der Wohlfahrt des Reiches einzusetzen?

Er kann doch unmöglich der Überzeugung leben, daß sein Verbleiben im Amte von fundamentaler Bedeutung für das Deutsche Reich ist. Im Gegenteil mußte er doch von Jahr zu Jahr mehr zu der Erkenntnis gelangen, daß seine Fähigkeiten und Charaktereigenschaften zur Ausfüllung des Postens nicht zulangen.

Seit dem Beginn seiner Kanzlerschaft im Jahre 1900

nahm das Deutsche Reich durchschnittlich eine Viertelmilliarde Mark neuer Reichsanleihen auf, obgleich die Reichsschuld bei seinem Amtsantritt als Kanzler schon 2¼ Milliarde Mark betrug. Welch beunruhigendes Gefühl muß ein solcher Zustand für einen gewissenhaften Staatsmann sein! Besonders aber für den einzig verantwortlichen Minister eines Staatswesens! Mit der Aufnahme der neuen Anleihen stieg von Jahr zu Jahr die Last der Zinsen und schwand die Möglichkeit einer wirklichen Sanierung der Reichsfinanzen. Wenn der Direktor einer Aktiengesellschaft, der durchaus nicht durch einen Eid durch besondere Gewissenhaftigkeit verpflichtet ist, von Jahr zu Jahr die Zerrüttung der Finanzen seines Unternehmens fortschreiten sieht, so legt er als gewissenhafter Mann sein Amt nieder und überläßt besseren Kräften die Fortführung der Geschäfte.

Auf dem Gebiete der inneren Politik gibt es also für den Fürsten Bülow keine Entschuldigung. Er mußte wissen, daß die zunehmende Zerrüttung der Reichsfinanzen schließlich die Existenz der Einzelstaaten bedroht, die Mobilmachungsfähigkeit des Deutschen Reiches gefährdet und dadurch nach innen wie nach außen das Deutsche Reich einer Katastrophe entgegentreibt.

Wenn Fürst Bülow sich im Interesse der auswärtigen Politik für unentbehrlich hielt, so ist dies eher verständlich. Denn er ist von der langen Reihe der Mißerfolge seiner auswärtigen Politik in jedem einzelnen Falle überrascht worden. Vielleicht ist er noch heut der einzige Mensch in Deutschland und in der übrigen Welt, der die auswärtige Politik des Deutschen Reiches seit Beginn seiner Leitung im Jahre 1897 für erfolgreich hält. Im Sonderheit kann man ihm aus der stetig zunehmenden und noch immer nicht abgeschlossenen Einkreisung des Deutschen Reiches durch König Eduard keinen

Vorwurf machen, denn er hat eben diese Einkreisung nicht bemerkt. Ultra posse, nemo obligator.

Immerhin muß er auch in seinem Verhalten gegenüber dem Auslande Fehler erkannt haben, sonst hätte er sein Verhalten nicht ändern können. Nachdem er im Jahre 1902 und 1905 riesenhafte russische Anleihen von hunderten von Millionen Mark zugelassen hatte, änderte er augenscheinlich für immer im Frühjahr 1906 diese seine Politik und duldete keine neue russische Anleihe mehr auf den deutschen Märkten. Es ist mir bekannt, daß Fürst Bülow weiß, einen wie großen Fehler er in den Jahren 1902 und 1905 begangen hatte. Er hat sich davon überzeugt, daß Deutschland sein Geld selbst im Frieden wie im Kriege sehr notwendig braucht, und daß Rußland aus politischen wie wirtschaftlichen Gründen sich sehr wenig als Anlagegebiet deutschen Geldes eignet. Sollten solche schwere Fehler gegen die militärische und wirtschaftliche Machtstellung des Deutschen Reiches einem Reichskanzler nicht die Erkenntnis aufnötigen, daß seine Person nicht unersetzlich ist?

Sicher ist, daß Fürst Bülow auch nach der Entzweiung Holsteins und Eulenburgs, welcher der Sturz beider Staatsmänner unmittelbar folgte, niemals seine Stellung durch einen aufrichtigen und nachdrücklichen Rat zur Zurückhaltung gegenüber dem Kaiser auf das Spiel gesetzt hat. Da Graf Ballestrem als Reichstagspräsident eine Diskussion über den Kaiser fast bis an das Ende seiner Tätigkeit zu verhindern verstand, so wurde Bernhard von Bülow erst im Januar 1903 genötigt, den Kaiser im Reichstag zu verteidigen und sich über das Verhältnis zwischen Kaiser und Reichskanzler zu äußern. Die Swinemünder Depesche vom 10. August 1902, in welcher der Kaiser dem Prinzregenten hunderttausend Mark zur Verfügung stellte, welche durch die bayerische Abgeordnetenkammer

für Kunstzwecke nicht bewilligt waren, gab am 19. Januar 1903 dem Reichskanzler die erste Veranlassung zu einer Verteidigung des Kaisers. Damals wie in den folgenden Kaiserdebatten am 20., 21. und 22. Januar 1903 ist der Reichskanzler mit großer Entschiedenheit und vielem Geschick für den Kaiser eingetreten. Wenn man die damaligen Reden des Fürsten Bülow heut liest, begreift man nicht, warum dieser schlagfertige Redner den Kaiser am 11. November garnicht und am 10. November 1908 in einer Weise verteidigte, die mehr eine Anklage war, und das Ansehen des Kaisers im Inland wie im Ausland herabsetzen mußte.

Die deutsche Novemberrevolution bleibt unverständlich, wenn wir nicht die Vorgänge bis zum Januar 1903 zurückverfolgen. Am 21. Januar 1903 hatte Eugen Richter im Reichstage von Kabinettsregierung gesprochen und seine wuchtige und Aufsehen erregende Rede mit folgenden Worten geschlossen: „Wenn das so weiter geht mit der Kabinettsregierung, dann werden die Herren schließlich zu Handlangern herabgedrückt, und das würde ich in höchstem Maße bedauern; denn es würde verhängnisvoll sein für unser Staatswesen und nicht am wenigsten für die Krone selbst."

Darauf antwortete der Reichskanzler, er wolle mit rückhaltloser Offenheit auf die Schlußbemerkungen des Abgeordneten Richter erwidern und fuhr folgendermaßen fort:

„In jedem konstitutionellen Staatswesen sind die Minister und ist namentlich der leitende Staatsmann genötigt, mit der Individualität des Monarchen zu rechnen. Wie unter uns allen, so gibt es auch unter den Fürsten schwächere und stärkere Individualitäten; je stärker und ausgeprägter die Individualität eines Monarchen ist, umsomehr wird er geneigt sein, teilzunehmen an der Politik und einzugreifen in den Gang der Staatsgeschäfte. Daß

dadurch einem verantwortlichen Minister seine Aufgabe nicht immer erleichtert wird, darin hat der Herr Abgeordnete Richter vollkommen recht, und deshalb habe ich auch zu den Ausführungen, die er uns darüber machte, genickt. Aber auf der andern Seite wollen wir doch nicht vergessen, daß eine starke und ausgeprägte und begabte Individualität eines Fürsten für ein Volk von nicht zu unterschätzendem, von sehr großem Vorteile ist . . . . . Und auch diejenigen, die mit dem Gange unserer Politik nicht einverstanden sind, sollten nicht ungerecht sein für das tatkräftige und redliche Wollen unseres Kaisers, nicht ungerecht für den großen Zug in seinem Wesen, nicht ungerecht für seinen freien und vorurteilslosen Sinn. Ich sage das ohne jeden Byzantinismus, an ihm ist nichts Kleinliches. Was sie ihm auch vorwerfen mögen — ein Philister ist er nicht — und das ist viel wert, sehr viel wert, Herr Bebel, im zwanzigsten Jahrhundert. Mit Entschiedenheit aber muß ich Verwahrung dagegen einlegen, daß Angriffe, und so prononzierte Angriffe, wie sie, wenn auch in sehr geschickter und gewählter Form, der Herr Abgeordnete Richter gegen die allerhöchste Stelle erhoben hat, gegen den Monarchen und nicht gegen den Minister gerichtet werden. Das innerste Wesen des Konstitutionalismus besteht darin, daß der Monarch staatsrechtlich nicht verantwortlich ist. Wenn sie also Angriffe erheben wollen gegen irgend welche Handlungen des Monarchen, so richten sie dieselben gegen die Person des Reichskanzlers. Ich wüßte mich nicht zu erinnern, daß ich mich dieser meiner Verantwortlichkeit je entzogen hätte, und wenn ich diese Verantwortlichkeit zu tragen nicht mehr in der Lage wäre — eine Verantwortlichkeit, die ich trage nicht mit nachträglich oder nur pro Forma abgegebener Erklärung, sondern in Wirklichkeit und mit dem einzigen Bestreben, dem Lande so zu dienen, wie es unter den gegebenen Verhältnissen meine

Schuldigkeit ist —, so würde ich dem Zwiespalt der Auffassung zwischen dem Monarchen und mir ein Ende machen dadurch, daß ich seine Majestät bäte, mich in Gnaden meines Amtes zu entheben. Solang ich aber an dieser Stelle stehe, bitte ich für etwaige Angriffe sich nicht die allerhöchste Person als Zielscheibe zu wählen, sondern meine Person und ihre Angriffe gegen mich zu richten. Ich bin überzeugt, daß, wenn Sie sich diese staatsrechtliche Auffassung aneignen, der Gang der Geschäfte dadurch nur gewinnen würde".

Solche Sprache ziemt dem Kanzler. Aber noch mehr ziemt es dem Kanzler, zu seinen Worten und feierlichen Versicherungen in der Folgezeit zu stehen. An derselben Stelle stand Bernhard von Bülow am 10. November 1908, aber die Reichsboten richteten ihre Angriffe nicht gegen ihn, den allein Schuldigen und Pflichtvergessenen, sondern die allerhöchste Person. Und der Reichskanzler unternahm nichts, um den gegen den schutzlosen Kaiser gerichteten Orkan von Angriffen auf seine Person abzulenken.

Am 21. Januar 1903 rühmte sich stolz der Graf von Bülow, daß er nicht wüßte, daß er sich je der Verantwortlichkeit entzogen hätte. Am 11. November 1908, als die Maßlosigkeit der ungerechtfertigten Angriffe gegen den Kaiser jedes parlamentarisch zuläßige Maß überschritt, entzog er sich pflichtwidrig der Verantwortlichkeit, indem er sich nicht von seinem Platze erhob, um seinen Monarchen zu decken.

Und doch hat er es vorgezogen, sein Abschiedsgesuch nicht zu erneuern.

Wer möchte wohl behaupten, daß der Reichskanzler seine feierliche Versicherung vom 21. Januar 1903 gehalten hat? Das vollkommene Verstummen des Kanzlers am 11. November 1908 und der schreiende Widerspruch zwischen diesem seinen Verhalten und den feierlichen

Versicherungen vom 21. Januar 1903 hat nicht nur das Ansehen des Fürsten Bülow, sondern auch des Reichskanzleramtes und der Reichsverfassung im ganzen Lande und bei den Reichsbeamten gemindert. Am 11. November 1908, da lernte die Welt den wirklichen Bülow kennen, der allerdings das direkte Gegenteil ist gegenüber dem Bülow vom 21. Januar 1903.

Vielleicht hatte Fürst Bülow seine feierlichen Versicherungen vor dem deutschen Reichsparlament vom 21. Januar 1903 vergessen, als die Novemberrevolution hereinbrauste? Nein, er hatte sie nicht vergessen, denn er ist fortgesetzt an jene Worte durch das persönliche Regiment und durch die Kritik der Öffentlichkeit erinnert worden. In seiner Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Bassermann über die internationale Lage am 14. November 1906 kommt der Reichskanzler eingehend auf diesen Gegenstand zurück.

„Meine Herren, — sagte Fürst Bülow am 14. November 1906 — ich komme jetzt zu einem sehr ernsten Gegenstande, der von den meisten der Herren Vorredner gestreift worden ist, nämlich zu dem persönlichen Regiment oder dem sogenannten persönlichen Regiment. Ich habe hier einmal gesagt: Ein gewissenhafter, ein seiner moralischen Verantwortlichkeit sich bewußter Reichskanzler wird nicht im Amte bleiben, wenn er Dinge nicht zu verhindern vermag, die nach seinem pflichtmäßigen Ermessen das Wohl des Reiches wirklich und dauernd schädigen. Wären solche Dinge vorgefallen, so würden Sie mich nicht mehr an dieser Stelle sehen; denn was Sie auch über mich denken mögen: Ein Kleber bin ich nicht, dessen können Sie sicher sein. Ich habe damals weiter gesagt, daß ich es nicht ablehnen würde, bei Kundgebungen Sr. Majestät des Kaisers, auf welche sich streng genommen meine verfassungsmäßige Verantwortlichkeit nicht erstreckt, die moralische Ver-

antwortung zu übernehmen für die Rückwirkung solcher Kundgebungen auf den Gang der großen Politik, denn ich sei dem Bundesrat und ich sei diesem hohen Hause verantwortlich für eine Führung der Geschäfte, die nicht den inneren und den äußeren Frieden des Reiches beeinträchtige. Wie sehr ich mir dieser Verantwortung bewußt bin, habe ich bei mehr als einer Gelegenheit gezeigt; ich erinnere nur an den Gang der Lippeschen Frage.

„Wie weit, meine Herren — fuhr Fürst Bülow fort — ein Minister das persönliche Hervortreten, die Meinung und die Gefühlsäußerungen des Monarchen mit seiner Verantwortung decken will, das ist Sache des politischen Augenmaßes, des Pflichtgefühls gegenüber Krone und Land, das gehört in das Gebiet der politischen Imponderabilien. Ich kann mir sehr wohl denken, daß ein Minister finden kann, daß ein übertriebenes persönliches Hervortreten des Regenten, daß ein zu weit getriebener monarchischer Subjektivismus, daß ein zu häufiges Erscheinen des Monarchen ohne die ministeriellen Begleitungsstücke, von denen die Weisheit des Fürsten Bismarck sprach, daß das dem monarchischen Interesse nicht zuträglich ist. (Lebhafte Zurufe: Sehr richtig!) Und daß er dafür die Verantwortung vor Krone, Land und Geschichte nicht übernehmen kann.

„Aber die Auffassung, als ob der Monarch in Deutschland keine eigenen Gedanken über Staat und Regierung haben dürfe, als ob er nur mit dem Kopfe seiner Minister denken, als ob er nur sagen dürfe, was diese ihm aufgesetzt hätten, die ist grundfalsch — sie widerspricht dem deutschen Staatsrecht, sie widerspricht auch den Wünschen des deutschen Volkes. Das deutsche Volk will keinen Schattenkaiser, es will einen Kaiser von Fleisch und Blut. Das Auftreten und die Äußerungen einer starken Persönlichkeit, wie es — das werden selbst seine Gegner anerkennen — unser Kaiser ist, das bedeutet noch

lange keine Verletzung der Verfassung. Nennen Sie mir doch einen einzigen Fall, wo sich unser Kaiser in Widerspruch gesetzt hätte mit der Verfassung!

„Ich glaube auch, daß, wie Sie mir jetzt keinen solchen Fall nennen können, Sie mir niemals einen solchen Fall werden nennen können; denn ich bin überzeugt, daß unser Kaiser die Verfassung stets gewissenhaft beobachten wird, wie das seine Pflicht ist. Solange sich aber der Kaiser in den Schranken der Verfassung hält, solange vermag ich den Klagen über persönliches Regiment oder gar über Absolutismus nur den Ausdruck jener schon vorhin von mir gekennzeichneten, jetzt bei uns herrschenden Neigung zu Übertreibungen zu erkennen.

„Und endlich, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete Wiemer auch von Kamarilla gesprochen. Kamarilla, das bedeutet eine häßliche fremde Giftpflanze, und man hat nie versucht, sie in Deutschland einzupflanzen ohne großen Schaden für das Volk. Ich sage also: Man hat nie versucht, diese häßliche Giftpflanze bei uns einzupflanzen ohne großen Schaden für die Fürsten und ohne großen Schaden für das Volk. (Sehr richtig!)

„Unser Kaiser ist aber ein viel zu gerader Charakter und er ist ein viel zu klarer Kopf, als daß er sich in politischen Dingen anderswo Rats erholen sollte, als bei seinem eigenen Pflichtgefühl und bei seinen berufenen Ratgebern".

Auf welche Kamarilla Fürst Bülow mit diesen Worten abzielt, liegt auf der Hand und ist im Hause wohl verstanden worden, wie die Rufe „Sehr richtig!" bewiesen haben. Aus späteren Ereignissen darf man mit Sicherheit schließen, daß der Reichskanzler in diesem Augenblicke an den Fürsten Eulenburg und seine Tafelrunde dachte.

An der Schwelle der deutschen Novemberrevolution stand aber Fürst Eulenburg bereits an der Schwelle des Todes oder peinlicher Verfolgung. Die unverantwortlichen Einwirkungen

Eulenburgs und seiner Freunde, die in der Tat einen Einfluß auf Kaiser Wilhelm II. gehabt haben, der den Interessen des Reiches widersprach, waren verschwunden.

Der Tatbestand des persönlichen Interviews des Daily Telegraph und das gesamte Verhalten des Kaisers bis zu dem revolutionären 17. November enthält nicht die allergeringste Verletzung der Verfassung. Fürst Bülow hatte am 14. November 1906 richtig prophezeit als er sagte, daß die Reichstagsabgeordneten ihm niemals eine Verfassungsverletzung durch den Kaiser würden nennen können. Mit Recht hatte der Kanzler in dieser Rede gesagt, daß er in den Klagen über persönliches Regiment nur die Neigung zu Übertreibungen erblicke, solange sich der Kaiser in den Schranken der Verfassung hält.

Warum in aller Welt fährt denn aber der Kanzler am 17. November 1908 nach Potsdam, um von dem Kaiser die feierliche Erklärung einzuholen, daß er künftig verfassungsmäßig regieren werde? Warum schweigt der sonst so redegewandte Kanzler am 11. November 1908 vollständig, als der Reichstag den Kaiser mit Angriffen überschüttete, die sich gegen den allein schuldigen pflichtvergessenen Kanzler hätten richten müssen?

Gewiß hat der Kanzler am 14. November 1906 vollkommen recht, wenn er sagt, daß das Auftreten und die Äußerungen des Kaisers noch lange keine Verletzung der Verfassung bedeute. Der dem kaiserlichen Interview zugrunde liegende, aus der Zeit des Burenkrieges stammende Tatbestand war dem Kanzler am 14. November 1906 selbstverständlich bekannt. Er hat seine Bedeutung als aufregenden und Unfrieden verbreitenden Akt nur durch die Schuld des Fürsten Bülow erlangt, indem die offizielle Genehmigung zur Veröffentlichung des Interviews gegeben wurde.

Aus welchem Anlaß ändert der Fürst Bülow so plötzlich und so radikal sein Verhalten zu dem Monarchen? Handlungen

und Äußerungen des Monarchen, die weit bedenklicher waren, hat er am 14. November 1906 verteidigt und mit Recht als verfassungsmäßig bezeichnet. Und mit einem Male geht er aus einem ganz nichtigen Anlaß vor aller Welt gegen den Monarchen vor, als wenn der Monarch die Verfassung verletzt hätte und jeden Augenblick aufs Neue verletzen könnte.

Schon der Wechsel in der Gesinnung, in den Äußerungen, in der Stellungnahme muß jeden objektiv Denkenden unwillkürlich zu ernstlichen Bedenken über die Qualität des Fürsten Bülow zum einzig verantwortlichen Minister des Deutschen Reichs führen. **Was ist da vorgegangen? Was wird beabsichtigt?**

Das Vorgehen des Fürsten Bülow am 17. November 1908 läßt sich niemals entschuldigen, aber es ließe sich historisch und psychologisch erklären, wenn Dinge vorgefallen wären, die das Wohl des Reichs wirklich und dauernd schädigten. Wie aber hatte Fürst Bülow am 14. November 1906 gesagt?

„Wären solche Dinge vorgefallen, so würden Sie mich nicht mehr an dieser Stelle sehen; denn was Sie auch über mich denken mögen: ein Kleber bin ich nicht, dessen können Sie sicher sein".

Wer soll das glauben? Ich glaube eher, daß schwarz weiß ist, als daß ich dieser weitschweifigen Erklärung des Fürsten Bülow Glauben schenke. Seine feierlichen Versicherungen vom 14. November 1906, zu denen er von keiner Seite gezwungen worden ist, stehen mit der Ausführung dieser Versicherungen in so schreiendem Gegensatz, daß Fürst Bülow in der Historie hierdurch sicher nicht gewinnen kann.

Das Verhalten des Fürsten Bülow gegenüber dem Kaiser in der ganzen Zeit seiner Kanzlerschaft vom Jahre 1900 bis zum 28. Oktober 1908 wird nur erklärlich, wenn man annimmt, daß ihm seine Stelle zu wertvoll ist, um sie einzusetzen.

Das Entlassungsgesuch Ende Oktober 1908 ließ sich nicht vermeiden. Nachdem es sofort abgelehnt worden ist, scheint der Reichskanzler nicht mehr daran zu denken, seine Entlassung einzureichen oder auf der defensiven Entlassung zu bestehen, obgleich er sich in Widerspruch zu all seinen früheren Erklärungen setzt und am 17. November 1908 aus dem durch Verfassung und Gewohnheitsrecht gegebenen Rahmen eines konstitutionellen Ministers heraustritt. Weil Fürst Bülow sich zu rechter Zeit gescheut hatte, seine Stellung einzusetzen, mußte er Ende Oktober 1908 sein Entlassungsgesuch einreichen und wird er trotz dessen Ablehnung wahrscheinlich in nicht zu ferner Zeit die Entlassung erhalten.

Fürst Bülow nennt selbst am 14. November 1906 die Frage des persönlichen Regiments einen sehr ernsten Gegenstand. Im Jahre 1906 wie im Jahre 1903 hatten die Reichstagsredner ihn mit Vorwürfen über das persönliche Regiment und Vorhaltungen über zahlreiche Äußerungen und Handlungen des Kaisers förmlich überschüttet. Sie sagten ihm nichts Neues, denn Fürst Bülow kannte alle diese Äußerungen und Handlungen aus der Presse und oft noch viel früher aus eigener Wahrnehmung. Ohne Zweifel wäre er in der Lage gewesen, die lange Liste noch aus seiner eigenen privaten Wissenschaft zu vermehren. Er hat es nicht nötig, das sogenannte „Tagebuch Kaiser Wilhelms II. oder 20 Jahre Regierungszeit" (Berlin, Verlag Deutscher Zeitschriften 1909) zu studieren, um ein Bild des Kaisers und seines persönlichen Regiments zu gewinnen.

Jetzt kommen wir an das größte und unheimlichste Rätsel: Warum hat Fürst Bülow das kaiserliche Interview nicht selbst gelesen? Von diesem Kaiser, dessen Eigenart die ganze Welt kennt, soll ein Interview oder ein Artikel oder eine Sammlung

von Aussprüchen über das Thema Deutschland und England für seinen Reichskanzler nicht lesenswert sein?

Dem Kaiser selbst war bekannt, in wie weitem Umfange seine Äußerungen und Handlungen in der Presse, im Reichstage und in der gesamten Öffentlichkeit des Inlandes und Auslandes zu Angriffen und Mißverständnissen Anlaß gegeben hatten. Er durfte erwarten, daß der Reichskanzler die ihm zugegangene Zusammenstellung kaiserlicher Aussprüche über Deutschland und England mit ganz besonderer Gewissenhaftigkeit und diplomatischer Sorgfalt prüfen würde, bevor er seine Genehmigung zur Veröffentlichung gab. Es ist außerordentlich beklagenswert, daß der Kaiser sich in der Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue des Kanzlers so schwer getäuscht hat.

5. Kapitel.

Kaiser Wilhelm in der Weltgeschichte.

Wie wird sich das Bild Kaiser Wilhelms II. in der Weltgeschichte ausnehmen? Wird das Bildnis des dritten Kaisers des Deutschen Reiches nur stehen in dem Ahnensaale der Hohenzollern als einer in der langen Reihe von vielen, oder wird es auch stehen in dem großen Ahnensaale der Menschheit, wo gerade von den Größten nur einige wenige auf dem Herrscherthrone geboren wurden? Nach den orkanartigen Stürmen des Novembers drängt sich uns diese Frage mit besonderer Gewalt auf.

Das Novembergericht ist nicht das Weltgericht. Und die Novemberleute sind gar ängstliche Leute. Ihre Urteilsfähigkeit erschöpft sich in dem einen einzigen Worte: Zurückhaltung. In dem großen Ahnensaale der Menschheit aber findet sich kein Mann der Zurückhaltung. Die dort thronen sind alle mehr oder weniger gewaltsam, veränderlich, impulsiv. Sie trifft man alle mit dem Vorwurf des persönlichen Regiments. Sie sind voll von Neigung zum Absolutismus. Unter den wirklich großen Männern gibt es keine Leisetreter. Die meisten von ihnen sind in steter Unruhe und Betätigung. Mancher hat einen starken Stich in das Romantische, vielleicht auch Mystische und Übersinnliche.

Soviel ist gewiß: Wenn der Große Kurfürst oder Friedrich der Große gegenwärtig in Preußen regierten, so hätten wir

mindestens ebenso oft Reichstagsdebatten über das persönliche Regiment. Wenn ein Mann von der Art Napoleons oder Bismarcks Kaiser in Deutschland wäre, so würden es die Parlamentarier wahrscheinlich garnicht einmal wagen, öffentlich gegen das persönliche Regiment zu reden, über welches sie alle Tage heimlich klagen würden. Die Klage über das persönliche Regiment, wo immer sie sich in einem Staate findet, legt die Mutmaßung nahe, daß eine in sich geschlossene Persönlichkeit das Regiment führt.

Ich halte es für nicht ausgeschlossen, daß in den nächsten Jahrzehnten Jahre kommen, wo die Deutsche Nation an ihrer Spitze eine Persönlichkeit, einen entschlossenen Willen, einen rücksichtslosen Mann, voll von Wagemut, Begeisterung und Selbstvertrauen zu haben wünscht. Es können Zeiten kommen, wo man alles einer solchen Persönlichkeit überläßt, aber niemals über ein persönliches Regiment klagt.

Der Vorwurf des persönlichen Regimentes besagt sicher nicht, daß der Regent zum Regieren ungeeignet sei. Nachdem Kaiser Wilhelm II. mehr als 20 Jahre lang regiert hat, wird es recht und billig sein, ihn lediglich danach zu beurteilen, was er getan und was er unterlassen hat.

In der Verstärkung der Kriegsrüstung zu Wasser und zu Lande, in der Erhaltung des Friedens, in dem Ausbau der sozialen Reform, in Sonderheit der Arbeiterschutzgesetzgebung, in dem Fallenlassen des Sozialistengesetzes, in der Anbahnung der Handelsvertretungspolitik, in der Miquel'schen Finanzreform Preußens und in der Erwerbung Helgolands scheinen mir die größten Verdienste Kaiser Wilhelms II. zu liegen.

Der Kaiser hat am 17. November 1908 dem Reichskanzler die Erklärung gegeben, er erblicke seine vornehmste kaiserliche Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reiches

unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern.

Erst aus dieser Erklärung hat die Welt gehört, daß die Politik Kaiser Wilhelms II. bisher die Stetigkeit vermissen ließ. Warum Fürst Bülow durch Erlangung und Veröffentlichung dieser Erklärung die bisherige Politik des Kaisers der Unstetigkeit beschuldigt, bleibt sein Geheimnis. Ich finde, daß die Politik des Fürsten Bismarck mit ihren Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie und mit ihren Maigesetzen, die Bismarck selbst wieder aufgab, in viel höherem Grade den Eindruck der Unstetigkeit macht.

Kaiser Wilhelm II. hatte sich zu Anfang seiner Regierung vorgenommen, sein Bestes zu tun, um den inneren und äußeren Frieden aufrecht zu erhalten. Beides ist seinem stetigen Bemühen geglückt.

Als echter Hohenzoller und weitsichtiger Monarch hat er als das wichtigste Ziel seiner Regierung den steten Ausbau unserer Kriegsrüstung im Auge. In keinem Lande der Welt ist in den letzten 20 Jahren zu Lande, zu Wasser und in der Luft die Kriegsrüstung mit mehr Erfolg und in größerem Maße ausgestaltet worden. Alle großen Herrscher der Weltgeschichte und alle großen Staatsmänner der Weltgeschichte werden darüber einig sein, daß die Vermehrung der Kriegsrüstung für ein junges von allen Seiten bedrohtes Reich die wichtigste Aufgabe ist, welche der Monarch stets im Auge behalten muß. Die Stetigkeit auf allen anderen Gebieten der inneren und äußeren Politik und des gesamten öffentlichen Lebens hätte für das Deutsche Reich nicht den allergeringsten Wert, wenn die Stetigkeit der Vermehrung der Kriegsrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft nicht inne gehalten wird.

Untersuchen wir gewissenhaft diesen Prüfstein der Politik des gegenwärtigen Kaisers.

Sofort nach seinem Regierungsantritt hat der Kaiser sein Bestes getan, um die Armee zu modernisieren und zu verjüngen. Er hielt nicht fest wie die beiden Nachfolger des Großen Friedrich an veralteten Einrichtungen und Persönlichkeiten in der Armee, sondern er beeilte sich auf das Äußerste, durch eine große umfassende Reform der Reglements und der Einrichtungen und durch Ersetzung alter Offiziere durch jüngere die Schlagfertigkeit der Armee zu erhöhen.

Auf dem militärischen Gebiete wurde durch den Abgang des Kanzlers Fürsten Bismarcks die Stetigkeit des Wilhelminischen Prinzipes steigender Kriegsrüstung keineswegs unterbrochen. Der neue Reichstag, der nach dem Abgange des Fürsten Bismarck am 6. Mai 1890 eröffnet wurde, bewilligte sofort eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres. Dem am 22. November 1892 nach seiner Vertagung wieder eröffneten Reichstag wurde eine neue bedeutsame Militärvorlage unterbreitet, die den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht streng durchführen sollte, und deshalb für die Fußtruppen die zweijährige Dienstzeit zuließ, gleichwohl aber wesentliche Mehrkosten und Erhöhung der Friedenspräsentstärke um 18574 Mann vorsah. Gleichzeitig war die Errichtung von 173 Halbbataillonen geplant, welche die bestehenden Bataillone von mancherlei kleinem Dienst befreien sollten. Die Mehrkosten beliefen sich auf einmal 66 Millionen und dauernd jährlich 64 Millionen Mark. Diese für das Heerwesen wichtige Vorlage wurde am 6. Mai 1893 mit 210 gegen 162 Stimmen abgelehnt. Kaiser Wilhelm II., der jetzt nach 20 jähriger Regierung zur feierlichen Versicherung der Stetigkeit seiner Politik gezwungen wird, ließ kein Zeichen zur Unstetigkeit seiner Entschließung erkennen, denn der Reichstag wurde sofort aufgelöst und die Neuwahlen fanden am 17. Juli 1893 statt. Es hat wohl schon damals niemand im Deutschen Reiche das

Gefühl gehabt, daß es dem Kaiser an Stetigkeit des Willens gebräche. Und da jedermann durch den Ernst des kaiserlichen Willens selbst von dem Ernste der Situation überzeugt wurde, nahm der neue Reichstag am 15. Juli 1893 mit 201 gegen 185 Stimmen die nach den Vorschlägen des Zentrumsabgeordneten von Huene umgestaltete Militärvorlage an. Das Gesetz trat bereits am 1. Oktober 1893 in Kraft.

Der Übergang von der dreijährigen zur zweijährigen Dienstzeit war ein schwieriger und verantwortungsvoller Entschluß für den jungen Kaiser, denn er bedeutete einen Bruch mit einer derjenigen Traditionen Kaiser Wilhelms I. und des Fürsten Bismarck, die diesen beiden Begründern des Reiches besonders wertvoll erschienen. Wenn König Wilhelm I. von Preußen im Jahre 1862 sich entschlossen hätte, die zweijährige Dienstzeit einzuführen, so war der Konflikt mit dem Preußischen Abgeordnetenhause aus der Welt geschafft, und der König brauchte nicht den schwersten Entschluß seines Lebens zu fassen, nämlich den, auf die Königskrone zu verzichten.

Obgleich schweren Herzens hatte der Kriegsminister von Roon in der Mitte des September 1862 auf der Höhe des Militärkonflikts dem Könige zur Annahme des bekannten Versöhnungsantrages, der die zweijährige Dienstzeit vorsah, geraten. Etwa 24 Stunden lang vom 16. bis 17. September 1862 schwankte selbst König Wilhelm I. zwischen dem Entschlusse der Annahme der zweijährigen Dienstzeit und dem Entschlusse zum Verzicht auf die Krone.

Nach der Darstellung des Geh. Oberregierungsrats Hegel in seinen „Erinnerungen aus meinem Leben“ erklärte aber der König seinen Ministern in dem Conseil vom 17. September, indem er sich von seinem Stuhle erhob, er könne es nicht mit Pflicht und Gewissen vereinigen, auf die neue Organisation mit dreijähriger Dienstzeit zu verzichten, und werde auf der

Stelle den Kronprinzen berufen, wenn auch seine Minister ihn hierbei verließen. Die Minister versuchten einmütig, den König von seiner Abdankungsabsicht abzubringen. Roon schwenkte um, ließ den Plan der zweijährigen Dienstzeit, der von Max Duncker stammte, fallen und sandte an Bismarck nach Paris am 18. September 1862 das in Bismarcks Gedanken und Erinnerungen I. Band Seite 266 veröffentlichte Telegramm: Periculum in mora. Dépèchez-vous. L'oncle de Maurice Henning.

Der Staatsmann aus Eisen kam und ein neues Zeitalter der Weltgeschichte war angebrochen.*)

Für Kaiser Wilhelm I. und den Fürsten Bismarck war die dreijährige Dienstzeit ein Glaubensdogma. Hinter dem Versöhnungsvorschlag der Abgeordneten Duncker und Forkenbeck in der Mitte des September 1862 aber stand der Kronprinz. Als dreißig Jahre später im Herbst 1892 abermals die Frage der zweijährigen Dienstzeit zu einer dringenden wurde, schwankte Kaiser Wilhelm II. wohl anfangs zwischen der Tradition des kriegerischen Zeitalters seines Großvaters und der modernen Anschauung seines Vaters, die von dem Reichskanzler von Caprivi vertreten wurde. Am 7. November 1892 erzählte Caprivi dem Fürsten Hohenlohe, der Kaiser habe jetzt der zweijährigen Dienstzeit zugestimmt und werde nun daran festhalten, aber solange die Haltung des Kaisers noch schwankend war, hätten sich viele Generäle dagegen erklärt, um sich beim Kaiser beliebt zu machen und Caprivi zu stürzen.

Am 20. Februar 1893 äußerte Caprivi zu Hohenlohe über die Militärvorlage: „Wenn die Verhandlungen sich zerschlügen, müsse aufgelöst werden. Die Regierung müsse alle

---

*) Diese Darstellung beruht auf dem vortrefflichen Werke Dr. Kurt Promnitz: Bismarcks Eintritt in das Ministerium (Berlin 1908) Seite 126, 134, 138, 151, 154.

legalen Mittel anwenden, um die Wehrkraft des Reiches zu erhalten. Von Staatsstreich sei nicht die Rede. Der Kaiser glaube, daß das Zentrum zu einem großen Teile sicher sei. Das bezweifelt er."

Mit dieser zielbewußten, ruhigen, stetigen, von allen Staatsstreichgedanken weit entfernten Haltung des Kaisers vergleiche man die unruhigen, unsteten, gefährlichen, den Staatsstreich herbeiführenden Vorschläge des Fürsten Bismarck an den Kaiser in dem Falle, daß der neue Reichstag vom Februar 1890 das Sozialistengesetz mit seinen Ausweisungsbefugnissen nicht wieder annehme. Nein, dieser Kaiser hat es nicht notwendig, nach zwanzigjähriger Regierung die Stetigkeit seiner Politik unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten öffentlich und amtlich zu versichern. Seine Person selbst garantiert die Stetigkeit des sachgemäßen Ausbaues unserer Kriegsrüstung und damit des wichtigsten Teiles der Politik des Reiches.

Nicht nur das monarchische Gefühl, nein das Gefühl der Gerechtigkeit und der historischen Billigkeit muß sich empören und aufbäumen gegen die Frivolität, von einem Kaiser mit dieser Vergangenheit eine Garantieerklärung zu verlangen.

In der Frage der zweijährigen Dienstzeit hat der Kaiser ebenso wie in der Frage des Sozialistengesetzes, der Arbeiterschutzgesetzgebung und des Verhältnisses zu Rußland den Standpunkt des Fortschritts und der bürgerlichen Freiheit gegen veraltete Vorurteile geführt. Bis zum Jahre 1892 glaubten die Generäle und konservativen Parteiführer, daß eine Armee mit kurzer etwa nur zweijähriger Dienstzeit nicht sicher genug sei im Kampfe mit einem äußeren und besonders

mit einem inneren Feinde. Eine Armee mit dreijähriger und vierjähriger Dienstzeit hielt man für zuverlässiger, besonders auch gegen innere Unruhen, da die älteren Jahrgänge dem bürgerlichen Leben mehr entfremdet wären. Wäre der Kaiser der Anhänger eines rückständigen, absolutistischen, persönlichen Regiments mit Staatsstreichgedanken, wäre er ein Feind der bürgerlichen Freiheit und des Fortschritts, so würde er nach einer Verlängerung und nicht nach einer Verkürzung der Dienstzeit getrachtet haben.

Aber wie hat die zweijährige Dienstzeit gewirkt? Hören wir einen tüchtigen militärischen Fachmann. Generalmajor Keim schreibt am 9. Februar 1909 in einem Artikel „Graf von Caprivi" im „Tag": „Die zweijährige Dienstzeit hat die Armee nicht nur numerisch, organisatorisch und ethisch vorwärts gebracht, sondern sie ist auch ein großer volkswirtschaftlicher Nutzen geworden."

Nach Generalmajor Keims Urteil ist erst nach Durchführung der Caprivischen Heeresreform das unbedingte militärische Übergewicht Deutschlands über Frankreich so ziemlich für alle Zeiten festgelegt worden. Die Militärreform des Jahres 1893 ist nach Keims Urteil die größte Verstärkung unserer Wehrmacht seit Bestehen des Reichs.

Seitdem ist das Landheer fortgesetzt vermehrt und verbessert worden. Am 1. April 1897 wurden die 1893 geschaffenen 173 Halbbataillone in 42 neue Regimenter verwandelt. Eine wesentliche Friedenspräsenzstärke brachte die Vorlage des Jahres 1899, welche die Artillerie auf 574 Batterien erhöhte, 17 Eskadrons Jäger zu Pferde neu einführte und allmählich bis zum Jahre 1903 die Friedensstärke bis 495500 Mann ohne Unteroffiziere brachte. Nach dem Gesetz vom 15. April 1905 wird die Friedenspräsenzstärke des Deutschen Heeres an Gemeinen, Gefreiten und Ober-

gefreiten (ausschl. der Einjährig-Freiwilligen) vom 1. April 1905 ab allmählich derart erhöht, daß sie im Laufe des Rechnungsjahres 1909 die Zahl von 504665 erreicht und im Laufe des Rechnungsjahres 1910 auf 505839 erhöht wird.

Weit bedeutsamer ist die Vergrößerung unserer Flotte unter der Regierung des gegenwärtigen Kaisers. Die ganze Welt weiß, das Kaiser Wilhelm persönlich ganz eigentlich der Begründer der heutigen deutschen Flotte ist.

Der Winter 1896/97 brachte zuerst eine Vorlage an den Reichstag, der zufolge die Regierung 76 Millionen Mark für Kriegsschiffe, namentlich Kreuzer verlangte. Es wurden schließlich, Ende März 1897, nur 58 Millionen bewilligt. Aber schon der Herbst 1897 brachte eine neue Marinevorlage, die der Kaiser bei seiner Thronrede am 30. November 1897 ausdrücklich hervorhob. Verstärkung der heimischen Schlachtflotte und Vermehrung der für den Auslandsdienst im Frieden bestimmten Schiffe war das Ziel der Wünsche. Während die Linke, grundsätzlich den „uferlosen Flottenplänen“ und der „Weltpolitik“ abgeneigt, die Vorlage bekämpfte, begann im Publikum eine große Agitation zugunsten der Flottenvorlage, die durch das Entgegenkommen des Zentrums am 28. März 1898 mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Nachdem der Kaiser am 18. Oktober 1899 in Hamburg in einer bedeutsamen Rede die Worte „Bitter Not ist uns eine starke deutsche Flotte“ gesprochen hatte, ging dem Reichstag am 26. Januar 1900 eine neue einstimmig vom Bundesrat genehmigte Flottenvorlage zu. Am 12. Juni 1900 wurde dieses bedeutsame Gesetz genehmigt, welches mit der dazu gehörigen Novelle vom Jahre 1906 einen Bauplan bis zum Jahre 1917 aufstellt. Nach diesen Gesetzen wird das Deutsche Reich im Jahre 1920 eine Flotte besitzen, die aus folgenden Schiffen besteht:

38 Linienschiffe,
20 Große Kreuzer (Panzer-Krz.),
38 Kleine Kreuzer (Geschützte Krz.),
144 Torpedoboote.

Dieses Grundgesetz unserer Seemacht vom 12. Juni 1900 wurde noch unter der Reichskanzlerschaft des Fürsten Hohenlohe angenommen. Der gegenwärtige Reichskanzler hat um das Zustandekommen keine Verdienste. Die Stetigkeit des Ausbaues unserer Kriegsrüstung wird durch den Kaiser ganz allein gewährleistet und bedarf nicht einer vom Fürsten Bülow eingeholten Garantieerklärung.

Wenn Fürst Bülow auf den ihm zustehenden Gebieten so rechtzeitig und energisch die Initiative ergriffen hätte, wie der Kaiser auf dem Gebiete der Seemacht, so würden wir uns heute nicht inmitten der Zerrüttung der Reichsfinanzen befinden. Unter wieviel Anfeindungen und gegen wie große Widerstände hat der Kaiser schließlich den gegenwärtigen Flottenbauplan durchgesetzt. Die Reichsfinanzen sind nicht das von der Natur der Dinge gegebene Spezialressort des deutschen Kaisers. Hierum soll sich in erster Linie der Reichskanzler kümmern als der allein verantwortliche Minister. Vom ersten Tage seiner Kanzlerschaft im Jahre 1900 an hätte Fürst Bülow für die Sanierung der Reichfinanzen eintreten müssen.

Die Stetigkeit des Kaisers liegt im positiven Schaffen. Die Stetigkeit seines Kanzlers liegt im Zerrütten der Reichsfinanzen.

Es wird wohl niemand behaupten wollen, daß Deutschland als Republik unter der Präsidentschaft Bernhard von Bülows in den letzten 20 Jahren schneller zu einer wirklich guten Flotte gekommen wäre. Ich glaube, es würde dem Herrn Präsidenten nicht nur an der Initiative, sondern auch

an der Stetigkeit gefehlt haben. Ich bestreite sogar, daß Fürst Bismarck, der verdienstvolle Begründer des Reiches, dieselbe Stetigkeit und Initiative im Flottenbau entwickelt hätte wie der Kaiser. Als Chef der Admiralität (1883—1888) hat Caprivi dem Fürsten Bismarck ein sehr umfassendes Flottenprogramm vorgelegt, welches Bismarck aber aus finanziellen Gründen ablehnte, wie Generalmajor Keim im „Tag" vom 9. Februar 1909 hervorhob.

Inbezug auf die Einführung der zweijährigen Dienstzeit und bedeutende Vermehrung der Flotte, Abschaffung des Sozialistengesetzes, Einführung des Arbeiterschutzes hat Kaiser Wilhelm II. einen bessern Blick bewiesen wie Fürst Bismarck. Dasselbe gilt inbezug auf die Zukunft Rußlands, von dessen Schwarze Meerflotte Fürst Bismarck nach Fertigstellung den Handstreich auf den Bosporus und das russische Protektorat über die Türkei erwartete. Vor einer Überschätzung der im Bau begriffenen Schwarzen-Meerflotte und des riesenhaften Landheeres des Zaren war der junge Kaiser schon durch seine gediegenen Kenntnisse auf dem Gebiete der Marine und des Militärwesens gesichert.

Mit dem richtigen Instinkte der Genialität hat Kaiser Wilhelm II. als Seemann, als Kriegsmann und als Politiker sofort bei seinem Regierungsantritt die Bedeutung der Insel Helgoland für das Deutsche Reich erfaßt.

Als Besitzer der Insel Helgoland beherrschte England die Elbmündung unmittelbar und konnte auch die Wesermündung leicht blockieren. Sobald England die Insel Helgoland als Stützpunkt für seine Schlachtschiffe eingerichtet und einen Hafen für seine Torpedoboote dort angelegt hätte, würde es wohl niemals wieder freiwillig auf diese Insel verzichtet haben. War aber Helgoland in deutschen Besitz übergegangen, so konnte die deutsche Flotte sowohl in einem Kriege mit England

als in einem Kriege mit Frankreich die Insel als wichtigen Stützpunkt benutzen, um von hier aus die Nordsee aufzuklären und nach Möglichkeit zu beherrschen. Die gewaltige Zunahme des Seehandels von Hamburg und daneben auch Bremens ließ es überaus wünschenswert erscheinen, daß Deutschland so schnell als möglich Helgoland zur Sicherung seines Seehandels und seiner wichtigsten Flußmündungen erwerbe.

Die Erwerbung Helgolands konnte nur in Frieden und Freundschaft mit England vor sich gehen. Die Behauptung und Festigung unseres Kolonialbesitzes, die Herstellung einer ansehnlichen Kriegsflotte, die Zunahme unseres Seehandels und unserer Handelsmarine erforderten gleichfalls die Herstellung und Aufrechterhaltung möglichst freundschaftlicher Beziehung zu Groß-Britannien.

In richtiger Erkenntnis dieser politischen und militärischen Notwendigkeiten richtete Kaiser Wilhelm II. von Anfang an seine Politik auf ein Freundschaftsverhältnis mit England ein, indem er gleichzeitig von Rußland abrückte und den russischen Rückversicherungsvertrag nach seinem dreijährigen Ablauf im Jahre 1890 nicht mehr verlängerte. Diese Politik des Kaisers widersprach zwar der Bismarck'schen Tradition, sie entsprach aber der freiheitlichen, politischen sowie der auf den Seehandel gerichteten wirtschaftlichen Entwickelung der deutschen Nation, die überdies mit den Engländern durch das Band gemeinsamer Abstammung, hoher Kultur und der Freiheit der Wissenschaft eng verbunden ist.

In den nächsten Tagen nach dem Sturze des Fürsten Bismarck am 22. März 1890 hielt der Kaiser bei einem Festdiner zu Ehren des anwesenden Prinzen von Wales im Weißen Saal des Schlosses zu Berlin eine Rede, die damals nicht veröffentlicht wurde, aber durch die Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe der Nachwelt erhalten worden ist. Der

Kaiser erwähnte seine Ernennung zum englischen Admiral, während er selbst die Uniform eines englischen Generals trug, und die Waffenbrüderschaft in der Schlacht bei Waterloo, auch hoffte er, daß die englische Flotte mit der deutschen Armee gemeinsam den Frieden erhalten werde.

Allerdings sagte Moltke sodann zu Hohenlohe: „Goethe sagt: ein politisch Lied, ein garstig Lied". Auch sprach Moltke die Hoffnung aus, daß diese Rede nicht in der Zeitung erscheinen werde.

Ich finde, daß in der Waffenbrüderschaft der englischen Flotte und der deutschen Armee allein der Weltfriede und die Kultur der höchststehenden Nationen Europas aufrecht erhalten werden kann. Die Eröffnung des ersten Krieges zwischen Deutschland und England dürfte die Eröffnung eines kriegerischen Zeitalters sein, welches die Kultur Deutschlands und Englands und vielleicht der ganzen Welt auf Generationen hinaus schwer schädigt und noch verhängnisvoller wirkt als der Dreißigjährige Krieg für Deutschland.

An der Schwelle des persönlichen Regimentes, unmittelbar nach dem Abgange des Fürsten Bismarck, der noch in Berlin weilte, errichtete der Kaiser die feste und gesicherte Grundlage seiner jahrzehntelangen Regierung des Friedens und doch des Ausbaues seiner Kriegsrüstung und daher der Weltmachtstellung des Deutschen Reiches. An der Schwelle des vielbesprochenen und angegriffenen sogenannten „persönlichen Regimentes" trennte sich Kaiser Wilhelm von dem persönlichen Regimente des Zarismus und schloß sich dem freiheitlichen England an, um für die freiheitliche Entwickelung des Deutschen Reiches und die wirtschaftliche Entfaltung des deutschen Handels und der deutschen Handelsmarine Raum und militärische Sicherheit zu gewinnen.

Die guten Beziehungen zu England benutzte Kaiser

Wilhelm II., um Helgoland zu erwerben. Am Vorabend des Tages von Waterloo des 18. Juni wurde im Jahre 1890 die Nachricht vom Abschluß eines deutsch-englischen Vertrages über Helgoland und Afrika veröffentlicht. Er bestimmte, daß Deutschland von England die Insel Helgoland und vom Sultan von Sansibar den Küstenstrich gegenüber von der Insel Sansibar erhalten sollte. Dafür zahlte Deutschland dem Sultan eine bare Entschädigung, gestand zu, daß der Sultan unter britischen Schutz gestellt wurde, und trat seine Schutzherrlichkeit über das Sultanat Witu und Deutsch-Somaliland an England ab. Dies sind die Hauptpunkte des deutsch-englischen Vertrages, der am 1. Juli 1890 unterschrieben wurde.

Der Vertrag erregte in den kolonialfreundlichen Kreisen Deutschlands das größte Mißfallen und man übersah in Deutschland damals vollständig, daß der Vertrag auch in den kolonialfreundlichen Kreisen Englands Unbehagen hervorgerufen hatte, besonders durch das Zugeständnis Englands, daß das deutsche Gebiet in Ostafrika im Norden bis zur Grenze des Kongostaates, im Süden bis zum Njassasee reichen sollte. Die Pall Mall Gazette sprach sogar von Lord Salisburys schmachvoller Kapitulation und von einem britischen Sedan.

In Deutschland aber galt es seitdem für eine unumstößliche Tatsache, daß dieser Vertrag eine unglückliche Hand Kaiser Wilhelm II. auf dem Gebiete der auswärtigen Politik beweise. Die Abtretung eines so großen und überaus wertvollen Teiles von Ostafrika stehe in gar keinem Verhältnis zu dem Gewinn der kleinen vollkommen wertlosen Insel Helgoland, so hieß es in der gesamten Presse, welche dem Fürsten Bismarck nahestand. Zum mindesten hätte man Helgoland viel billiger erwerben können, wenn die Geschicklichkeit des Fürsten Bismarck dem Reiche noch zur Verfügung gestanden hätte. Wer gegen diese „nationale Auffassung" an-

ging, dem wurde jedes Verständnis für Politik oder gar die nationale Gesinnung abgesprochen.

In Wirklichkeit hat aber Fürst Bismarck niemals seit dem Jahre 1871 den energischen Versuch gemacht, Helgoland zu erwerben und konnte dies kaum, da er auf die Erwerbung Helgolands keinen Wert legte und sie für nicht unbedenklich ansah. In seinen „Gedanken und Erinnerungen" II. Band Seite 31 schreibt Fürst Bismarck:

„Im Hinblick auf eine, voraussichtlich französische, Blockade war bisher die Deckung Helgolands durch die englische Neutralität für uns nützlich; ein französisches Geschwader konnte daselbst kein Kohlendepot haben, sondern war genötigt, zur Beschaffung des Kohlenbedarfs in bestimmten, nicht zu langen Zeiträumen nach französischen Häfen zurückzukehren, oder eine große Anzahl von Frachtschiffen hin- und hergehen zu lassen. Jetzt haben wir den Felsen mit eigener Kraft zu verteidigen, wenn wir verhindern wollen, daß die Franzosen im Falle des Krieges sich daselbst festsetzen."

Nun, die Verteidigung von Helgoland gegenüber einer französischen Flotte würde der heutigen deutschen Marine wohl nicht schwerfallen. Wenn Fürst Bismarck von dem Wachstum der deutschen Bevölkerung, der deutschen Industrie, des deutschen Handels und Seewesens mehr überzeugt gewesen wäre, so würde er auch geahnt haben, daß die deutsche Kriegsmarine die französische in den nächsten fünfzehn Jahren überholen würde. Gleichzeitig würde er mit mehr Nachdruck eine schleunige Verstärkung der deutschen Kriegsmarine erstrebt haben. Voll und ganz überzeugt von der wirtschaftlichen Expansionskraft Deutschlands würde aber auch Fürst Bismarck den Russen nicht Bulgarien und das Protektorat über die Türkei zugedacht haben.

Der Kardinalfehler der Politik des Fürsten Bismarck am

Ende seiner Kanzlerschaft liegt in einer Unterschätzung der Expansionskraft des Deutschen Reiches und darüber hinaus der deutschen Rasse.

Seine Gedanken und Erinnerungen enthalten kein Wort über die Folgen der Vermehrung der Bevölkerung, der Industrie, des Handels, der Wissenschaft und Bildung im Deutschen Reiche und in der germanischen Rasse. Eine jede innere und äußere Politik, welche sich mit der Zukunft beschäftigt, muß aber auf einer sicheren Einschätzung der wahrscheinlichen wirtschaftlichen und sozialen Änderungen basieren. Aus der Verkennung der deutschen Expansionsfähigkeit stammen alle weiteren Fehler, die Fürst Bismarck am Ende seiner Kanzlerschaft tat oder noch getan haben würde.

Da er die ungeheuere Vermehrung der Bevölkerung, der Industrie, des Kapitals, der Bildung und des Zeitungswesens in Deutschland nicht voraussah, bestand er nicht auf einer schnellen Vermehrung der Kriegsmarine und der Erwerbung von Helgoland, konnte er an die Möglichkeit der ewigen Aufrechterhaltung des Sozialistengesetzes mit seinen Ausweisungsbefugnissen, sowie des Dreiklassenwahlrechts in Preußen denken, durfte er im Geiste schon den Russen Bulgarien und das Protektorat über die Türkei überlassen.

Als Landwirt hatte Fürst Bismarck eine zu große Abneigung gegen die Großstädte, die Industriezentren, die Bevölkerungsvermehrung, die Schulbildung, den technischen Fortschritt, um die deutsche und die russische Entwickelung klar zu erkennen. Geboren im Jahre 1815 und aufgewachsen noch vor der Einführung der Eisenbahnen in Preußen, war er nicht mehr imstande zu erkennen, daß die Überlegenheit Deutschlands über Rußland sich mit dem Fortschreiten der Bildung und Technik schnell vergrößern mußte. Ihm mußte Rußland, dessen Soldaten noch auf lange Zeit hinaus in der Mehrzahl des

Lesens und Schreibens unkundig sein werden und dessen Bauernschaft in finsterem Aberglauben lebt, und mit einer rückständigen Technik sich kümmerlich nährt, als eine ungeheuere Macht erscheinen. Bei seinem Respekt vor der Macht des Zaren konnte er gar nicht auf die Idee kommen, daß Rußland von Japan geschlagen und durch eine siegreiche Revolution geschwächt werden würde. Von Bismarcks Standpunkt aus war es ganz folgerichtig, daß Deutschland sich die Gunst des mächtigen Rußlands durch den Rückversicherungsvertrag und seine Verlängerung erhalten mußte auf die Gefahr hin, daß Österreich Ungarn Kenntnis erhielt und total verstimmt wurde.

Da Fürst Bismarck das enorme Anschwellen der deutschen Ausfuhr und Einfuhr nicht voraussah, vielleicht auch gar nicht wünschte, so konnte er auch kein Anhänger der Handelsvertragspolitik sein. Daß die in den Jahren 1891 bis 1894 abgeschlossenen Handelsverträge, welche 10 Jahr später ihre Verlängerung erfahren haben, zur Vermehrung der Bevölkerung, der Industrie, des Handels und Verkehrs im Deutschen Reiche viel beitragen mußten, war von vornherein überaus wahrscheinlich.

Ob Fürst Bismarck mitunter geahnt haben mag, daß der junge Kaiser in allen diesen wichtigen Beziehungen richtiger fühle und denke wie er? Kaiser Wilhelm hatte zur Erkennung der künftigen Aufgaben des Deutschen Reichs nicht nur den Vorzug der Jugend, sondern auch der technischen Beanlagung und der Begeisterungsfähigkeit. Fürst Bismarck hatte im Jahre 1890 wenig Interesse für die sich machtvoll und täglich verändernde Technik des Verkehrs wie der Industrie. Außerhalb des Kreises der studierten Techniker und Ingenieure dürfte kaum irgend jemand in Deutschland gewesen sein, der den gewaltigen Umwälzungen der Technik, des Kriegswesens, der Schiffahrt, des Verkehrs und der Industrie ein so reges

Verständnis und Interesse entgegenbrachte, als der junge Kaiser.

Aus der Kenntnis der technischen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen heraus urteilte der junge Monarch auf dem Gebiete der inneren wie äußeren Politik und des Kriegswesens richtiger, als sein alter verdienstvoller Kanzler. Instinktiv fühlte Kaiser Wilhelm, daß Deutschland eine große Kriegsflotte bauen, Helgoland erwerben müsse, den Russen nicht Bulgarien und die Türkei überlassen dürfe, einem Kampfe mit der industriellen Arbeiterschaft durch positive Reform und Aufhebung des Sozialistengesetzes aus dem Wege gehen und durch den Abschluß von Handelsverträgen die Ausfuhr erleichtern müsse.

In richtiger Würdigung des Fortschreitens der Volksschulbildung und der Anforderungen der Neuzeit hat Kaiser Wilhelm II. seine Genehmigung zur zweijährigen Dienstzeit im Jahre 1892 und zu der neuen Militärstrafprozeßordnung im Jahre 1897 gegeben. In ähnlicher Weise trug er der modernen Zeit Rechnung, indem er das für Elsaß-Lothringen bestehende Ausnahmegesetz, den sogenannten Diktaturparagraphen, am 9. Mai 1902 als Anerkennung für die zum Bau der Hohkönigsburg bewilligten Mittel aufhob.

Jahre hindurch hat man dem Kaiser die in der Zeit von 1891 bis 1894 abgeschlossenen Handelsverträge von agrarischer Seite zum Vorwurf gemacht. Durch die Schuld Caprivis und seiner Unterhändler dürften damals die landwirtschaftlichen Zölle zu niedrig ausgefallen sein. Dieser Fehler ist bei der Revision der Handelsverträge zehn Jahre später abgestellt worden. Darüber aber herrscht heute bei allen Parteien und sicher bei allen Nationalökonomen Deutschlands Einstimmigkeit, daß die Politik der Handelsverträge sich als ein

großer Vorteil und Nutzen für das Deutsche Reich erwiesen hat und von Jahr zu Jahr weiter erweist.

Inmitten der Anfeindungen aus dem Bismarckschen Lager und der Kämpfe um die Handelsvertragspolitik sagte Kaiser Wilhelm II. auf dem Festmahl des Brandenburgischen Provinziallandtages am 24. Februar 1892: „Mein Kurs ist der richtige, und er wird weiter gesteuert.“

Die geschichtliche Entwickelung seit jener Zeit hat bewiesen, daß die von Kaiser Wilhelm II. seit der Trennung von dem Fürsten Bismarck eingeschlagene Potitik, die Fürst Bismarck selbst noch bekämpft hat, die richtige war. Was wäre wohl geworden, wenn der junge Kaiser den Ratschlägen des alten Kanzlers gefolgt wäre?

Der Versuch, das Sozialistengesetz mit seinen Ausweisungsbefugnissen in dem neuen Reichstag des Frühjahrs 1890 durchzudrücken, würde zu fortgesetzten Auflösungen des Reichstags und vielleicht in der Tat, wie Fürst Bismarck annahm, zu Arbeiteraufständen geführt haben. Die inneren Unruhen hätten eine Verschärfung erhalten, wenn ein Ausbau des Arbeiterschutzes und die Einleitung der Handelsvertragspolitik unterblieben wäre. Die Erschwerung der Ausfuhr, die hohen Getreidepreise, die Arbeiterunruhen, die allgemeine Unsicherheit über die wirtschaftliche und politische Entwickelung hätten die Entwickelung der Industrie und des Handels gehemmt und jede wirtschaftliche Initiative gelähmt.

Die Festsetzung der Russen in Bulgarien und Konstantinopel würde sicher nicht dazu beigetragen haben, das wirtschaftliche Leben im Deutschen Reiche zu heben. Selbst wenn es nicht zu einem Weltkriege gekommen wäre, würde die internationale politische Lage durch viele Jahre eine sehr unruhige gewesen sein. Der gewaltige wirtschaftliche und soziale Aufschwung in Deutschland, ganz Europa und Amerika in den letzten

Jahrzehnten beruht aber auf dem Weltfrieden, auf der Tatsache, daß die Großmächte ersten Ranges nicht miteinander in Krieg geraten sind. Das wirtschaftliche Gedeihen der Staaten bedingt sich gegenseitig. Je mehr der internationale Verkehr zunimmt, umsomehr wird das Wohlbefinden aller Teile der Weltwirtschaft voneinander abhängig. Das Zusammentreffen innerer Unruhen mit einem Kriege nach Außen hätte die Lage Deutschlands nur verschlechtern können.

Sicher aber würde das Anwachsen der Unzufriedenheit und der Sozialdemokratie eine gewaltige Verstärkung der politischen Polizei an Zahl und Macht bedeutet haben. Wir wären mehr und mehr in die Korruption der allmächtigen russischen Bureaukratie hineingeraten. In solchen Zeiten würden auch in Deutschland hohe Polizeibeamte von der Art eines Lopuchin und revolutionäre Lockspitzel von der Art eines Azew nicht fehlen. In Rußland begnügen sich heut alle guten Elemente, den Staat von den Folgen der Unterdrückung und Revolution nach Möglichkeit zu reinigen. In Deutschland war man im Jahre 1890 in der Gefahr, in die russischen Zustände des Absolutismus, der Polizeiwirtschaft, der Korruption und schließlich der Revolution hineinzugeraten. Daß Deutschland seit jener Zeit einen beispiellosen sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung gehabt hat, ist in erster Linie das Verdienst der ruhigen, vernünftigen, stetigen Politik Kaiser Wilhelms II. zuzuschreiben.

Je mehr Zeit verstreicht, umsomehr wird die bisherige Regierung Kaiser Wilhelms II. in dem Urteile aller Menschen gewinnen. Wie heut die Erwerbung Helgolands, die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, das Fallenlassen des Sozialistengesetzes, das Abrücken von Rußland, der Beginn der Handelsvertragspolitik selbst den Konservativen und sonstigen Bismarckianern als etwas ganz Vernünftiges er-

scheint, während sie früher die heftigsten Gegner dieser Politik waren, so wird der ganze bisherige Verlauf der Regierung Kaiser Wilhelms II. künftig trotz großer Unterlassungen und Fehler auf dem Gebiet der auswärtigen Politik während der letzten zehn Jahre als ein sehr erfreulicher erscheinen.

Die Erhaltung des äußeren und inneren Friedens wird gerade für die gegenwärtige Zeit der Entwickelung als überaus schätzenswert empfunden werden. In dieser Zeit des Friedens steigt die Überlegenheit Deutschlands gegenüber Frankreichs wie gegenüber Rußlands automatisch von Jahr zu Jahr, man kann sagen von Monat zu Monat. Das einfache, friedliche Anwachsen der Bevölkerungszahl, der Industrie, des Handels, der Kriegsrüstung gibt uns eine immer steigende Überlegenheit gegenüber Frankreich. Wir haben alles Interesse einem Kriege mit Frankreich, so lange als möglich, aus dem Wege zu gehen. Solange es Frankreich nicht gelingt, aus Marokko ein zweites Algier zu machen und dort ein Heer gegen uns anzuwerben oder auszuheben, droht uns keine Gefahr. Wir werden weiter unten in dem Kapitel „Bülows Mangel an Voraussicht" sehen, daß es nicht die Schuld des Kaisers sondern Bülows ist, wenn wir nicht schon in den Besitz der großen, fruchtbaren westlichen Hälfte Marokkos am Atlantischen Meer gelangt sind. Die wirtschaftliche und militärische Macht Deutschlands würde in diesem Falle eine viel größere sein. Wir müssen jetzt, nachdem die Franzosen sich in das marokkanische Abenteuer gestürzt haben, auf den Zeitpunkt warten, wo das Fortschreiten der Motorluftschiffahrt die Machtverteilung Europas ändert.

Am wenigsten Aufschub duldet die Teilung des türkischen Reiches, da seit Einführung der Verfassung die Türkei allmählich wirtschaftlich und militärisch erstarkt. Es ist aber zu hoffen, daß Deutschland mit Österreich-Ungarn, England und

Italien sich allmählich über die Teilung des Türkischen Reiches einigt.

Eine jede große weittragende technische und wirtschaftliche Umwälzung, welche die Nation auf eine höhere Kulturstufe erheben soll, läßt die Aufrechterhaltung des Friedens in erhöhtem Maße wünschenswert erscheinen. An der Schwelle des Zeitalters der Motorluftschiffahrt haben wir aus wirtschaftlichen wie militärischen Gründen besondere Veranlassung, die Erhaltung des Friedens noch auf recht lange Zeit hinaus zu wünschen. In meinem Buche „Deutschland und England. Ein offenes Wort an den Kaiser." (Hannover 1908. Adolf Sponholtz Verlag G. m. b. H.) habe ich gezeigt, wie durch die Ausdehnung der Motorluftschiffahrt die maritime Überlegenheit Großbritanniens schwindet und England aufhört, eine Insel zu sein. In dem Maße, wie die Motorballons und Drachenflieger an Zahl und Leistungsfähigkeit zunehmen, können wir Deutschen einem Kriege gegen England mit größerer Ruhe entgegensehen. Bei der geringen Ausdehnung der Nordsee und der Enge des Kanals, der zwischen Calais und Dover nur 31 km breit ist, müssen Motorluftschiffe, die 500 bis 1000 km zurücklegen können, und Drachenflieger, die in einem Fluge 125 km durchfliegen, sehr bald eine große Bedeutung im Seekriege erlangen. Die deutsche Kriegsmarine tritt künftig der englischen im Kriegsfalle nicht allein entgegen, sondern sie wird unterstützt durch die deutsche Luftflotte.

Die Operationsbasis der deutschen Luftflotte kann von der großen, starken deutschen Armee bis Ostende und Calais vorgeschoben werden. Von größter Wichtigkeit aber für die Beherrschung der Nordsee wird die Tatsache sein, daß Deutschland jetzt Helgoland besitzt.

Sowohl die Motorballons, die von dem Gase und den

Motorballonhallen abhängig sind, als die Drachenflieger, die auch für ihre Motore Benzin benötigen, sind im Seekriege für jeden Stützpunkt dankbar. Von Helgoland aus können die Motorballons und Drachenflieger die ganze Nordsee aufklären und überall die feindlichen Kriegsschiffe angreifen. Wäre Helgoland aber in englischen Besitz, so könnten von Helgoland aus englische Motorballons und Drachenflieger nicht nur Hamburg und Kiel, sondern jede Stelle in dem Nord-Ostseekanal, in Wilhelmshaven oder Bremerhaven in kürzester Frist unter Feuer nehmen und unserer Seeflotte den Aufenthalt in den Kriegshäfen und in den Flußmündungen an der Nordsee unmöglich machen.

Die Entfernung von England bis Wilhelmshaven, Hamburg oder Kiel ist zu einer wirksamen Beschießung vorläufig eine viel zu große, da der Verlust an Gas oder Benzin zu stark und die Sicherheit des Anhaltens guten Wetters zu gering ist. Von Helgoland aus, welches nur 44 km vom Festland, 60 km von Cuxhaven und 150 km von Hamburg entfernt ist, könnten die Motorluftfahrzeuge in 1 bis 3 Stunden den größten Schaden auf dem Festlande anrichten. Bis Cuxhafen fährt ein Drachenflieger in einer Stunde. Wenn Helgoland heut noch in englischen Besitz wäre, so müßten wir die größten Opfer bringen, um es zu gewinnen. Es erscheint aber ganz ausgeschlossen, daß die Engländer uns an der Schwelle des Zeitalters der Motorluftschiffahrt diesen wichtigen Stützpunkt für die Seeflotte wie für die Luftflotte gegen irgend einen Preis überließen.

Was nützt uns der Besitz aller Kolonien in Afrika oder anderswo, wenn wir von den Engländern im Kanal und in der Nordsee vollständig geschlagen und durch fortgesetzte Blockade zur Unterwerfung unter ihren Willen gezwungen werden? Sie werden uns im Falle eines vollständigen und dauernden

Seesieges über unsere Seestreitkräfte alle Kolonien wegnehmen, die irgend einen Wert für sie haben. Über den Kanal und die Nordsee hinweg zu Wasser wie in der Luft können wir den Besitz unserer Kolonien und unsere Weltstellung gegenüber der ersten Seemacht allein behaupten.

Niemand in Deutschland will einen Krieg mit England herbeiführen. Das ganze deutsche Volk wünscht die Aufrechterhaltung des Friedens, aber eines Friedens, der uns die Pflege unserer überseeischen Interessen gestattet. Ebenso wünscht die deutsche Nation mit Frankreich, Rußland und allen anderen Staaten in Frieden zu leben. Indem Kaiser Wilhelm von Beginn seiner Regierung an in ungezählten Reden und Versicherungen die Notwendigkeit des Friedens betonte, schenkte ihm die Welt Vertrauen. Nur dank dieser friedlichen Politik des Kaisers hat Deutschland sich eine so stattliche Kriegsmarine schaffen können. Durch das Aufkommen der Motorluftschiffahrt ist heut jede Gefahr beseitigt, daß England sich die alleinige Seeherrschaft anmaßen und unsere Kriegsschiffe vom Ozean ausschließen könne.

England hätte uns vielleicht nach vollständiger Besiegung unserer Flotte für immer oder wenigstens für längere Zeit hindern können, aufs neue Kriegsschiffe zu bauen. Der Bau von Motorluftfahrzeugen erfolgt aber nicht an der Mündung der Flüsse oder großen Häfen, die sich kontrollieren lassen, sondern kann überall im Deutschen Reiche bewerkstelligt werden. Ein modernes Schlachtschiff kostet 40 Millionen Mark und erfordert zwei bis drei Jahre zum Bau. Für die gleiche Summe kann man 80 große Aluminiumluftschiffe bauen, die bei genügender Ausdehnung der Industrie in drei Monaten hergestellt werden können.

Das Aufkommen der Motorluftschiffahrt bedeutet eine vollkommene Umwälzung nicht nur des Kriegswesens, sondern

auch des Verkehrswesens. Je schneller Deutschland sich in das neue Zeitalter hineinlebt, umso schneller wird seine wirtschaftliche und militärische Macht wachsen. In einer solchen Zeit ist es ein Glück, wenn an der Spitze des Reiches ein Monarch steht, der für die Umwälzungen der Technik besonderes Verständnis hat, und dem Motorluftfahrzeug als Kriegsmittel wie als Verkehrsmittel von Anfang an ungewöhnliches Interesse entgegenbringt.

Die Nachwelt wird den Kaiser danach beurteilen, was er tatsächlich geschaffen hat. Wenn Kaiser Wilhelm II., wie zu erwarten steht, die Motorluftschiffahrt im Verkehr wie im Kriege energisch fördert und dafür sorgt, daß Deutschland an die Spitze kommt, wird die Nachwelt ihm diese seine Tätigkeit hoch anrechnen. Von der Korrespondenz mit seiner Großmutter über den Burenkrieg und die Anerbietungen Rußlands und Frankreichs wird aber bald kein Mensch mehr reden. Die Ängstlichkeit der Novemberleute wird einer späteren Zeit vielleicht vollkommen unbegreiflich sein, denn Rußland und Frankreich überziehen uns nicht mit Krieg und die für England freundschaftliche Tendenz des sogenannten Kaiserlichen Interviews springt in die Augen.

Hoffentlich werden diejenigen und ängstlichen Mahnungen der breiten Öffentlichkeit zur Zurückhaltung dem Kaiser nicht die Lust der Initiative nehmen. Die öffentlichen Ratschläge zur Zurückhaltung besonders im November 1908 hätte sich der Kaiser ersparen können, wenn ihm zu rechter Zeit vor Jahren ein pflichtbewußter Kanzler in nachdrücklicher Weise Zurückhaltung anempfohlen hätte.

Wie stünde heute der Kaiser da, wenn er nach der Veröffentlichung des Kaiserlichen Interviews das Bülowsche Entlassungsgesuch angenommen oder am besten noch vorher ihm seine Dienstentlassung telegraphisch mitgeteilt hätte.

Der Kaiser hätte dem Fürsten Bülow telegraphieren sollen: Als konstitutioneller Monarch enthebe ich Sie von all Ihren dienstlichen Funktionen, weil Sie gegen die Verfassung es unterlassen haben, mir den von Ihnen eingeforderten Rat pflichtgemäß zu geben. Je mehr der Kaiser seine eigene konstitutionelle Haltung betonte, und je schärfer er das unkonstitutionelle Verhalten des Reichskanzlers verurteilte, umso unantastbarer war die Stellungnahme des Kaisers, umsomehr fielen alle Vorwürfe gegen das persönliche Regiment in sich selbst zusammen.

In der ganzen Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. ist die Nichtannahme des Entlassungsgesuches des Fürsten Bülow Ende Oktober 1908 diejenige Handlung des Kaisers, die seiner Machtstellung am meisten geschadet hat, und eine gerechte Beurteilung seiner Tätigkeit am meisten beeinträchtigt. Als durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 1. November 1908 bekannt wurde, daß das sogenannte Kaiserliche Interview im Daily Telegraph durch die eigenhändige Unterschrift des Reichskanzlers Fürsten Bülow genehmigt worden war, erschien in den Augen des Inlandes wie Auslandes der Kaiser zunächst vollkommen von Schuld entlastet. Wie man in den folgenden siebzehn Tagen aus der Schuld des Kanzlers die alleinige Schuld des Kaisers künstlich konstruiert hat, ist eine der traurigsten Begebenheiten in der Geschichte des deutschen Volkes und eine der schwersten Verletzungen der öffentlichen Moral. Diese Fälschung des Tatbestandes ist nicht nur ein Akt der Revolution, sondern eine der schwersten Rechtsbeugungen, eine der gemeinsten Versündigungen gegen das Gerechtigkeitsgefühl. Sie ist auf

dem Gebiete der Politik dasselbe, was im Gerichtssaale ein Justizmord ist.

Als Kaiser Wilhelm II. in seiner vornehmen Denkart das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers Ende Oktober 1908 ablehnte, ahnte er nicht, daß er innerhalb von 17 Tagen vergewaltigt werden würde, ahnte er nicht, daß die Schuld des Kanzlers, die er im Begriff war zu verzeihen, durch menschliche Niedertracht zu seiner eigenen Schuld gemacht werden würde.

Als Friedrich der Große sich am Abend des 13. Oktober 1758 mit seinem Heere im Lager zu Hochkirch schlafen legte, ahnte er auch nicht, daß der Feldmarschall Daun mit der österreichischen Armee ihn in der Nacht überrumpeln würde. Eine Niederlage durch äußere oder innere Feinde kann die erfolgreiche Regierung eines Monarchen in den Augen der Weltgeschichte nicht ohne weiteres zu einer erfolglosen machen. Friedrich der Große hat durch die Niederlagen von Hochkirch, von Kunersdorf sich ebensowenig erschüttern lassen, wie früher durch die Niederlage von Collin. Unbeugsame Energie und angeborene Stetigkeit des Willens haben Friedrich den Großen doch endlich zum Siege und dauerndem Erfolge verholfen.

Auch Kaiser Wilhelm II. kann den begangenen taktischen Fehler jeden Augenblick wettmachen. Heut noch hat alle Welt den Eindruck, daß am 17. November 1908 die öffentliche Macht im Reiche vom Kaiser an den Fürsten Bülow übergegangen ist, der nunmehr als unabsetzbar erscheint. In dem Augenblick aber, wo der Kaiser sich entschließt, den Fürsten Bülow kurzer Hand zu entlassen, steht er wieder als der alleinige Inhaber der ererbten und verfassungsmäßig garantierten Monarchenrechte da. Von diesem Augenblicke an darf es niemand

wagen, von einem Hausmeiertum der Hohenzollern zu reden. Von diesem Augenblicke an wird die Weltgeschichte die Regierung Kaiser Wilhelms II. wieder als seine eigene betrachten, und nach seinen eigenen Erfolgen einschätzen.

Die Weltgeschichte wird Kaiser Wilhelm II. die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß die drei von ihm eingesetzten Reichskanzler ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren und wohl auch den Erwartungen nicht entsprochen haben, die der Kaiser an sie gestellt hat. Wir haben gesehen, daß die drei Kanzler es nicht verstanden, den Kaiser zu bestimmen, sich weniger zu exponieren.

Die wichtigsten Erfolge der Politik und Gesetzgebung des Deutschen Reichs seit dem Jahre 1890 sind aber unstreitig dem Kaiser in erster Linie zuzuschreiben. Auch aus der Wahl der Reichskanzler wird man kaum einen Vorwurf gegen den Kaiser herleiten können. Da der Kaiser das Sozialistengesetz fallen lassen wollte und Bismarck Aufstände befürchtete, so war die Wahl eines Generals zum Reichskanzler das nach Lage der Verhältnisse Vernünftigste. Welchen besseren General aber hätte der Kaiser wählen können als den General der Infanterie von Caprivi, der als Staatssekretär und Chef der Admiralität fünf Jahre lang Gelegenheit gehabt hatte, als Redner im Reichstage sich zu bewähren. Bei Caprivis Entlassung mag der Kaiser das Bedürfnis nach dem Rate eines älteren erfahrenen Diplomaten gehabt haben. In Ermangelung eines geeigneten aktiven Botschafters griff er auf einen bewährten früheren Botschafter, den damaligen Statthalter von Elsaß-Lothringen zurück. Gegen den Fürsten Hohenlohe ließ sich nichts einwenden als sein Alter. Konnte der Kaiser bei Bülows Berufung voraussehen, daß unter ihm die Finanzen des Reichs in eine so heillose Zerrüttung und die auswärtige

Politik in die Sackgasse der Einkreisung geraten würde? Die Weltgeschichte wird bei ihrer Beurteilung nicht außer acht lassen, daß es zur Zeit der Berufung dieser drei Kanzler tatsächlich an geeigneten Männern fast vollkommen gefehlt hat, und daß Fürst Bismarck eine Schule hervorragender Diplomaten von bedeutendem Rednertalent und umfassenden volkswirtschaftlichen und sozialen Kenntnissen nicht hinterlassen hat. Auch die Parlamente waren arm an geeigneten Persönlichkeiten. Die bedeutende Kraft Miquels hat Kaiser Wilhelm zum Nutzen der preußischen Finanzen an der geeignetsten Stelle verwertet.

Wir werden weiter unten sehen, daß die Einkreisung Deutschlands seit dem Antritt der Regierung König Eduards im Jahre 1901 nur durch die Schuld des Reichskanzlers Fürsten Bülow möglich gewesen ist. Dem Kaiser kann diese unglückliche auswärtige Politik nicht zur Last gelegt werden. Vielmehr setzte der Kaiser im Jahre 1899 die England freundliche Politik fort, welche er im Jahre 1890 begonnen hatte.

Am 11. Oktober 1899 hatte der Burenkrieg seinen Anfang genommen. Am 10. November 1899 wurde die Erwerbung Samoas durch Deutschland und Amerika durch gemeinsame Verhandlungen mit England bekannt. Am 20. November 1899 reiste der Kaiser und die Kaiserin, begleitet vom Grafen Bülow, ungeachtet des eben begonnenen Burenkrieges nach England, welches mit Deutschland und den Vereinigten Staaten am 2. Dezember 1899 den Samoavertrag definitiv abgeschlossen hatte.

Schon vor der Ankunft des Kaisers, unmittelbar nach Ausbruch des Burenkrieges, hatte Chamberlain, der damals die Seele der englischen Regierung war, eine Annäherung an

Deutschland gesucht, indem er eine Verständigung Deutschlands und Englands unter Ausschluß Frankreichs über Marokko anempfahl.

Am 29. November 1899, am Tage nach der Abreise des Kaisers, sagte Chamberlain in einer Rede in Leicester: „Die neue Tripelallianz zwischen der germanischen Rasse und den zwei großen Zweigen der Angelsachsen stelle in der Zukunft einen mächtigen Einfluß in der Welt dar.“

Chamberlain hatte zu der Betonung des in der Bildung begriffenen deutsch-englisch-amerikanischen Bündnisses umsomehr Veranlassung, als er sich während des Aufenthalts des Kaisers in London davon überzeugt hatte, daß der Kaiser einer deutsch-englischen Entente cordiale zugeneigt war.

In meinem am 30. Juni 1908 erschienenen Buche „Stehen wir vor einem Weltkrieg?“ (Leipzig, Verlag von Friedrich Engelmann) Seite 143 habe ich bereits dargelegt, daß Chamberlain damals bereit war, dem Deutschen Reiche einige Häfen an der atlantischen Küste Marokkos einzuräumen. Aus einer solchen Teilung der Interessensphären in Marokko zwischen Deutschland und England, welches sich für die Mittelmeerküste interessierte, wäre im Laufe der Zeit eine den Bedürfnissen der deutschen Expansionskraft entsprechende Teilung Marokkos hervorgegangen. Ein enges Einvernehmen zwischen Deutschland und England würde auch sonst dem Deutschen Reiche die größten Vorteile gebracht haben. Es ist überaus beklagenswert, daß diese deutsch-englische Entente cordiale, die dem Kaiser so sympathisch war, auf den Rat des Grafen Bülow nicht zustande gekommen ist.

Es ist von mir wiederholt nicht nur Ende Juni 1908 in dem genannten Buch, sondern auch Anfang November 1908 in meiner Broschüre „Deutschland und England“. (Hannover

Adolf Sponholtz, Verlag G. m. b. H.) Seite 29 dargelegt worden, wie diese Verhandlungen und Verständigungsversuche Chamberlains sich von dem Jahre 1899 bis 1901 hinzogen. Nachdem Theodor Wolff am 8. Februar 1909 im Berliner Tageblatt dieses Thema eingehender behandelt hat, ist von offiziöser Seite, insonderheit in den Münchner Neusten Nachrichten Vorabendblatt vom 10. Februar 1909 in dem Leitartikel „Zur Vorgeschichte der deutsch-englischen Beziehungen" der von mir behauptete Tatbestand als richtig zugestanden worden.

Wenn Chamberlain, wie nunmehr feststeht, vom Jahre 1899 bis 1901 sich um eine Entente cordiale mit Deutschland unter dem Eindrucke des Burenkrieges bemühte, so erscheint das Krügertelegramm in einem ganz anderen Lichte. Das Telegramm Kaiser Wilhelms vom 3. Januar 1896 an den Präsidenten der südafrikanischen Republik Krüger lautete:

„Ich spreche Ihnen Meinen aufrichtigsten Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hülfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren. Wilhelm I. R."

Dieses Telegramm richtete sich keineswegs gegen den englischen Staat oder die englische Nation, es richtete sich lediglich gegen den vollkommen unberechtigten Freibeuterzug des Dr. Jameson, der von dem Standpunkte der südafrikanischen Republik Hoch- und Landesverrat war und in der ganzen Welt, außer bei englischen Chauvinisten, verurteilt wurde. Der englische Staat hatte das Recht, der südafrikanischen Republik den Krieg zu erklären, aber einzelne englische Privatleute

hatten nicht das Recht, mit Waffengewalt kriegführenderweise in einen fremden Staat einzufallen. Dergleichen Dinge dürfen von der öffentlichen Meinung der zivilisierten Welt nicht gebilligt werden. Seit Jahrtausenden, schon zu den Zeiten der alten Römer und Griechen, waren die Gebildeten der Ansicht, daß nur der Staat selbst Krieg führen dürfe und nicht der Privatmann.

Am 30. Dezember 1895 war Dr. Jameson, der Vertrauensmann des Cecil Rhodes, mit 800 Mann von Mafeking aus in das Gebiet der Republik eingefallen. Ein ausdrücklicher Befehl des britischen Statthalters in Kapstadt, Sir Herkules Robinson, daß er sofort zurückkehren solle, wurde von Jameson mißachtet. Nachdem Jameson am 1. Januar 70 Tote und 30 Verwundete verloren hatte, mußte er sich am 2. Januar 1896, da er ohne Lebensmittel war, mit etwa 500 Mann an die Buren ergeben. Selbst die meisten englischen Zeitungen mißbilligten am 3. Januar diesen Freibeuterzug.

Wer den amtlichen Geschäftsgang der deutschen Reichsämter kennt, konnte nie darüber im Zweifel sein, daß das Telegramm Kaiser Wilhelms an Krüger ordnungsmäßig von Beamten des Auswärtigen Amtes aufgesetzt und von allen Instanzen gebilligt worden ist. Entworfen ist das Telegramm von dem Kolonialdirektor Kayser, gebilligt ist es von dem Staatssekretär des Auswärtigen Freiherr von Marschall und dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe. Mit Recht betont Dr. Gottlob Egelhaaf in seiner im Jahre 1908 erschienenen „Geschichte der neusten Zeit", daß der Kaiser vor Absendung des Telegramms am 3. Januar eine Besprechung mit dem Reichskanzler Hohenlohe, dem Staatssekretär des Auswärtigen Freiherr von Marschall, dem Staatssekretär der Marine Hollmann, dem Admiral Knorr und dem Vorstand des Marinekabinetts von Senden-Bibran hatte. Da alle diese Herren

gegen das Telegramm nichts einzuwenden hatten, kann es unmöglich dem Kaiser zur Last gelegt werden.

Die Leitung der Auswärtigen Politik des Deutschen Reichs handelte klug und vernünftig, indem sie aus ihrer Mißbilligung des Freibeuterzuges und aus ihrer Befriedigung über sein Scheitern keinen Hehl machte. Die Form dieser Kundgebung war allerdings eine unglückliche. Sie war eine Wiederholung des politischen Fehlers der Exponierung des Kaisers. Auf keinen Fall durfte das Telegramm von dem Kaiser selbst unterzeichnet sein.

Es lag aber in dem vitalen politischen Interesse der deutschen Politik, die englische Regierung und die englische öffentliche Meinung von der Mißbilligung dieses rechtwidrigen Aktes durch die deutsche Regierung in Kenntnis zu setzen.

England konnte nur dann auf die politische Freundschaft mit Deutschland Wert legen, und für ihre Gewinnung auch zu einem Opfer bereit sein, wenn England davon überzeugt war, daß Deutschland im geeigneten Momente entschlossen sein würde, als Beschützer der Buren aufzutreten. Das Krügertelegramm war ein kühner Husarenritt, der aber keineswegs des Erfolges entbehrt hat. Wenn Chamberlain im November 1899 unmittelbar nach Ausbruch des Burenkrieges die Verhandlungen zur Anbahnung einer freundschaftlichen Verständigung mit Deutschland aufnahm, und im Jahre 1901 im weiteren Verlaufe des Burenkrieges in verstärktem Maße fortsetzte, so geschah dies unter der Nachwirkung des Krügertelegramms.

Daß das Krügertelegramm uns nur Schaden gebracht hat, liegt lediglich an der Ablehnung der Chamberlainschen Vorschläge in den Jahren 1899 und 1901 durch den Fürsten Bülow. Hätte Deutschland die von Chamberlain angebotene Entente cordiale mit England geschlossen, und sich die besten Hafenplätze an der atlantischen Küste Marokkos als Kohlen

station angeeignet, so würde von der Weltgeschichte das Krügertelegramm als eine der weitsichtigsten und erfolgreichsten Maßnahmen der deutschen Politik überhaupt, als ein großer bewundernswerter Erfolg Kaiser Wilhelms II. hingestellt worden sein.

Um diesen großen Erfolg ist Kaiser Wilhelm II. lediglich durch die unglückliche Hand des Fürsten Bülow gebracht worden. Der Geschichtsschreiber Kaiser Wilhelms II. wird sich vor allem mit der Frage zu befassen haben, inwieweit Kaiser Wilhelm II. in die Lage gesetzt worden ist, über die Anerbietungen Chamberlains und Lord Lansdownes zu entscheiden. Das engere, Marokko betreffende Anerbieten Englands aus dem Jahr 1899 dürfte dem Kaiser bei seinem Besuch in London in vollem Umfange zur Kenntnis gekommen sein. Die Verhandlungen des Jahres 1901 scheinen sich aber über einen längeren Zeitraum erstreckt zu haben und sollen Ende März 1901 wegen einer zufällig auftretenden Meinungsverschiedenheit Deutschlands und Englands über die Erhöhung der chinesischen Seezölle ihr Ende gefunden haben. Das Anerbieten Englands im Jahre 1901 war das glänzendste, was Deutschland nur überhaupt gemacht werden konnte. England erbot sich, dem Dreibund nach Ratifizierung des Vertrages durch das Parlament beizutreten, und erklärte, daß der Casus foederis eintreten sollte, sobald eine der vertragschließenden Parteien von zwei Seiten angegriffen würde. Diese überaus wichtige Mitteilung Theodor Wolffs im Berliner Tageblatt vom 8. Februar 1909 Nr. 69 ist von den offiziösen Artikel der Münchner Neusten Nachrichten Nr. 65 vom 10. Februar 1909 als richtig zugegeben worden.

Es fragt sich nun, ob der Reichskanzler Fürst Bülow den Kaiser über alle einzelnen Phasen der Verhandlungen von Mitte Januar bis Ende März 1901 in Kenntnis gesetzt hat.

Ist dem Kaiser nicht nur von der Wiederaufnahme der Verhandlungen durch Chamberlain Mitte Januar 1901, sondern auch von der Fortsetzung dieser Verhandlungen durch den Minister des Äußeren Lord Lansdowne Mitte März 1901 Kenntnis gegeben worden? Die Verhandlungen haben, wie Theodor Wolff in Nr. 77. des Berliner Tageblatts vom 12. Februar 1909 darlegt, nicht einen formellen Charakter gehabt, sondern die Form von Pourparlers. In der Diplomatie wie im geschäftlichen und gesellschaftlichen Leben werden die bedeutungsvollsten Anfragen und Anerbietungen in eine möglichst unverbindlich scheinende Form gekleidet, solange man nicht sicher ist, wie der andere Teil darüber denkt.

Bei der Vorliebe Kaiser Wilhelms für England erscheint es mir ganz ausgeschlossen, daß der Kaiser das von England uns angetragene Bündnis abgelehnt hätte, wenn er diese Pourparlers in vollem Umfange gekannt und wenn sie ihm in der richtigen Weise vorgetragen worden wären. Bei der Vorliebe Bülows für Rußland halte ich es für wahrscheinlich, daß er auf das Bündnis mit England keinen großen Wert legte, in der Besorgnis, es könne in Rußland übel aufgenommen werden. Bülow war daher geneigt, die Pourparlers einschlafen zu lassen, als die nebensächliche Frage der Erhöhung der chinesischen Seezölle auftauchte und zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen England und Deutschland führte.

Bülow konnte gar keinen großen Wert auf ein Bündnis mit England legen, denn in seinen Augen war die Freundschaft mit Rußland wichtiger wie die Freundschaft mit England. Er gehörte der veralteten Schule der Diplomatie an, die in Rußland eine ungeheure, unerschütterliche Macht sah. Hätte Bülow auch nur im entferntesten die russische Niederlage im japanischen Krieg und die russische Revolution

voraussehen können, so dürfte er nicht die riesenhaften russischen Anleihen vom Jahre 1902 und Januar 1905 auf dem deutschen Markte zulassen. In dem Glauben an das Vordringen des machtvollen Rußlands gegen Afghanistan und Indien sowie gegen Konstantinopel hielt er den Gegensatz zwischen England und Rußland für unüberbrückbar, und glaubte nicht an die Möglichkeit des englischen Beitritts zu einer russisch französischen Alliance. Er schenkte der Erklärung Lord Lansdownes, daß ein Scheitern der deutsch-englischen Verhandlung zu einer Entente mit Frankreich und Rußland führen werde, keinen Glauben. Heut ist das Bündnis zwischen Rußland, Frankreich und England eine Tatsache.

Der gesunde Blick Kaiser Wilhelms II. für alle technischen und wirtschaftlichen Dinge hat ihn von jeher vor einer Überschätzung der wirtschaftlichen und politischen Macht Rußlands geschützt. Aus Rücksicht auf die Macht Rußlands würde er niemals auf das Bündnis mit England verzichtet haben. Kaiser Wilhelm II. würde aber auch niemals die russischen Anleihen vom Jahre 1902 und 1905 genehmigt haben, wenn diese Angelegenheit ihm unter voller Darlegung der Verhältnisse und Bedenken zur Entscheidung unterbreitet worden wäre. Eine kaiserliche Entscheidung ist für die Zulassung oder Verweigerung ausländischer Anleihen gar nicht erforderlich, vielmehr entscheidet der Reichskanzler in diesen Fragen ganz allein.

Kaiser Wilhelm II. zeigte sich bereits im Dezember 1891 in einer Unterhaltung mit dem Fürsten Hohenlohe über die finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände Rußlands, die er für sehr bedenklich hielt, sehr genau informiert[1]. In Sonderheit kannte er genau den Umfang der damaligen

---

[1] Fürst Chlodwig zu Hohenlohe „Denkwürdigkeiten" II S. 483.

Hungersnot und der finanziellen Verlegenheit der russischen Regierung.

Wenn Deutschland den Frieden aufrechterhalten will, so muß es gute Beziehungen zu England unterhalten und womöglich zu einer Entente cordiale mit England gelangen. Die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen Deutschland und England glaube ich in meiner Broschüre „Deutschland und England" (Hannover 1908) überzeugend dargelegt zu haben. Kaiser Wilhelm II. hat vom Jahre 1890 bis zu dem kaiserlichen Interview im Daily Telegraph und den Besuch König Eduards in Berlin im Februar 1909 stets das Bestreben der Herstellung guter Beziehungen zu England an den Tag gelegt. Es steht zu erwarten, daß Kaiser Wilhelm nach Ersetzung des Fürsten Bülow durch einen neuen Reichskanzler aufs neue bestrebt sein wird, mit England zu einem Bündnisse zu gelangen. In dem Maße als die Motorluftschiffahrt fortschreitet, werden die Engländer sich von der zunehmenden Macht Deutschlands und der Notwendigkeit eines deutsch-englischen Bündnisses überzeugen.

Wie wird sich Kaiser Wilhelm II. in der Reihe der Hohenzollernschen Monarchen ausnehmen? Keiner von ihnen hat das Glück gehabt in einer so lan en Periode vollkommnen Friedens fortgesetzten wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und steiger Zunahme der militärischen Macht des eigenen Staatswesens zu regieren.

Bis heut ist das Leben Kaiser Wilhelms II. in der langen Reihe seiner Ahnen bei weitem am glücklichsten verlaufen. Sein Großvater mußte als Prinz aus seinem eigenen Lande fliehen und hat noch als König nach dem Ausbruch des Krieges 1866 und 1870 eigenhänd'g seine Briefschaften und wichtigsten Papiere in einer Kiste verpackt, für den Fall, daß er nach dem Verlust des Feldzuges seine Hauptstadt nicht

wiedersehen würde[1]). Wie oft hat Friedrich Wilhelm III. und Friedrich der Große an der Existenz des Staates und der Aufrechterhaltung seiner Königsstellung gezweifelt.

Unter allen Hohenzollern dürfte wohl kaum ein einziger zu finden sein, dessen Politik sich in dem gleichen Maße der Stetigkeit und des Fortschritts erfreut, wie Kaiser Wilhelm II. Gerade die bedeutendsten unter den Hohenzollernschen Monarchen, der Große Kurfürst und Friedrich der Große, könnten in der philiströsen Gegenwart nicht den Anforderungen an Stetigkeit und Zurückhaltung genügen. Professor Dr. Ed. Heyk bezeichnet in seinem Werk „Der Große Kurfürst" (Leipzig 1902) S. 117., das Leben des Großen Kurfürsten als ein mühseliges und sorgenvolles Lavieren und gelegentlich ein recht widerspruchvolles Hin- und Herkreuzen. Friedrich Wilhelm hat nach der Darstellung dieses seines Geschichtsschreibers häufige und große Fehler gemacht, ist mehrfach nur durch günstige Fügung gut davongekommen, hat sich auch nicht in allen Wendungen der Auswärtigen Politik ganz zuverlässig bewährt. Ja, der Geschichtschreiber des Großen Kurfürsten nimmt keinen Anstand zu erklären, daß er persönlich, in seinem Temperament, zuweilen die Rüge herausfordert.

„Wahr bleibt, — schreibt Heyk — Friedrich Wilhelm ist nie ein vollendeter Diplomat gewesen oder geworden. Die Redlichkeit, die den Grundzug seines Charakters bildete, war dafür zu einfach und unmodelliert, zu wenig einer allbestimmenden Klugheit und Selbstbeherrschung unterstellt. Mehr als einmal hat Friedrich Wilhelm, was er wünschte oder plante, im ungünstigsten Moment dem Geschäftsführer der fremden Macht gesagt, mehr als einmal sich ganz von

[1]) L. Schneider. Aus dem Leben Kaiser Wilhelms II., Berlin 1888, S. 142.

ehrlicher Entrüstung und leidenschaftlicher Erregung leiten lassen. Dann hinterher erkennt er schmerzlich genug die begangene Unvorsichtigkeit, und in solchen oder ähnlichen Fällen empfindet er doppelt, um wieviel listiger die andern sind. Und dann will der Redliche auch einmal rücksichtslos, nur klug und listig sein. Darauf aber versteht er sich nicht."

Genug! Der Begründer der Hohenzollernschen Macht, der Vater des ersten Preußenkönigs, hatte Anlagen, um den Novemberleuten zu mißfallen, um durch einen Reichskanzler nach der Art des Fürsten Bülow zu einer Garantieerklärung der Stetigkeit seiner Politik unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten veranlaßt zu werden.

Das Temperament des Großen Kurfürsten war lebhaft und leicht erregbar bis zum Jähzorn. Sein Benehmen war liebenswürdig und wohlwollend gegen seine Umgebung. Im Kriege lebte er einfach und teilte mit seinen Soldaten alle Mühen und alle Entbehrungen, im Frieden liebte er Pracht und Feierlichkeiten.

Nach 11jähriger vorsichtiger Zurückhaltung begann der Große Kurfürst im Jahre 1651 völlig überraschend ein seltsames Unternehmen, den Jülischen Krieg. Sein Geschichtsschreiber Heyk nennt diesen Krieg „ein verfehltes Unternehmen von vornherein."

„Es ging alles — schreibt Heyk Seite 16 — nervös, vorschnell, unfertig zu in diesem Kriege, von seinem Ursprung an, jede politische Vorbereitung fehlte. Aber nach dem ersten raschen Einbruch erlahmte Friedrich Wilhelms Offensive. Er war schließlich doch nicht der Mann, der für solche Gewalttätigkeit paßte, er wurde verlegen und unschlüssig. Und damit war seine Sache verloren. Der rechte Moment zur größeren Waffenentscheidung war gleich anfangs verpaßt worden, es kam auch weiterhin nicht mehr dazu".

Kaiser Wilhelm II. hatte mit dem gleichen Lebensalter in der deutschen Armee das größte Machtmittel zur Verfügung, welches jemals auf Erden in der Hand eines Mannes vereinigt war. Aber niemals hat ihn sein impulsives Temperament wie einst den Großen Kurfürsten fortgerissen, einen Krieg zu eröffnen, um aus der Ruhe herauszukommen, um seine Macht zu zeigen.

Die wirkliche Größe Friedrich Wilhelms, des Kurfürsten, lag in der Stetigkeit, mit der er im Frieden und Kriege, im Glück und Unglück unermüdlich an der Verbesserung und Vergrößerung seiner Kriegsrüstung arbeitete. Kaiser Wilhelm II. unterscheidet sich in diesem wichtigsten Punkte vom Großen Kurfürsten vorteilhaft dadurch, daß er seinen Einsatz, nämlich seine Kriegsmacht, unablässig stets vermehrt, aber niemals vermindert hat.

In einem so kapitalistischen, industriellen und kommerziellen Zeitalter, überreich an Erfindungen und Neuerungen, wie dem gegenwärtigen, ist aber die Aufrechterhaltung des Friedens gerade auch für die Vermehrung der Kriegsrüstung von höchstem Werte. In der Gegenwart wächst die deutsche Kriegsrüstung mit der Vermehrung der Bevölkerung, des Kapitals, der Eisen- und Waffenindustrie, des Schiffsbaues, des Automobilismus, des Telephonwesens, der Motorluftschiffahrt geradezu automatisch. Wenn Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, in der Gegenwart regierte, so könnte er auch nichts besseres tun als den Frieden aufrechtzuerhalten. Aber würde Friedrich Wilhelm besonnen, ruhig und weitsichtig genug gewesen sein, um sein Temperament zu zügeln und allein die Wohlfahrt des Reiches im Auge behalten? Würde er nicht plötzlich wie damals drei Jahre nach dem Westfälischen Frieden zum Entsetzen Europas als Friedensstörer aufgetreten sein, um einen vollkommenen Mißerfolg zu ernten?

Dem heute so strenge verurteilten Mangel an Zurück-

haltung bei dem Großen Kurfürsten mag die Begründung einer Flotte und die Erwerbung von Kolonien entsprungen sein, Unternehmungen, die nicht aufrechtzuerhalten waren und wieder aufgegeben werden mußten. Als Kaiser Wilhelm II. mit dem Feuer jugendlicher Begeisterung auf all seinen vielen Reisen und in all seinen vielen Reden die große deutsche Kriegsflotte schuf, die von Tag zu Tag mehr die Aufmerksamkeit des seegewaltigen England erregt, da handelte er zugleich als kluger, weitausschauender Staatsmann, der die Gewißheit hat, daß sein Werk von dauerndem, unverwüstlichem Bestehen sein wird. Niemals hat ein Monarch oder sonst ein einzelner Staatsmann seit den Tagen des Themistokles mehr auf dem Gebiete des Flottenbaues geleistet als Kaiser Wilhelm II. Niemals hat ein Staatsmann klarer die strategische und politische Situation seines Vaterlandes erfaßt als Kaiser Wilhelm II., indem er das Deutsche Reich zu einer Seemacht machte an der Schwelle des größten industriellen und kommerziellen Aufschwungs, den jemals eine Nation erlebt hat.

Wie Napoleon den Herzog von Enghien, so ließ der Große Kurfürst den jüngeren Herrn von Kalckstein, Führer des ostpreußischen Junkertums, unter Bruch des Völkerrechts durch seinen polnischen Gesandten von Brandt in Warschau verhaften und nach Memel schaffen, wo er gegen Landesrecht gefoltert und am 8. November 1672 enthauptet wurde. Kaiser Wilhelm II. hat nicht nur niemals die Verfassung oder das Gesetz verletzt, sondern sich dem Fürsten Bismarck gegenüber geweigert, durch Wiedereinbringung des Sozialistengesetzes mit seinen Ausweisungsbefugnissen eine Bahn zu betreten, von der Fürst Bismarck selbst es für wahrscheinlich hielt, daß sie bei einer gewaltsamen Aufhebung des Reichstagswahlrechts durch Beschluß der verbündeten Fürsten enden werde.

An Vielseitigkeit der künstlerischen Beanlagung und Be-

tätigung steht unter den Hohenzollernschen Monarchen dem gegenwärtigen Kaiser am nächsten Friedrich der Große.

„Ich teile meine Muße unter die Künste, habe Geschmack für alle und schließe keine aus," so schrieb Friedrich als junger Monarch an seine Schwester Wilhelmine, die Markgräfin von Bayreuth. An den Plänen für seine Neubauten, das Opernhaus in Berlin, Schloß Sanssouci u. a. nahm Friedrich in einer für den Architekten nicht immer bequemen Art durch eigene Entwürfe und Zeichnungen ebenso regen Anteil, wie an der Anlage und Unterhaltung seiner Gärten.

Mit besonderer Liebe pflegte er die Musik. Sein Instrument war die Flöte. Er hat selbst mehr als hundert Flötenkonzerte und Sonaten komponiert, die nach dem Urteil der Sachverständigen zwar durch ihre trockene Ausspinnung den Dilettanten nicht verleugneten, aber auch Stellen von überraschender Schönheit und ergreifendem Ausdrucke bargen.

Unter dem Titel „Oeuvre du philosophe de Saussouci" hat Friedrich der Große eine Sammlung seiner Gedichte veranstaltet und der Öffentlichkeit übergeben.

Seinen ganzen Kriegsruhm würde er dahingegeben haben, wenn er Racines Athalie geschaffen hätte, so ungefähr hatte sich Friedrich einmal geäußert. Auch sein schriftstellerischer Ehrgeiz kannte kaum Grenzen. Von einem seiner politischen Manifeste sind nicht weniger als acht Entwürfe vorhanden. Neben kleineren historischen Abhandlungen hat Friedrich zwei historische Werke von Bedeutung geschrieben. Heut würde wahrscheinlich die Vielseitigkeit seiner künstlerischen und literarischen Betätigung die Kritik herausfordern.

Seine Offenheit wäre mit der Empfindlichkeit und Ängstlichkeit der Zeitgenossen des heutigen Kaisers schwer verträglich. Nach Eröffnung des ersten schlesischen Krieges schrieb Friedrich an seinen Freund Jordan: „Mein Alter, das Feuer meiner

Leidenschaft, die Sucht nach Ruhm, die Neugier selbst, um Dir nichts zu verbergen kurz, ein geheimer Instinkt haben mich aus meiner süßen Ruhe gerissen, und die Genugtuung, meinen Namen in den Zeitungen und dann im Buch der Geschichte zu sehen, hat mich verführt."

Welches Glück für den Großen Friedrich, daß er nicht heut gelebt hat und daß dieser Brief nicht in die Hände der Novemberleute gefallen ist. Auch der schönste Erfolg würde ihm ein hochnotpeinliches Strafgericht mehrtägiger Debatten im Reichstage nicht erspart haben.[1])

Leider hat Friedrich der Große mitunter noch ärger gegen die Zurückhaltung gesündigt, welche der einmütige Wille aller Parteien sowie des Staatsministeriums und des Bundesrats heutzutage von dem Monarchen auf Preußens Thron erheischt. Nach der geheimen Konvention von Kleinschnellendorf, durch welche Friedrich der Große im Herbst 1741 der österreichischen Armee den Abzug aus Schlesien nach Böhmen gestattete, und seine Verbündeten Frankreich und Bayern im Stiche ließ, schrieb der junge Friedrich an Podewils: „Wenn wir einen Vorteil dabei sehen, ehrenhaft zu sein, so wollen wir es sein. Und wenn man hintergehen muß, so wollen wir Schelme sein."[2])

Friedrich wollte damals Schelm sein und glaubte, sehr klug gehandelt zu haben. Es stellte sich aber bald heraus, daß er sehr töricht gehandelt hatte, indem er seinen politischen Ruf als treuer Verbündeter in aller Welt verlor, und bald aufs neue gegen dieselbe österreichische Armee zu kämpfen hatte, die er durch jene übereilte und bedenkliche Konvention, welche er selbst später in seinen historischen Schriften aufs äußerste verurteilt hat, entkommen ließ.

Wenn ein englischer Journalist die Aussprüche Friedrichs

[1]) Wilhelm Wiegand: „Friedrich der Große". (Leipzig 1902), S. 37.

[2]) Wilhelm Wiegand: „Friedrich der Große". S. 41.

des Großen damals zusammengestellt und von seinem Minister von Podewils beglaubigen hätte lassen, um sie dann in der Times zu veröffentlichen, dann wäre ganz Europa in hellster Aufregung gewesen, und Friedrich der Große hätte sich glücklich preisen können, daß seine Landeskinder nicht in einem Parlament über ihn zu Gericht sitzen konnten.

Von der berüchtigten geheimen Konvention von Kleinschnellendorf, in der Friedrich der Große sich von Österreich als Preis für die Verletzung der Interessen seiner Verbündeten die Festung Neiße und Winterquartiere in Oberschlesien zusichern ließ, ist von seinem Geschichtsschreiber Wilhelm Wiegand mit folgendem zutreffenden Urteil charakterisiert worden:

„Es war eine jener blitzschnellen, völlig überraschenden Wendungen, welche dem ersten politischen Auftreten des Königs das charakteristische Gepräge leihen, geboren zunächst aus dem alles beherrschenden Verlangen, der preußischen Politik ihre Selbständigkeit zu geben und zu wahren, bestimmt aber auch durch die jugendlich ungestüme Lebhaftigkeit seines Naturells und den persönlichen Ehrgeiz, in den Künsten und Listen der damaligen Diplomatie keinem hintanzustehen."

Der Große Friedrich war nicht nur in Worten, sondern auch in Taten arg veränderlich. Und wenn es damals in Berlin ein Parlament, einen Ministerpräsidenten nach der Art des Fürsten Bülow, und in dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten eine Zentralstelle zur Beeinflussung der Presse gegeben hätte, so würde Friedrich der Große in jenem November des Jahres 1741 nach kaum zweijähriger Regierung die Nachricht von einem so einmütigen und heftigen Scherbengericht des Berliner Parlamentes erhalten haben, daß er gezwungen gewesen wäre, mit seiner Armee nach Berlin zu marschieren, um erst den Besitz der Mark sicherzustellen, bevor er weiter an Schlesien denken konnte.

Aber unter dem jungen Friedrich würde kein Ministerpräsident es gewagt haben, ihm öffentlich eine Garantieerklärung der Stetigkeit seiner Politik abzuverlangen oder einen ganzen Tag lang Reichstagsreden ungerechtester Schmähungen gegen den Monarchen anzuhören, ohne sich von seinem Platz zu erheben und seinen verfassungsmäßigen und durch den Beamteneid gegebenen Pflichten nachzukommen. Wäre ein solcher Ministerpräsident zugleich Offizier seiner Armee und Träger seiner Uniform gewesen, so hätte er ihn aus seiner Armee entfernen lassen.

Aber warum würde denn weder ein Ministerpräsident noch irgend ein anderer Minister im preußischen Staatsministerium Neigung gehabt haben, zu einer Beschlußfassung über das Verhalten des Monarchen zur Beratung zusammenzutreten? Weil man ihn genau kannte. Von seinem Regierungsantritt im Jahre 1740 an hat Friedrich in gedruckten und nicht gedruckten Flugschriften und Büchern sein Ideal eines Monarchen dargelegt. Der Fürst als Hüter der Gerechtigkeit, als Feldherr, der sein in den Waffen stehendes Volk in den Krieg führt, als sparsamer Verwalter der Mittel des Staats, der Fürst, der sich nicht Gott, sondern seinen Untertanen gegenüber verantwortlich fühlt, der sich ganz mit den Staatsgedanken zu verkörpern weiß und sich als den ersten Diener seines Staates betrachtet, das ist der Herrscher nach dem Willen und nach dem Herzen Friedrichs.

Dieses Ideal Friedrichs des Großen, welches besonders scharf in seinem Antimacchiavell betont worden ist, deckt sich nicht ganz mit dem Ideale Kaiser Wilhelms II. In einem wesentlichen Punkte unterscheidet sich das Ideal beider. Allerdings hat auch Kaiser Wilhelm II. die Thronrede vom 27. Juli 1888, durch die er den Eid auf die Verfassung leistete, mit den Worten geschlossen: „Ich halte mir das Wort

des Großen Friedrich gegenwärtig, daß in Preußen der König des Staates erster Diener ist." Aber der Unterschied der Auffassung tritt klar zutage, wenn man sich der Worte erinnert, die Kaiser Wilhelm am 19. November 1899 in das „Goldene Buch des Deutschen Volkes an der Jahrhundertwende" geschrieben hat: „Von Gottes Gnaden ist der König, daher ist er auch nur dem Herrn allein verantwortlich."

Merkwürdigerweise hat Friedrich der Große anderthalb Jahrhunderte früher ebenso oft Gelegenheit genommen, diesen seinen Grundsatz auszusprechen, als später Kaiser Wilhelm II. Der junge Friedrich hat dieser seiner Überzeugung sogar an Stellen Raum gegeben, wo sie fast ohne Zusammenhang und innerer Begründung auftauchte. So schloß er im Jahre 1740 eine Flugschrift „Betrachtungen über den gegenwärtigen politischen Zustand Europas" mit einem nicht ganz motivierten Appell an die Fürsten, deren hohe Stellung nicht von Gott gegeben, sondern von den Völkern ihnen anvertraut sei [1]).

Friedrich der Große hat sich unsterbliche Verdienste um die Reformation der Justizpflege erworben. Er begann im Jahre 1740 seine Regierung mit der Aufhebung der Folter. In den 10 Friedensjahren, welche der Beendigung des zweiten Schlesischen Krieges (Dezember 1745) folgten, hat er sein Hauptaugenmerk auf die Herstellung einer unparteiischen Justiz gerichtet.

Unter dem Einfluß Montesquieus hat die neue große Idee ihren siegreichen Einzug gehalten, daß in Rechtssachen nicht ein königlicher Machtspruch, sondern die letzte richterliche Instanz endgültig entscheide, daß vor diesem Urteil auch der Souverän sich zu beugen habe. Es ist zweifellos Friedrich nicht leicht geworden, auf dieses alte, vornehmste

---

[1]) Wilhelm Wiegand: „Friedrich der Große". Seite 31.

Hoheitsrecht der Krone, das er einst im Antimacchiavell gepriesen, Verzicht zu leisten[1].

Hat Friedrich der Große sich alsdann diejenige Zurückhaltung auferlegt, welche die Justiz und der Staat von ihm erwarten mußte? Sein impulsives Temperament hat ihn leider zu der denkbar schwersten Verletzung der Justiz auch in der Folgezeit fortgerissen.

In der Vorstellung, daß sein Name „cruel" mißbraucht worden sei, griff er in den berühmten Prozeß des Müller Arnold ein, noch ehe die letzte Instanz, das Tribunal, angerufen war, und vernichtete durch seine harte, strafrichterliche Sentenz gegen die Räte des Kammergerichts dessen zivilrechtliches Erkenntnis. In diesem Akt der Kabinettsjustiz, der, so achtbar auch seine Beweggründe waren, eine unzweifelhafte Beugung des Rechts bedeutete, kam nach dem Urteil des Professor Wiegand die alte Anschauung von der schrankenlosen Machtfülle des Herrschers noch einmal zum erschreckenden Ausdruck[2].

Wenn Friedrich der Große statt in einem Zeitalter des Krieges in einem Zeitalter des Friedens und unter den gegenwärtigen Verhältnissen regiert hätte, so würde sein Feuer der Betätigung ihn mit der öffentlichen Meinung in mannigfachsten Konflikt gebracht haben. Aber würde der Große Friedrich in der gegenwärtigen Zeit den Frieden aufrechterhalten haben? Je mehr man Friedrich studiert, umsomehr kommt man zu der Überzeugung, daß Friedrich der Große ebenso wie Kaiser Wilhelm II. in der Zeit von 1888 bis heut einen Krieg vermieden haben würde. Friedrich der Große hat das Schwert nur dann gezogen, wenn er einen

[1]) Professor Dr. Wilhelm Wiegand: „Friedrich der Große", S. 33 und 72.

[2]) Wilhelm Wiegand: „Friedrich der Große", S. 72.

wichtigen Landerwerb machen wollte oder wenn er die Existenz seines Staates gegen den Überfall übermächtiger Gegner sichern wollte. Beide Motive liegen in der Gegenwart nicht vor. Die Mächte der Einkreisung würden es nie wagen, Deutschland zu überfallen. Und in der Gegenwart wird kein vernünftiger Politiker der Ansicht sein, daß Deutschland zur Erweiterung seiner Grenzen nach Osten oder Westen einen Krieg eröffnen solle.

Wie sehr Friedrich der Große den Frieden zu schätzen wußte, geht aus den Worten hervor, die er nach dem zweiten Schlesischen Krieg an Ludwig den XV. von Frankreich schrieb, der ihn gern zum Vermittler zwischen Frankreich und Österreich gewonnen hätte.

Friedrich antwortete ihm: „Die Rolle sei schön aber gefährlich. Er wolle sein Land nicht wieder den Launen Fortunas aussetzen." Und weiter schrieb Friedrich in diesem Briefe:

„Ich besorge nichts von den Österreichern, sie fürchten meine Armee und mein Glück, ich bin überzeugt, daß sie mich während des Dutzend von Jahren, die mir vielleicht zu leben noch vergönnt sind, unangefochten lassen werden. Ich werde fortan keine Katze mehr angreifen, es sei denn um mich zu verteidigen. Für mich liegt mehr wahrhafte Größe darin, für das Glück meiner Untertanen zu arbeiten, als für die Ruhe Europas. Mit einem Worte, ich will meines Lebens froh werden. Was sind wir armen Menschenkinder, das wir Projekte schmieden, die so viel Blut kosten. Laßt uns leben und Leben fördern."

Friedrich der Große würde also ebenso wie Kaiser Wilhelm II. in der Gegenwart die Aufrechterhaltung des Friedens und den Ausbau der Kriegsrüstung als seine Hauptaufgabe betrachtet haben. Da bei der Machtstellung des Deutschen Reichs und der Schwäche Rußlands die Lebens-

interessen Deutschlands in der Gegenwart nur von England gefährdet werden können, so würde auch Friedrich der Große auf die Freundschaft mit England und auf den schleunigen Ausbau einer starken Kriegsmarine den größten Wert legen.

Kaiser Wilhelm II. erhält den Frieden aufrecht in dem Bewußtsein seiner Stärke und in der wohlerwogenen Absicht, noch stärker zu werden. Friedrich Wilhelm IV. erhielt den Frieden aufrecht in dem Bewußtsein seiner Schwäche. Hier liegt der elementare Unterschied zwischen diesen beiden Monarchen.

Inmitten des Krimkrieges, am 20. April 1854, schlug Bismarck dem Könige Friedrich Wilhelm IV. vor, 200000 Mann in Oberschlesien zu konzentrieren, um sich zum Herrn der gesamten europäischen Situation zu machen, den Frieden diktieren und in Deutschland eine Preußens würdige Stellung gewinnen zu können. Friedrich Wilhelm IV. war nicht unempfänglich für die überzeugte Stimmung, in welcher Bismarck ihm die Sachlage und die Eventualitäten darstellte; er lächelte wohlgefällig und sagte im Berliner Dialekt: „Liebeken, das is sehr schöne, aber es is mich zu teuer. Solche Gewaltstreiche kann ein Mann von der Sorte Napoleon wohl machen, ich aber nicht.“ [1]

Dem Könige Friedrich Wilhelm IV. fehlte das Vertrauen zu seinen militärischen Fähigkeiten. Nach dem Urteile Treitschkes verabscheute er den Krieg und ward er von der Armee durch seine unmilitärischen Neigungen getrennt. [2]

Niemand kennt besser im Deutschen Reiche jedes Regiment, jedes Festungsfort, jeden Kriegshafen, jedes Schlachtschiff, jeden Kreuzer, jedes Motorluftschiff als Kaiser Wilhelm II. Niemals

[1] Otto Fürst von Bismarck: Gedanken und Erinnerungen. Band I. Seite 98 bis 99.

[2] Heinrich von Treitschke: Bilder aus der Deutschen Geschichte. I. Band. Seite 257.

hat ein Monarch mehr Zeit auf die Besichtigungen von Truppen und Kriegsschiffen verwandt oder öfter auf einem Kriegsschiffe geschlafen als Wilhelm II. Seine Manöverkritiken auf dem Lande und auf der See sind nach dem Urteile der besten Fachleute glänzend und nur möglich, weil Wilhelm II. über ein ebenso gutes Gedächtnis wie hervorragendes Rednertalent verfügt.

Warum soll Kaiser Wilhelm II. kein Feldherr sein? Warum bemüht man sich, die Vorstellung zu verbreiten, als müsse auch im Kriege Kaiser Wilhelm II. sich der größten Zurückhaltung befleißigen und die Zentralleitung zu Lande und zu Wasser anderen überlassen?

Nach meinem wohlerwogenen Dafürhalten liegt der Oberbefehl über alle Land- und Seestreitkräfte in einem modernen Kriege am besten bei demjenigen, der sich um die Kriegsrüstung zu Lande und zu Wasser das größte Verdienst erworben hat und der alle Teile der Kriegsrüstung am gründlichsten erkennt.

Die Größe der Kriegsrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft ist für Deutschland im Kriege weit wichtiger, als irgendwelche strategische Schlauheit, die manche Fachkreise für sich in Anspruch nehmen. Neben der guten Vorbereitung des Krieges muß der Monarch und oberste Feldherr das volle Vertrauen zu sich selbst besitzen. Er darf nicht ein Mann von ängstlicher Zurückhaltung sein. Keine Verantwortung darf ihm zu schwer erscheinen. Jeder Entschluß, ob besser oder schlechter, wird an der Spitze einer von Waffen starrenden Nation zum Siege führen, wenn ihn der Feldherr nur im Glauben an sich selbst rücksichtslos bis zum endgültigen Erfolge durchführt.

Der Himmel gebe, daß die Ströme von Tinte, die geflossen sind, um aus der Schuld des Kanzlers die Schuld des Kaisers zu machen, in Kaiser Wilhelm II. nicht den Glauben an sich selbst hinweggeschwemmt haben!

6. Kapitel.

Die deutsche Novemberrevolution.

Die wichtigsten Vorgänge der deutschen Novemberrevolution werden wahrscheinlich erst in einer sehr späten Zeit, wenn Generationen in das Grab gegangen sind, der Öffentlichkeit bekannt werden. Die wenigen Personen, welche gegenwärtig mehr oder weniger mit diesen geheimen Vorgängen vertraut sind, haben aus wichtigen und ernsten Gründen Veranlassung, tiefstes Stillschweigen zu beobachten. Soviel aber kann schon heut darüber mitgeteilt werden, daß die Geschichtsschreiber der Novemberrevolution dereinst aus einem Erstaunen in das andere fallen werden.

Der der Öffentlichkeit bisher bekannte Tatbestand ist in wesentlichen Stücken vollkommen falsch. Der weit wichtigere unbekannte Tatbestand wird für den Historiker nur in beschränktem Umfange aus schriftlichen Dokumenten erkennbar sein. Weit wichtiger sind mündliche Äußerungen und Verabredungen, welche die Novemberrevolution betreffen.

Auch ich muß darauf verzichten, alles in diesem Buche mitzuteilen, was in meiner Wissenschaft steht. Ich halte es aber gleichwohl für meine Pflicht, in nicht unwesentlichen Punkten den falschen Tatbestand, soweit er jetzt bekannt ist, richtigzustellen. Ich hoffe, daß das weitere Lüften des Schleiers, der über der deutschen Novemberrevolution lagert, dazu beitragen wird, die Revolution endgültig aus der Welt

zu schaffen und im Deutschen Reiche wieder normale Verhältnisse herzustellen.

Der normale Zustand wird erst dann zurückgekehrt sein, wenn Fürst Bülow aus all seinen Ämtern entlassen ist und wenn diese Entlassung erfolgt ist, ohne daß aufs Neue die Kölnische Zeitung, der Hamburgische Correspondent oder andere hochoffiziöse Blätter auf die Stimmung des deutschen Offizierkorps hinweisen, um die Entlassung zu verhindern.

Seit ungefähr dem Jahre 1906 ist in mir selbst aus wichtigem Anlaß die Besorgnis aufgestiegen, daß ein Unternehmen gegen Kaiser Wilhelm II. geplant wird.

Wie ein richtiger Prophet hat im Jahre 1906 der Schwarzseher, ein pseudonymer Verfasser, in seinem Buche „Unser Kaiser und sein Volk“ (Freiburg i. B., Verlag von Paul Waetzel) wörtlich geschrieben (S. 177): „Wir stehen an der Schwelle einer großen politischen Vertrauenskrise.“ Der Schwarzseher schöpfte aus ausgezeichneten Quellen. Seine Kenntnis des Bundesrats, der Staatssekretäre und Minister ist eine sehr intime. Die Krisis, die er voraussagte, kam, aber sie kam in der Gestalt der Revolution.

Immer deutlicher tritt seit dem Jahre 1906 das Bestreben des Fürsten Bülow hervor, die großen Fehler seiner Politik zu verdecken. In immer stärkerem Maße sind die dem Fürsten Bülow nahestehenden Parlamentarier und Zeitungen bestrebt, für die Fehler des Fürsten Bülow den Kaiser verantwortlich zu machen.

Bei jeder großen Revolution, der englischen wie der französischen, finden wir denselben Hintergrund wie bei der deutschen Novemberrevolution. Und dieser Hintergrund heißt der politische Mißerfolg. Fehlschläge in der äußeren und inneren Politik. In dem Hintergrunde aber lauert unheimlich

ein gewaltiger Magnet, der alles anzieht, dem alles zuströmt, die Zerrüttung der Reichsfinanzen.

Je mehr die Finanzen eines Staates zerrüttet werden, und je ärger der Schiffbruch der auswärtigen Politik sich gestaltet, ein umso merkwürdigeres Verhältnis pflegt sich zwischen dem Monarchen und dem verantwortlichen Minister zu bilden. Mißerfolge auf dem Gebiete der auswärtigen und inneren Politik, insonderheit der Finanzpolitik, erzeugen durchaus nicht zunehmende Bescheidenheit bei den leitenden Staatsmännern. Man kann vielmehr sagen: je schlechter ein Staatsmann die Geschäfte geführt hat, umsomehr glaubt er die Verantwortlichkeit dem Monarchen zuschieben zu dürfen.

Am 30. April 1776, kurz vor seinem Abgange als Finanzminister Frankreichs, schrieb Turgot an den damals 21 jährigen König Ludwig XVI. einen derartigen respektwidrigen Brief, wie ihn wohl kein anderer König von seinem Minister bekommen hat. In diesem Briefe heißt es: „Ihnen fehlt die Erfahrung, Sir, aber werden Sie in 8 Tagen, in einem Monat mehr haben? Kann man darauf warten, bis sich diese verspätete Erfahrung einstellt? Vergessen Sie nie, Sir, daß es die Schwäche war, die das Haupt Karl I. auf den Block gelegt hat. Man glaubt, Sie seien schwach, Sir, und es gab Augenblicke, wo ich selbst fürchtete, Ihr Charakter habe diesen Fehler. Sie haben einen Führer nötig."

Ludwig XVI. hob diesen ihn beleidigenden Brief in einem versiegelten Kuvert auf, das er eigenhändig mit der Aufschrift versah: lettre de Mr. Turgot[1]).

Es ist ein Unglück für die Monarchen, daß sie mit der zunehmenden Zerrüttung der Finanzen immer schwächer gegen

[1]) Adalbert Wahl, Vorgeschichte der französischen Revolution, I, Tübingen 1905.

die schuldigen Minister werden, statt sie energisch zur Verantwortung zu ziehen für alle Übergriffe, welche sie sich erlauben. Je schärfer ein Monarch in solcher Lage den schuldigen Minister wegen seiner Übergriffe zur Verantwortung zieht, umso gefestigter steht das Ansehen des Staates und der Dynastie da.

Die Vorgeschichte der Novemberrevolution zu beschreiben würde mich hier zu weit führen. Wie der Halsbandprozeß zur französischen Revolution, so gehört der Eulenburg-Prozeß zur deutschen Novemberrevolution. Der Name Maximilian Hardens nimmt die Stelle ein, die vor der französischen Revolution von einer langen Reihe berühmter Kritiker innegehalten wird. Die Wirkung der Hardenschen Tätigkeit geht viel weiter als gemeinhin angenommen wird. Für den späteren Historiker stelle ich fest, daß vieles anders gekommen wäre und heut anders stehen würde, wenn Holstein nicht seit dem Herbst 1906 mit Harden in Verbindung getreten, und dies nicht bekannt wäre. Von besonderer Wichtigkeit ist die Tatsache, daß es dem Reichskanzler gelungen ist, gute Beziehungen zu der verabschiedeten Exzellenz von Holstein aufrechtzuerhalten. Auch die Freiheit der Bewegung, die sich Fürst Bülow durch den Sturz des Grafen Posadowsky verschafft hat, darf nicht aus dem Auge gelassen werden.

Nun in medias res.

Als der Kaiser vom 18. November bis 9. Dezember 1907 auf Schloß Highcliffe an der englischen Südküste weilte, unterhielt er sich mit dem regelmäßig dort anwesenden Besitzer des Schlosses Oberst Stuart Wortley und zahlreichen Herren der englischen Gesellschaft in zwangloser Weise, stets bestrebt, die Beziehungen zwischen Deutschland und England zu bessern.

Der Kaiser pflegte auf seinen Reisen in ständigem Briefwechsel mit dem Fürsten Bülow zu bleiben, der sein volles

Vertrauen besaß. Daher schrieb der Kaiser nach jeder interessanten Unterhaltung, die er mit den englischen Herren über die deutsch englischen Beziehungen hatte, dasjenige was er sagte und was er hörte an seinen Kanzler. Und der Kanzler antwortete regelmäßig sofort und sprach vielfach in enthusiastischen Ausdrücken dem Kaiser sein volles Einverständnis mit den kaiserlichen Tischunterhaltungen von Highcliffe aus. Alles, was später die Öffentlichkeit in Aufregung versetzte, ist dem Kanzler durch diese Korrespondenz und durch spätere Erzählungen bekannt geworden. Was der Kaiser den englischen Herren aus dem Briefwechsel mit seiner Großmutter, der Königin Viktoria von England erzählte, war dem Kanzler nicht neu, denn mit dem Inhalt dieses Briefwechsels aus der Zeit des Burenkrieges war Fürst Bülow seit dem Burenkriege wohlvertraut. Und oftmals ist der Kaiser dem Fürsten Bülow gegenüber auf die wichtigen Tatsachen des Briefwechsels in persönlicher Unterhaltung zurückgekommen. Daher wurden die Briefe des Kaisers an seine Großmutter in dem auf Veranlassung des Fürsten Bülow veröffentlichten Artikel „Deutsche Intrigen gegen England während des Burenkrieges" in der Deutschen Revue im September 1908 ausdrücklich erwähnt.

Der keiner Redaktion angehörige, selbständige englische Schriftsteller Harold Spender, der Verfasser verschiedener Bücher, wurde mit dem ungefähren Inhalt der kaiserlichen Tischunterhaltungen bekannt und beschloß, diese Äußerungen zusammenzustellen und zu veröffentlichen.

Der frühere Chef unseres Generalstabs Graf Schlieffen spricht am Ende seines vielbeachteten Artikels „Der Krieg in der Gegenwart" (Deutsche Revue, Januar 1909) die Behauptung aus, daß die Feinde Deutschlands die Schwächung Deutschlands durch inneren Zwiespalt vermittels dieses kurzen

Zeitungsartikels und seiner hinterlistig zusammengestellten, verjährten Anklagen erreichen wollten und erreicht haben. Für diese Absicht des Mr. Harold Spender fehlt jeder Anhalt. Vielmehr ist anzunehmen, daß Mr. Harold Spender von dem aufrichtigen Wunsche beseelt war, jede Indiskretion zu vermeiden und so korrekt als irgend möglich zu verfahren. Wenn ein Journalist sich bemüht, die Aussprüche eines Kaisers zu sammeln und die Erlaubnis zur Veröffentlichung von der zuständigen Stelle zu erlangen, so folgt er lediglich der Tradition seines Berufes.

Dem Besitzer von Highcliffe lag ebenso jede deutsch-feindliche Absicht fern, als er die ihm von Harold Spender übergebene Zusammenstellung kaiserlicher Aussprüche dem Kaiser zusandte, um die allerhöchste Genehmigung zur Veröffentlichung zu erlangen.

Der Kaiser erhielt die Zusammenstellung seiner Aussprüche in Rominten im Herbst 1908, nachdem kurz zuvor der vom Fürsten Bülow veranlaßte Artikel „Deutsche Intrigen gegen England während des Burenkrieges" (Deutsche Revue, September 1908) die russisch-französische Intervention vom 28. Februar 1899 und ihr Scheitern eingehend dargestellt und den Briefwechsel des Kaisers mit seiner Großmutter aus jener Zeit erwähnt hatte. Im September und Oktober 1908 war die deutsche Diplomatie bestrebt, die Beziehungen zu England zu verbessern, selbst wenn es auf Kosten der Beziehungen zu Rußland geschehen müsse. Auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes druckte die Kölnische Zeitung den Artikel der Deutschen Revue ab und im Auswärtigen Amt gab man den Journalisten Abdrücke dieses Artikels.

Als Leser der Deutschen Revue und der Kölnischen Zeitung war der Kaiser mit diesem Artikel und mit dieser Tendenz des Auswärtigen Amtes wohl vertraut. Es ist

nicht ohne Interesse, einige Sätze aus diesem Artikel hier abzudrucken:

„Die deutsche Diplomatie hatte die Erfahrungen aus der Zeit der Krügerdepesche nicht vergessen. Weder Frankreich noch Rußland hatten damals die geringste Bewegung gemacht, um sich an unsere Seite zu stellen. In Deutschland gab man sich auch in dieser Beziehung keinen Illusionen hin. Und somit war unserer amtlichen Politik beim Beginn des Burenkrieges die Richtung ein für alle Mal vorgezeichnet. Wie schwer sie innezuhalten war, auch gegenüber der zum Teil fanatisch burenfreundlichen Volksstimmung, ist bekannt. Daß sie innegehalten worden ist trotz der warmherzigen, aber kurzsichtigen Gefühlsäußerungen im Inlande, trotz der Ablenkungsversuche von draußen, bleibt ein dauerndes Verdienst des Kaisers und des Grafen Bülow. Der Staatssekretär hatte schon beim Ausbruch des Krieges dem englischen Botschafter Sir Frank Lascelles erklärt: Solange wir auf Achtung unserer Rechte und auf Berücksichtigung unserer Interessen rechnen könnten, werde die deutsche Regierung während der Dauer der Feindseligkeiten bei keiner Kombination mitwirken und keiner Gruppierung sich anschließen, welche der britischen Regierung Verlegenheiten bereiten könne. Wir möchten vermuten, daß auch der Briefwechsel des Kaisers aus jener Zeit mit seiner Großmutter, der Königin Viktoria, und mit dem damaligen Prinzen von Wales wertvolle Aufschlüsse über die freundliche Haltung der deutschen Politik geben könnten. Unzweifelhaft sind sich die englischen Staatsmänner durchaus der Tatsache bewußt gewesen, daß alle Interventionsgelüste bestimmt waren, an der strengen Zurückhaltung Deutschlands zu scheitern. Es lagen darüber bestimmte Äußerungen Lord Salisburys vor. Der Besuch des Kaiserpaares in England vom 20. bis 28. November zeigte dann aller Welt, daß es

nicht gelingen würde, Deutschland zu feindseligen Schritten gegen Großbritannien zu verleiten. Valfrey sah im „Figaro" den Traum eines gemeinsamen Vorgehens gegen England zerrinnen und ein englisch-deutsches Bündnis am Horizont erscheinen."

Es wird dann weiter in dem Artikel der Deutschen Revue dargelegt, wie auf die englischen Niederlagen die englischen Siege folgten und wie am 28. Februar 1900 Rußland nach vorheriger Verständigung mit Frankreich eine Anfrage an Deutschland bezüglich einer gemeinsamen Intervention zugunsten der Buren richtete. Deutschland nahm zu diesem Vorschlag keine Stellung, sondern warf die Vorfrage auf, ob Rußland und Frankreich zu einer Abmachung bereit sein würden, durch welche die drei Mächte sich für eine längere Reihe von Jahren ihren europäischen Besitzstand gegenseitig garantierten. Am 20. März 1900 zog dann Graf Murawiew, der russische Minister des Auswärtigen, seinen Vorschlag formell zurück.

Am Schluß des Artikels der Deutschen Revue wird in gesperrter Schrift eine Äußerung des Prinzen von Wales gegenüber Mitgliedern des englischen Parlaments aus der Zeit von Mitte März 1900 mitgeteilt. Sie lautet: „England dürfe nicht vergessen, daß es sowohl dem kürzlichen Besuche des Kaisers in England als auch der Haltung der deutschen Regierung im allgemeinen zu verdanken sei, wenn keine Intervention seitens der Feinde Englands stattgefunden habe."

Mit Recht behauptet schließlich der Artikel der Deutschen Revue, daß diese Tatsachen eine klare und deutliche Sprache sprächen. Wer den Artikel der Deutschen Revue liest, der fragt sich, woher wußte denn der Prinz von Wales Mitte März 1899, daß das Scheitern einer Intervention der deutschen Regierung zu verdanken sei. Großer Scharfsinn gehört nicht zu der Kombination, daß der Prinz von Wales die Absicht

der Intervention aus dem Briefwechsel des Kaisers erfahren habe. Auch im Jahre 1899 werden die Mitglieder des englischen Parlaments aus den Worten des Prinzen von Wales wohl den gleichen Schluß gezogen haben, zumal ihnen nicht ganz unbekannt war, daß der deutsche Kaiser erst im November seine Großmutter besucht hatte und mit ihr und dem Prinzen von Wales in Briefwechsel stand.

Fürst Bülow hat also bereits zwei Monate vor der Veröffentlichung des Daily Telegraph, etwa im August 1908, das Bedürfnis gefühlt, durch die Septembernummer der Deutschen Revue der Welt anzudeuten, daß Deutschland die französisch-russische Intervention während des Burenkrieges auf dem Wege des kaiserlichen Briefwechsels dem Prinzen von Wales mitgeteilt habe.

Als der Kaiser im Herbst 1908 in Rominten die Zusammenstellung seiner Äußerungen durch Harold Spender in Händen hatte, war ihm erinnerlich, daß die amtliche Politik des Deutschen Reichs, daß Fürst Bülow soeben die Welt auf die Bedeutung seines Briefwechsels aus dem Burenkriege mit der Königin von England und dem Prinzen von Wales als historische Quelle der freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands und Englands hingewiesen hatte. Wenn er beim Durchblättern der Spenderschen Blättchen auf die Erwähnung und Hervorhebung seines Briefwechsels stieß, so konnte er in der Erwähnung seines Briefwechsels als Beweismaterial seiner freundschaftlichen Gefühle für England, insonderheit in der Interventionsangelegenheit, nicht ohne weiteres etwas Staatsgefährliches und der amtlichen Politik Zuwiderlaufendes erblicken. Vielmehr mußte der Kaiser annehmen, daß nach dem Urteile des Fürsten Bülow die Hervorhebung seines Briefwechsels mit der Königin von England im Staatsinteresse liegt.

Jetzt komme ich zu einer wichtigen und ernsten Frage:

Warum hat Fürst Bülow in der Septembernummer der Deutschen Revue den Briefwechsel des Kaisers mit der Königin von England und dem Prinzen von Wales in geheimnisvoller Weise als eine Quelle „wertvoller Aufschlüsse über die freundliche Haltung der Politik“ hingestellt, die das Interesse der diplomatischen Kreise aller beteiligten Großmächte erregen mußte? Das Urteil der Weltgeschichte über den Fürsten Bülow wird wesentlich davon abhängen, in welcher Weise er diese Frage beantwortet und was er zur Rechtfertigung dieses Schrittes vorbringt. Wenn die Aufmerksamkeit Harold Spenders nicht schon früher auf den kaiserlichen Briefwechsel und die französisch-russische Intervention gelenkt war, so mußte der Septemberartikel der Deutschen Revue diese Wirkung haben. Und weiter: jetzt mußte sich Harold Spender fragen, ob nicht dieser Briefwechsel des Kaisers noch viel mehr enthalte. Auch in anderen Politikern oder Schriftstellern mußte das Interesse und die Fantasie wachgerufen werden. Ganz unabhängig von Stuart Wortley und Highcliffe konnte jetzt irgendein Schriftsteller in England oder Deutschland sich eine wunderbare diplomatische Enthüllung kombinieren und den Versuch machen, von dem Deutschen Kaiser oder dem König von England oder irgend einer mit dieser Korrespondenz vertrauten Persönlichkeit die Genehmigung zur Veröffentlichung zu verschaffen. Vielleicht begünstigte den um Genehmigung seiner Fantasie Nachsuchenden der Zufall. Der Gefragte konnte vielleicht die Genehmigung in der Eile oder irgend einem Irrtum erteilen.

Seit dem Januar 1903 und in verstärktem Maße seit dem November 1906 fordert die Vertretung der deutschen Nation, der Deutsche Reichstag, daß der Deutsche Kaiser sich eine größere Zurückhaltung besonders gegenüber dem Auslande auferlege. Als wenn Fürst Bülow von diesem Verlangen niemals etwas gehört hätte, schiebt er gegen den Gebrauch aller

konstitutionellen Staaten in der Septembernummer der Deutschen Revue in geheimnisvoller Weise den Briefwechsel des Deutschen Kaisers in den Vordergrund der Ereignisse und exponiert die Person des Kaisers inmitten des interessantesten Milieus der Weltgeschichte weithin über den Erdkreis.

Wie in aller Welt paßt diese unnötige und gewaltsame Exponierung des Kaisers durch den Fürsten Bülow zu der Reichstagsrede des Reichskanzlers vom 14. November 1906, in welcher er andeutete, daß ein übertriebenes persönliches Hervortreten des Monarchen dem monarchischen Interesse nicht zuträglich ist?

„Wieweit, meine Herren — sagte am 14. November 1906 Fürst Bülow im Reichstage — ein Minister das persönliche Hervortreten des Monarchen mit seiner Verantwortung decken will, das ist Sache des politischen Augenmaßes, des Pflichtgefühls gegenüber Krone und Land."

Gebot dem Fürsten Bülow sein Pflichtgefühl, den Kaiser in dieser merkwürdigen Weise zu exponieren? Oder liegt vielleicht hier nur ein Fehler des politischen Augenmaßes vor?

Nur in Fällen dringendster Not, wenn das vitale Interesse des Staates in Frage kommt, darf ein verantwortlicher Minister den Monarchen und seine Beziehungen zu fremden Monarchen in solcher Weise exponieren. Es ist sehr schwer, einen Fall auszudenken, wo sich eine solche Exponierung des Monarchen nicht mehr vermeiden ließe. Auf das Zeugnis des Monarchen und seiner Briefe sollte man sich nur beziehen zur Feststellung einer historischen Wahrheit, die auf andere Weise nicht festgestellt werden kann und doch von größter Wichtigkeit ist.

Nun hat aber die englische Regierung, wie ich genau weiß, die französisch-russische Intervention und das england

freundliche Verhalten der deutschen Regierung gegenüber dieser Intervention durchaus nicht zuerst durch die Briefe des Kaisers an die Königin und den Prinzen von Wales in Erfahrung gebracht. Und ebenso stelle ich schon hier fest, daß die militärischen Ansichten des deutschen Kaisers über die beste Taktik im Burenkriege der englischen Königsfamilie und den englischen Staatsmännern in keiner Weise erst durch die Briefe des deutschen Kaisers an die Königin von England bekannt geworden sind.

Fürst Bülow tat also der historischen Wahrheit Gewalt an, indem er den Kaiser und seinen Briefwechsel in den Vordergrund der Ereignisse schob. Warum Fürst Bülow?

Es lag in der Natur der Dinge, daß der Kaiser nicht gern dem englischen Privatmann das in guter Absicht zusammengestellte Material zurücksandte.

Der Kaiser nahm an, daß die Zusammenstellung Spenders einer Anregung seiner Tischgesellschaft in Schloß Highcliffe ihre Entstehung verdanke. Er hatte mit dem Besitzer des Schlosses Highcliffe, dem Obersten Stuart Wortley, manche angenehme Stunde geplaudert. Stuart Wortley hat ein reich bewegtes militärisches Leben hinter sich. Im afghanischen Kriege des Jahres 1879 hat er zum ersten Male Pulver gerochen. Zweimal, sowohl im Jahre 1881 als 20 Jahre später in den Jahren 1900 und 1901, hat der Besitzer des Schlosses Highcliffe gegen die Buren gekämpft. In der Zeit von 1882 bis 1885 hat er als militärischer Sekretär und als Adjutant englischer Generale in Ägypten gekämpft. An dem Sudanfeldzug hat er in den Jahren 1897 und 1898 hervorragenden Anteil genommen. Nach dem letzten Burenkrieg hatte er drei Jahre als britischer Militärattachee in Paris verbracht. Kaiser Wilhelm hatte das ganze Schloß Highcliffe während seines Aufenthalts gemietet. Er stand an sich zu dem Besitzer des

Schlosses in einem rein geschäftlichen Verhältnis, wie der Mieter zu dem Vermieter. Aber die hervorragende soziale Position und die interessanten Kriegserzählungen des Obersten hatten den Kaiser veranlaßt, ihn oft zur Tafel zu ziehen und sich besonders über den Burenkrieg zu unterhalten.

Auch gegen den Schriftsteller E. Harold Spender war für den Kaiser kein Anlaß zu irgend welchem Mißtrauen. Der Kaiser war überzeugt, daß Spender in bester Absicht das Material zusammengestellt hatte. Spender hatte früher der Redaktion der angesehensten englischen Zeitungen, der Pall Mall Gazette, später der Westminster Gazette, dem Daily Chronicle und dem Manchester Guardien angehört. Er lebt jetzt in London als unabhängiger Schriftsteller. Seiner politischen Richtung nach ist er liberal und ein Gegner des Imperialismus. Man kann ihn als Klein-Engländer bezeichnen. Er hat vier lesenswerte Bücher und zahlreiche Artikel in Revuen verfaßt.

Die glatte Ablehnung und Rücksendung des Materials erschien dem Kaiser, der doch die Beziehungen zu England verbessern wollte, nicht angezeigt. Auch hielten sich nach flüchtiger Durchsicht die Ausführungen Spenders ungefähr in der Richtung und dem Rahmen des Septemberartikels der Deutschen Revue, dessen Veranlasser Fürst Bülow war. Kaiser Wilhelm II. neigt aber in Fragen der Veröffentlichung zu einem gewissen Mißtrauen. Das hatte er schon bei der Absendung der Krügerdepesche im Jahre 1896 bewiesen.

Als am 3. Januar 1896 dem Kaiser in Gegenwart des Reichskanzlers von dem Freiherrn von Marschall, dem Staatssekretär des Auswärtigen, die von dem Kolonialdirektor Kayser aufgesetzte und mehrfach umgearbeitete Depesche an Krüger zum Unterzeichnen vorgelegt wurde, da machte der Kaiser Bedenken geltend. Der Kaiser fragte die Anwesenden, ob die Absendung der

Depesche nicht das Verhältnis Deutschlands zu England trüben könne. Freiherr von Marschall zerstreute diese Bedenken und entgegnete wörtlich: „Die Absendung der Depesche sind Ew. Majestät der Deutschen Nation schuldig."

Unter den Anwesenden bei Absendung der Krüger-Depesche befanden sich außer den oben genannten, von Egelhaaf in seinem Werk „Geschichte der Neusten Zeit" Seite 346 aufgezählten Personen der Kriegsminister Walter Bronsart von Schellendorf, sowie der Chef des Zivilkabinetts von Lucanus.

Ich bin in der Lage, vor dem Historiker die Gewähr zu übernehmen, daß die Darstellung der Bedenken des Kaisers und der Äußerung des Freiherrn von Marschall bei Absendung der Krügerdepesche von einem der anwesenden Herren herrührt.

Auch bei der Entschließung über die weitere Behandlung der Zusammenstellung seiner Aussprüche durch E. Harold Spender stiegen dem Kaiser in Rominten Bedenken auf. An sich schien die Angelegenheit nicht von großem Belang zu sein, da es sich nur um Material zur Verwendung für Zeitungsartikel handelte. So stand es in dem Begleitschreiben, welches dem Kaiser vorlag. Mit keinem Wort war in dem Begleitschreiben davon die Rede, daß eine spätere Veröffentlichung in die Form eines Interviews gekleidet werden sollte. Auf diese Idee konnte in Rominten auch niemand kommen, denn der Kaiser hatte mit E. Harold Spender eine Unterhaltung über diese Punkte niemals gehabt.

Über Monarchen, die an der Spitze großer Reiche stehen, wird unendlich viel Falsches und Richtiges geschrieben. Kein vernünftiger Mensch wird erwarten, daß die Monarchen sich selbst hinsetzen und das Falsche und Richtige in einer ihnen vorgelegten Zusammenstellung ihrer Aussprüche sondern. Es mag auch gegenüber einem wohlmeinenden Schriftsteller im

Allgemeinen wohl das Richtige sein, ihn ohne Antwort zu lassen oder ihm zu erwidern, er möge alles halten wie er wolle. Unter Umständen kann schon aus der bloßen Berichtigung falscher Tatsachen ein verhängnißvoller Schluß gezogen werden.

Da es Kaiser Wilhelm II. aber darauf ankam, die Beziehungen zu England zu verbessern und da ihm bekannt war, daß der Reichskanzler seit einiger Zeit gleichfalls Veröffentlichungen in dieser Richtung vorgenommen hatte, so beschloß der Kaiser, daß man in eine Prüfung der Angelegenheit eintrete. Da bei flüchtiger Durchsicht dem Kaiser ernste Bedenken über die Opportunität aufgestiegen waren, so befahl er, daß die Prüfung des Materials auf das Gründlichste vorgenommen würde und befahl dem Gesandten von Rücker-Jenisch, der sich bei ihm in Rominten befand, daß der Reichskanzler persönlich die Prüfung des Materials vornehmen solle.

Der Gesandte Freiherr von Jenisch, der ein Vetter des Fürsten Bülow ist, weilte in der Umgebung des Kaisers als Vertreter des Reichskanzlers. Der Kaiser mußte die Überzeugung haben, daß der 47 jährige im diplomatischen Dienst großgewordene, mit dem Fürsten Bülow eng befreundete Gesandte, den der Reichskanzler bereits zu einem Botschafterposten in Aussicht genommen hatte, das volle Verständnis für die Wichtigkeit des ihm gegebenen Befehles besaß.

Der Kaiser glaubte auch, sich darauf verlassen zu können, daß Fürst Bülow, der seit 1897 die Geschäfte des Auswärtigen Amtes leitet, und den Briefwechsel des Kaisers während des Burenkrieges ebenso genau kannte, wie die Unterhaltungen des Kaisers zu Highcliffe im Jahre 1908, den ihm auf so sichere Weise übermittelten Befehl mit der Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt ausführen werde, zu der ein preußischer Beamter durch seinen Diensteid verpflichtet ist. Der Kaiser konnte eine

gewissenhafte Pflichterfüllung von dem Reichskanzler um so bestimmter erwarten, als dem Reichskanzler wohl bekannt war, daß die Reden und Äußerungen des Kaisers nicht selten Gegenstand einer Kritik gewesen waren, die der Kaiser peinlich empfunden hatte und deren Wiederkehr er nicht wünschte. Auch hatte der Kaiser oft dem Reichskanzler persönlich seinen Willen kund getan, die Beziehungen zu England nach Möglichkeit zu bessern, ohne Rußland und Frankreich zu verletzen.

Ziemlich am Ende seines Norderneyer Aufenthalts empfängt der Reichskanzler ein Schreiben des Freiherrn von Jenisch samt dem Material. Aus den beiden Begleitschreiben des Materials ging klar hervor, daß es sich um eine Zusammenstellung von Äußerungen des Kaisers zu verschiedenen Zeiten während seines Aufenthalts in Highcliffe und an anderen Orten mit verschiedenen englischen Persönlichkeiten über seine Stellung zu England handele.

Nach der übereinstimmenden Darstellung des Berliner Tageblattes vom 1. November und der Kölnischen Zeitung vom 1. November Sonntagsausgabe war die Zusammenstellung der Aussprüche mit nicht leserlich geschriebener Schrift (Kölnische Zeitung) oder wenigstens mit einer schwer leserlichen Schrift (Berliner Tageblatt) geschrieben. Diese Darstellung ist irreführend. Das Manuskript E. Harold Spenders war mit der Schreibmaschine geschrieben und ohne Schwierigkeiten lesbar. In dieser Form lag es dem Reichskanzler vor.

Die Entschließung des Reichskanzlers mußte von vornherein feststehen, einerlei ob er das Material selbst erst lesen oder nicht lesen wollte. Auf keinen Fall durfte die Genehmigung zur Veröffentlichung, sei es durch die Behörden, sei es durch den Kaiser, erteilt werden.

Seit zwanzig Jahren war diesem Reichskanzler wie jedem Zeitgenossen bekannt, daß die Reden und Äußerungen des

Kaisers in starkem Maße zu unliebsamer Kritik Veranlassung gegeben haben. Fürst Bülow kannte alle die Reden und Äußerungen des Kaisers, die in diesem meinen Buche besprochen worden sind. Fürst Bülow kannte die ungezwungene Freiheit, mit der der Kaiser sich in vertrautem Kreise zu äußern pflegte, viel besser als irgend jemand anders. Fürst Bülow kannte aus den Briefen des Kaisers seine Äußerungen aus Highcliffe und aus anderen Orten in England. Fürst Bülow kannte die Handlungen und Äußerungen des Kaisers während des Burenkrieges und in Sonderheit den Briefwechsel des Kaisers mit der Königin von England.

Fürst Bülow wußte, daß der Kaiser sich während seines Aufenthaltes in England im November 1899 und im Januar und Februar 1901 mit der englischen Königsfamilie und englischen Generalen sowie Staatsmännern über den Burenkrieg und die beste dabei einzuschlagende Taktik unterhalten hatte. Fürst Bülow wußte, daß die russisch-französische Intervention von Deutschland aus im März 1900 der englischen Regierung mitgeteilt worden war und hatte selbst durch den Septemberartikel der „Deutschen Revue" einen Monat zuvor auf den kaiserlichen Briefwechsel hingewiesen.

Mit anderen Worten: **Fürst Bülow brauchte den Artikel garnicht erst zu lesen, so wußte er doch ziemlich genau, was in ihm enthalten sein mußte.** Bei dem Temperament des Kaisers und nach vielen früheren Aussprüchen und Reden des Kaisers wäre zu erwarten gewesen, daß die Zusammenstellung des Materials Aussprüche von weit größerer Schärfe enthielt als tatsächlich darin zu finden war. Milder und unschuldiger als schließlich die Zusammenstellung abgelaufen ist, war sie auf keinen Fall zu erwarten.

Ohne die Zusammenstellung Spenders zu lesen hätte der Reichskanzler dem Kaiser telegraphisch oder schriftlich den Rat

erteilen sollen, seine Genehmigung zu einer Veröffentlichung zu verweigern. So hätte jeder normale Mann, aus welchem Beruf er immer hervorgegangen sein mochte, als Reichskanzler oder sonstiger Ratgeber des Kaisers gehandelt. Man braucht nicht Jurist zu sein oder studiert haben, um zu wissen, daß die amtliche Genehmigung von vielen Äußerungen eines Monarchen in zwangloser Unterhaltung gegenüber verschiedenen Personen zu schwersten Bedenken Anlaß gibt. Besonders aber wenn dieser Monarch Kaiser Wilhelm II. ist. Jeder einfache Geschäftsmann, jeder Gutsbesitzer würde von der Genehmigung einer solchen Zusammenstellung der Aussprüche unseres gegenwärtigen Kaisers ebenso abraten, wie irgend ein einfacher Subalternbeamter oder ein einfacher Schutzmann.

Durch lange Jahre hat Graf Ballestrem als Präsident des Reichstags die Diskussion der kaiserlichen Reden und Äußerungen dadurch verhütet, daß er sie als nicht autemisch, also der Genehmigung entbehrend betrachtet hat, solange sie nicht im Reichsanzeiger veröffentlicht waren. Und jetzt sollte der Reichskanzler seine Genehmigung für eine ganze Serie von Äußerungen Kaiser Wilhelms II. in Pausch und Bogen erteilen und zwar über eine Serie von Äußerungen der allerdelikatesten Art, nämlich betreffend das Verhältnis von Deutschland und England.

Auch ohne den ausdrücklichen Befehl des Kaisers, persönlich zu prüfen und zu entscheiden, hätte der Reichskanzler die Pflicht gehabt von der Veröffentlichung schlankweg abzuraten. So selbstverständlich dieser Rat gewesen wäre, so konnte ihn der Reichskanzler kaum geben. Denn durch Erteilung dieses Rates, durch Verweigerung der Genehmigung der Veröffentlichung setzte sich Fürst Bülow mit dem System in Widerspruch, welches er eben aufgebaut hatte. Sein System bestand aber in der Exponierung des Monarchen, in der geheimnisvollen

Hinweisung auf den Briefwechsel des Kaisers mit seiner Großmutter. Von seinem, aber nur von seinem Standpunkt aus war es logischer, die Veröffentlichung des Briefwechsels in die Wege zu leiten.

Fürst Bülow händigte also die gesamte Sendung aus Rominten dem deutschen Gesandten in Haag Herrn von Müller aus, der um jene Zeit vertretungsweise den Dienst bei ihm in Norderney versah. Der Gesandte von Müller sandte dann das Manuskript nach Berlin an das Auswärtige Amt und ersuchte im Auftrage des Reichskanzlers um eine eingehende Prüfung der Zusammenstellung kaiserlicher Aussprüche und um eine Berichterstattung über diese Angelegenheit.

Im Auswärtigen Amt war der Staatssekretär Herr von Schön nicht anwesend, da er sich auf Urlaub in Berchtesgaden befand. Bekanntlich bekam der Geheime Legationsrat Klehmet in der politischen Abteilung die Angelegenheit zur Prüfung. Nach der offiziösen Darstellung hat Geheimrat Klehmet die Zusammenstellung kaiserlicher Aussprüche gelesen und nichts darin gefunden, was nach seiner Sachkenntnis dem wirklichen Vorgange widerspricht. Daher hatte er in seinem Begleitbericht keine Bedenken gegen die Veröffentlichung geltend gemacht, vielmehr die Genehmigung der Veröffentlichung ausgesprochen.

Daraufhin erteilte der Reichskanzler durch seine eigenhändige Unterschrift die Genehmigung zur Veröffentlichung und sandte das Material an den Kaiser nach Rominten zurück. Nach der offiziösen Darstellung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 1. November 1908 hat der Reichskanzler nach der Veröffentlichung Ende Oktober dem Kaiser erklärt, er hätte den Entwurf des Artikels nicht selbst gelesen, andernfalls würde er Bedenken erhoben und die Veröffentlichung widerraten haben.

Kannte Fürst Bülow die wesentlichsten Punkte der Zusammenstellung kaiserlicher Äußerungen auch nicht aus dem Begleitbericht des Geheimrat Klehmet? Niemals, auch nicht im Reichstag, hat der Reichskanzler die Behauptung aufgestellt, daß der Begleitbericht die wesentlichen Punkte, nämlich den Feldzugsplan und die Intervention, nicht erwähnt habe. Aber das nur nebenbei.

Wir haben schon gesehen, daß dem Reichskanzler der wesentliche Inhalt der kaiserlichen Äußerungen aus den Briefen des Kaisers während seines Aufenthalts in Highcliffe, aus der Kenntnis des Briefwechsels zwischen dem Kaiser und der Königin von England, sowie dem Prinzen von Wales, während des Burenkrieges leicht zu erraten waren. Wer wie der Kanzler den Septemberartikel der Deutschen Revue im Gedächtnis hatte, der konnte kaum einen anderen Inhalt der Zusammenstellung kaiserlicher Äußerungen annehmen.

Ist es nicht überaus merkwürdig, daß der Kanzler weder auf der Hinreise noch auf der Rückreise des Materials dieses nicht gelesen hat? Hat er auch nicht einmal in dem Material flüchtig geblättert?

Anfang März 1908 war England und Deutschland in Aufregung versetzt, daß der Inhalt eines Briefes des Deutschen Kaisers an den Chef der englischen Admiralität Lord Tweedmouth bekannt wurde. Schon die Tatsache, daß der Deutsche Kaiser in Sachen der deutschen und englischen Flotte persönlich an den Chef der englischen Admiralität geschrieben hatte, mißfiel den Engländern ganz außerordentlich. Man erblickte in England in diesem Briefe des Kaisers eine Einmischung in die englischen Flottenbaupolitik.

Als der Reichskanzler auf der Hinreise des Materials aus dem Schreiben des Freiherrn von Jenisch die Tatsache entnahm, daß eine ganze Reihe von Äußerungen des Kaisers

gegenüber englischen Persönlichkeiten nur zusammengestellt seien, da mußte er doch die Besorgnis empfinden, daß diese oder jene Äußerung in England oder sonstwo die Gemüter erhitzen könnte.

Wenn wir als Reichskanzler im Herbst 1908 einen Mann gehabt hätten, der garnicht in dieser Welt geboren ist, sondern erst acht Monate zuvor von dem Planeten Mars nach hier abkommandiert und zum Reichskanzler in Deutschland ernannt worden wäre, so würde der Fall Tweedmouth im März 1908 vollständig genügt haben, um ihn zur gründlichsten Prüfung des Materials mit seinen Augen zu veranlassen, sofern er eben ein gewissenhafter Verwalter des übernommenen Amtes war. Ein solcher Mann brauchte durchaus nicht ein deutscher Patriot zu sein. Hatte er das Amt, sei es mit oder ohne Bezahlung, übernommen, so mußte er als normaler gewissenhafter Mann angesichts der gefährlichen Aufregung des Tweedmouthfalles das Material persönlich auf das gründlichste prüfen, auch wenn ein Befehl des Kaisers nicht vorlag. Er mußte das Material persönlich prüfen als gewissenhafter Sachwalter, auch wenn er nicht durch seinen Diensteid als Beamter und durch seinen militärischen Eid als Offizier sich in seinem Gewissen verpflichtet hielt, die Interessen des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen wahrzunehmen, da man es unterlassen hatte, ihm einen Eid abzunehmen. Ich kenne die Leute auf dem Mars nicht, aber ich weiß, wenn dieser Abgesandte der Marsbewohner in seine Heimat zurückgekehrt wäre, so würde die öffentliche Meinung auf dem Mars ihn nicht bewundern, wenn er von dieser Unterlassung zu berichten hätte. In jeder ordentlichen Gesellschaft setzt man voraus, daß ein Amt um so gewissenhafter verwaltet wird, je größer die Interessen der Menschheit sind, die auf dem Spiele stehen. Gewagte Äußerungen des Deutschen Kaisers

können aber in dieser Welt unter Umständen einen Weltkrieg entfesseln.

Hat denn Fürst Bülow in den zahlreichen Tagen und vielen Stunden von der ersten Kenntnis des Schreibens des Freiherrn von Jenisch und der Tatsache der Zusammenstellung der kaiserlichen Äußerungen bis zu der verhängnisvollen Genehmigung der Veröffentlichung durch seine Unterschrift niemals wieder an diese Angelegenheit gedacht? Nur ganz selten haben umfassendere Zusammenstellungen privater, in vertraulichem Kreise getaner Äußerungen Kaiser Wilhelms II. stattgefunden. Der Reichskanzler entsinnt sich der Zusammenstellung kaiserlicher Äußerungen durch den ihm wohlbekannten, heut verstorbenen englischen Journalisten J. A. Bashford, die im November 1907 in der Westminster Gazette veröffentlicht wurden und 1908 ihr Ende erreichten. Der Reichskanzler weiß so genau wie ich und noch besser, in wie starkem Maße Mr. Bashford als zuverlässiger, erprobter, offiziöser Journalist aufzufassen war. Es war in keiner Weise anzunehmen, daß die von E. Harold Spender gefertigte Zusammenstellung in demselben Maße den Interessen der deutschen Politik entsprach wie die Zusammenstellung des Mr. Bashford. Und auch diese wäre wohl besser unterblieben.

Fürst Bülow ist nicht erst Anfang 1908 aus einer anderen Welt in das Reichskanzlerpalais geschneit, sondern er kennt den Kaiser und seine Äußerungen besser wie irgend ein anderer Mensch.

Ihm war bekannt, daß der Kaiser bei seinem Aufenthalt in England vom 20. bis 28. November 1899 zu Anfang des Burenkrieges wiederholt mit der englischen Königsfamilie, sowie den englischen Generalen über den Burenkrieg und die beste Taktik in demselben diskutiert hatte. Der Kaiser hatte damals in Windsor wie in Sandringham

den Engländern dargelegt, daß sie den Krieg nicht mit 40000 Mann führen könnten, sondern mindestens eine Armee von 200000 Mann zur Niederwerfung der Buren nötig hätten. Diese Unterhaltungen, besonders zwischen dem Kaiser und dem Prinzen von Wales, hatten sich ganz von selbst aus dem verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Verhältnis entwickelt. Die offene Darstellung der Ansichten des Kaisers im Laufe dieser Unterhaltungen war um so weniger zu verwundern, als gerade damals Deutschland in Verhandlungen mit England über eine Verständigung betreffend Marokko war, die zu einer vollständigen Entente cordiale führen sollten. England stand unserer amtlichen Politik damals viel näher als die Burenrepubliken. Man kann sogar sagen, daß uns inmitten jener Verhandlungen, die leider gescheitert sind, kein Staat der Welt mit Ausnahme von Österreich-Ungarn und Italien gleich nahestand.

In Zeiten so intimer Freundschaft pflegen temperamentvolle Menschen in weiterem Maße aus sich herauszugehen, als es später nach eingetretener Abkühlung der freundschaftlichen Beziehungen verständlich erscheint. Es war ganz selbstverständlich, daß Kaiser Wilhelm gegenüber einem früheren englischen Militärattache und Brigadekommandeur aus dieser so historisch interessanten Zeit des Burenkrieges mancherlei erzählte.

Hat Fürst Bülow in Norderney im Herbst 1908 niemals daran gedacht, daß das aus Rominten gekommene englische Material sich auf die militärischen Ratschläge des Kaisers, die Mitteilung der Intervention und das Verhältnis der deutschen zur englischen Nation beziehen könne? Hat vielleicht Fürst Bülow die ganze Angelegenheit sofort nach der ersten Kenntnisnahme wieder vergessen? Dann würde Fürst Bülow ein

anormal kurzes Gedächtnis haben. Wenn er vergißt, daß der Kaiser die Prüfung einer Zusammenstellung seiner Äußerungen in England durch den Reichskanzler persönlich befohlen hat, dann kann er auch vergessen, daß er selbst Reichskanzler und Wilhelm II. Deutscher Kaiser ist. Und wenn das Unglaubliche geschehen wäre, daß diese wichtige und von vornherein sorgenvolle Angelegenheit seinem Gedächtnis entschwunden wäre, so war wohl jeden Tag Veranlassung in Hülle und Fülle, um wieder an die bevorstehende Veröffentlichung kaiserlicher Aussprüche erinnert zu werden.

Wenn Fürst Bülow über die Dünen von Norderney spazieren ritt und aufs weite Meer hinausschaute, dachte er dann nie an die englische Insel, an den Tweedmouthfall und an die bevorstehende Veröffentlichung kaiserlicher Aussprüche über England und Deutschland? Wenn er von seinem Spazierritt zurückkehrte und die Aktenmappen aus Rominten und aus Berlin vorfand, dachte er dann nie an den impulsiven Kaiser und an die nach der Wilhelmstraße gesandte Zusammenstellung seiner Äußerungen? Als nun wirklich das Material nach der Prüfung durch Klehmet aus Berlin wieder in seinen Händen war, sollte ihn auch da nicht das geringste Verlangen nach der Kenntnis dieser Äußerungen ergriffen haben?

Zum Mindesten müßte dem Kanzler doch einmal die Idee durch den Kopf gegangen sein, daß der Kaiser in Wirklichkeit doch ein überaus vorsichtiger, zurückhaltender, erfahrener Diplomat nach Art der alten, guten Schule sei, wenn eine ganze Zusammenstellung von seinen Äußerungen durch einen englischen Schriftsteller nicht zu den geringsten Bedenken Anlaß gibt, obgleich diese Äußerungen im intimsten Kreise, an der Tafel und in fröhlichster Geselligkeit gefallen sind.

„Die englischen Schriftsteller sind doch merkwürdige Leute,“

mag Fürst Bülow in jenen Herbsttagen bis zur Veröffentlichung im Daily Telegraph manchmal gedacht haben. „Denn sie suchen sich nachweisbar die allerlangweiligsten, nichtssagenden, bedeutungslosen Äußerungen heraus, wenn sie einen Artikel oder Interview über einen so lebhaften Monarchen wie Wilhelm II. fabrizieren. Und ein eigentümliches Volk müssen doch diese Engländer sein, denn sie kaufen gerade diejenigen Zeitungen, welche die langweiligsten Interviews veröffentlichen. Denn ein Artikel, an dem meine Geheimräte nicht das Geringste auszusetzen finden, der ist so langweilig, daß man ihn eigentlich nur in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung unterbringen kann." So mag der Kanzler manchmal beim Spazierenreiten sich mit den ihn begleitenden Herren unterhalten haben!

Oder war vielleicht die Unterhaltung mit den ihn begleitenden und den ihn besuchenden Herren mitunter ganz anderer Art? Auf dem Arbeitstische des Reichskanzlers lag das gelbe Heft der Deutschen Revue und zufällig las er wohl einmal auf dem Umschlag die Worte „Deutsche Intrigen gegen England während des Burenkrieges. Von einem Wissenden." Dann sprach man wohl auch von dem Briefwechsel während des Burenkrieges. Sprach man auch noch von etwas anderem und weiterem?

Sobald die Veröffentlichung im Daily Telegraph am 28. Oktober morgens erfolgt war, verbreitete das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau den Inhalt dieser Unterredung im ganzen Deutschen Reiche. Die Einkleidung der Veröffentlichung im Daily Telegraph war sehr eigentümlich. Der Verfasser bemerkte zunächst in der Einleitung, daß Verschwiegenheit die erste und die letzte Eigenschaft sei, die man von einem Diplomaten verlangen und die selbst von denen noch bewiesen werden müsse, die, wie er, längst aus dem öffentlichen Leben ausgeschieden und ins Privatleben übergegangen seien. Dennoch

könne es in der Geschichte der Völker Augenblicke geben, wo ein berechneter Mangel an Verschwiegenheit der Öffentlichkeit gegenüber einen außerordentlichen Dienst bedeute. „Deshalb," so fährt der Verfasser fort, „habe ich mich entschlossen, die Grundgedanken einer längeren Unterredung zu veröffentlichen, die mit dem Deutschen Kaiser zu führen ich jüngst die Ehre hatte. Ich tue dies in der Hoffnung, daß die Veröffentlichung dazu beitragen wird, eine gewisse Verständnislosigkeit, der die vom Deutschen Kaiser für England gehegten Gefühle begegnen, und die, wie ich fürchte, tief in der Brust des Durchschnittsengländers eingewurzelt ist, aus der Welt zu schaffen. Es ist des Deutschen Kaisers aufrichtiger Wunsch, daß sie ausgerottet werde. Seine Majestät hat mit impulsivem, ungewöhnlich großen Freimut zu mir gesprochen."

Der Verfasser berichtet weiter im Daily Telegraph: „Der Kaiser sagte, er empfände die beständige falsche Auslegung und Verdrehung seiner wiederholten Freundschaftsanerbietungen seitens eines Teils der englischen Presse als persönliche Beleidigung. Die in weiten Kreisen der mittleren und unteren Klassen des Deutschen Volks vorherrschende Gesinnung sei keine freundschaftliche für England. Daher spreche er gewissermaßen im Namen der Minorität im eigenen Lande. Aber es sei eine Minorität aus den besten Elementen, gerade so wie dies in England mit Beziehung auf Deutschland der Fall sei".

Der Kaiser sagte ferner nach dem Daily Telegraph, daß die Engländer im Allgemeinen der Ansicht seien, Deutschland sei ihnen während der Dauer des Südafrikanischen Krieges feindlich gesinnt gewesen. In der Tat hätten sich öffentliche und private Meinung damals feindlich verhalten. Aber als dann die Abgesandten der Buren eine Intervention zu erlangen versuchten und in Holland und Frankreich gefeiert wurden, da

habe er, der Kaiser, es abgelehnt, sie zu empfangen. Als der Burenkrieg auf seiner Höhe war, haben die Regierungen von Frankreich und Rußland an Deutschland das Ersuchen gerichtet, sich mit ihnen zu vereinigen und England aufzufordern, dem Kriege ein Ende zu machen, um die Burenrepubliken zu retten und England bis in den Staub zu demütigen. Da habe der Kaiser erwidert, daß Deutschland sich immerdar von einer Politik fernhalten müsse, die es mit einer Seemacht wie England in Verwickelung bringen könne.

„Die Nachwelt, so fügte der Kaiser hinzu, wird eines Tages den genauen Wortlaut des Telegramms lesen, das jetzt in den Archiven von Windsor Castle liegt, und indem ich den König von England von der Antwort in Kenntnis gesetzt habe, die ich den Mächten gab, die damals danach trachteten, England zu Fall zu bringen. Die Engländer die mich heute dadurch beleidigen, daß sie meine Worte in Zweifel ziehen, sollten daraus erkennen, wie ich in der Stunde ihrer Gefahr gehandelt habe. Im Dezember 1899, in düsteren Unglückswochen, erhielt ich einen Brief von meiner verehrten Großmutter, auf welchen ich eine mitfühlende Antwort schickte. Ich tat mehr, ich ließ durch einen Offizier einen genauen Bericht über die Zahl der Kämpfer auf beiden Seiten in Südafrika und über die gegenwärtige Stellung der einander gegenüberstehenden Streitkräfte beschaffen. Mit den Plänen vor mir, so fuhr der Kaiser fort, arbeitete ich den nach meiner Ansicht besten Feldzugsplan aus, unterbreitete ihn meinem Generalstabe zur Kritik und sandte ihn dann nach England, und dieses Schriftstück ist ebenfalls unter den Staatspapieren in Windsor Castle. Als merkwürdiges Zusammentreffen lassen sie mich hinzufügen, daß der von mir aufgestellte Plan demjenigen sehr nahe kam, welcher wirklich von Lord Robert angenommen und glücklich von ihm ausgeführt wurde."

Der Kaiser schloß nach dem Daily Telegraph damit, daß er über die deutsche Flotte sprach. Deutschland müsse eine machtvolle Flotte haben, um diesen Handel mit seinen mannigfachen Interessen auch in den entferntesten Meeren zu schützen. Deutschland müsse für alle Eventualitäten im fernen Osten gerüstet sein. Wer könne im Voraus wissen, was sich in kommenden Tagen im Stillen Ozean ereignen werde, in Tagen, die nicht so fern seien, als manche glaubten. Der Kaiser schloß: „Nur auf die Stimme von Mächten mit starken Flotten wird mit Achtung gehört werden, wenn die Frage der Zukunft des Stillen Ozeans zu lösen sein wird. Es kann wohl einmal geschehen, daß England selbst froh sein wird, daß Deutschland eine Flotte hat, wenn beide Länder gemeinsam auf derselben Seite ihre Stimme erheben werden in den großen Debatten der Zukunft."

Dies sind die wichtigsten Bestandteile der Zusammenstellung von Äußerungen des Kaisers, die Mr. E. Harold Spender in die Form eines Interviews kleidete und der Redaktion des Daily Telegraph zur Veröffentlichung übergab.

Mr. Spender wollte der Welt einen Beitrag zum Weltfrieden spenden, in Wirklichkeit aber spendete er der Welt eine Pandorabüchse voll Unheil und Unfrieden.

Nach der Erzählung des Hesiod lebten die Menschen, bevor Zeus ihnen zur Strafe für den Feuerdiebstahl des Prometheus die Pandora mit dem schreckensvollen Gefäß sandte ohne Drangsal, Krankheit und Alter: „Aber das Weib hob ab vom Gefäß den mächtigen Deckel, streute mit Händen daraus: für die Menschheit sann sie auf Trübsal."

Die Einkleidung als ein persönliches Interview, als eine längere Unterhaltung des Kaisers mit einem erfahrenen Diplomaten war ebenso auf unheilbringende Wirkung abgestimmt wie jeder einzelne Satz des Inhalts. Hätte der Leser

von Anfang an gewußt, daß die Einkleidung falsch und phantastisch war, so hätte er die einzelnen Äußerungen auch mit mißtrauischen und kritischen Augen aufgenommen. Nimmt man jede einzelne Äußerung für sich und weiß man, daß sie an der Tafel, in fröhlicher Gesellschaft, vielleicht auch nach der Tafel in später Nachtstunde gefallen ist, und daß sie vielleicht auch anders gelautet haben kann, so bleibt von dem berühmten Interview nichts übrig, was die Welt in Aufregung versetzen könnte.

Die Zusammenstellung zu einem Interview würde niemals gefährlich sein, da sie durch das Dementi, daß ein solches Interview niemals stattgefunden hat, in ein Nichts zusammensinken würde. Zur unheilbringenden Pandorabüchse wird die Zusammenstellung E. Harold Spenders lediglich durch die eigenhändige Genehmigung des deutschen Reichskanzlers Fürsten von Bülow.

Also nicht E. Harold Spender, sondern Bernhard von Bülow ist der wirkliche Spender dieser Pandorabüchse voll von Unheil für die Hohenzollern'sche Dynastie, für das Deutsche Reich und für die Beziehungen der großen Nationen untereinander. Als Fürst Bülow am Vormittag des 28. Oktober das Telegramm über die Veröffentlichung des Daily Telegraph las, was mögen in diesem Momente seine Empfindungen und seine Gedanken gewesen sein? Erschien dem Reichskanzler der Inhalt dieses persönlichen Interviews überraschend und bedenkenerregend? Fürst Bülow gilt in weiten Kreisen als ein erfahrener Diplomat, der vielleicht nicht weit voraussieht, aber ein schnelles Auffassungsvermögen und eine schnelle Entschlußfähigkeit besitzen soll.

Fürst Bülow dürfte durch die Lektüre des Interviews in keiner Weise überrascht oder gar in Unruhe oder Besorgnis versetzt worden sein. Denn sonst hätte er die Verbreitung des

Interviews durch das Wolff'sche Telegraphenbureau und durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung verhindern und statt dessen eine Notiz verbreiten lassen, welche das Interview als unwahr und nicht der Beachtung wert hinstellte. Zu dieser Kennzeichnung des Interviews hätte Fürst Bülow in soweit ein Recht gehabt als ein persönliches Interview eine längere Unterhaltung eines Diplomaten mit dem Kaiser über alle diese Punkte niemals stattgefunden hat. Fürst Bülow hätte zugleich am Mittag des 28. Oktober in seinem Dementi offen und ehrlich erklären können, daß ihm eine Zusammenstellung kaiserlicher Äußerungen zur Genehmigung vor einiger Zeit vorgelegt worden sei, und daß er bedaure, seine Unterschrift zu dem Genehmigungsvermerk gegeben zu haben, da er die Äußerungen nicht gelesen hatte, sie aber für richtig hielt. In Wirklichkeit seien die Äußerungen eine augenscheinlich tendenziöse Zusammenstellung und entsprächen nach keiner Richtung hin den tatsächlichen Vorgängen.

Warum hat der gewandte und diplomatisch geschulte Fürst Bülow nicht in dieser oder ähnlicher Form das seinem Monarchen und Vaterlande drohende Unheil abgewandt?

Dies ist eines in der langen Kette von Geheimnissen, deren volle Aufdeckung eigentlich nur Fürst Bülow geben kann. Vielleicht gelingt es aber in nicht zu ferner Zeit, ein klares Bild dieser Zusammenhänge und merkwürdigen Begebnisse zu zeichnen.

Nach meinem Dafürhalten war Fürst Bülow durch die Lektüre des persönlichen Interviews in keiner Weise überrascht. Die beiden Hauptpunkte, die Intervention und der Feldzugsplan, würde er wahrscheinlich sogar in dem Interview direkt vermißt haben, wenn sie nicht sein Auge sofort entdeckt hätte. Die Intervention und der Feldzugsplan werden wie ein

Bouquet, welches Britannia der Germania überreicht, zusammengehalten durch das gemeinsame Band des Staatsarchivs in Windsor Castle und des Briefwechsels des Kaisers mit der Königin von England. Als Fürst Bülow von dem Briefwechsel las, da war er wohl ganz befriedigt, denn er selbst hatte ja in der Septembernummer der Deutschen Revue sein bestes getan, um auf den geheimnisvollen Inhalt dieses Briefwechsels hinzuweisen. Ebenso mag Fürst Bülow mit Befriedigung die Enthüllungen über die Intervention gelesen haben, denn er selbst hatte sich in der Septembernummer der Deutschen Revue bemüht, in geschickter Weise anzudeuten, daß der Prinz von Wales von Deutschland aus sehr schnell von den deutschen Verdiensten um das Scheitern der Intervention in Kenntnis gesetzt worden war und schon Mitte März 1900 diese deutschen Verdienste gegenüber englischen Parlamentariern gesprächsweise betonte, also zu einer Zeit wo Graf Muraview seinen formellen Antrag auf gemeinsame Intervention an Deutschland noch garnicht zurückgezogen hatte.

Nur Fürst Bülow selbst kann sagen, ob die Erwähnung des Feldzugsplanes, den der Kaiser seinem Generalstabe zur Kritik unterbreitet hatte, ihm in diesem Augenblicke etwas weit gegangen schien. Aber Fürst Bülow befand sich inmitten des großen Stabes seiner diplomatisch und politisch geschulten Mitarbeiter und konnte jede Minute in eine Erörterung der Frage eintreten, ob er nicht sofort durch Wolff's Telegraphenbureau diesen Punkt richtig stellen sollte. Hatte Geheimrat Klehmet früher bei seiner Prüfung des Materials es unterlassen, den Großen Generalstab wegen der Richtigkeit dieser Tatsache zu befragen, so konnte man jetzt das Versäumte nachholen und das persönliche Interview des Daily Telegraph in dieser Hinsicht dementieren.

Nichts von alledem geschah! Fürst Bülow würde auch

ein Mangel an Konsequenz in seiner ganzen Haltung darlegen, wenn er etwas getan hätte. Trotz der schweren Irrungen der Tweedmouthaffaire, 6 Monate zuvor, war er im Prinzip vollkommen damit einverstanden, daß eine ganze Serie von Äußerungen des Kaisers gegenüber Engländern in vertrautestem Kreise veröffentlicht würde und hatte der Kanzler selbst durch den Septemberartikel der Deutschen Revue das Wesentlichste des persönlichen Interviews schon vorweg genommen oder wenigstens angedeutet.

Daher war es ganz konsequent, wenn man mutig auf dieser Bahn der Exponierung des Kaisers vorwärtsschritt. Daher war die Tägliche Rundschau in der Lage, in der Abendausgabe vom Mittwoch den 28. Oktober 1908 am Schluß der Wiedergabe des persönlichen Interviews folgendes zu schreiben:

„Nach unsern an unterrichteter Stelle eingezogenen Erkundigungen trifft der vom Daily Telegraph mitgeteilte Wortlaut dieser kaiserlichen Unterredung ungefähr das Richtige. Das Gespräch hat bei der letzten Anwesenheit des Kaisers in England stattgefunden."

Wer die guten Beziehungen der Täglichen Rundschau zum Reichskanzler kennt, der wußte, daß der Reichskanzler mit dem persönlichen Interview einverstanden ist, und daß das Gespräch tatsächlich stattgefunden hat.

Der Chefredakteur Dr. Georg Örtel, der gleichfalls dem Reichskanzler besonders nahesteht, schrieb in dem Leitartikel der Deutschen Tageszeitung Morgenausgabe vom Donnerstag den 29. Oktober 1908 unter der Überschrift „Des Kaisers Unterredung mit einem englischen Diplomaten":

„Die Unterredung Seiner Majestät des Kaisers mit einem früheren englischen Diplomaten, über die der Daily Telegraph berichtete, scheint tatsächlich stattgefunden zu haben und von

dem genannten Blatte im Allgemeinen richtig wiedergegeben zu sein. Das glauben wir wenigstens daraus schließen zu können, daß das Wolff'sche Telegraphenbureau den Bericht über die Unterredung auszugsweise wiedergegeben und daß diese Wiedergabe von der offiziösen Norddeutschen Allgemeinen Zeitung übernommen worden ist. Ein hiesiges Blatt will auch an unterrichteter Stelle erfahren haben, daß der Bericht im Allgemeinen zutreffend sei, und daß die Unterredung bei dem letzten Aufenthalt des Kaisers in England stattgefunden habe. Gleichwohl wird man Zweifel hegen dürfen, ob der Bericht wörtlich und in allen Einzelheiten richtig und völlig korrekt sei. Bis diese Zweifel ganz gehoben sind, ist eine gewisse Zurückhaltung geboten."

Weiter erklärt Herr Dr. Örtel, daß er an das Einverständnis des Kaisers mit der Veröffentlichung nicht glaube, sondern bis zum Beweise des Gegenteils annehme, daß es sich um eine Indiskretion handle.

Am Donnerstag den 29. Oktober 1908 beginnt in den Berliner Morgenblättern das erste Anheben des großen Sturmes. Unter der Überschrift „Die neueste Londoner Indiskretion" schreibt Heinrich Rippler in der Täglichen Rundschau: „Laßt fahren dahin alle Hoffnungen auf endliche Stetigkeit und Ruhe unserer Politik, auf eine Einheitlichkeit des Kurses, für den der verantwortliche Staatsmann vor der Welt und vor dem deutschen Volke allein einzustehen hat. Wir haben eine Politik des Kaisers und eine Politik der Regierung, die sich in den meisten Fällen wenigstens vor der Welt decken, die aber auch, wie im vorliegenden Falle, zuweilen nebeneinander arbeiten und dann sich in ihren Wirkungen stören müssen. Jeder Deutsche, vom verantwortlichen Reichskanzler angefangen, hat die Pflicht, Einspruch zu erheben,

gegen eine doppelläufige Politik, die uns in unabsehbare Wirrnisse stürzen kann".

Das Berliner Tageblatt schreibt am Morgen des 29. Oktober 1908: „Der ungenannte Diplomat, der des Kaisers angebliche Worte veröffentlicht hat, behauptet, unser Freund zu sein. Der intriganteste Feind Deutschlands und des Deutschen Kaisers hätte nichts schlimmeres ersinnen können."

Als im Laufe des 28. Oktober eine Reihe von Journalisten bei dem Pressedezernat des Auswärtigen Amtes vorsprachen, um sich nach dem persönlichen Interview und seinem Ursprung zu erkundigen, erhielten sie die Auskunft, in dem sogenannten Interview stünden ja nur längst bekannte und unzweifelhafte Dinge.[1]) Es war also garnicht zu verwundern, daß die Magdeburgische Zeitung am Morgen des 29. Oktober das persönliche Interview noch als „eine befreiende Tat" auffaßt. Sie schreibt:

„Es ist wohl von zimperlichen Seelen schon dagegen eingewandt worden, ob solche Indiskretionen nicht unstatthaft, nicht schädlich seien. Da möchten wir doch im Sinne jenes englischen Diplomaten sagen, daß sie in kritischer Stunde wie eine befreiende Tat wirken können, wenn man den Engländern zeigt, was ihre jetzigen guten Freunde in den Tagen der größten Gefahr gegen sie im Schilde geführt haben."

Die Kölnische Zeitung hält sorgsam mit ihrem Urteil zurück und erinnert in der Mittagsausgabe vom 29. Oktober 1908 an den September-Artikel der Deutschen Revue. Sie schreibt: „Außer der Erzählung des Feldzugplanes bringt der Bericht des Daily Telegraph von Neuem nur die Bestätigung des Wunsches des Kaisers gute Beziehungen zu Großbritannien herbeizuführen."

[1]) Adolf Stein. „Wilhelm II." S. 8.

Besonders der Artikel der Täglichen Rundschau und der Rheinisch-Westfälischen Zeitung mögen durch ihre Schärfe neben der Flut von Telegrammen aus ganz Europa über die ausländischen Pressestimmen im Laufe des 29. Oktober zum ersten Male in dem Reichskanzler ein Gefühl der Besorgnis erweckt haben, daß die von ihm genehmigte und befürwortete Veröffentlichung im Daily-Telegraph nicht zeitgemäß und zweckdienlich sei. Bis dahin betrachtete das Auswärtige Amt und wohl auch der Reichskanzler die Veröffentlichung im Daily-Telegraph als eine Fortsetzung der diplomatischen Taktik, die man mit dem Septemberartikel der Deutschen Revue eröffnet hatte. **Der Septemberartikel hatte die beabsichtigte Wirkung noch nicht erreicht. Daher konnte die Wiederholung und Ausgestaltung der in dem Septemberartikel enthaltenen Tatsachen durch den Kaiser die gewünschte Wirkung erzielen.**

Jetzt erst erkennt der Kanzler die Größe des begangenen Fehlers und reicht sein Abschiedsgesuch ein.

Fürst Bülow ist ein rätselhafter Mann. Wie oft haben diejenigen Parlamentarier und Politiker, die dem Fürsten Bülow am nächsten stehen, als sein Hauptverdienst die Verhinderung von vielen unbedachtsamen Äußerungen und Handlungen des Kaisers hingestellt. Zahlreiche Reden und Telegramme und Briefe des Kaisers haben in der ganzen deutschen Nation seit Jahrzehnten in steigendem Maße den Wunsch wachgerufen, daß der Kaiser Reden und Schriftstücke, besonders die für das Ausland bestimmten, seinem Reichskanzler persönlich vorher vorlegen möge. Nachdem der Brief des Kaisers an den Lord der englischen Admiralität Tweedmouth durch die teilweise Veröffentlichung der Times am 6. März 1908 so unliebsames Aufsehen erregt hatte, hegte der Kaiser selbst den dringenden Wunsch, daß die Zusammenstellung seiner Äußerungen nicht der Öffentlichkeit übergeben werde, bevor

der Reichskanzler persönlich sie durchgesehen hat. Jeder andere Mensch würde als Reichskanzler diesem Befehle entsprochen haben.

Fürst Bülow empfindet über diese Zusammenstellung gar keine Unruhe. Man könnte denken, daß er die ganze Angelegenheit vergessen hatte und nur auf eine Sekunde zum Zwecke der Unterzeichnung der Genehmigung wieder daran erinnert worden ist. Als er schließlich am 28. Oktober die Zusammenstellung in der Form des persönlichen Interviews in dem Telegramme liest, kommt er keineswegs aus seiner behaglichen Ruhe und sieht keine Veranlassung zum sofortigen Angreifen. Erst als der Sturm ihn weg zu fegen droht, reicht er sein Entlassungsgesuch ein, indem er gleichzeitig den Kaiser um die Genehmigung der Veröffentlichung des Tatbestandes in der von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung am 1. November wiedergegebenen Form findet.

Hat der Reichskanzler bis zum 28. Oktober 1908 kein Wort von dem Interview des Amerikaners Hale gehört, wodurch ihm die Spender'sche Zusammenstellung ins Gedächtnis gerufen werden konnte?

Es ist unerfindlich warum der Reichskanzler in den Tagen vom 29. Oktober bis 1. November die ungeheuren Angriffe gegen den Kaiser ins Land gehen ließ, ohne ihnen durch das Preßdezernat des Auswärtigen Amtes entgegenzutreten.

Am 1. November nach der Feststellung des teilweisen Tatbestandes durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schrieb der Hannoversche Courier:

„Nach unserem Gefühl gibt es keinen anderen Ausweg als den, daß Fürst Bülow auf seine Entlassung besteht (so gern wir dem Bülow vom 13. Dezember 1906 einen anständigeren Abgang von dem Platze Bismarcks gewünscht

hätten), und daß mit ihm die unfähigen Beamten des Auswärtigen Amts gehen, die den Text des Kaiser-Interviews gelesen hatten, aber nicht zu erkennen vermochten oder den pflichtmäßigen Mut nicht hatten, zu bekennen, daß dies Interview nie und nimmer an das Licht der Öffentlichkeit kommen dürfte. Und nach dem Personalwechsel Bürgschaften, daß eine solche Krisis sich nicht wiederholen kann."

Die Leipziger Neuesten Nachrichten schrieben Dienstag, den 3. November 1908, unter der Überschrift „Geschieden muß sein" über den Kanzler: „Ja, die Wellen von Norderney murmeln noch immer ihr ewiges Lied, aber sie werden bald das Grab eines Kanzlers bespülen! Denn wer in aller Welt hätte den Mut zu behaupten, daß dieser Kanzler noch möglich sei? Es ist mir leid um dich, mein Bruder Jonathan — aber geschieden muß sein. Geschieden ohne Wiedersehn, ohne daß der Mann, der bisher das Deutsche Volk geleitet hat, in Zukunft auch nur als Führer eines winzigen Teiles dieses Volkes gelten wird."

In ähnlicher Weise schreibt das Leipziger Tageblatt am 3. November 1908: „Wir hätten dem Kanzler, dem saturierten Grandseigneur hamburgischen Wohlwollens, einen anderen Abgang gewünscht. Aber wir sehen heute keine Möglichkeit mehr, wie dieser Mann noch deutsche Geschäfte mit Erfolg führen kann. Fürst Bülow ist ein Sechziger, und in den Jahren wird man nicht mehr aus einem Hofmann ein Staatsmann. Man bleibt, was man ist, und Fürst Bülow ist kein Kanzler."

Fürst Bülow erschien in der Tat in diesen Tagen hart bedroht. Wenn er nicht Preuße wäre und wenn es sich nicht um die Verteidigung des Königs von Preußen handelte, so würde es psychiologisch ganz verständlich sein, daß er zunächst an seine eigene Rettung und nicht an die Verteidigung seines

Chefs dachte. Es muß ihm überlassen bleiben, wie er sich in seinem Gewissen als Offizier und als vereidigter Beamter mit der Haltung abfindet, die er nunmehr einzunehmen beliebte.

Vom Standpunkt seines eigenen Interesses aus, also von dem engsten egoistischen Interesse des Augenblickes aus, handelt er in dieser bedrohten Lage mit anerkennenswertem Geschick und mit einer staunenswerten Rücksichtslosigkeit. Würde er zur Verteidigung des Kaisers den ganzen Tatbestand der Welt mitgeteilt haben, so war der Kaiser sofort gerechtfertigt, aber Fürst Bülow würde sich moralisch unmöglich gemacht haben. Er ließ es also bei dem knappen, gänzlich unvollständigen Tatbestand der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 1. November bewenden, verzichtete auf eine Verteidigung seines Kaiserlichen Herrn vollständig und strengte sich mit allen Fasern an, um die Stellung zu behaupten.

Blitzschnell schwenkte ein erheblicher immer wachsender Teil der Presse in das Fahrwasser des entschlossen auftretenden Kanzlers ein.

Der hochoffiziöse Hamburgische Korrespondent, der gelegentlich auch einmal unter Hinweis auf das Offizierkorps eine etwas deutlichere Sprache zu führen vermag, sobald die Stellung des Fürsten Bülow ihm wirklich bedroht erscheint, drückte sich bereits am 2. November 1908 in einer selbst für den Kaiser wohlwollenden Art aus. Er schreibt:

„Der Kaiser hat recht getan und verdient den Dank der Nation, indem er das Entlassungsgesuch des hochverdienten Kanzlers ablehnt. Denn er wird dabei geleitet gewesen sein von der Erkenntnis, daß er selbst mit der Befürwortung der Publikation seinen ersten Ratgeber fast schon vor eine getroffene Entscheidung gestellt hatte. Loyal, wie wir ihn kennen, hat Fürst Bülow den Schleier über den Worten gelassen, mit denen ihm der Kaiser die Publikationsanregung hat zukommen

lassen. Sie werden so gelautet haben, daß Fürst Bülow geglaubt hat, nicht gut ablehnen zu können. Daß fühlte auch der Kaiser jetzt. Und ritterlich nimmt er selbst die Verantwortung auf sich, indem er genehmigt, daß dieser Sachverhalt der Öffentlichkeit mitgeteilt wird. Dank verdient nicht minder Fürst Bülow dafür, daß er auf dem in ritterlicher Loyalität geäußerten Rücktrittswunsch nicht beharrte. Denn zur Katastrophe wäre die Kalamität geworden, wenn er in einem solchen Augenblick den Geschäften den Rücken gekehrt hätte."

Wenn ein aktiver Reichskanzler nicht Enthüllungen über Randbemerkungen seines Monarchen, des Deutschen Kaisers, macht, so wird seine Loyalität schon von den offiziösen Zeitungen gepriesen. Traurige Lage! Immerhin wußte der Hamburgische Korrespondent einiges anzudeuten. Also muß doch der Redaktion irgend woher eine Aufklärung zugegangen sein. Von jetzt ab spielt in den offiziösen Blättern in steigendem Maße nicht nur bis zu dem 17. November, sondern auch weiter stets, wenn von der Entlassung des Kanzlers die Rede ist, das Wort Katastrophe eine unheimliche Rolle. Der Abgang Bernhard von Bülows ist eine Katastrophe.

Wahrscheinlich wird sein Abgang recht bald mit katastrophenartiger Plötzlichkeit ihm zur Gewißheit werden, aber dann wird der Fürst Bülow wohl ganz allein das Gefühl einer Katastrophe haben, während die offiziösen Blätter bereits die Jubelartikel für seinen Nachfolger drucken. Wenn Fürst Bülow erst aus seiner Stellung katastrophenartig entfernt ist, dann wird sich auch der Hamburgische Korrespondent nicht mehr dafür interessieren, wie das Offizierkorps über seine Entlassung denkt und es unterlassen, erfundene Stimmungsberichte über unser deutsches Offizierkorps zu fabrizieren.

Allmählich gelingt es dem Kanzler und seiner Presseabteilung, die gesamte deutsche Presse zum Umschwenken zu

bewegen. Und nun vollzieht sich eine der kuriosesten Begebenheiten in der Geschichte konstitutioneller Nationen. Immer lauter erschallt aus denselben Kehlen und aus denselben Federn der Ruf: „Gebt ein Gesetz, um den Reichskanzler zur Verantwortung zu ziehen! Fürst Bülow muß in seinem Amte bleiben!"

Nicht um den Fürsten Bülow anzuklagen und aus seiner Stellung zu entfernen, nein, um ihn nicht anzuklagen, um ihn in seiner Stellung zu erhalten, fordert die erhitzte Menge den Ausbau der Ministerverantwortlichkeit für das Reich.

Schon befindet man sich auf der abschüssigen Bahn, den Kaiser öffentlich zur Rechenschaft zu ziehen und den Rahmen der Konstitution zu verlassen. In allen revolutionären Zeiten geschehen von denselben Leuten oft in demselben Augenblicke die kuriosesten, sich widersprechenden Handlungen. Am klarsten hat sich im Jahre 1848 der badische Bauer ausgesprochen, welcher sagte: „Wir wollen die Republik, aber unsern Großherzog wollen wir auch."

Die jetzt anwachsende revolutionäre Bewegung ist nur erklärlich, durch die systematische Verdeckung des wirklichen Tatbestandes. Die Zeitungsartikel werden immer unwahrer, die Lage wird immer verworrener.

Zeit gewonnen ist alles gewonnen, sprach sich Fürst Bülow aus und sorgte dafür, daß die Reichstagsdebatten über die Daily Telegraph Affaire erst am 10. und 11. November stattfinden konnten.

Aus Unkenntnis des wirklichen Tatbestandes und um den Kanzler im Amte zu erhalten, hauen selbst die besten der Reichstagsreden am 10. und 11. November vollkommen daneben.

Die in den Reichstagsdebatten immer wiederkehrende Grundauffassung ist, daß der Schwerpunkt nicht in der Veröffentlichung selbst liegt, sondern in den Gesprächen, die

der Kaiser geführt hat. Ein so besonnener Redner wie der Abgeordnete Bassermann wirft die Frage auf, ob die Anordnung der Aufstellung eines Kriegsplans und die Mitteilung der französisch-russischen Intervention an England nicht der ministeriellen Gegenzeichen entbehrt haben. In der von dem Abgeordneten Bassermann verlesenen Erklärung des Zentral vorstandes der Nationalliberalen Partei heißt es, daß die Tatsachen, die durch die Veröffentlichung des Daily Telegraph bekannt geworden sind, die tiefgehende Erregung des Volkes hervorgerufen haben. „Die persönlichen Eingriffe in die Auswärtige Politik, wie sie aus den mitgeteilten Gesprächen und Maßnahmen Sr. Majestät des Kaisers hervorgerufen werden, erscheinen weder der Wohlfahrt des Reiches zuträglich, noch im Einklang mit seinen verfassungsmäßigen Grundlagen. Deshalb müssen wir, obwohl durchdrungen von der Überzeugung, daß auch diese Äußerungen unseres Kaisers der tiefen Sorge um das Wohl seines Volkes entsprungen sind, dem ernsten Wunsche Ausdruck verleihen, daß der Kaiser in seiner politischen Betätigung sich die dem konstitutionellen Herrscher obliegende Zurückhaltung auferlegt. Von unseren Abgeordneten aber erwarten wir, daß sie jeder die verfassungsmäßig bestellten Ratgeber ausschaltenden persönlichen Einwirkung auf unsere äußere oder innere Politik nachdrücklich und rückhaltslos entgegentreten."

Dieser Erklärung der nationalliberalen Partei, welche der Abgeordnete Bassermann in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte, dürfte die Quintessenz des allgemeinen Urteils im Reichstag wie im ganzen Reiche darstellen. Und doch trifft sie den Nagel nicht auf den Kopf.

Der Kaiser hat nicht den Reichskanzler ausgeschaltet, sondern der Reichskanzler hat sich selbst ausgeschaltet. Nicht der Kaiser hat gegen die Konstitution gehandelt, sondern der Kanzler.

Durch seine Gespräche und Maßnahmen hat der Kaiser sich nicht persönliche Eingriffe in die auswärtige Politik erlaubt. Hier liegt der Kardinalirrtum des ganzen Reichstags und der ganzen Bevölkerung. Allerdings ist dieser Massen-Irrtum entschuldbar, denn niemand kennt den wirklichen Tatbestand.

Was der Kaiser während seines englischen Aufenthalts in Highcliffe und an anderen Orten gesprochen hat, hat schon damals die schriftliche Billigung seines Kanzlers in dem Briefwechsel zwischen Kaiser und Kanzler gefunden.

Was der Kaiser während des Burenkrieges gesagt, geschrieben oder getan hat, lag im Rahmen und in der Absicht der amtlichen auswärtigen Politik und fand schon damals die volle und ungeteilte Zustimmung des Kanzlers.

An der sensationellen Zuspitzung und Formulierung, sowie Einkleidung des persönlichen Interviews ist der Kaiser vollkommen unschuldig. Jeder einzelne seiner Aussprüche hat nicht diese Form und dieses Aussehen in Highcliffe gehabt, welche ihm durch die Redaktion Spenders zu Teil geworden ist. Es war nicht Sache des Kaisers, diese Zusammenstellung zu bearbeiten und neu zu redigieren. Dies mußte, wenn die Veröffentlichung durchaus erfolgen sollte, nach den Gewohnheiten eines konstitutionellen Staates durch das Auswärtige Amt geschehen.

Was der Kaiser in Highcliffe gesagt hat, wäre bei richtiger sachgemäßer Darstellung vollständig einwandfrei.

Was der Kaiser in dem Burenkriege gesagt und getan hat, wird nur verständlich, wenn der volle Tatbestand und der geschichtliche Zusammenhang mitgeteilt wird.

Am 22. November 1899 empfing der Kaiser in Windsor den ersten Lord des Schatzes Balfour und am 23. November den Kolonialsekretär Chamberlain in Audienz. Seit acht Tagen schwebten zwischen England und Deutschland vertrauliche Verhandlungen über den Abschluß einer Verständigung über

Marokko, welche der Beginn einer allgemeinen Entente cordiale zwischen Deutschland und England werden sollten.

In dem Augenblicke, wo zwei Geschäftsleute sich assoziieren wollen und darüber Verhandlungen sind, sprechen sie sich mit einer weit größeren Offenheit und Vertraulichkeit aus, als ihnen später, wo sie vielleicht wieder getrennt oder gar verfeindet sind, denkbar erscheint. England stand uns damals ganz nahe, aber für die Buren hatten wir gar kein Interesse.

In diesen Tagen und in mündlicher Unterhaltung trug es sich zu, daß der Kaiser seine Ideen über den Krieg vor der englischen Königsfamilie und vor englischen Generalen und Admiralen entwickelte. Die gründlichste Unterhaltung dieser Art fand am 25. November 1899 in dem Schlosse des Prinzen von Wales in Sandringham beim Diner statt. Wie täglich, so sprach man auch bei diesem Diner in Sandringham vom Burenkriege, der seit dem 11. Oktober tobte. Mit genauester militärischer Sachkenntnis legte der Kaiser seinen englischen Verwandten und deren Gefolge dar, daß zur Niederwerfung der Buren nicht 40000 Mann zulangen würden, sondern mindestens 200000 erforderlich seien.

Ein Unterhaltung dieser Art ist unter fürstlichen Verwandten, die eben ein Bündnis abschließen wollen, und unter Gastfreunden an der Tafel so selbstverständlich, daß das Gespräch gar keiner Erklärung bedarf.

Was damals gesprochen wurde, hat in den nächsten Wochen, als die englischen Truppen im Dezember schwere Niederlagen erlitten, zu einer Fortsetzung dieser Unterhaltung in der Korrespondenz zwischen der Königin von England und ihrem Enkel geführt.

Da der Staatssekretär des Auswärtigen Graf Bülow mit dem Kaiser im November 1899 in England war, ist ihm genau bekannt, daß die Feldzugsplan-Angelegenheit sich in

diesen Gesprächen fast erschöpft. Was der Kaiser später an seine Großmutter geschrieben hat, sind Antworten und detaillierte Ausführungen.

Wie der Reichskanzler schon am 10. November im Reichstag erklärte, ist niemals vom großen Generalstab ein Kriegsplan gegen die Buren ausgebreitet worden.

Für den Historiker bemerke ich, daß ich für die Richtigkeit der Tischgespräche von Sandringham, sowie der Tatsache, daß ein Kriegsplan vom Großen Generalstab nicht ausgearbeitet ist, durch Benennung der zuständigsten Persönlichkeiten als Zeugen, bezw. durch eine schriftliche authentische Erklärung eintreten kann.

Dem früheren britischen Militärattaché Oberst Stuart Wortley auf Highcliffe war die Tatsache längst bekannt, daß der Kaiser während seines Aufenthalts im November 1899 seine Ansichten über Stärke und Taktik der britischen Armee in einer Weise entwickelt hatte, die später durch den weiteren Verlauf des Krieges volle Bestätigung fand. Als Kitchener in den Jahren 1901 bis 1902 endgültig die Buren niederwarf, verfügte er genau über 200000 Mann, wie der Kaiser in Gegenwart meines Gewährsmannes am 25. November 1899 an der Tafel zu Sandringham prophezeit hatte. Nichts war natürlicher, als daß Oberst Stuart Wortley mit dem Kaiser im Gespräch die während des Burenkrieges richtig eingetroffene Voraussage des Kaisers berührte. E. Harold Spender hat von dieser Unterhaltung gehört und sie in interessanter Weise zurecht gestutzt. So ist der telegraphisch übermittelte Kriegsplan, ausgearbeitet vom Großen Generalstab, entstanden. Für einen Roman war natürlich die Spendersche Leseart die passendste. Für die Historie bin ich in der Lage, sie als total falsch zu bezeichnen.

Wenn der Kaiser hätte ahnen können, daß in der Form

eines Interviews in einem politischen Artikel ihm diese Äußerungen in den Mund gelegt werden, würde er sich selbst der Mühe unterzogen haben, die Versäumnisse seines Auswärtigen Amtes wettzumachen und den Artikel auf die einzelnen Tatsachen hin zu prüfen.

Am 10. und 11. November hat kein Reichstagsabgeordneter gewußt oder in seiner Rede erwähnt, daß Deutschland und England zur Zeit der Kriegsplanbegebenheit in Bündnisverhandlungen standen, und unter welchen Umständen der Kaiser zu diesen militärischen Darlegungen gekommen ist.

Warum hat Fürst Bülow erst in seiner Reichstagsrede am 10. November die Erklärung abgegeben, daß vom Großen Generalstab ein Kriegsplan nicht ausgearbeitet ist, und daß die Interventionsangelegenheit schon in dem Septemberartikel der Deutschen Revue sattsam dargelegt worden ist? Nur Fürst Bülow selbst kann das Geheimnis dieses Rätsels aufklären.

Wie Bassermann, so denken alle Reichstagsredner, daß der Kaiser durch Mitteilung des französisch-russischen Interventionsantrages an die Königin von England sich eines persönlichen Eingreifens in die amtliche auswärtige Politik schuldig gemacht hat. Ich frage den Reichskanzler: „Hat die amtliche deutsche Politik den russischen Interventionsvorschlag der englischen Regierung nicht mitgeteilt?". In der Septembernummer der Deutschen Revue steht es zwischen den Zeilen deutlich zu lesen. Mit Genehmigung des Berliner Auswärtigen Amtes hat der verstorbene englische Journalist J. L. Bashford im Januar 1908 im Londoner Strand Magazine erzählt, daß der Kaiser einem Herrn gegenüber geäußert habe, er habe den russisch-französischen Interventionsvorschlag selbst sofort an den Prinzen von Wales telegraphiert. (Vossische Zeitung, Abendausgabe vom 9. Januar 1908.) Nach der gesamten damaligen politischen Lage war es übrigens ganz ausgeschlossen, daß

ein solcher Interventionsvorschlag geheim bleiben konnte. Ich nehme an, daß sowohl die amtliche deutsche Politik als daneben auch der Kaiser den Engländern mitgeteilt haben, daß der russisch-französische Interventionsvorschlag vom 28. Februar 1899 von Deutschland in einer Weise beantwortet worden ist, die einer Ablehnung gleichkommt.

Die Erwähnung dieser Angelegenheit sowohl in Highcliffe als im Daily Telegraph kann aber auf keinen Fall als ein persönliches Eingreifen des Kaisers in die auswärtige Politik hingestellt werden. Denn der Januarartikel des Strand Magazine und der Septemberartikel der Deutschen Revue liefern Beweis, daß die amtliche deutsche Politik die Engländer an dieses unser Entgegenkommen während des Burenkrieges erinnern sollte.

Hätte Fürst Bülow bei Beginn der Erregung am 29. Oktober oder in den nächsten Tagen sofort auf das umfassendste die Verteidigung des Kaisers übernommen, so würde der ganze Sturm der Erbitterung sich gegen ihn selbst gewandt haben, um ihn hinwegzufegen. Als Fürst Bülow in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 1. November 1908, die am Abend des 31. Oktober erschien, auch nur einen kleinen Teil des Tatbestandes aufklärte, wurde seine eigne Schuld schon soweit erkennbar, daß seine Stellung gefährdet schien. Von dem 1. November bis zu dem 10. hat Fürst Bülow nichts zur Verteidigung des Kaisers getan.

Selbst die Kölnische Zeitung schreibt in ihrer Abendausgabe vom 11. November in einem Artikel „Gegen das persönliche Regiment" wörtlich: „Wenn Fürst Bülow am 10. November den Kaiser rechtfertigen konnte, so müßte das, meinen wir, auch am 28. Oktober möglich gewesen sein."

Aber auch am 10. November war die Reichstagsrede des Fürsten Bülow mehr eine Anklage als eine Verteidigung. Niemals ist ein Monarch von seinem verantwortlichen Minister

mangelhafter verteidigt worden. Fürst Bülow unterließ es, eine umfassende Verteidigung vorzunehmen und den Tatbestand nach allen Richtungen hin aufzuklären. Er war sichtlich bestrebt, die ganze Angelegenheit im Dunkeln zu lassen.

Warum hat sich Fürst Bülow nicht die Verteidigung zu eigen gemacht, welche ich soeben in diesem Kapitel gegeben habe. Meine Darlegung ist die Wahrheit und vor diesem wahren Tatbestande fallen alle Anklagen gegen den Kaiser in ein Nichts zusammen. Aber etwas bleibt übrig, nachdem der wahre Tatbestand festgestellt ist. Und das ist die ungeheure Schuld des Fürsten Bülow!

Weil Fürst Bülow nicht nur der Hauptschuldige, sondern der Alleinschuldige war, so konnte er den Kaiserlichen Angeklagten nicht verteidigen, ohne seine eigne Schuld darzulegen.

Fürst Bülow mußte dem Reichstage die wichtigste Tatsache der Verteidigung verschweigen. Diese wichtigste Tatsache ist das auf den diplomatischen Verhandlungen beruhende intime Freundschaftsverhältnis zwischen Deutschland und England Ende November 1899. Wenn Fürst Bülow das Entgegenkommen Chamberlains und des englischen Hofes dem Reichstag klarlegte, dann hätte der deutsche Reichstag und die deutsche Geschichte ihm die Frage vorgelegt: Warum in aller Welt haben Sie die dem Deutschen Reiche von England angebotenen Kohlenstationen an der atlantischen Küste Marokkos und später die von England angebotene Entente cordiale nicht angenommen?

Vielleicht wird dereinst die Novemberrevolution als eine Tragödie oder als ein Roman zur Darstellung gelangen. Dann wird ein gerechter Schriftsteller auch dem Fürsten Bülow gerecht werden müssen. Ich will ihn schon heut verteidigen, soweit er sich eben verteidigen läßt.

Fürst Bülow kämpfte am 10. November um das einzige,

was er von einem Staatsmann in sich hat. Er kämpfte um seinen Ruf als Diplomat, er kämpfte um sein Ansehen als geschickter Techniker der Diplomatie. Gestand er freimütig das englische Entgegenkommen 4 Wochen nach Ausbruch des Burenkrieges, um seinen Monarchen gegen ungerechtfertigte Angriffe zu schützen und das Ansehen der Hohenzollern'schen Dynastie hochzuhalten, so unterschrieb er sein eigenes Todesurteil als Diplomat und vernichtete den in 11 langen Jahren mit bewundernswerter Geschicklichkeit durch eine ihm ergebene Presse künstlich geschaffenen Ruf als Staatsmann.

Als die Reichstagssitzung am 10. November begann, da trat Bernhard von Bülow bleich und krank vor innerer Aufregung auf seinen historischen Eckplatz.

Jede weitere Aufhellung des dunklen Tatbestandes bedeutete für ihn nichts anderes als — Selbstvernichtung.

Schon das wenige, was Fürst Bülow zur Verteidigung des Kaisers anführte, mußte in den Augen eines objektiven Kritikers den Fürsten Bülow weiter belasten. Wenn der Generalstab niemals einen Feldzugsplan für den südafrikanischen Krieg ausgearbeitet hatte, wie konnte dann das Auswärtige Amt diese Behauptung in dem Entwurf E. Harold Spenders stehen lassen?

Indem Fürst Bülow selbst zur Erklärung der Interventionsangelegenheit an den Septemberartikel der Deutschen Revue erinnerte, gab er zu erkennen, daß er selbst zuerst durch diesen Artikel den Kaiser exponiert und den Briefwechsel des Kaisers mit der Königin von England in den Vordergrund der Ereignisse geschoben hatte.

Fürst Bülow war der einzige Mann im Reichstage und überhaupt, der den Tatbestand voll und ganz kannte. Auch der glänzendste Parlamentsredner oder Anwalt hätte den Kaiser nicht wirksam verteidigen können, da er nicht im Besitze der

vollen Sachkenntnis war. Wie leicht hätte er den Kaiser vor dem Reichstage entlasten können, wenn er erzählt hätte, wie er selbst als Staatssekretär des Auswärtigen in Windsor in der Zeit vom 20. bis 25. November 1899 Zeuge der Unterhaltungen des Kaisers mit den englischen Generalen und Admiralen über den Burenkrieg und die dabei einzuschlagende Taktik war. Kein fremder Staat und kein Geschichtsschreiber der Zukunft würde den Fürsten Bülow getadelt haben, wenn er offen und ehrlich im Reichstag erklärt hatte: „Ich selbst habe den russischen Interventionsvorschlag und die deutsche Antwort darauf unverzüglich auf amtlichem Wege der englischen Regierung mitgeteilt. Insoweit der Kaiser in seiner Korrespondenz diese Angelegenheit noch erwähnt hat, handelte er in vollem Einverständnis mit der amtlichen Leitung der Politik des Deutschen Reiches. Der Kaiser ist weit davon entfernt gewesen, durch persönliche Eingriffe den Gang der politischen Ereignisse zu beeinflussen. Ich selbst habe den Fehler begangen, durch meinen Septemberartikel in der Deutschen Revue den Kaiser zu exponieren und Andeutungen über den Inhalt seines Briefwechsels mit der Königin von England gemacht. Hierdurch erst ist E. Harold Spender auf die Idee gekommen, bei seiner freien Zusammenstellung kaiserlicher Äußerungen Dinge in den Briefwechsel zu legen, die garnicht darin gestanden haben. Und ich will, meine Herren, einen Schritt weitergehen und offen bekennen, E. Harold Spender würde wohl niemals auf die Idee gekommen sein, die kaiserlichen Äußerungen zusammenzustellen und den Brief- und Telegrammwechsel des Kaisers mit seiner Großmutter in so romanhafter Weise auszubauen, wenn er nicht durch meinen Septemberartikel in der Deutschen Revue und vielleicht noch durch irgend eine Anregung, an der ich aber unschuldig bin, dazu veranlaßt worden wäre. Ist es nicht ganz merkwürdig, meine Herren, daß Mr E. Harold

Spender sich acht Monate lang nicht um die im November 1907 in Highcliffe getanen Äußerungen des Kaisers kümmert und nun plötzlich nach Erscheinen des Septemberartikels so interessante und unmögliche Dinge aus dem kaiserlichen Brief- und Telegrammwechsel zu berichten weiß. Ich gestehe offen und ehrlich zu, meine Herren, daß meine Andeutungen über den Inhalt des kaiserlichen Briefwechsels und die dort zu findenden Beweise der Freundschaft Deutschlands zu England der größte Fehler und Mißbegriff ist, der mir in meinem ganzen Leben unterlaufen ist."

So sprach der von Kaiser Wilhelm II. etwas vorzeitig in den Fürstenstand erhobene Bernhard von Bülow aber keineswegs. Was er am 10. November zu tun unterließ, holte er am 11. November nicht nach.

Ganz unverständlich in dem Verhalten des Reichskanzlers am 11. November ist besonders die Tatsache, daß er kein Wort der Entschuldigung für die Abwesenheit des Kaisers von Berlin hat.

Der Abgeordnete Schrader von der Freisinnigen Vereinigung sagte in seiner Reichsrede vom 11. November: „Ich glaube, wir alle hätten es gern gesehen, wenn der Kaiser nicht jetzt fern von Berlin weilte (Lebhafte Zustimmung). In einer so schwierigen Zeit sollte der Kaiser dem Reichskanzler in seiner schweren Stellung zur Seite stehen. Der Reichskanzler bedarf der Aussprache mit dem Kaiser, und zu dieser Aussprache ist jetzt die beste Gelegenheit, (Sehr richtig!) damit der Eindruck unserer Verhandlungen hier unmittelbar wirken kann."

Und der Abgeordnete Hausmann von der Süddeutschen Volkspartei sagte etwa eine Stunde später: „Aber darin sind wir alle einig, und niemand wird widersprechen, daß es richtig gewesen wäre, in diesen Tagen am Mittelpunkte der Regierungs-

geschäfte zu sein, (Lebhafter Beifall) und seinen Staatsmann zu ermächtigen, die Erklärungen abzugeben, die die deutsche Nation beruhigt hätten. (Sehr richtig!)"

Fürst Bülow hörte diese Ausstellungen mit an und unterließ es, aufzustehen und den wahren Tatbestand bekannt zu geben.

Der Kaiser wollte nicht nach Donaueschingen gehen, sondern während der Reichstagsdebatten in Berlin sich aufhalten. Er hat von seinen Bedenken dem Reichskanzler Kenntnis gegeben und seinen verantwortlichen Rat eingeholt. Der Reichskanzler aber hat keine Bedenken gehabt und dem Kaiser erwidert, er stelle es dem Kaiser anheim, nach Donaueschingen zu fahren.

Es gibt kaum einen Nebenumstand in dieser großen Irrung, der weithin in der Nation so unliebsam besprochen worden ist, als die Abwesenheit des Kaisers von Berlin. Warum hat der Kanzler es unterlassen, dem Reichstag den wahren Tatbestand mitzuteilen?

Da die Reichstagsdebatten auf Grund eines unwahren Tatbestandes sich fast ausschließlich gegen den Kaiser und nicht gegen den einzig verantwortlichen Minister, der zufällig überdies der allein Schuldige war, richteten, so fehlte ihnen jeder große staatsmännische Zug, so konnten sie eine bedeutende und dauernde Wirkung nicht erzielen, so konnten sie nicht zu einem Beitrag des Ausbaues unserer Reichsverfassung werden.

Selbst wenn der Reichskanzler persönlich an dem ganzen Vorfall vollkommen unschuldig war, so hätte der Reichstag den Reichskanzler stürzen müssen, denn er ist formell der allein verantwortliche Minister. Nun war er aber der allein Schuldige. Und durch dieses mein Buch und weitere Publikationen wird seine Schuld für die Geschichte in ein immer helleres Licht gerückt werden. Je mehr die grandiose Schuld des Kanzlers

und das von ihm angewandte System der Schuldverdeckung enthüllt wird, umsomehr übereilt und unkonstitutionell erscheinen die Debatten des Reichstags.

Professor Hans Delbrück urteilt daher in den Preußischen Jahrbüchern im Dezember 1908 über die Reichstagsverhandlungen vom 10. und 11. November bereits folgendermaßen:

„Dennoch entbehrten die Reichstagsverhandlungen durchaus des dramatischen Charakters, der so manche parlamentarische Szenen in geschichtlichen Krisen berühmt gemacht hat. Die Reden waren matt, hüben und drüben, sowohl der Abgeordneten wie des Kanzlers. Zwar war von der parlamentarischen Überlieferung, daß die Person des Kaisers geschont werden müsse, nicht mehr die Rede. Die Kritik waltete mit einer Rücksichtslosigkeit, die früher unerhört gewesen wäre — aber es fehlte allen diesen Reden immer der entscheidende Schluß. Nicht einmal die Vorgänge, wie der Daily Telegraph Artikel eigentlich entstanden und zur Publikation gekommen ist, wurden völlig aufgeklärt. Es wurde festgestellt, daß es sich nicht um ein einzelnes Interview, sondern um eine Zusammenstellung von verschiedenen Äußerungen, zu verschiedenen Zeiten, an verschiedene Persönlichkeiten handele. Wer war der geheimnisvolle Mann, der alle die verschiedenen Äußerungen zugleich gekannt hat? Wer hat angeordnet, daß der Artikel der englischen Zeitung vom Wolff'schen Telegraphenbureau und von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung sofort reproduziert wurde? Der Reichskanzler war nach der konstitutionellen Idee der Verantwortliche, nicht etwa nur für das Placet zu der unseligen Publikation im Daily Telegraph, sondern auch für alle die einzelnen Handlungen, die dadurch bekannt geworden waren, die Fraktionen hätten also, wenn sie mit ihrem Verdammungsurteil Ernst machen wollten, fordern müssen, daß der Reichskanzler zurücktrete. Der Kanzler hätte sich, wie

die Dinge lagen, einer solchen Forderung, von den ihm sonst befreundeten Parteien aufgestellt, nicht entziehen können, sein Rücktritt aber wäre für den Kaiser ein solcher Verlust und eine solche Verlegenheit gewesen, daß er gewiß in Zukunft Vorsicht hätte walten lassen."

Durch den falschen Tatbestand, welcher den Reichstagsverhandlungen zu Grunde lag, festigte sich im ganzen Lande die falsche Vorstellung von der Person des Kaisers und seinen Handlungen. Denjenigen, welche sich der Burenbegeisterung im Jahre 1899 erinnern konnten, erschien es ganz unverständlich, daß ihr Kaiser einen Kriegsplan gegen die Buren nach England gesandt und den russischen Interventionsvorschlag nach England berichtet hatte.

Jetzt konnte man einen Schritt weitergehen und einfach aus weiß schwarz machen.

Nur wenn man „Das revolutionäre Frankreich" von H. Taine studiert, findet man eine ähnliche Fälschung der öffentlichen Meinung in einem ganzen Lande oder in einer ganzen Stadt. In solchen revolutionären Zeiten glaubt die Masse alles, was ihr vorgelogen wird, auch wenn es sich direkt widerspricht, auch wenn es wissenschaftlich unmöglich ist. Es ist alles wie hypnotisiert.

Schon in der Abendausgabe vom Mittwoch den 11. Nov. beginnt die hochoffiziöse Kölnische Zeitung ihren Artikel „Gegen das persönliche Regiment" mit folgenden Worten:

„Die gestrige Verhandlung des Reichstags war eine Kundgebung gegen das persönliche Regiment, sofern darunter die Tatsache zu verstehen ist, daß der Kaiser, den die Verfassung der Verantwortlichkeit entzieht, in die Politik des Reiches durch Handlungen und Reden eingreift, die der Reichskanzler als der verantwortliche Träger dieser Politik nicht vorher gebilligt hat."

Jetzt hat man also glücklich den Tatbestand vollkommen auf den Kopf gestellt. Der Kaiser hat nach dieser Darstellung durch Handlungen und Reden eingegriffen, die der Reichskanzler nicht vorher gebilligt hat. In Wirklichkeit besteht das Unglück gerade darin, daß der pflichtvergessene Reichskanzler seine Billigung der Veröffentlichung jener Zusammenstellung ausgesprochen hat. In Wirklichkeit wollte der Kaiser nach seinen Erfahrungen mit dem Brief an Lord Tweedmouth unter keinen Umständen wieder in die Politik des Reiches eingreifen. Er fordert daher von dem Reichskanzler persönliche Prüfung und Entscheidung der englischen Anfrage. In Wirklichkeit hat der Kaiser auch im Jahre 1899 und 1900 in genauem Einvernehmen mit dem Staatssekretär des Auswärtigen gehandelt.

Die revolutionäre Stimmung ist da, nun kann man die Offensive gegen den Monarchen beginnen. Aus Donaueschingen und aus Berlin kommen schlechte Nachrichten. Der Kaiser ist verstimmt, die Stellung des Kanzlers scheint erschüttert. Jetzt gilts in engster Fühlung mit dem offiziösen Preßdezernat im Auswärtigen Amt zu bleiben, um den Kanzler wirksam gegen den Kaiser zu unterstützen.

Die merkwürdigste Phase dieser großen Irrungen beginnt. Das einzige, was der Kaiser nach dem Brauche der konstitutionellen Monarchen tun konnte, um dem Reichstage und der Nation seinen ernsten und entschlossenen Willen zur Vermeidung künftiger Ereignisse dieser Art kundzutun, war die Entlassung des allein verantwortlichen Ministers, der zudem der einzig Schuldige war. Und nun verbündet sich alles, um den Kaiser zu hindern, Remedur zu schaffen.

Der ganze Blätterwald ruft: Der Kanzler soll bleiben. Also das System der Pflichtvergessenheit, der Exponierung des Monarchen, der Bloßstellung des Briefwechsels des

Monarchen, der Genehmigung nicht gelesener Artikel, der allgemeinen Verwirrung soll seinen Fortgang nehmen.

Im Alter von 59 Jahren ändert sich der Mensch nicht mehr so leicht. Wenn der Kanzler nach 20jähriger Kenntnis der Regierung und des Temperaments Kaiser Wilhelms II., es nicht für nötig hielt, eine ganze Zusammenstellung seiner Aussprüche zu lesen und dem ausdrücklichen Befehle des Monarchen nachzukommen, so wird diese Krisis, eine Serie von Zeitungsartikeln und Parlamentsreden, wohl auch keine Garantie schaffen, daß er künftig mit mehr Gewissenhaftigkeit seine Pflicht erfüllt.

In der Sonntagsausgabe vom 15. November 1908 Nr. 1200 wird die Kölnische Zeitung in einem Berliner Telegramm über die innere Krisis schon recht deutlich:

„In Krisenzeiten fehlt es niemals an Gerüchten, und sie pflegen desto wilder zu werden, je länger die Krisis dauert. So wird jetzt von verschiedenen Seiten behauptet, eine kaiserliche Entschließung sei schon ergangen und zwar in dem Sinne, daß der Reichskanzler zurücktreten müsse."

Das Blatt fährt dann fort, nachdem es auf die kommende Aussprache des Kaisers und Kanzlers hingewiesen hat, auf der sich die weitere Entwickelung der Dinge ergeben werde:

„Der Reichskanzler wird somit nicht nur in der Lage sein, über die tatsächlichen, der Öffentlichkeit bekannten Vorgänge und seine persönliche Meinung Vortrag zu halten, sondern er wird hinzufügen können, daß diese Meinung vom Ausschuß für die Auswärtigen Angelegenheiten geteilt wird, und daß das preußische Staatsministerium sich solidarisch damit einverstanden erklärt hat. **Auf diese Grundlagen hin wird nun der Kaiser seine Entschließung zu fassen haben, und es hieße ihm zu nahe treten, wenn man**

glauben wollte, daß er den Ernst der Lage nicht erkennen sollte."

Zugleich erwähnt die Kölnische „den Rückblick" der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 15. November, in welchem der Befürchtung entgegengetreten wird, als sei der Kaiser nicht ausreichend über die Stimmung der Nation informiert und als werde ihm das Material zu einer solchen Information vorenthalten. Es gehöre zu den ersten Aufgaben des Reichskanzlers alles wesentliche, was für die Beurteilung der Situation im Inlande und im Auslande von Wert ist, zur Kenntnis des Kaisers zu bringen, und diese Aufgabe hat der Reichskanzler auch in der gegenwärtigen Frage in vollem Maße erfüllt.

Leider scheint der Reichskanzler den Kaiser nur sehr lückenhaft informiert zu haben. Denn sonst hätte er dem Kaiser berichten müssen, daß die konstitutionell gesinnten und politisch denkenden Kreise der Nation keinen sehnlicheren Wunsch haben als die sofortige Entlassung des Reichskanzlers wegen seiner Pflichtvergessenheit und zur Gewinnung einer stetigen Politik.

In der Mittagsausgabe der Kölnischen Zeitung vom 16. November 1908 findet sich ein Telegramm: Der Berliner Lokalanzeiger schreibt zur Krise: „Der Monarch weiß bereits, daß sowohl das preußische Ministerium wie die in Berlin versammelten Vertreter der verbündeten Regierungen die Stellungnahme des Reichskanzlers und dessen Rede im Reichstage billigen, und sich in voller Übereinstimmung mit der Mehrheit des Volkes darüber befinden, daß der Rücktritt des Fürsten Bülow im gegenwärtigen Augenblick einen schweren Verlust für die Krone und das Reich bedeuten wurde. Die Hoffnung erscheint nicht unbegründet, daß der Vortrag des

Reichskanzlers beim Kaiser zu einer allseitigen befriedigenden Lösung der Krise führen werde."

Der Berliner Lokalanzeiger und die Kölnische Zeitung waren augenscheinlich sehr schlecht informiert. Denn in Wirklichkeit wünschte die überwältigende Mehrheit des Volkes und in Sonderheit aller Gebildeten und rechtlich Denkenden, daß der Reichskanzler für sein schweres Verschulden zur Verantwortung gezogen und seiner Ämter entsetzt wird. Besonders in der Beamtenschaft, der ich anzugehören die Ehre habe, war man sich darüber einig, daß eine größere Pflichtvergessenheit wie gegenüber dem Monarchen in dem vorliegenden Falle nicht denkbar sei und die schärfste Ahndung durch Amtsentsetzung erfordert. Die gewiegtesten Juristen erörterten und erörtern noch heut, ob der Kaiser nicht berechtigt ist, den Reichskanzler ohne Diensttitel und Pension zu entlassen und vor einen Gerichtshof zu stellen. Man spricht sich aus, daß die Disziplinargesetze wenig Wert haben, wenn die ungeheuerlichsten Fälle von Pflichtvergessenheit nicht einmal mit Dienstentlassung gesühnt werden. Jeder Beamte, der dem Staate durch eine Unterlassung schweren Schaden zugefügt hat, kann sich heut darauf berufen, daß sein Vergehen noch nicht entfernt den Schaden gestiftet habe, wie die Pflichtvergessenheit des Reichskanzlers. Ein derartiger Zustand untergräbt aber die öffentliche Moral.

Am 16. November 1908 schreibt der hochoffiziöse Hamburgische Korrespondent:

„Sollte, was Gott verhüten möge, der Kaiser den Fürsten Bülow anders als wie einen in der schwersten Krise bewährten Ratgeber und Freund empfangen, dann würde zwischen Volk und Kaiser offener Konflikt eintreten. Die Hof und Junkerpartei hat noch in letzter Stunde erkannt, daß der Kaiser die gesamte Nation nicht noch einmal in Erregung

versetzen kann, es darf ihm nicht geraten werden, sich empört zu zeigen über die im Reichstage vom Kanzler erlassenen Erklärungen und — angehörten Reden. Kein Monarch kann einer solchen Bewegung, wie wir sie jetzt erleben, Widerstand leisten. Die Frage, ob Fürst Bülow Kanzler bleiben kann, hat gegenwärtig nicht vorwiegend persönliche Bedeutung. Sie ist eine Schicksalsfrage, sofern sein Rücktritt herbeigeführt wird durch zornige Erregung des Kaisers."

Das ist wenigstens eine deutliche Sprache! Aber daß sich Fürst Bülow als Ratgeber in besonderem Maße bewährt habe, wird angesichts seiner Pflichtversäumnis wohl niemand behaupten. Und hat er etwa als Freund des Kaisers gehandelt, indem er durch den Septemberartikel der Deutschen Revue gegen den sooft kundgegebenen Willen der ganzen Nation den Kaiser exponierte und seinen Briefwechsel mit seiner Großmutter zur Fundgrube der schriftstellerischen Phantasie in allen Ländern machte? Um dieser persönlichen Politik zu entgehen und sich in den konstitutionellen Formen zu halten, dürfte der Kaiser sich wohl doch schließlich genötigt sehen, sich von diesem bewährten Ratgeber und Freunde zu trennen. Die Bewegung zu Gunsten des Fürsten Bülow ist durchaus nicht so stark, daß der Deutsche Kaiser ihr keinen Widerstand leisten könnte. Ich vermute, daß die Redakteure des Hamburgischen Korrespondenten ihren Widerstand wohl in der Stunde der Entlassung des Fürsten Bülow schleunigst aufgeben werden.

In der Abendausgabe vom Montag den 16. November 1908 eilte die Deutsche Tageszeitung in einem Artikel „Vor der Entscheidung" nochmals dem Kanzler zur Hilfe.

Sie schreibt: „Eine allmähliche Beruhigung der mit Recht erregten Volksstimmung ist nur dann möglich, wenn der Kanzler im Amte bleibt. Ein Kanzlerwechsel würde, gleich-

viel wer der Nachfolger des Fürsten Bülow sein würde, die Beunruhigung vertiefen und dauernd machen."

Also selbst, wenn der Fürst Bismarck als junger Mann zurückkehrte und als Kandidat für den Kanzlerposten aufträte, ist für ihn kaum Raum, denn trotz des tüchtigsten Nachfolgers des Fürsten Bülow würde nunmehr die Beunruhigung sich vertiefen und zu einer dauernden werden. In offenerer Weise kann eine Zeitung wohl nicht ein Hausmeiertum proklamieren! Nun, der Fürst Bülow wird gehen. Die Beruhigung wird zurückkehren und bald wird man erkennen, daß die Politik der versäumten Gelegenheiten und der Exponierung des Kaisers ein Ende erreicht hat.

Am Abend des 16. November 1908 schreibt die freisinnige Vossische Zeitung: „Wir stehen vor einer Entscheidung, wie es seit der Gründung des Reichs keine von gleicher Wichtigkeit gegeben hat."

Während die Entlassung des Fürsten Bülow die einzige Garantie eines konstitutionellen Regimentes seitens des Kaisers sein konnte, drehen die offiziösen Blätter den Spieß herum und behaupten, der Kaiser müsse dem Fürsten Bülow eine schriftliche Garantieerklärung gegen das persönliche Regiment geben. Alle Gegner eines persönlichen Regiments und alle Anhänger eines wahrhaft konstitutionellen Regiments werden es beklagen, daß Kaiser Wilhelm II. die Verletzung des Geistes der Verfassung und aller konstitutionellen Gebräuche durch den Reichskanzler Fürsten Bülow nicht sofort aufs Schärfste geahndet hat. Die Geschichte wird über Kaiser Wilhelm II. recht und billig urteilen. Denn der Kaiser stand der ungeheuerlichsten Fälschung eines Tatbestandes und einer ganz neuartigen revolutionären Bewegung, der Revolution der Presse, der Bülowrevolution gegenüber.

Man wird auch nie außer acht lassen dürfen, daß der

Kaiser unmittelbar vor dem verhängnisvollen 17. November durch das Hinscheiden des Generaladjudanten Grafen von Hülsen Häseler, der einem plötzlichen Schlaganfall in Donaueschingen am Kaiserlichen Hoflager erlag, in schmerzliche Trauer versetzt war.

Der König von Preußen leistet bei seinem Regierungsantritt in der Thronrede vor dem Landtage einen Eid auf die Verfassung. Man darf nicht während seiner Regierungszeit zu ihm hingehen und durch Androhung eines offnen Konfliktes zwischen dem Monarchen und dem Volke öffentliche Erklärungen von ihm einfordern. Wer ihm zum zweiten Male zur Eidesleistung zwingen will, der bleibt nicht im Rahmen der Verfassung, der handelt revolutionär. Die Einholung der Stetigkeitsgarantie am 17. November 1908 war eine schwere Verletzung des Geistes der Reichsverfassung, sie war ein widerrechtlicher, ein revolutionärer Akt!

Ein Verfassungsleben, in welchem dem Monarchen öfters, wenn es grad der Laune irgend welcher Volksschichten paßt, Erklärungen dieser Art öffentlich abverlangt werden, das ist überhaupt kein Verfassungsleben mehr. Wie oft im Monat darf man wohl einem Monarchen solche Erklärungen abverlangen?

Wenn aber aus besonderem Anlaß ohne Drohung durch die Presse in einem zivilisierten Staat einem Monarchen die Abgabe einer Versicherung durch sein Ministerium anempfohlen werden sollte, so muß diese Erklärung Hand und Fuß haben und sinngemäß sich an die wirklichen Ereignisse angliedern. Hier lag aber garkeine Veranlassung vor, dem Kaiser eine Garantie der Stetigkeit seiner Politik unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten anzuempfehlen. Denn der Kaiser hat, wie in diesem Buche nachgewiesen worden ist, durch und durch konstitutionell gehandelt. Gegen die Konstitution und gegen seine Pflicht hat ganz allein der Reichskanzler gehandelt.

Ein Bedürfnis zu dieser Revolution lag in keiner Weise vor. Wenn der Reichskanzler oder die preußischen Minister dem Kaiser größere Zurückhaltung anempfehlen wollten, so konnten sie ihrer Vorstellung durch Einreichung ihres Abschiedsgesuches Nachdruck verleihen. Erreicht ist durch diese Revolution nichts als eine schwere Schädigung des Deutschen Reiches.

Ich möchte es nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, was Wilhelm Roscher in seinem Werke „Politik“ über die Revolution sagt. Wilhelm Roscher schreibt:

„Daß jede Revolution, auch wenn die von ihr bewirkte Veränderung noch so sehr Bedürfnis war, doch an sich ein ungeheures Unglück ist, eine schwere zuweilen tötliche Krankheit des Volkslebens: Das leuchtet von selbst ein. Der sittliche Schade, welchen der Anblick siegenden Unrechts fast immer stiftet, kann gewöhnlich erst im folgenden Menschenalter wieder heilen. Wo der Rechtsboden zerwühlt ist, da gilt einstweilen mehr oder weniger das Recht des Stärkeren; der Stärkere aber ist bis zu einem gewissen Punkte leicht derjenige, der in der Wahl seiner Mittel am rücksichtslosesten verfährt. Daher die bekannte Tatsache, daß in revolutionärer Zeit so häufig die Schlechtesten siegen.“

Die deutsche Novemberrevolution kann ihre Sühne nur durch die Entlassung des Fürsten Bülow aus allen Ämtern finden. Ein Kanzlerwechsel ist die erste Voraussetzung zur Wiederherstellung des reinkonstitutionellen Lebens. Denn ein unabsetzbarer Kanzler oder Hausmeier ist eine permanente Verletzung der Verfassung.

Daß wir uns auch nach dem 17. November 1908 noch im Zustande der revolutionären Gährung befinden, solange Fürst Bülow nicht entlassen ist, geht aus der Haltung der hochoffiziösen Presse hervor, so oft die Stellung des Fürsten Bülow bedroht erscheint. Am 11. Dezember 1908 druckte die

Kölnische Zeitung in der Mittagsausgabe No. 1302 unter der Überschrift „Eine Gefahr für Kaiser und Volk" aus dem Hamburgischen Korrespondenten an der Spitze des Blattes einen Artikel ab, der wie ein Scheinwerfer das revolutionäre Milieu beleuchtet, in das wir durch die ungeheuerlichen Vorgänge des November geraten sind.

In diesem Artikel des Hamburgischen Korrespondeten, wiedergegeben von der Kölnischen Zeitung, heißt es: „Je stärker die Position des Kanzlers wird, umso erbitterter kämpfen die Gegner. Und wenn sie vielleicht wahrzunehmen glauben, daß der Kaiser sich durcharbeitet zu der Erkenntnis von der Größe des Dienstes, den Fürst Bülow am 17. November der Monarchie geleistet hat, dann gibt es nur ein Mittel: **Dem Kaiser muß eingeredet werden, die Situation sei damals gar nicht so schlimm gewesen, daß ein solcher Schritt nötig war. Das erzählen ihm die Intriganten wider besseres Wissen. Ja, sie wissen selbst ganz genau, daß sich von der einheitlichen Stimmung der Nation nicht einmal das Offizierskorps ferngehalten hat. Der Kaiser selbst ist sehr genau informiert über die Stimmung, die uns an den Rand des Abgrunds geführt hat.**"

Und dieser Artikel schließt mit folgenden Worten: „Jetzt hat nicht mehr der Höfling das Wort, sondern der Staatsmann. Zu ihm haben wir das Vertrauen, daß er den Versuch, den Kaiser in die Weihrauchatmosphäre zurückzulocken, im Keime ersticken wird. Aber eine feste Hand, ein scharfes Auge gehören dazu und zugleich ein sehr, sehr feines Gehör. Dem Fürsten Bülow werden alle nationalen Politiker in Parlament und Presse aufpassen helfen. Die ganze Nation hat ein Interesse daran, die Gefahr des Konfliktes nicht wiederkehren zu sehen. **Denn das nächste Mal würde er**

nicht wieder so verlaufen, daß die Grundpfeiler des monarchischen Empfindens unerschüttert blieben.“

An Deutlichkeit kann dieser Artikel nicht überboten werden. Er ist das Gegenteil einer Entgleisung. Denn er bewegt sich genau in der festen Bahn, von der Eingeweihte seit langem Kenntnis hatten. Er ist ein ganz kleines Lüften des großen Novembergeheimnisses. Dem Historiker empfehle ich ihn zur Beachtung. Wenn er sich gut umsieht, wird er leicht Interessanteres ermitteln können.

Das Bedenkliche der Situation wird in der Stimmung des Offizierkorps gefunden. Für wen ist dieser zarte Hinweis berechnet? Warum erwähnt der Artikelschreiber gerade das Offizierkorps? Weil die Offiziere Mannschaften befehligen können oder weil sie Säbel tragen oder weil sie Pistolen tragen? Was werden sie mit ihren Säbeln oder mit ihren Pistolen zu Gunsten des Fürsten Bülow anfangen? Um Antwort wird gebeten.

Wenn der Kaiser und König von Preußen wieder die ihm durch die Reichsverfassung und die preußische Verfassung garantierte Freiheit in der Auswahl seines Reichskanzlers und Ministerpräsidenten gewinnen soll, wenn die Einbürgerung eines Hausmeiertums vermieden werden soll, dann wird es die allerhöchste Zeit, daß der Kaiser den Fürsten Bülow aller seiner Ämter enthebt. Dann aber empfehle ich, daß gleichzeitig die volle staatliche Autorität und die Verfassung und der Rechtsschutz mit rücksichtsloser Schärfe aufrecht erhalten werden gegen jeden, der mit Gewalttaten oder gar mit dem Offizierkorps zu Gunsten eines Hausmeiers droht.

Da die Bülowrevolution eine Revolution der Presse war, so wird sich empfehlen, die Entlassung mit größter Plötzlichkeit

vorzunehmen, und gleichzeitig die oberste Leitung des Preß-dezernats im Auswärtigen Amt sowie der politischen Polizei in neue Hände zu geben. Denn in der Gegenwart, seit der Revolution sind diese früher so unscheinbaren Ämter zu einem Einfluß gelangt, der ein einfaches Ministerium weit übertrifft. Hier liegen die Wurzeln der Kraft eines sich einbürgernden Hausmeiertums.

Das Ende des Hausmeiertums bedeutet das Ende der Revolution!

---

7. Kapitel.

Bülow's Ende.

Fürst Bülow hat durch sein Verhalten das Vertrauen des Kaisers unwiderbringlich verloren. Bald wird er für immer nicht nur aus seinen Stellungen, sondern auch aus dem politischen Leben Deutschlands verschwunden sein.

Bevor wir uns für immer von dieser eigenartigsten Erscheinung unter allen Staatsmännern der preußischen Geschichte trennen, wollen wir uns bemühen, ihn zu verstehen, um ihm nach Möglichkeit gerecht zu werden. Nichts ist für einen Deutschen und für einen Zeitgenossen dieses Mannes schwieriger. Unser monarchisches Gefühl kommt unwillkürlich in Erregung, wenn wir nur an ihn denken. Die ganze Größe des Schadens, den dieser Mann dem Deuschen Reiche und der Deutschen Nation zugefügt hat, lastet zu unmittelbar auf uns, als daß wir ohne Anstrengung zu einem gerechten Urteile fähig wären. Vielleicht wird sich auf Jahrzehnte hinaus eine gerechte Beurteilung Bernhard von Bülows in den Werken deutscher Historiker nicht finden. Die fortschreitenden Enthüllungen über die Novemberrevolution werden die Empörung auch des objektivesten Historikers deutscher Nationalität immer wieder aufs Neue wachrufen. Aber vielleicht findet Bernhard von Bülow zuerst durch ausländische Historiker, die nicht Partei sind, eine objektive Würdigung.

Die Person Wallensteins liegt viel klarer und ist viel leichter verständlich als die Person dieses preußischen Staats

mannes, der aus dem Rahmen des konstitutionellen Verfassungslebens hinausgetreten ist und den vollkommen aussichtslosen Versuch gemacht hat, sich nach Art eines Hausmeiers einem Hohenzollernschen Kaiser gegenüber zu stellen. Er mußte wissen, daß Kaiser Wilhelm II. niemals ein Hausmeiertum dulden wird, und daß Kaiser Wilhelm II. sich niemals dem Unrechte und der Gewalt einer Revolution fügen wird. Er mußte wissen, daß der wahre Tatbestand, auf den sich die Novemberrevolution aufbaut, der Öffentlichkeit wie dem Kaiser auf die Dauer nicht verheimlicht werden kann. Sein Vertrauen auf die unerschütterliche Unterstützung durch die Redakteure wie die Staatsminister war ein zu voreiliges. Er mußte wissen, daß die Revolutionäre in Schlafrock und Pantoffeln wie die Revolutionäre in Glacehandschuhen ihn in dem Augenblicke für immer vergessen haben, wo er seine Verabschiedung in Händen hat, wo der Schleier des Novembergeheimnisses sich zu lüften beginnt, wo die Unwahrheit des der Novemberrevolution zu Grunde liegenden Tatbestandes aufgedeckt wird.

Je tiefer man in das Studium der staatsmännischen Tätigkeit des Fürsten Bülow eindringt, umsomehr erkennt man einen Fehler als den entscheidenden. Dem Fürsten Bülow fehlt die Fähigkeit, vorauszuschauen und zurückzuschauen. Der Mangel der Voraussicht und der Mangel des Erinnerungsvermögens treiben ihn von Fehler zu Fehler. In Ermangelung des Vermögens der Voraussicht und Erinnerung fehlt ihm jedes positive Ziel der äußern wie innern Politik. Wenn ihn nun der Mangel an Voraussicht in immer erneute Schwierigkeiten führt und aus seiner Ruhe aufrüttelt, so handelt er nicht ohne Energie und mit wunderbarer Geschicklichkeit, aber auf das Geratewohl, ohne sich der Tragweite seiner Handlungen bewußt zu sein. So ist er nicht

durch seinen vorgefaßten Willen, sondern durch die Ereignisse in die Novemberrevolution und in den Kampf um die Stellung eines Hausmeiers hineingetrieben worden.

An der Schwelle seines politischen Grabes verkündet er mit lauten Worten der Welt die Ursache seiner verfehlten Politik, deckt er selbst seinen Mangel an Voraussicht auf. Zu einer Zeit, wo die Novemberleute ihre Anschauungen über Kaiser und Kanzler einer Revision unterziehen, wo die größten Bundesstaaten vom Kanzler abrücken, hält Fürst Bülow am 17. Februar 1909 auf dem Festmahle des Deutschen Landwirtschaftsrats eine Rede, in welcher er ausführt, daß er seinen wirtschaftlichen Anschauungen treu bleiben werde, so lange er sein schweres Amt führe.

„Das dauert vielleicht noch länger, als meine Gegner hoffen," fährt dann der Kanzler siegesgewiß fort. Diese vollständige Verkennung des wirklichen Verlaufs der Dinge wird aller Welt die Augen darüber öffnen, daß er niemals ein vorausschauender Staatsmann und Realpolitiker war.

Und gehen wir einige Monate weiter zurück zu der größten Irrung in der Geschichte des Reichs und in der Geschichte Preußens. Indem Fürst Bülow in dem Septemberartikel der Deutschen Revue in geheimnisvoller Weise auf den Briefwechsel des Deutschen Kaisers mit der Königin von England, also auf eine Fundgrube deutscher Freundschaftsdienste gegenüber England während des Burenkrieges hinweist, ahnt er noch nicht, daß dieser Faden weiter gesponnen zu einem Unglücksfaden der Deutschen Nation werden muß, der sie, umgekehrt wie der Faden der Ariadne, immer tiefer in das Labyrinth der Irrungen im Inland wie im Ausland führen muß. Als Fürst Bülow die Genehmigung zu diesem Septemberartikel und zu dem Hinweis auf den geheimnisvollen Briefwechsel des Kaisers

gab, da hatte er die Geschichte der letzten zwanzig Jahre einfach vergessen. Er konnte sich beim besten Willen nicht erinnern, daß der Reichstag und die ganze Nation seit Jahrzehnten die Forderung an den Reichskanzler gestellt hatte, für die möglichste Zurückhaltung des Kaisers Sorge zu tragen und ihn nicht gegenüber dem Ausland wie gegenüber dem Inland zu exponieren. Der Hinweis auf den Briefwechsel fremder Personen sollte ohne dringendsten Grund und ohne innere Berechtigung stets unterbleiben. Auch ich würde nicht auf den Briefwechsel zwischen dem Kaiser aus Schloß Highcliffe und dem Kanzler hingewiesen haben, wenn ich es nicht zum Zwecke der Aufklärung einer unwahren Legende im Interesse des Kaisers für durchaus notwendig hielt.

Wer die oben wiedergegebene Rede des Fürsten Bülow vom 14. November 1906 auf die Interpellation des Abgeordneten Bassermann im Reichstag mit angehört hat, der ist überzeugt davon, daß Fürst Bülow lieber seinen Abschied nehmen wird, als daß er künftig eine Exponierung des Kaisers in auswärtigen Angelegenheiten zuläßt. Und doch hat derselbe Fürst Bülow den Kaiser durch den geheimnisvollen aber deutlichen Hinweis auf den Briefwechsel des Kaisers während des Burenkrieges im Septemberheft der Deutschen Revue im Jahre 1908 mehr exponiert als jemals zuvor ein Minister einen Souverän. Der intime Briefwechsel von Monarchen, die durch die denkbar engsten Bande der Verwandtschaft miteinander verbunden sind, gehört nicht vor die Öffentlichkeit und darf nicht zum Gegenstande der Neugierde, der internationalen Publizistik gemacht werden. Ein Minister, der derartiges unternimmt, zeigt auf das deutlichste, daß er der für eine verantwortliche Stellung notwendigen Voraussicht entbehrt. Fürst Bülow hat aber durch diese Handlung zugleich alle dem Reichstage früher gegebenen Zusicherungen gebrochen

und das Interesse des Deutschen Reiches und der Hohenzollerschen Dynastie auf das schwerste verletzt.

Solange Fürst Bülow die Geschäfte führt, so lange lebe ich in der Besorgnis, daß die kommende Nummer der Deutschen Revue einen hochoffiziösen Artikel erhalten werde, der auf den vertraulichen Briefwechsel Kaiser Wilhelms II. mit dem russischen Kaiser als eine Fundgrube deutscher Freundschaftsbezeugungen während des russisch-japanischen Krieges hinweist. Schon sehe ich in der Begleitung eines russischen Ministers, der von diesem Briefwechsel einiges weiß, einen russischen Journalisten nach Berlin kommen, um hier das volle Bewußtsein von der Bedeutung dieses kaiserlichen Briefwechsels zu gewinnen. Was soll Kaiser Wilhelm II. tun, wenn ihm diese neue Zusammenstellung seiner Äußerungen vorgelegt wird? Als konstitutioneller Monarch kann er nicht anders handeln, als die gefährliche Sendung abermals seinem Reichskanzler mit dem ausdrücklichen Befehl der persönlichen Erledigung dieser Angelegenheit zu überreichen. Und was wird Fürst Bülow tun? Wo haben wir bei diesem Staatsmanne ohne Erinnerung und ohne Voraussicht eine Gewähr, daß er nicht abermals mit seiner eigenhändigen Unterschrift die Veröffentlichung dieser neuen Pandorabüchse voll Unheil genehmigt, ohne sie selbst gelesen zu haben? Wenn die gewaltigen Reichstagsdebatten vom Januar 1903 und vom 14. November 1906, wenn die ganze Literatur über den Kaiser und die ministeriellen Bekleidungsstücke, wenn die vielen Reden und Telegramme des Kaisers samt ihrer Kritik dem Gedächtnisse des Kanzlers vor Erscheinen der Septembernummer der Deutschen Revue entschwunden waren, so werden die Novemberstürme auch nicht mehr in seinem Gedächtnisse haften.

Wenn wir die Geschichte der ihrem Ende entgegengehenden Kanzlerschaft des Fürsten Bülow überblicken, so finden wir

überall seinen Mangel an Voraussicht und an Erinnerungsvermögen. Die jährliche Aufnahme von durchschnittlich einer Viertel Milliarde Mark neuer Reichsschulden seit dem Jahre 1900 ist ein zahlenmäßiger Beleg seiner Sorglosigkeit. Als er die riesenhaften russischen Anleihen in den Jahren 1902 und 1905 auf dem Berliner Markt zuließ, da sah er nicht voraus, daß durch die Einzahlung dieser Massen deutschen Goldes in die russische Kriegskasse Deutschland geschwächt und Rußland gestärkt werde.

Als England im Jahre 1901 der deutschen Regierung ein formelles Bündnis und den Beitritt zum Dreibunde anbot, wies es bereits darauf hin, daß ein Scheitern der deutsch-englischen Verhandlungen zu einer Entente mit Frankreich und Rußland führen werde. Die Verhandlungen scheiterten. Gleichwohl verlor Fürst Bülow die Gefahr einer französisch-englisch-russischen Entente vollständig aus dem Auge.

Als dem Fürsten Bülow im Jahre 1903 eine Verständigung Frankreichs und Englands über Ägypten, Marokko usw. vorausgesagt wurde, erklärte er den Glauben an das Kommen einer solchen Verständigung einfach für „naiv." Ein Jahr darauf im Jahre 1904 wurde die vollzogene Verständigung zwischen Frankreich und England der Welt mitgeteilt.

Der Ausbruch des russisch-japanischen Krieges war dem Fürsten Bülow Wochen zuvor auf das Bestimmteste von kompetentester Seite vorausgesagt worden. Trotzdem glaubte er nicht an das Kommen des Krieges, mit dem die Majorität aller Börsenbesucher in Paris und London fest rechnete. Am Donnerstag den 4. Februar 1904 erklärte Fürst Bülow noch einem Berliner Bankdirektor, der als Vertreter des Preußenkonsortiums ihn aus Anlaß der bevorstehenden Übernahme der neuen Preußischen Anleihe über die Möglichkeit eines Krieges befragte: Das Preußenkonsortium könne vollständig beruhigt

sein und getrost die neue preußische Anleihe übernehmen, ein Krieg zwischen Rußland und Japan komme bestimmt nicht. Er wisse es ganz genau.

Am nächsten Tag schon, am Freitag den 5. Februar überreichte der japanische Gesandte Kurino in St. Petersburg das Schriftstück, wodurch seine Regierung die nutzlosen Verhandlungen für abgebrochen erklärte. Diese Erklärung vertrat in Wirklichkeit, wie sich bald darauf zeigte, die Stelle einer förmlichen Kriegserklärung. Am Sonntag den 7. Februar Mittags gegen 2 Uhr teilte ein Extrablatt des Berliner Lokal-Anzeigers den erstaunten Berlinern den Ausbruch des Krieges mit.

In offenem Widerspruch mit seiner Erklärung gegenüber des Preußenkonsortiums am 4. Februar 1904 hat einige Jahre später Fürst Bülow im Reichstage erklärt, daß die diplomatischen Archive in späterer Zeit beweisen würden, daß der Ausbruch des russisch-japanischen Krieges ihn nicht überrascht habe. Es kann nur die eine der beiden Erklärungen richtig sein. Voraussichtlich beruht die spätere Erklärung im Reichstage auf einem Mangel an Erinnerung der tatsächlichen Vorgänge.

Der Mangel eines bestimmten Zieles und der Mangel an Voraussicht auf Grund der Kenntnis der Vergangenheit verleitet den Fürsten Bülow zu jener weltberühmten Politik der versäumten Gelegenheiten. Nachdem sich Fürst Bülow im Jahre 1899 eine Entente cordiale und im Jahre 1901 sogar ein förmliches Bündnis mit England hatte entgehen lassen, reiht er an diese beiden größten Fehler der deutschen Geschichte, durch die wir vorläufig Marokko eingebüßt haben, vollkommen logisch einen dritten an.

Theodor Wolff, der sich um die Klarstellung der wirklichen Politik Deutschlands unter der Leitung des Fürsten Bülow große Verdienste erworben hat, berichtet in der

Montagsausgabe des Berliner Tageblatts vom 8. Februar 1909 unzweifelhaft aus unanfechtbarer Quelle, daß Rouvier im Juni 1905 dem Deutschen Reiche einen deutsch-französischen Spezialvertrag anbot, der nichts anderes war als eine Entente cordiale. Es bleibt das Geheimnis des Fürsten Bülow, warum er Namens des Deutschen Reiches auch diese Möglichkeit einer Vereitelung der Einkreisungspolitik des Königs Eduard von sich wies.

So hat die ziellose Politik dieses unglückseligen Staatsmannes die Finanzen des Deutschen Reiches zerrüttet, die Einkreisung des König Eduard zu einer vollständigen gemacht, und schließlich durch den Septemberartikel der Deutschen Revue in Verbindung mit seiner Pflichtvergessenheit die deutsche Novemberrevolution hervorgerufen, die eine schwere Schädigung der höchsten Güter der Deutschen Nation bedeutet.

Unter Kaiser Wilhelm II. würde die Stellung eines Hausmeiers auch für einen in der inneren wie äußeren Politik gleichermaßen verdienstvollen Staatsmann unmöglich sein. Auf Grund einer fortlaufenden Kette von Mißerfolgen kann auch durch eine Revolution in keinem Staate der Welt die Stellung des leitenden Staatsmannes zu einer unabsetzbaren gemacht werden. Die Mißerfolge des Fürsten Bülow vereinigen sich mit seiner revolutionären Haltung zu seinem politischen Untergange. Der Krug geht solange zu Wasser bis er bricht!

Die schleunige Entlassung des Fürsten Bülow ist umsomehr notwendig, als immer wieder aufs Neue die aus dem Orient und aus Marokko herrührenden Kriegsgefahren den Weltfrieden bedrohen. Mit einem solchen Reichskanzler kann aber Deutschland nicht in einen Krieg eintreten. Das Vertrauensverhältnis zwischen dem Kaiser und dem Kanzler und

der Nation muß vor dem Beginne kriegerischer Verwickelungen wieder hergestellt sein.

Mit dem Sturze des Kanzlers ist die Novemberrevolution beendet, denn die Novemberleute sind nur die Opfer der größten Täuschung und Fälschung, welche die neuere Geschichte kennt. Die Zeitungsartikel wie die Reichstagsreden aus dem November beweisen, daß der wahre Tatbestand vollkommen unbekannt ist.

Auch mir ist die volle Aufdeckung der großen Fälschung erst in neuerer Zeit allmählich gelungen. Wäre ich aber im November 1908 nicht im Ausland, sondern in Berlin gewesen, so würde ich durch die Erinnerung an die längere Zeit zurückliegenden Enthüllungen offiziöser Art in der Münchener Allgemeinen Zeitung und im Londoner Strand Magazine in Verbindung mit dem Septemberartikel der Deutschen Revue sofort den Beweis geliefert haben, daß nicht der Kaiser, sondern die amtliche deutsche Politik bestrebt ist, den Brief- und Telegrammwechsel des Kaisers mit seiner Großmutter und dem Prinzen von Wales während des Burenkrieges in den Mittelpunkt der Ereignisse zu stellen.

Im Januar 1908 hat der kürzlich verstorbene, damals in Berlin lebende, eng mit dem Auswärtigen Amt liierte, englische Journalist J. L. Bashford ein Charakterbild des Deutschen Kaisers im Strand Magazine veröffentlicht, welches nach der Versicherung des Verfassers mit des Kaisers Zustimmung zur Veröffentlichung gelangte und vielfach die eigenen Worte des Kaisers über Menschen und Dinge wiedergab. Zu einem Herrn, dessen Namen Bashford kannte, soll **der Kaiser die folgenden Bemerkungen gemacht haben: „Ich kann dieses Übelwollen gegen mich in England nicht verstehen. Deutschland wurde während des Burenkrieges von zwei mächtigen Seiten gleichzeitig der Antrag gestellt, die für England entstandene Situation zu**

benutzen, und ich habe direkt abgelehnt. Ich telegraphierte sofort an meinen Onkel, was für ein Antrag an mich gestellt war.“

J. L. Bashford hat diese Enthüllungen nur mit Genehmigung des Auswärigen Amtes in Berlin gemacht. Obgleich diese Enthüllungen von deutschen Zeitungen, beispielsweise von der Vossischen Zeitung am 9. Januur 1908 Abendausgabe abgedruckt worden sind, hat im November kein Artikelschreiber und kein Reichstagsredner auf sie hingewiesen. Wer den offiziösen Charakter der Bashford'schen Publikationen kennt, der mußte wissen, daß von dem deutschen Auswärtigen Amte aus die Blicke der ganzen Welt auf die Tätigkeit des Kaisers im Burenkriege und auf seinen Briefwechsel gelenkt werden.

Wenn die Beamten des Auswärtigen Amts und in Sonderheit Geheimrat Klehmet die Spendersche Zusammenstellung im Herbst 1908 so unbedenklich genehmigten, so taten sie dies, weil ihnen das Material in seinem Kerne, wenn auch nicht in der Spenderschen Zustutzung, wohlvertraut war, und weil sie die Äußerungen des Kaisers über seinen Briefwechsel während des Burenkrieges als solches Material erkannten, dessen Veröffentlichung das Auswärtige Amt wünschte.

Eine jede Reichstagsrede vom 10. und 11. November 1908 beweist, daß der Redner von diesen Tatsachen einfach keine Ahnung hatte. Der Reichskanzler aber hatte die Pflicht, sofort bei Anheben des Sturmes am 29. Oktober 1908 auch an das Bashford'sche Interview zu erinnern. Dann aber hätte alle Welt erkannt, daß der Reichskanzler bei Empfang der Spenderschen Zusammenstellung aus Rominten wissen mußte, daß von dem kaiserlichen Briefwechsel während des

Burenkrieges und der Interventionsangelegenheit darin die Rede war.

Fürst Bülow selbst hat geflissentlich die Handlungen des Kaisers und daher das persönliche Regiment in den Vordergrund geschoben, ohne später den sittlichen Mut zu finden, seinen kaiserlichen Herrn nach Art des preußischen Offiziers und Beamten zu verteidigen. Wer ein Ende des persönlichen Regiments wünscht, der muß die Entlassung des Fürsten Bülow wünschen. Wer ein konstitutionelles Regiment wünscht, der muß einen sofortigen Kanzlerwechsel wünschen.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort . . . . 5—8

1. Kapitel: Bernhard von Bülow in der Weltgeschichte . . 9—45

2. Kapitel: Vor der deutschen Novemberrevolution . . . 46—79

3. Kapitel: Kaiser Wilhelm II. und Bismarck . . . . . 80—110

4. Kapitel: Kaiser Wilhelm II. und Fürst Bülow . . . 111—162

5. Kapitel: Kaiser Wilhelm II. in der Weltgeschichte . . . 163—212

6. Kapitel: Die deutsche Novemberrevolution . . . . . 213—276

7. Kapitel: Bülows Ende . . . . 277—287

Druck von Reinhold Berger, Lucka S.-A.